

Käthe Protze

Hausen statt Wohnen

Von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher
Wertvorstellungen in wechselnden Leitbildern –
Vorschlag für einen Blickwechsel



Notizbuch **74** der **KASSELER SCHULE**

Hg.: Arbeitsgemeinschaft Freiraum und Vegetation, Kassel 2009

Käthe Protze

Hausen statt Wohnen

Von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher Wertvorstellungen in wechselnden Leitbildern – Vorschlag für einen Blickwechsel

Vom Fachbereich 06, Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung der Universität Gesamthochschule Kassel als Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Ingenieurwissenschaften – Dr. Ing. – angenommen.

Tag der Disputation: 02.06.2008

Promotionskommission

Prof. Dr. Helmut Holzapfel, Universität Kassel

Prof. Dr. Irene Nierhaus, Universität Bremen

Prof. Alexander Eichenlaub, Universität Kassel

Prof. Dr. Ulla Terlinden, Universität Kassel

Notizbuch 74 der Kasseler Schule

1. Auflage: 1 – 250, Februar 2009

Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft Freiraum und Vegetation (gemeinnütziger Verein).

Titel/Umschlag: Oben: Wallenhorst, H. J. 1993, Reichow, H.B. 1958, Boljahn, U. 1994

Unten: Reinborn, D. 1996, Krier, R. / Kohl, C. 1997

Mitte: Ferstel, H. / von Eitelberger, R. 1860

Druck: Druckerei G. Wollenhaupt GmbH, Unter dem Felsenkeller 30, 37247 Großalmerode.

Vereinsadressen: c/o Helmut Böse-Vetter, Elf buchenstraße 16, 34119 Kassel

c/o Karl Heinrich Hülbusch, Adolphsdorfer Straße 15 A, 28879 Grasberg

Bestellungen an: AG Freiraum und Vegetation, bestell@freiraumundvegetation.de

Oder: c/o BSL, Helmut Böse-Vetter, Elf buchenstraße 16, 34119 Kassel, Tel: 0561-775309

c/o Karl Heinrich Hülbusch, Adolphsdorfer Straße 15 A, 28879 Grasberg

Vereinskonto: Kasseler Sparkasse (BLZ: 520 503 53) Konto Nr.: 059475.

Internet: www.freiraumundvegetation.de

© Alle Rechte bei den Autoren

Mit herzlichem Dank an

Helmut Holzapfel für die konstruktive Zusammenarbeit in manchem Projekt und seine sympathische Begleitung und Betreuung dieser Arbeit in allen Widrigkeiten.

Irene Nierhaus für ihr "mach es doch" in unsicheren Momenten und die Bereitschaft kurzfristig die Zweitbetreuung zu übernehmen.

Kiwi für die langen Jahre intensiver und kontroverser Zusammenarbeit, ohne die diese Arbeit nicht denkbar wäre.

Doris Damyanovic, deren "du hast doch viel gemacht, pack es doch zusammen" wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen hat.

Inge Meta Hülbusch für die Selbstverständlichkeit, mit der sie vom Gelingen dieser Arbeit ausging.

Thomas Czekaj für aufmunternde Worte, technische Hilfestellung und sorgfältiges Einscannen und Bearbeiten schlecht lesbarer Abbildungen.

Katja Schalwaschwili für die sorgfältige Bearbeitung eigenwilliger Interpunktion und Rechtschreibung.

Meinen Eltern für ihr fortwährendes Interesse an und Unterstützung für die 'Wechselfälle meines Lebens', meiner Mutter für ihre unversiegte Hoffnung, dass diese Arbeit doch noch geschrieben würde.

Nils und Rieke für einen erweiterten Blick auf die Welt, für die tägliche, deutliche Erinnerung daran, was wirklich wichtig ist im Leben, und für die Nachsicht, mit der sie meine oftmalige Gedankenferne oder Ungeduld, die dieser Arbeit geschuldet waren, behandelt haben.

Christoph Theiling für das Zusammensein und –tun in unserem manchmal verrückten Gesamtprojekt, seine geduldige Begleitung der Hartnäckigkeit, mit der ich bisweilen meinen Vorstellungen nachgehe, und seine Fähigkeit, meinen Unmut hinzunehmen, den ein vorgeschlagener Blickwechsel hervorrufen kann.

INHALT

Zusammenfassung: Hausen statt Wohnen – Von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher Wertvorstellungen in wechselnden Leitbildern – Vorschlag für einen Blickwechsel	6
Housing instead of residing – about the persistence of social values in changing guiding principles – a suggestion for a change of sight	7
I Hausen statt Wohnen	8
Von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher Wertvorstellungen in wechselnden Leitbildern – Vorschlag für einen Blickwechsel.....	8
1 Anlass und erste Fragen	8
1.1 Inhaltlicher Überblick	9
1.2 Leitbilder und Vorbilder.....	15
1.3 Zur Methode	17
1.4 Thesen.....	18
2 Wohnen und Hausen – über die Bedingungen häuslichen Wirtschaftens	24
2.1 Hausen und Wohnen.....	25
2.2 Innenhaus und Außenhaus an der Straße - Produktionsmittel zum "Hausen"	26
2.3 Vom "Hausen" zum "Wohnen".....	28
2.4 Hausen oder Wohnen.....	30
3 Leitbilder, Stadtmodelle und Siedlungen der modernen Architektur und Stadtplanung	31
3.1 Wesentliche Qualitäten städtischer Quartiere	31
3.2 Die 20er und 30er Jahre: Funktionstrennung und Stadt-Landschaft.....	35
3.3 Die 50er Jahre: Die "organische" und "autogerechte" Stadt.....	44
3.4 Die 1960er und 1970er Jahre: Demonstrativbauvorhaben zu "Urbanität durch Dichte" 60	
3.5 Exkurs: "Verkehr in Städten"	74
3.6 Die 1980er Jahre: "Neue Urbanität" und Postmoderne.....	77
3.7 Die "nachhaltige Stadt" – Das Modell der Zukunft.....	85
3.8 Resümée der Leitbilder, Stadtmodelle und Siedlungsbeispiele	93

4	Der Zement der Gleichheit	100
4.1	Zeilenbau? – Hat sie schon!	101
4.2	Die müßige Hausfrau – ein alter Traum	106
4.3	Der Zement der Gleichheit	113
5	Leben und Arbeiten im Quartier – Prinzipien alter nutzungsdurchmischter Stadtteile	115
5.1	Viele Straßen im Quartier	115
5.2	Parzellierung und Grenzen	117
5.3	Drei Haustypen	118
5.4	Hufe und Block – Varianten der Erweiterungen	120
6	Prinzipien für ein "Hausen" im Stadtteil	123
6.1	Ein Blickwechsel für "nutzungsgemischte" Stadtteile	123
7	Hausen statt Wohnen – von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher Wertvorstellungen bei wechselnden Leitbildern – und ein Vorschlag für eine Doppelstrategie	127
7.1	Gewohnte Denktraditionen	127
7.2	Gender Mainstreaming in der Planung	129
7.3	Vorschlag für eine Doppelstrategie – Pragmatik und Perspektive	133
II	Theoretischer Anhang	135
1	War Walter Gropius ein Feminist? Anmerkungen zu einer verleugneten Tradition	135
1.1	Herr Architekt und Stadtplaner – ein unterschätztes Geschlecht?	135
1.2	Die Folgen der "guten Absichten" sind Enteignung und Ausbeutung	139
2	"Wer kann das bezahlen – wer hat so viel Geld? Zum Zusammenhang von Wohnen und Wirtschaften	141
2.1	Die spektakuläre Verheißung	141
2.2	Die Bedeutung von Haus, Hof und Garten für die häuslichen Ökonomien	142
2.3	Vom Garten als Produktionsort zu den Wahlmöglichkeiten – ein Weg professionellen Nachdenkens	144
3	Häuser für Wien – Über "Das bürgerliche Wohnhaus und das Wiener Zinshaus" von Heinrich Ferstel und Rudolf von Eitelberger (1860)	146

3.1	Die Wohnungsspekulation als Ursache allen Übels	147
3.2	Ohne Hauswirtschaft klappt die Übertragung des Vorbildes nicht	152
4	Private und öffentliche Freiräume im Alltag von Frauen – Zum Zusammenhang von Frauen, Wohnen und Freiräumen.....	153
4.1	"Wohnen" bedeutet nicht "Nichtstun".....	153
4.2	Anspruch an Arbeitsorte – "Innenhaus und Außenhaus"	157
4.3	Vorbilder im Bestand	159
4.4	Der Zeilenbau – "Nichtstun" wird zum Wohnprogramm	165
4.5	Frauen und Wohnen – Eine Debatte um die Verfügung über private und öffentliche Freiräume	168
5	Gender und Diversity in der Siedlungsplanung	170
5.1	Einleitung.....	170
5.2	Gender als Analysekategorie	171
5.3	Das Modell "hegemonialer Männlichkeit"	173
5.4	Gender und Diversity in der Siedlungsplanung	177
5.5	Einfamilienhaussiedlungen als Ausdruck von Dominanzkultur	179
5.6	Schwerpunktsetzungen gegen die Dominanzkultur	189
III	Nachweise	192
1	Literatur	192
2	Abbildungen	205
3	Veröffentlichte Kapitel.....	206

Zusammenfassung: Hausen statt Wohnen – Von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher Wertvorstellungen in wechselnden Leitbildern – Vorschlag für einen Blickwechsel

Neue Leitbilder bedeuten nicht automatisch neue Qualitäten. Diesem Phänomen geht die vorliegende Arbeit anhand städtebaulicher Leitbilder und daraus erfolgten Siedlungsentwürfen seit den 1920er Jahren nach. Die Begriffe "Hausen" und "Wohnen" werden genutzt, um unterschiedliche Beurteilungsstränge der Arbeit darzulegen.

"Hausen" steht für ein Denken, dass an der Gebrauchsökonomie des Alltags orientiert ist. In den Vordergrund gerückt wird häusliches Wirtschaften als ökonomische Grundlage und ein Tätigsein der Menschen. Haus, Hof und Straße erhalten eine wichtige Rolle als Gebrauchsorte für viele verschiedene ökonomische und soziale Situationen.

Im Gegensatz dazu wird "Wohnen" für die Idee von Freizeit als Gegenpart zur Erwerbsarbeit gesetzt. In diesem Zusammenhang gelten Wohnung und Siedlung als Orte der Erholung. Repräsentatives Grün soll dies unterstützen, zum Schutz werden Verkehr, Arbeit und Fremde fern gehalten.

Die Hartnäckigkeit, mit der "Wohnen" immer wieder neu in Szene gesetzt wird, wird ersichtlich in der Beschreibung verschiedener städtebaulicher Leitbilder, die seit den 1920er Jahren formuliert und umgesetzt wurden. Egal ob modern, organisch, autogerecht, urban, nachhaltig oder frauengerecht – deutlich wird, dass mit dem "Wohnen" zugleich monolithische und spezialisierte Siedlungsorganisationen beabsichtigt und gebaut werden. Nicht nur der privat verfügbare Raum ist eingeschränkt – der öffentliche Raum wird auf wenige Orte zentralisiert. Dementsprechend bieten diese Siedlungen bis heute nur wenige Verhaltensangebote und geringe Anpassungsfähigkeit.

Wo das "Hausen" und damit das Tätigsein der Menschen Platz findet, zeigt der Vergleich mit Stadtteilen (zumeist der Gründerzeit und älter), die nach wie vor als städtisch und lebendig wahrgenommen werden. Anhand wesentlicher Prinzipien wird gezeigt, welche Formen der Erschließung, Parzellierung und Bebauung Voraussetzungen dafür bieten, dass viele verschiedene ökonomische und soziale Lebensweisen sich einrichten können und ein Nebeneinander von häuslichem und gewerblichem Wirtschaften möglich ist. Ihre Prinzipien werden in einen Vorschlag eingearbeitet, wie Gender Mainstreaming im Sinne eines Blickwechsels für die Planung nutzbar gemacht werden kann.

In einem theoretischen Anhang werden einzelne Themenschwerpunkte vertieft. Sowohl Aspekte der Professionsgeschichte als auch der Alltagsökonomie werden aus Geschlechter-Perspektive untersucht. In dem Zusammenhang wird auch die aktuelle Diskussion über Gender und Diversity als sinnvolle Ergänzung zur Freiraumplanung vorgestellt. Anhand einer Einfamilienhaussiedlung wird gezeigt, wie diese Theorien dazu beitragen, strukturelle Benachteiligungen zu erkennen.

Housing instead of residing – about the persistence of social values in changing guiding principles – a suggestion for a change of sight

New guiding principles do not automatically lead to new qualities, especially not, when the basic social values maintain. This phenomenon is worked on in the present dissertation by the example of guiding principles in urban planning since the 1920s. "Housing" and "Residing" are used as key-words to explain different ways of judging selected examples of residential areas.

"Housing" focuses on economics of usage in everyday life. Domestic labour and the activities of people are of main interest. In this context house, courtyard and street are given important roles as places that can be used in changing social and economical situations.

In contrast "Residing" is set for the ideal of free time as opposed to gainful employment. Apartments and residential areas are considered primarily as places of regeneration. Representative Green is established as a symbol of health and peace – understood as main qualities of private space. To protect the image, settlements are kept clear of traffic, any kind of labour and strangers.

The persistence of this way, to set "residing" in scene, is shown in the history of guiding principles in urban planning, which were pronounced and realised in different phases of building. No matter if one looks at modern planning, organic planning, that is modern, organic, suitable for cars, sustainable or suitable for woman, the same idea of monolithic and specialised settlements are intended and built. Privately available open space is rare – public space is centralised in a few places. As a result the settlements offer only a few options for activities.

The comparison with areas that are acknowledged as urban and lively (most of them from the period of promotorism and older) shows that these are the quarters where "housing" is supported. Basic principles of development, parcelling and building are explained, that offer opportunities for different economical and social ways of living and encourage a coexistence of domestic and commercial work.

These principles are included in a suggestion how gender mainstreaming as a strategy for the improvement of equal chances for men and women can be made useful for urban planning.

In the appendix several aspects of "Housing" and "Residing" are deepened. Aspects of professional history and subsistence economy are analysed with feminist theory. In this context the actual discussion of gender and diversity is introduced as an expedient addition to the theory of open-space-planning. On the example of a residential area project is demonstrated, in which way this theories help to identify structural discrimination.

I Hausen statt Wohnen

Von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher Wertvorstellungen in wechselnden Leitbildern – Vorschlag für einen Blickwechsel

1 Anlass und erste Fragen

"Frauengerecht", "Altengerecht", "Generationengerecht", "Migrantengerecht". Alle Jahre wieder wird eine neue Personengruppe entdeckt, die bislang von Architektur, Stadt- und Grünplanung nicht bedient wurde, alle Jahre wieder werden neue Anforderungen aufgestellt und Kriterien entwickelt, mit denen den besonderen Bedürfnissen bestimmter Personengruppen baulich und planerisch entsprochen werden soll. Und bei allen differenziert betrachteten Bedürfnissen gibt es Stichworte, die in neue Zusammenhänge eingekleidet, immer wieder kehren und als besonders wichtige Qualitäten von Städten herausgehoben werden:

"Stadt der kurzen Wege" zum Beispiel ist eine Qualität, die wiederholt seit der Diskussion um nachhaltige Stadtentwicklung (vgl. Becker, H.; Jessen, J.; Sander, R. 1998) und frauengerechte Stadtplanung (vgl. Schröder, A. 2002) immer wieder hervorgehoben wird. "Nutzungsmischung" ist als weitere Qualität von Stadtteilen damit eng verbunden, sei es "altengerecht" (vgl. Kreuzer, V. 2006) oder "migrantengerecht" (ILS 2005).

Werden die dazugehörigen Modellprojekte vorgestellt, so wird rasch deutlich, dass es mit den beiden Qualitäten nicht weit her ist. Liegen die Modellprojekte nicht direkt in Altbaustadtteilen, können also an vorhandener "Nutzungsmischung" und "kurzen Wegen" teilhaben, so erweisen sie sich als schlichter Geschoßwohnungsbau auf der grünen Wiese mit Wohnwegerschließungen und verschiedenen Varianten der Grünflächengestaltung.



Abb. 1: Gemeinschaftliche Eingangsbereiche in der migrantengerechten Wohnanlage Hannover-Kronsberg



Abb. 2: Straßen ohne Rand, Hannover-Kronsberg

In den Siedlungen gibt es kaum oder gar keine Möglichkeiten für jegliche Art von Arbeitsstätten, die Versorgung ist zumeist zentral über einen Großanbieter geregelt – Aldi, Lidl oder Edeka, Rossmann oder Schlecker werden an den Rändern angesiedelt – gut erreichbar mit dem PKW.

Denn trotz des inzwischen obligaten Anschlusses an den öffentlichen Personennahverkehr sind die Fußwege relativ weit und unangenehm zu gehen. Den Straßenrand begleiten öde Einfahrten von Tiefgaragen, tote Köpfe der abgewandten Zeilen, Müllstellplätze oder hohe Hecken.

Wieso verpufft die große Ambition, mit der mit jedem neuen Titel versucht wird "Stadt" neu und vor allem auch gerechter zu gestalten? Wieso werden derart stereotyp unter den neuen Namen alt bekannte Erschließungs-, Bau- und Gestaltungsmuster – also Sackgassen, Ringstraßen, Wohnwege, Wohnungsbau (in Zeile und Einfamilienhaus), Abstandsgrün, Spielplätze und Wendehämmer (mit Linde) – wiederholt, und damit die bekannten – und oftmals kritisierten – Lebensbedingungen reproduziert, die in Zeilen- und Einfamilienhaussiedlungen seit jeher hergestellt werden: wenig Platz, weite Wege, geringe Handlungs- und Entscheidungsspielräume – und damit hoher Aufwand in Organisation und Erledigung der Alltagsaktivitäten und das für Frauen wie für Männer, für Alte und für Junge, InländerInnen und MigrantInnen?

Und aus der versprochenen Nutzungsmischung in einem lebendigen Stadtteil (s. z. B. Werbung für die migrantengerechte EXPO-Siedlung Hannover - Kronsberg) wird eine ganz normale Wohnsiedlung mit Einkaufszentrum und Grundschule. Gerecht wird das ganze vor allem Wohnungsunternehmen und großflächigem Einzelhandel.

Welche grundlegenden Leitbilder führen dazu, dass trotz vielfacher Kritik und guter Absichten sowie leidvoller Erfahrungen seit bald 100 Jahren stereotyp nach denselben Prinzipien Siedlungen gebaut werden? Welche Wertvorstellungen verhindern eine Architektur, Stadt- und Grünplanung, die möglichst vielen verschiedenen Menschen und Lebenssituationen gerecht werden kann?

1.1 Inhaltlicher Überblick

Die folgende Arbeit enthält eine Zusammenstellung von Texten, die sich zum einen mit der Kritik an wesentlichen Leitbildern von Stadt- und Verkehrsplanung beschäftigen, zum anderen auf Vorbilder für größere Freiräume hinweisen. Leitbilder und Siedlungsmodelle der Stadt- und Verkehrsplanung werden als Beispiele herangezogen, da in den Vorgaben von Erschließungen, Parzellierung und Bebauung bereits viele Freiraumqualitäten festgelegt werden. Wenn Freiräume im Sinne von Handlungsspielräumen für die Bewohnerinnen und Bewohner unterstützt werden sollen, ist eine Einmischung in die Siedlungsorganisation daher notwendig – und im Rahmen der Freiraumplanung an vielen Beispielen systematisch eingeführt und vertieft (vgl. z.B. Harenburg, B./ Wannags, I. 1991; Mehli, R.

1995; Theiling, C.1996; Bärenweiler,R. / Cordts, H. J. 1993). Im Gegensatz zur Grünplanung, die sich weitgehend mit der Dekoration von Restflächen, die Architektur und Stadt- sowie Verkehrsplanung übrig lassen, begnügt (vgl. Brookhuis, N. et al. 1992; Hülbusch, K.H. 2003), enthält Freiraumplanung

"die Überlegung, wie aus der Erfahrung an gegenwärtigen Situationen verglichen und gelernt Dürfen und Können bestärkt werden." (Hülbusch, K. H. 2003: 169)

Gegenwärtige baulich-räumliche Situationen sind vielfach Ausdruck professioneller Leitbilder und Ideologien und entsprechen professionell diskutierten und entworfenen Siedlungsmodellen.

Eingangs stehen fünf Thesen, die den inhaltlichen Bogen spannen, unter dem die Texte zusammengefasst werden. In den Vordergrund gestellt werden hier die Begriffe "Wohnen" und "Hausen", die als wesentliche Unterscheidungskategorien herangezogen werden. "Wohnen" trägt hierbei wesentlich die Bedeutung von Erholung und Freizeit. Zugleich ist "wohnen" gefüllt mit emotionalen Werten, die mit einem bestimmten Familienbild verbunden sind. Es steht als Begriff für einen zentralen Inhalt und ideologischen Wert des modernen Städtebaus und damit von Architektur, Stadt-, Verkehrs- und Grünplanung. "Hausen" im Sinne von "wirtschaften können" (vgl. Böse-Vetter, H. 1990) nimmt die Handlungsspielräume unterschiedlicher Menschen als Ausgangspunkt der Überlegungen für eine Theorie der Freiraumplanung.

Mit dem Text "Wohnen und Hausen – über die Bedingungen häuslichen Wirtschaftens" wird vor allem die ökonomische Bedeutung von "Wohnen" und "Hausen" genauer ausgeführt. Eingangs werden die Veränderungen genannt, die mit dem Wandel von der Hauswirtschaft zur Hausarbeit einhergehen. Im Vergleich von Wohnung und Haus wird beschrieben, welche Auswirkungen baulich-räumliche Rahmenbedingungen auf die Möglichkeiten häuslichen Wirtschaftens haben. Zusammenfassend wird darauf verwiesen, dass professionell das "Wohnen" als Leitbild durchgesetzt wurde, während dem "Hausen" zunehmend die baulich-räumlichen Möglichkeiten genommen wurden und werden. Damit steht der Text als eine einleitende Begriffsbestimmung für die folgenden Kapitel zu Leitbildern der Architektur, Stadt- und Verkehrsplanung.

In dem langen Abschnitt "Siedlungen, Leitbilder und Stadtmodelle der Stadt- und Verkehrsplanung" sind einzelne Phasen der Stadt- und Verkehrsplanung exemplarisch dargestellt. Dabei werden typische Entwürfe der jeweiligen Zeit, deren Leitbilder und wichtige Protagonisten vorgestellt.

Eingangs werden Eigenschaften skizziert, die benannt werden, wenn von "lebendigen" Stadtteilen gesprochen wird. Sie geben einen Eindruck davon, welche Qualitäten für ein "Hausen" in der Stadt notwendig sind. Zugleich geben Sie einen Maßstab für die Einschätzung der Qualitäten von Leitbildern und Siedlungsmodellen der modernen Stadt- und Verkehrsplanung.

Begonnen wird die Reihe der Leitbilder und Siedlungsmodelle mit einem genaueren Blick auf die Wurzeln, die in der modernen Architektur und dem Städtebau der 1920er und 1930er Jahre liegen. In der "Charta von Athen", die 1933 im Rahmen einer Tagung der Congrès Internationaux d'Architecture Moderne (CIAM) beraten und 1941 von Le Corbusier verfasst und veröffentlicht wurde, sind die "Eckpfeiler" der modernen Architektur, Stadt-, Verkehrs- und Grünplanung enthalten. Bei allen Veränderungen der Leitbilder und Stadtmodelle ist die "Charta" maßgebend für alle Stadterweiterungen und Stadtumbauten der letzten 70 Jahre geblieben. Le Corbusiers Auffassungen zur modernen Stadt stehen beispielhaft für den ideologischen Bruch im Städtebau, der in den 1920er Jahren als Abwendung von der gründerzeitlichen, parzellierten Stadt vollzogen wurde. Gleichzeitig kennzeichnen sie eine frühe Etappe der fortwährenden Bemühungen, neue Lebensformen, moderne Wohnungen und Siedlungen zu entwerfen.

Im nächsten Schritt werden idealtypisch geprägte Siedlungsmodelle vorgestellt, auf denen großflächiger Siedlungsbau der 1950er und 1960er Jahre aufbaute – und die bis heute als Leitbilder wirksam sind. Die Nachkriegsjahre sind gekennzeichnet durch detaillierte Siedlungsmodelle zur "gegliederten und aufgelockerten Stadt", zum "Organischen Stadtbau" und zur "autogerechten Stadt". Die Versorgung der BewohnerInnen mit ausreichendem und gesundem Wohnraum wird in den Vordergrund gestellt. Das Leitbild des ruhigen, abgeschlossenen Wohnens ist gekoppelt mit einer Trennung von Wohnen und Verkehr, um sowohl konfliktfreien Verkehrsfluss als auch ruhige Wohn- und Fußgängerbereiche zu gewährleisten. Die Siedlungen dieser Zeit bestehen in weitläufigen viergeschossigen Zeilensiedlungen mit großen Abstandsflächen und einem Erschließungssystem, das innere Fußgängerbereiche und äußere Verkehrsstraßen vorsieht.

Damit sind die Ideen, die Siedlungsmodelle und die Verkehrskonzepte der Moderne soweit deutlich, dass nun die Variationen im Laufe der Jahrzehnte chronologisch verfolgt werden können.

Das Leitbild der 1970er Jahre – "Urbanität durch Dichte" – repräsentiert einen Wechsel vom aufgelockerten zum höher verdichteten Siedlungsbau. Nun steht die Idee im Vordergrund, städtische Qualitäten durch quantitativ hohe Bau- und Wohndichten herzustellen. Die Mischung von "Wohnen", "Konsum" und "Erholung" wird diskutiert, um damit eine Belebung der Wohnsiedlungen zu erreichen. Vielgeschossige Großsiedlungen werden als Trabanten an die Stadtränder gebaut. Der Verkehrsfluss wird durch Sammelstraßen, Zubringer und davon abzweigende zentrale Parkplätze garantiert, von denen aus Wohnwege die Gebäude erschließen.

Die Postmoderne der 1980er Jahre führt unter dem Motto der "Stadtreparatur" (IBA Berlin) die in den 1970er Jahren begonnene Alt- und Innenstadtsanierung weiter fort. Gleichzeitig verschärft sich die Konkurrenz unter den Städten um Standortvorteile, Investorengunst und Image. Es entsteht nur relativ wenig neuer Wohnungsbau. Vielmehr werden vor allem alte Wohnquartiere ("Neue Urbanität") aufgewertet. Dies kommt auch in den Verkehrsberuhigungen mit zahllosen Umbauten und Verschwenkungen der Straßenfreiräume zum Ausdruck.

Mit den 1990er Jahren wird die "nachhaltige Stadtplanung" das Motto für großflächige Stadterweiterungen bzw. Neubau auf Stadtbrachen (Kasernenkonversion). Mit der nachhaltigen Stadtplanung wird explizit auf Qualitäten gründerzeitlicher Stadtteile verwiesen, die im Neubau modern wieder hergestellt werden sollen. In diesem Leitbild ist die Kritik an der Moderne am lautesten und der Blick zurück am stärksten vertreten. "Dichte" und "Nutzungsmischung" zur Verringerung von Flächenverbrauch und Verkehrsaufkommen werden protegiert.

Diese Reihe von der Moderne bis heute wird jeweils bezogen auf die Folgen für den Alltag der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner resümiert. Hier wird der Schwerpunkt bei den 1960er und 1970er Jahren gelegt, weil in den Stadtmodellen dieser Zeit die Folgen der Funktionstrennung besonders deutlich werden. Die 1980er und 1990er Jahre bilden eher einen kursorischen Hintergrund für die Einordnung der aktuellen Debatte. Besonders die aktuelleren Beispiele stehen für eine Architektur, Stadt- und Verkehrsplanung, die sich selbst als nachhaltige Alternativen zum modernen, funktionalistischen Siedlungsbau der Nachkriegszeit verstehen. An ihrem Beispiel wird deutlich, wie hartnäckig sich auch in diesen Versuchen die traditionellen Leitbilder halten.

Der Blick zurück in die Geschichte der Architektur, Stadt- und Verkehrsplanung ermöglicht vor allem anhand der aus heutiger Sicht bekannten Folgen eine Einschätzung der Entwürfe sowie ihrer Konsequenzen. Dazu werden Erschließung, Parzellierung und Bauformen in den Vordergrund gerückt und verschiedene Stadtformen genauer untersucht. Diese Organisationsmerkmale werden als Indizien für die Gebrauchsmöglichkeiten und Gebrauchsqualitäten der Stadtteile verstanden. Daher werden auch die Folgen der Organisation und materiellen Ausstattung für das Leben im Quartier und in der Siedlung – z. B. für Verkehr, soziale Kontakte, Kinderspiel – beschrieben. Bau- wie Verkehrsstruktur und deren Folgen werden so zu exemplarischen Indizien, aus denen Regeln für den Zusammenhang von gebauter und sozialer Umwelt gebildet werden können.

Im Anschluss daran erfolgt mit dem Kapitel "Der Zement der Gleichheit – Überlegungen zum frauenspezifischen Entwurf" ein Vergleich frauenspezifischer Siedlungsplanung, die in den 1980er und 1990er Jahren ausführlich diskutiert und letztendlich in wenigen Modellprojekten ausgeführt wurden, mit den beschriebenen Leitbildern. Anhand verschiedener Entwurfsbeispiele wird gezeigt, dass die baulich-räumlichen Organisationsformen des frauenspezifischen Siedlungsentwurfes bevorzugt bekannte Elemente der modernen Architektur und Stadtplanung aufweisen. Zurückgeführt wird dies darauf, dass gleiche Wertvorstellungen über das, was "Wohnen" ausmachen soll, zu vergleichbaren Entwürfen führen. Frausein allein, so wird deutlich gemacht, ist kein Programm, das automatisch zu einem Paradigmenwechsel führt.

Mit dem Kapitel "Leben und Arbeiten im Quartier – Prinzipien alter Nutzungsdurchmischter Stadtteile" wird der Blick auf zwei Siedlungstypen gerichtet, die als Vorbild für ein Nebeneinander und Übereinander unterschiedlicher Nutzungen und Lebenssituationen geeignet sind: die Haushufequartiere mit gereihten Häusern und die Blockrandquartiere mit Ein- und Zweispännern – beide der gründerzeitlichen Stadterweiterung und älteren

Stadtteilen zuzuordnen. Anhand der Art von Erschließung und Bebauung wird beschrieben, welche baulich-räumlichen Voraussetzungen gegeben sind, dass unterschiedliche Nutzungsformen darin ihren Platz finden. Eine Beschreibung erfolgt auf Ebene des Siedlungsgrundrisses, so dass eine Übertragung auf heutige Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse möglich werden kann.

Im Anschluss werden im Kapitel "Prinzipien für ein "Hausen" im Stadtteil" zentrale Prinzipien Nutzungsgemischter und darin anpassungsfähiger Stadtteile ausgeführt.

Als Abschluss wird im Kapitel "Hausen statt Wohnen – von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher Wertvorstellungen bei wechselnden Leitbildern – und ein Vorschlag für eine Doppelstrategie" der Gedanke aufgegriffen, dass neue Leitbilder immer die Gefahr beinhalten, mit lieb gewonnenen Werthaltungen weiter zu arbeiten. Anhand der aktuellen Strategie "Gender Mainstreaming", mit deren Hilfe größere Chancengleichheit auch durch Stadtplanung erreicht werden soll, wird dargestellt, dass auch diese Strategie nicht automatisch davor schützt, die alten Fehler zu wiederholen. Denn wesentlich ist auch hier nicht der Wechsel des Leitbildes, sondern die Fähigkeit, professionelle Wertmuster zu erkennen und zu verändern. Dafür reicht es nicht aus, Chancengleichheit für Frauen und Männer einzufordern, so lange diese Chancengleichheit an gesellschaftlichen Stereotypen und Wertmustern orientiert ist. Erst wenn diese Normalitätsstrukturen in Frage gestellt werden können, wenn also strukturelle Benachteiligungen bzw. Privilegierungen offen gelegt werden, können die vielen Abweichungen, die die Realität ausmachen, überhaupt wahrgenommen und eventuell als Chancen erkannt werden. Erst wenn "Wohnen" mit seinen Zuschreibungen, Werthaltungen und Idealisierungen sichtbar gemacht und zur Diskussion gestellt werden kann, können die vielen verschiedenen Wege der Menschen, ihre "Erfahrungen des Hausens" (vgl. Hülbusch, K. H. 2003) zu leben, als Widerständigkeit gegen die Verhältnisse verstanden und wahrgenommen werden. Mit Hilfe dieser Beobachtungen und der Beschreibung, Systematisierung und Interpretation baulich-räumlicher Situationen, mit denen das Tun von Menschen unterstützt wird, sind Schritte in Richtung "Hausen" denkbar. Mit Hilfe von Vorbildern, deren Gebrauchsqualität und Anpassungsfähigkeit sich im Laufe ihrer "Biographie" gezeigt hat (vgl. protze + theiling et al. 2004), können Schritte zu einer Planung überlegt und gegangen werden, mit der Verhaltensspielräume für unterschiedliche soziale und ökonomische Lebenssituationen ermöglicht werden können.

Im Anschluss an die ausführliche Darstellung und Untersuchung städtebaulicher Leitbilder und möglicher Vorbilder und als inhaltliche Ergänzung folgt ein theoretischer Anhang, in dem einzelne Themenschwerpunkte vertieft werden. Hierbei spielt die Geschlechter-Perspektive eine wichtige Rolle, um strukturelle Benachteiligungen zu erkennen. Deutlich wird, dass es weder darum gehen kann, dass Mannsein automatisch ein Nachteil, noch Frausein automatisch hilfreich ist, sondern dass die strukturelle Wirksamkeit von Geschlecht zur Diskussion gestellt werden muss.

Denn auch Männer haben über Frauenarbeit im Alltag nachgedacht. Mit "War Walter Gropius ein Feminist?" wird daher ein Architekt in den Mittelpunkt gestellt, der den moder-

nen Wohnungsbau wesentlich mit geprägt hat. Im Nachdenken darüber, wie Frauen von der lästigen und anstrengenden Hausarbeit befreit werden könnten, kommt er bereits in den 1930er Jahren zu ähnlichen Ergebnissen wie viele Jahrzehnte später die frauenspezifische Architektur und Stadtplanung. Gleichberechtigung besteht in beider Sinne letztendlich im gleichen Zugang zu Freizeit und Erholung – kurz gefasst – zu Wohnzimmer und Grünfläche.

Mit dem Text "Wer kann das Bezahlen, wer hat soviel Geld? Der Beitrag von Architektur und Grünplanung zur Durchsetzung des Konsumzwanges" wird ein Blickwechsel eingeleitet. Mit diesem und den folgenden Texten werden Denkrichtungen vorgestellt, die zu einem Paradigmenwechsel in Richtung "Hausen" beitragen können. Damit sollen sowohl Ansätze aus den Frühzeiten der Moderne (wie z.B. Leberecht Migge, Margarethe Freudenthal) als auch aus den 1970er Jahren (z.B. F.C. Turner, Janne und Günter Roland) vorgestellt werden, in denen der Normalalltag mit seinen unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Anforderungen in den Vordergrund gestellt wurde. Gepaart sind diese sozialen und ökonomischen Überlegungen mit Überlegungen zu Bauweisen, die Straße, Haus, Hof und Garten verbinden.

Dass es auch in noch früheren Zeiten Architekten gab, die über die ökonomische Bedeutung von städtischen Häusern nachgedacht hatten, wird in "Häuser für Wien" beispielhaft ausgeführt. Der Text nimmt einen Diskussionsbeitrag von Heinrich Ferstel und Rudolf von Eitelberger aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert zur Stadterweiterung Wien zum Anlass, in dem der Einspänner als Unternehmerhaus als Alternative zum Zinshaus ausführlich propagiert wird. In seiner Qualität als gereihtes Haus an der Straße, in dem neben Wohnungen auch Ladenräume enthalten sind, bietet der Einspänner ein städtisches Wohnen für unterschiedliche Ökonomien und damit eine Annäherung an die Möglichkeit zu "Hausen".

Mit "Private und öffentliche Freiräume im Alltag von Frauen" wird die Bedeutung von Freiräumen im Alltag von Frauen vertieft. Neben einer ausführlichen Beschreibung von Bedeutung und Prinzipien der Alltagsarbeit wird auch die Frage, was "Frausein" überhaupt ausmacht, aufgegriffen und dahingehend gewendet, dass eine Gemeinsamkeit vor allem in der gesellschaftlichen Rollenzuschreibung zu finden sein kann. Private und öffentliche Freiräume werden in ihrer Bedeutung als notwendige alltägliche Arbeitsorte beschrieben. Mit dem Bremer Haus mit Straße wird schließlich ein Beispiel vorgestellt, das sowohl private als auch öffentliche Freiräume enthält und zugleich Handlungsmöglichkeiten für unterschiedliche Ökonomien bereitstellt.

"Gender und Diversity in der Siedlungsplanung" greift die aktuellen Diskussionen um "gender" und "diversity" auf und unternimmt einen Versuch, sie für die Freiraumplanung nutzbar zu machen. Beide Diskussionsansätze unterstützen die Möglichkeit, gesellschaftliche Wertmuster und Stereotypisierungen zu analysieren und zu erkennen. Sie geben nicht nur Einblick in individuelle Zuschreibungen und Privilegierungen sowie Benachteiligungen, sondern auch in strukturelle Wertungen und Normierungen. Auf diese Weise können sie also auch eine Prüfung der Leitbilder von Architektur, Stadt- und Grün-

planung unterstützen. In den Mittelpunkt der theoretischen Ausführungen werden hier das Konzept "Gender als soziale Institution" von Judith Lorber und das Modell "hegemonialer Männlichkeit" von Robert Connell gestellt. Anhand eines konkreten Beispiels einer Siedlungserweiterung in Bremen, die exemplarisch für den Siedlungstypus der Einfamilienhausgebiete steht, wird ausgeführt, wie die Diskussionen um Gender und Diversity für die Freiraumplanung kennntniserweiternd wirken können.

1.2 Leitbilder und Vorbilder

Mit den Begriffen "Wohnen" und "Hausen" wird der Blick auch auf zwei sehr unterschiedliche Denktraditionen gerichtet. Mit dem Begriff und einer Diskussion um "Wohnen" steht eine Tradition im Vordergrund, in der scheinbar neue Probleme – zumeist sind dies ja Auslassungen der Vergangenheit – mit vordergründig innovativen Lösungen begegnet werden soll. Dazu werden neue Leitbilder formuliert, neue Siedlungsmodelle entworfen und Modellprojekte ins Leben gerufen. Hinter dieser "Tendenzwende" (vgl. Böse, H. 1989) ruhen Werthaltungen und Vorstellungen, die professionell tradiert, aber nicht reflektiert werden. Damit wird in grundsätzlichen Bereichen an Selbstverständlichkeiten des Alltagshandelns teilgenommen, statt sie zum Gegenstand kritischer Analyse zu machen. Dies hat zur Folge, dass die scheinbar natürlichen Selbstverständlichkeiten gewissermaßen als unbeabsichtigte Nebenfolge reproduziert werden (vgl. Gildemeister, R.; Wetterer, A. 1995:204). Unterschiedliche baulich-räumliche Bilder enthalten dann zumeist bekannte Versatzstücke. Verbunden sind damit bekannte Spezialisierungen, Flächenbesetzungen, Verhaltensbeschränkungen oder Ausgrenzungen.

Im "Hausen" ist die Suche nach Vorbildern enthalten, also die Suche nach baulich-räumlichen Organisationsweisen, die sich in unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Situationen als nützlich erwiesen haben und immer wieder erweisen.

"Sie sind nicht professionell erfunden oder geprägt, sondern von den Erfahrungen und der Geschichte des Hausens und Bauens der Leute. Diese Geschichte ist so alt wie die Spezies." (Böse, H. 1989: 106)

Aus einem reichen Fundus an unterschiedlichen Bau- und Siedlungsformen, die die Menschheitsgeschichte hervorgebracht hat, können jene Beispiele als Vorbilder herangezogen werden, die in ihrer "Biographie" von unterschiedlichen Lebensgemeinschaften und Unternehmen sowie in unterschiedlichen Lebensphasen genutzt werden konnten (protze + theiling et al. 2004). Statt also vorgeblich "bei Null anzufangen", dabei aber mit jeder "Innovation" die alten Hüte hervorzuzaubern (vgl. Wolfe, T. 1990), werden Planerinnen und Planer in die Lage versetzt, am Beispiel zu lernen, mit welchen baulich-räumlichen Mitteln unterschiedlichen Menschen ein Zugang zu gebrauchsfähigen Gebäuden und Freiräumen ermöglicht werden kann. Nicht weil die Beispiele perfekt sind, sondern

"weil an ihnen gelernt werden kann, was Freiraum meint und wie er verfügbar wird." (Böse, H. 1989: 106d.)

"Häuser" steht dann auch für eine professionelle Haltung von Planerinnen und Planern, nämlich für die Bereitschaft eigene Wertvorstellungen, Interessen und Vorurteile zurückzustellen,

"in dem Sinne, dass sie die Art und Weise kontrollieren, in der diese Wertvorstellungen unter Umständen ihren soziologischen (bzw. planerischen A.d.V.) Blick trüben." (Berger, P. L., Kellner, H. 1984: 51)

Um diese Haltung halbwegs erfolgreich einnehmen zu können, ist es aber auch notwendig, die eigenen Wertvorstellungen, Interessen und Vorurteile zu kennen und offen zu legen. Für ein professionelles Arbeiten ist zusätzlich eine grundsätzliche Prüfung der innerprofessionellen Wertvorstellungen sinnvoll, damit deutlich wird, von welchen Grundparadigmen ausgehend gearbeitet wird. Ein wesentliches Paradox von Ideologien ist es, dass sie erst offensichtlich gemacht werden müssen, bevor sie abgebaut werden können (vgl. Lorber, J. 1999: 52).

1.2.1 Siedlungsgrundrisse als Indiz für Leitbilder

Mit Hilfe der nachfolgenden Arbeit sollen die kontinuierlich auftauchenden "guten Absichten" am Beispiel der Ziele, Realisierungen und Folgen moderner Stadt- und Verkehrsplanung beschrieben werden. Sinn dieser Zeitreise durch die Professionsgeschichte ist es, die aktuellen Strategien der "frauengerechten", "altengerechten" oder "migrantengerechten" Stadt besser verstehen und einordnen zu können. In der Zeitreihe wird deutlich, dass derzeit diskutierte Leitbilder eine längere Geschichte haben, und dass sie in vielen Teilen eine Wiederauflage alter Leitbilder sind. Auf diese Weise wird es möglich, aus den Folgen früherer Stadt- und Verkehrsplanung auf die Konsequenzen heutiger Modelle zu schließen. Erfahrungen aus der Vergangenheit liefern also kritische Argumente gegenüber den aktuellen Strategien und können zugleich auch Handlungsmöglichkeiten für Planung aufzeigen, die grundsätzlich andere Wege gehen will.

Ein vertiefender Blick auf verschiedene Siedlungsmodelle, die im Laufe der Geschichte von Stadt- und Verkehrsplanung vorgeschlagen und gebaut wurden, ist zudem insofern sinnvoll, als in der konkreten Umsetzung die Folgen der Leitbilder für den Lebensalltag zukünftiger Bewohnerinnen und Bewohner deutlich werden. Absichten und Motive sind grundsätzlich erst einmal von geringer Bedeutung. Sie werden zumeist mit hohem Anspruch und altruistischen Zielen geäußert. Wenn diese guten Absichten praktisch werden, werden sie jedoch auch für andere Menschen wirksam, die dann mit den in den Entwürfen vorgesehenen Vorgaben leben müssen. Und dies gelingt je nach Angeboten besser oder schlechter.

Siedlungsgrundrisse eignen sich aber auch grundsätzlich – und ohne Vorkenntnisse der mit ihnen verbundenen Ideologien – als Indizien für Leitbilder. Sind sie doch unter anderem auch physisch-materieller Ausdruck davon, wie viel Platz und welche Orte für welche Tätigkeiten zur Verfügung gestellt werden. Aus ihrem Repertoire von Gebäuden, Erschlie-

ßungsmustern und Flächenangeboten können implizit Kenntnisse über Werthaltungen, soziale und ökonomische Interessen, Vorlieben oder Moden der EntwerferIn abgelesen werden (vgl. auch Nierhaus, I. 2002; Frank, S. 2003). In Summe, als Zeichen ihrer jeweiligen Zeit, stehen Siedlungsgrundrisse insofern für professionelle Leitbilder, als bestimmte Siedlungsmodelle zu bestimmten Zeiten gehäuft und protegiert entworfen und als zeitgemäß und modern vermarktet werden.

1.3 Zur Methode

Ziel des Ausflugs in die Geschichte von Stadt- und Verkehrsplanung ist also eine Analyse der Vergangenheit, die einen Blick nach Vorne ermöglicht. Es sollen Perspektiven für zukünftige Planungen aus der Erfahrungsgeschichte der BewohnerInnen heraus begründet werden. Im Alltagsleben der StadtbewohnerInnen bewährte Beispiele – mit allen darin enthaltenen Nutzungen und Erfahrungen – können so zu Vorbildern der Bau- und Planungsgeschichte werden, die von der Vergangenheit auf die Gegenwart und in die Zukunft übertragbar sind. In dem Sinne haben aber eben auch viele nachfolgend beschriebene Beispiele ihre Bewährungsprobe nicht bestanden.

Zu diesem Zweck werden zwei Arbeitsweisen angewandt, die beide in der Methode der Indizienkunde (vgl. Ginzburg, C. 1988) beheimatet und zugleich häufige Grundlage planungswissenschaftlicher Arbeiten sind.

Die einzelnen Beispiele stehen nicht als Exoten allein für sich, sie werden in den Zusammenhang einer Siedlungstypisierung gestellt. An den Beispielen erfolgt eine typisierende Beschreibung und letztendlich eine empirische Reihe von Indizien zu Vorbildern und Prinzipien für die Planung. Im "System der Fälle" (vgl. Bourdieu, P. 1979: 29f) werden einzelne Beispiele zusammengetragen und im Vergleich beispielsweise der Orte, der Zeiten oder auch der Folgen für die Bewohner systematisiert.

Neben dieser empirischen Seite wird in den Interpretationen des Materials ein zeitgeschichtlicher, planungstheoretischer, sozialer oder auch ökonomischer Zusammenhang hergestellt. Das Material spricht nicht "für sich", sondern wird bezogen auf die zu Beginn der Studie gestellten Fragen und Untersuchungsansätze mit zusätzlichem Wissen zur Erläuterung des Beobachteten verknüpft. Diese kontextualisierende Seite der Vorgehensweise entspricht einem klassisch interdisziplinären Vorgehen, bei dem die Erkenntnisse vieler anderer Disziplinen gezielt verwendet werden.

Der Blick zurück in die Geschichte der Stadt- und Verkehrsplanung ermöglicht vor allem anhand der aus heutiger Sicht bekannten Folgen eine Einschätzung der Entwürfe sowie ihrer positiven wie negativen Konsequenzen. Dazu werden Erschließung, Parzellierung und Bauformen in den Vordergrund gerückt und verschiedene Stadtformen genauer untersucht. Diese Organisationsmerkmale werden als Indizien für die Gebrauchsmöglichkeiten und Gebrauchsqualitäten der Stadtteile verstanden. Daher werden auch die Fol-

gen der Organisation und materiellen Ausstattung für das Leben im Quartier und in der Siedlung – z. B. für Verkehr, soziale Kontakte, Kinderspiel – beschrieben. Bau- wie Verkehrsstruktur und deren Folgen werden so zu exemplarischen Indizien, aus denen Regeln für den Zusammenhang von gebauter und sozialer Umwelt gebildet werden können.

Bei diesem im Laufe der Arbeit zu präzisierenden Ansatz geht es darum, mit welchen Erschließungs- und Bauweisen städtische Quartiere geplant und gebaut werden können, damit ein "Hausen" darin ermöglicht wird. Dagegen bleibt die aktuelle Diskussion über städtische Qualitäten häufig bei Begrifflichkeiten wie "kurze Wege" oder "Nutzungsmischung" stehen – im konkreten Entwurf wird dann wieder das "Wohnen" dargestellt.

1.4 Thesen

Eine der Ursachen für ein Scheitern der Ambitionen liegt in den grundlegenden Leitbildern von Architektur, Stadt- und Grünplanung, die das professionelle Verständnis von Stadt prägen. In allen drei Professionen ist eine Trennung von Wohnen, Arbeit und Verkehr, die zugleich als die Hauptaufgaben von Stadt verstanden werden, fest verankert. Von diesen Dreien ist vor allem das "Wohnen" mit hohen emotionalen Werten gefüllt. Ruhe, Schutzbedürftigkeit und Erholung sind die mit Wohnen assoziierten Bilder. Diese zentralen Wertgebungen haben großen Einfluss auf die Art und Weise, wie bis heute Siedlungen und Stadtteile entworfen werden. Folgende fünf Thesen sollen einen ersten Einblick geben, der in den nachfolgenden Texten genauer ausgeführt und mit Beispielen gefüllt wird:

- "Wohnen" rekurriert auf Wertmuster der bürgerlichen Kleinfamilie, die auf die Siedlungsgemeinschaft ausgeweitet werden.
- Zum Schutz der Wertmuster werden monolithische und spezialisierte Siedlungsorganisationen begründet.
- "Hausen" nimmt die Handlungsspielräume in unterschiedlichen Lebenssituationen zum Ausgangspunkt.
- Freiräume werden als notwendige Gebrauchsgegenstände der Alltagsorganisation verstanden. Durchlässigkeit, Anpassungsfähigkeit und Verfügungsmöglichkeiten sind daher wesentliche Qualitäten von Stadtteilen.
- Gerechtigkeit entsteht im Nutzen – nicht im Bereitstellen spezifischer Standards.

1.4.1 "Wohnen" rekurriert auf Wertmuster der bürgerlichen Kleinfamilie, die auf die Siedlungsgemeinschaft ausgeweitet werden.

In Architektur, Stadt- und Grünplanung wird traditionell auf dem Grundparadigma der "Trennung der Funktionen in arbeiten, wohnen, sich erholen und sich fortbewegen" auf-

gebaut, wie es im 19. Jahrhundert vorbereitet und in der "Charta von Athen" 1941 (vgl. Hilpert, T. 1988) ausformuliert wurde. Dieses Paradigma sieht eine strikte Trennung von Wohngebieten, Erholungsgebieten und Arbeitsorten vor, die allein durch Verkehrsbahnen verbunden sind. Grundidee ist es, einen reibungslosen und störungsfreien Ablauf der einzelnen Funktionen zu ermöglichen. Eine räumliche Trennung wird hierbei als notwendige Voraussetzung dafür verstanden, dass jede Funktion optimal erfüllt werden kann.

Trotz wiederholter vordergründiger Revision dieses Paradigmas in wechselnden Leitbildern behalten diese vier Funktionen bis heute ihren Gehalt bei.

"Nutzungsmischung" scheitert letztendlich daran, dass vor allem das "Wohnen" mit hoher emotionaler Bedeutung für Gesundheit und Wohl der Gesellschaft "aufgeladen" ist, und diese Bedeutung gegen verschiedene als schädlich eingestufte Einflüsse – wie z.B. Lärm, Verkehr, Gewerbe und Fremde – bewahrt werden soll.

"Wohnen" wird implizit mit emotionalen, sozialen und ökonomischen Bedeutungen gefüllt, die im 19. Jahrhundert als Prinzip für die bürgerliche Familie ausformuliert und danach als fortschrittlicher, gesellschaftlicher Standard für alle Menschen propagiert (vgl. Terlinden, U. 1990; Häußermann, H. / Siebel, W. 2000). Dabei werden familiäre Prinzipien auf die Siedlungsgemeinschaft übertragen.

Gebunden ist dieses Verständnis von "Wohnen" an ein besonderes Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit. Privatheit und Öffentlichkeit werden als Gegenpole verstanden, die vor einander geschützt werden müssen. Dabei gilt der private Raum als besonders schützenswert und durch unterschiedliche Einflüsse, die von außerhalb kommen, bedroht.

Verknüpft ist die räumliche Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit mit einer seit dem 19. Jahrhundert immer üblicheren Gegenüberstellung von öffentlichem Erwerbs- und Staatsleben, der geräuschvollen, feindlichen und zum Kampf herausfordernden Welt auf der einen und dem Gegenbild vom häuslichen Zirkel, häuslichen Kreis, heimischen Herd mit dem Frieden der häuslichen Glückseligkeit im Kreise der Seinen auf der anderen Seite (vgl. Hausen, K. 1976). Umgesetzt wurde die räumliche Unterscheidung und Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit als ein dichotomes Ordnungsmuster von drinnen und draußen, das gleichzeitig sozial "aufgeladen" wurde.

"Hergestellt wurden öffentliche und private Räume so nicht nur über eine Unterscheidung und Trennung des "materiellen Substrates" räumlicher Strukturen, sondern diese wurden verknüpft mit jeweils sehr spezifischen Interaktions- und Handlungsstrukturen, normativen Regelungen und auch unterschiedlichen Symboliken, deren jeweilige Ausrichtung grundlegend mit den Schlagworten vom außerhäuslichen "Kampf" und vom "häuslichen Frieden" umrissen werden kann." (Ruhne, R. 2003: 89)

"Wohnen" ist zugleich geknüpft an ein spezifisches soziales und ökonomisches Modell. Denn die Zuschreibungen von Privatheit und Öffentlichkeit enthalten auch soziale Bilder und Geschlechterrollen. Eine Trennung in Privatheit und Öffentlichkeit erfolgt entlang der Geschlechterrollen, so dass Privatheit eng mit Weiblichkeit und Öffentlichkeit mit Männ-

lichkeit verbunden wird (vgl. Hausen, K. 1976). Damit verbunden ist ein soziales und ökonomisches Modell, in dem die Rollenverteilung relativ selbstverständlich vorgegeben ist: die Familie mit einem Familienernährer. Auf die bürgerliche Großfamilie des 19. Jahrhunderts mit Eltern, Kindern und Großeltern folgt die moderne Familie in der Siedlungsgemeinschaft. Die ökonomisch tragende Figur der Familie ist der Mann als Familienernährer, der außerhalb des Wohnortes – im täglichen Kampf – sein Geld verdient, während am Wohnort die Haus- und Familienfrau für Ordnung, Beschaulichkeit und Geselligkeit – den häuslichen Frieden – sorgt. Ihre Aufgabe ist es das verdiente Geld gut zu verwalten und die Familie in Ordnung zu halten. Richtige Arbeit soll es zu Hause jedenfalls nicht geben – und das bisschen, das sich nicht vermeiden lässt, soll möglichst unscheinbar erledigt werden (vgl. Meyer, S. 1982; Dörhöfer, K. / Terlinden, U. 1998).

Dieser harmonische Herd muss dauerhaft von Unannehmlichkeiten, die von außerhalb kommen, geschützt und gegen unterschiedliche Einflüsse abgeschirmt werden (vgl. Gleichmann, P. 1998). Dabei können diese schädlichen Einflüsse Lärm, Schmutz aber auch fremde Menschen sein (nicht zufällig erlebt der Schutz von Wohngebieten gegen Unbekannte im Rahmen der "Kriminalprävention durch Städtebau" eine starke Renaissance (vgl. z. B. Niedersächsisches Innenministerium 2003). Als ein wesentlicher Störfaktor gilt jedenfalls der Verkehr – also der PKW-Verkehr, der von Nicht-Anwohnenden ausgeht, so dass viel Überlegungen dahin gehen, wie PKW-Verkehr von Wohnsiedlungen ferngehalten werden kann.

Und zwar nicht nur für einzelne Haushalte, sondern immer zugleich für eine Siedlungsgemeinschaft. "Wohnen" ist kollektiv gedacht als Gemeinschaft von Gleichgesinnten in Ruhe, Sicherheit und Erholung.

Zugleich stehen die Notwendigkeiten des Alltags, ein Tätigsein der Bewohnerinnen und Bewohner nicht zur Diskussion. Ebenso wenig Berücksichtigung finden Klein- und Kleinunternehmen, denen in diesem Rahmen weder passende Räumlichkeiten noch öffentliche Zugänglichkeiten angeboten werden. Kritik am implizit enthaltenen Geschlechterverhältnis ist in erster Linie dahin gehend gerichtet, dass Erholung nicht allereinstufig zugedacht ist (vgl. Dörhöfer, K.; Terlinden, U. 1998). Sie greift aber das Grundverständnis, dass "Wohnen" Freizeit und Erholung sein soll, nicht ernsthaft an.

Emotional aufgeladen ist "Wohnen" aber auch, weil es Wertzuschreibungen entspricht, die mit gesellschaftlicher Anerkennung im Sinne von "hegemonialer Männlichkeit" einhergehen (vgl. Connell, R. 2006).

"Hegemoniale Männlichkeit ist jene Form von Männlichkeit, die in einer gegebenen Struktur des Geschlechterverhältnisses die bestimmende Position einnimmt." (Connell, R. 2006: 97)

Damit wird hervorgehoben, dass eine ganz bestimmte Ausformung von "Männlichkeit" mit Privilegien und Anerkennung verbunden ist. Kennzeichnende Eigenschaften für die privilegierte Form von "Männlichkeit" sind weiße Hautfarbe, westlicher Habitus, physische Stärke und Heterosexualität. Was für die Frage des "Wohnens" aber entscheidend ist, ist der ökonomische Erfolg, der sich heutzutage in einer sauberen Tätigkeit (Unter-

nehmer-Spekulierer), die man nicht gleich von außen sieht, und in einem gehobenen Einkommen widerspiegelt, mit dem ohne Probleme die Familie ernährt werden kann (vgl. Döge, P. 2004). Dazu gehört eine Berufsorientierung, die die Erwerbsarbeit klar in den Vordergrund stellt und alle weiteren Interessen und Beziehungen hintenan stellt. Und dies kann nur jemand machen, der von Familienaufgaben weitgehend entlastet ist (vgl. Meuser, M. 2004b).

Ebenso wenig wie alle Männer gleich privilegiert sind, denn nicht alle sind gesund, ökonomisch erfolgreich und mit weißer Hautfarbe geboren, sind nicht alle Frauen in gleichem Maße diskriminiert. Frauen können innerhalb dieses Modells insofern gesellschaftliche Anerkennung gewinnen, in dem sie über privilegierende Eigenschaften verfügen (weiße Hautfarbe, Mittelschichtzugehörigkeit, gute Ausbildung) oder versuchen, sie zu erwerben. Damit ist beruflicher Erfolg, der sich in einem entsprechenden Einkommen widerspiegelt, ein wesentlicher Schritt zur gesellschaftlichen Anerkennung. Familienaufgaben, häusliche Arbeit, sparsames Wirtschaften und subsistentielle Tätigkeiten, die zu schmutzigen Händen führen, tragen nicht dazu bei.

Diese Voraussetzungen für gesellschaftliche Anerkennung werden nicht tagtäglich neu formuliert und propagiert. Im Gegenteil, sie sind dadurch gekennzeichnet, dass sie eben nicht diskutiert werden. Sie werden "nur" in Werbung, Filmen, Zeitungsberichten, politischen Diskussionen um Gerechtigkeit und Chancengleichheit (und so auch in einigen feministischen Diskursen) als selbstverständlich dargestellt und Einigkeit über das Wertesystem vorausgesetzt. Es ist sozusagen normal und über Normalität muss nicht diskutiert werden.

In diesem Zusammenhang wird es plausibel, dass "Wohnen" als Ausdruck von Ruhe, Sicherheit und Erholung für professionelle Leitbilder, die traditionell von männlichen Berufsalltagen geprägt sind, reizvoll ist.

1.4.2 Zum Schutz der Wertmuster werden monolithische und spezialisierte Siedlungsorganisationen begründet.

Dem eingeschränkten Verständnis folgend werden die Lebensbedingungen baulich-räumlich auf dieses soziale und ökonomische Lebensmodell spezialisiert. Baulich umgesetzt wird "Wohnen" in Wohnungen und Einfamilienhäusern, in denen das Raumprogramm mit großem Wohnzimmer und grünem Wohnzimmer (Balkon oder Garten), kleinen Küchen, Schlafzimmern und noch kleinerem Kinderzimmer Erholung und Freizeit vorsieht. Die Straße an sich wird als Trägerin allen Übels identifiziert – sowohl als Trägerin von Lärm oder Gefahr als auch als Zugangsmöglichkeit für Ortsfremde – und erhält die rote Karte. Daher werden monolithische Erschließungsmuster, also Umfahrungen, Ringstraßen und Sackgassen, die vor allem AnwohnerInnen – also "Familienmitglieder" zulassen – und dazu beitragen, "Fremdverkehr" und damit vermutete Störungen aus den Siedlungen raus zu halten, zur bevorzugten Erschließungsform.

Geschätzt und gesondert inszeniert wird Öffentlichkeit an besonderen Orten wie z.B. zentral angeordneten Siedlungsplätzen (dem obligaten Marktplatz) oder Stadtparks. Diese Grünflächen sind es, denen sich dann mit Hingabe und großem ästhetischen und sozialen Engagement die Grünplanung widmet (vgl. Tessin, U. 2004; Gälzer, R. 2001).

Im Laufe der Jahrzehnte werden die baulichen und gestalterischen Mittel zwar immer wieder variiert – mal wird eher hoch, dann wieder niedriger gebaut, mal straßenorientiert, dann wieder ein Passivhaus mit Südausrichtung, mal ein Raster mit Sackgassen, dann wieder Ringstraßen. In allen Variationen aber wird das Grundprinzip Einhegung des Privaten, Ausgrenzung des Öffentlichen wiederholt. Die Siedlungsorganisationen bieten insgesamt jedoch keine Möglichkeiten der Erweiterung, Nachverdichtung und auch nicht der Verkleinerung. Ebenso wenig gibt es Angebote für eine ökonomische Veränderung in Form von Ansiedlung von kleinen Unternehmen, Läden oder Dienstleistern. Analog dazu vermissen die Wohnungen und Häuser Spielräume für die "Wechselfälle des Lebens" (vgl. Steinhäuser, U. 1990), sie sind in beinahe jeder Lebensphase zu klein oder zu groß gehalten.

1.4.3 "Hausen" nimmt die Handlungsspielräume unterschiedlichen Lebenssituationen zum Ausgangspunkt

Mit dem Begriff "Hausen" wird der Alltag mit seinen vielen Unwägbarkeiten in den Vordergrund gestellt. Alltag ist geprägt von unterschiedlichen Lebensphasen, Lebenssituationen und Lebensgemeinschaften. Er umfasst verschiedene häusliche Tätigkeiten sowie familiäre und freundschaftliche Verpflichtungen und Vergnügungen. Bestandteil des Alltags sind aber auch handwerkliche, kleingewerbliche, handelsbezogene Tätigkeiten und Dienstleistungen (vgl. von Werlhof, C. 1987). Mit diesem Blick rekurriert "Hausen" auf gesellschaftlich marginalisierte Lebensphasen und Arbeitsbereiche und stellt sie in den Vordergrund.

Mit "Hausen" werden Menschen als Tätige wahrgenommen, die am Lebensort ihren Alltag organisieren, tun und machen und eventuell hier auch erwerbstätig sind. Zum "Hausen" gehören die Möglichkeiten, in Haus oder Wohnung Platz und Verfügungsmöglichkeiten vorzufinden. Dazu gehören aber auch die verschiedenen Gelegenheiten für Einkäufe, Besorgungen, Dienstleistungen etc. "um die Ecke", die zugleich verbindlich / unverbindliche Anlässe für Kontakte, Gespräche, Bekanntsein und gegenseitige Unterstützung bieten können.

"Hausen" enthält also eine Vorstellung von sozialem Miteinander, das den Wechselfällen des Lebens folgt, das bedeutet, dass es Veränderungen unterworfen ist und unterschiedliche Lebensweisen nebeneinander beinhaltet. Dieser sozialen Spannweite entspricht auch eine ökonomische Variationsbreite von der Selbständigen über den Ladenbesitzer zum Handwerksbetrieb, vom Lehrerhaushalt bis zur Seniorin. Auch die Kleinfamilie mit Familienernährer ist darin enthalten – aber als eine Facette von vielen möglichen Lebenssituationen.

1.4.4 Freiräume werden als notwendige Gebrauchsgegenstände der Alltagsorganisation verstanden. Durchlässigkeit, Anpassungsfähigkeit und Verfügungsmöglichkeiten sind daher wesentliche Qualitäten von Stadtteilen

In dem Zusammenhang werden Freiräume als notwendige Gebrauchsgegenstände verstanden, die im Alltag anpassungsfähig und unterschiedlich interpretierbar sein müssen (vgl. Böse, H. 1981). Wesentlich sind daher eine gesicherte Verfügung und klare Zuständigkeiten. Private und kommunale Freiräume benennen hierbei deutlich abgegrenzte Verfügungsbereiche, die aber eng aufeinander bezogen sind. Während mit "Privatheit" individuell nutzbare Freiräume bezeichnet werden, stehen kommunale Freiräume Allen zur Verfügung (vgl. Böse-Vetter, H. 1989; Troll, H. 2005). Ein dichtes Nebeneinander von privaten und kommunalen Freiräumen ermöglicht Kontakte und einfache Nutzung der jeweiligen Freiräume.

"Die Entlastungs- und Entwicklungsfunktion des Außenhauses lässt sich nicht nur auf utilitaristische Ergänzungen beschränken. Diese sind jedoch die Anlässe und Gelegenheiten zur Öffnung und Weiterung des Innenhauses, das so für alle Beteiligten um sich greifen kann, den Bewegungsspielraum nicht nur quantitativ und qualitativ, sondern auch sozial erweitern kann. Die Gelegenheit der Verknüpfung zwischen Innenhaus und Außenhaus geht im städtischen Wohnquartier weiter zur Verknüpfung mit dem Quartier." (Hülbusch, I. M. 1981: 8f)

Wenn über die baulichen und planerischen Voraussetzungen zum "Hausen" nachgedacht wird, stehen Haus und Straße als wichtige Arbeitsorte und soziale Orte im Vordergrund. Das Haus als zentraler Arbeitsort aller häuslichen und familiären Tätigkeiten, egal in welcher Lebenslage (vgl. Hülbusch, I. M. 1981), die Straße als kommunaler Freiraum, mit dem allen Menschen – AnwohnerInnen ebenso wie Fremden – Wege und Aufenthalt ermöglicht wird (vgl. Hülbusch, K. H. 1996).

Es braucht also keine komplizierten Gestaltungen und schon gar keine immer wieder neuen Spezialisierungen. Ganz im Gegenteil. "Hausen" erfordert einen relativ einfachen baulich-räumlichen Rahmen, der klare Grenzen setzt, Zuständigkeiten ermöglicht und Orientierung erleichtert. Lebendig und bunt werden Häuser und Straßen durch die vielen verschiedenen Menschen, die sich darin nach Bedarf, Geschmack und finanziellen Möglichkeiten einrichten (vgl. Hülbusch, I. M. / Hülbusch, K. H. 1989).

1.4.5 Gerechtigkeit entsteht im Nutzen – nicht im Bereitstellen spezifischer Standards

"Hausen" steht damit auch für eine Veränderung gesellschaftlicher Wertgebungen und damit neuer Möglichkeiten gesellschaftlicher Anerkennung. Das Konzept "hegemonialer Männlichkeit" verweist dabei in der Summe seiner privilegierenden Eigenschaften auf die vielen Auslassungen, die darin enthalten sind. Eine Veränderung von Wertungen kann nur stattfinden, wenn die verschiedenen Facetten von Herkunft, Ethnie, Klasse und Geschlecht in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und Verschränkungen, in individuel-

len Interpretationen und Darstellungen nicht als Benachteiligungen, sondern als Kompetenzen und Bereicherung dessen, was Menschsein ausmacht, verstanden werden.

Ein wesentlicher Schritt dazu ist eine gesellschaftliche Anerkennung von lebensnotwendigen Tätigkeiten, die sich auch darin widerspiegelt, dass diesen Tätigkeiten selbstverständlich auch in der Organisation von Stadtteilen Freiräume gegeben werden. Auf der Basis größerer Verhaltensspielräume können dann die vielen unterschiedlichen Vorstellungen und Notwendigkeiten von Alltag in ihrer Variationsbreite gelebt werden – kann ein Stück mehr an Autonomie erreicht werden.

Chancengleichheit besteht dann nicht darin, dass allen Menschen in gleichem Maße Ruhe, Erholung und Abgeschiedenheit zugesprochen wird, also alle die Möglichkeit erhalten, diesem Standard gemäß zu "Wohnen". Ein Schritt in Richtung Chancengleichheit kann gegangen werden, wenn Freiräume zur Verfügung stehen, die variabel genutzt und dem jeweiligen sozialen und ökonomischen Bedarf angepasst werden können. Den alltäglichen Anforderungen unterschiedlicher Menschen gerecht werden können Wohnung, Haus, Straße und Freiraum nur dann, wenn sie ihnen nützen (vgl. Turner, F. C. 1978).

2 Wohnen und Hausen – über die Bedingungen häuslichen Wirtschaftens

Wenn ich hier als Freiraumplanerin über "Wohnen" und "Hausen" spreche, dann spreche ich über Ökonomie, also Möglichkeiten zu wirtschaften, und ich spreche über die Produktionsmittel, die notwendig sind, um wirtschaften zu können. Ausgangspunkt, von dem aus über "Wohnen" und "Hausen" nachgedacht wird, ist der Ort, an dem "Wohnen" oder "Hausen" gemacht wird, der direkte Lebensort – Wohnung oder Haus sowie ergänzende Freiräume. Ausgangspunkt zu den Überlegungen zur Ökonomie ist die häusliche Produktion, die analog zur bäuerlichen als Subsistenzproduktion verstanden wird (vgl. Bennholdt-Thomsen, V. et al. 1983). Ihr vorrangiges Ziel ist die Herstellung und Erhaltung des unmittelbaren Lebens. Damit gilt die häusliche Produktion als ökonomische und soziale Grundlage für das tägliche (Über-) Leben, für den Alltag.

Eine wesentliche Frage in der Debatte ist diejenige, unter welchen Bedingungen diese Arbeit gemacht wird, welche Produktionsmittel zur Verfügung stehen. Denn diese entscheiden vor allem, ob in der Arbeit Handlungs- und Wahlmöglichkeiten vorhanden sind - oder nicht. Sie entscheiden, ob häusliches Wirtschaften auf Basis selbständiger Entscheidungen organisiert und gemacht werden kann oder nur innerhalb extern getroffener Entscheidungen. Die Debatte um die Produktionsmittel häuslicher Produktion ist daher Bestandteil einer Debatte um unsere Autonomie.

"Eine Alternative ist nur in Sicht, wenn wir es schaffen, auf die Dauer nicht einfach nur den Lohn, sondern viel mehr, nämlich die Produktionsmittel wieder zu bekommen: unsere Körper und unsere Kinder, unsere Häuser und unser Land, unser Wissen, unsere Kreativität und die Resultate unserer Arbeit. Wir wollen das, Männer und Frauen, ohne dafür "am Draht" zu hängen, damit wir für unsere eigene, autonome Existenz tätig sein können." (von Werlhof, C. 1983: 131)

2.1 Hausen und Wohnen

"Hausen" und "Wohnen" stehen für zwei grundsätzlich unterschiedliche Philosophien zu wirtschaften. Diese zwei Philosophien werden hier zuerst idealtypisch einander gegenübergestellt, um die prinzipiellen Unterschiede deutlich zu machen. Im Anschluss werden sie in zwei Reihen zueinander in Beziehung gesetzt.

2.1.1 Hausen

"Hausen" ist aus dem Althochdeutschen übernommen und hatte darin bis ins 14. Jahrhundert die Bedeutung "wirtschaften", "wirtschaften können", "über eine praktische Wirtschaftsgrundlage verfügen", "Möglichkeiten und Bedingungen zum Wirtschaften haben" (vgl. Böse-Vetter, H. 1991: 119). "Hausen" enthält Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten. Zum "Hausen" gehören Selbsttätigkeit im Herstellen, Be- und Verarbeiten von Lebensmitteln und Gütern zur Lebenserhaltung. Neben Herstellen ist das Konservieren und Aufbewahren, also eine Vorratshaltung, Bestandteil der Arbeit. Diese Vorratshaltung betrifft, wie beschrieben, Lebensmittel und Lebensgüter, aber auch "Arbeitsvorräte". Die notwendige Arbeit kann eingeteilt, geplant, organisiert und z. T. "aufgehoben" werden, so dass Arbeitsspitzen gemildert oder gar vermieden werden können (vgl. Gehlken, B. 1995). "Hausen" steht auf mehreren ökonomischen Standbeinen und enthält die Möglichkeit, die ökonomischen Standbeine zu verlagern: Neben Selbsttätigkeit sind verschiedene Tauschbeziehungen Bestandteil der Ökonomie. Dieser Tausch kann als Naturaltausch - Tausch von Lebensmitteln und Gütern - bestehen, als Tausch von Arbeitsleistungen oder auch als Tausch auf der Basis von Geld. Dabei kann der Einsatz der Mittel nach Notwendigkeiten, ökonomischen und sozialen Möglichkeiten, gegenseitigen Vorteilen zwischen Personen ausgehandelt und variiert werden.

Diese verschiedenen Wege des Tausches beruhen auf weitgehend selbständigen Entscheidungen über soziale Abhängigkeiten, in die man sich begibt, sie enthalten persönliche oder familiäre Vereinbarungen, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten. Diese Vereinbarungen zwischen Menschen auf breiterer Basis bilden schließlich auch eine Grundlage für Kommunalität (vgl. Walzer, M. 1990), also eine Verantwortung für die Dinge, die alle angehen.

"Hausen" bedeutet die Möglichkeit zu haben, den Einsatz vorhandener Mittel weitgehend selbständig zu entscheiden, nach Bedarf Fähigkeiten, Kenntnisse, Erfahrungen, persönliche, familiäre, nachbarschaftliche Beziehungen und/oder Geldmittel zum Ein-

satz zu bringen (vgl. Turner, J.F.C. 1978). In diesem Sinne enthält "Hausen" die Möglichkeit, mit vorhandenen Mitteln sparsam zu wirtschaften - eben hauszuhalten. "Hausen" steht also nicht für Autarkie oder Selbstversorgung, sondern enthält den ökonomischen und sozialen Tausch mit anderen. Das wiederum bedeutet nicht Friede, Freude, Eierkuchen, sondern Debatten, Austragen von Interessensgegensätzen, Auseinandersetzungen und verbindliche Vereinbarungen zwischen Leuten über Art und Menge des Tausches. "Hausen" ist kein Notprogramm, das eingesetzt wird, wenn das Geld knapp wird, sondern ein Privileg, das es ermöglicht, mit den vorhandenen Mitteln dem eigenen Bedarf entsprechend sparsam zu wirtschaften. Damit ist "Hausen" auch eine ökonomische Grundlage für gesellschaftlichen Reichtum.

2.1.2 Wohnen

Während im "Hausen" die häusliche Produktion als ökonomische und soziale Grundlage verstanden wird, steht "Wohnen" für Freizeit und Erholung, für Nichtstun, Nicht-produktiv sein, Nichts-Arbeiten bzw. Freisein von Arbeit und zwar sowohl von Erwerbsarbeit als auch von häuslicher Arbeit. Damit dieses Nichtstun möglich ist, wird "Wohnen" von häuslicher Arbeit "befreit". Häusliche Produktion wird weitgehend abgeschafft oder zumindest reduziert. Konsumgüter werden zugekauft, technische Hilfsmittel ersetzen die Arbeitskraft. Fortwährende Modernisierungen der Hilfsmittel gehören daher zum "Wohnen", um die "Befreiung von Arbeit" zu perfektionieren. Wo Konsum und technische Mittel nicht ausreichen, werden Dienstleistungen und Institutionen in Anspruch genommen. Und nicht zuletzt übernimmt eine Verwaltung Arbeitsleistungen wie Planung, Organisation und Entscheidungen. All diese Zusatzleistungen, mit denen im "Wohnen" die "Freiheit von Arbeit" gewährleistet wird, werden von dem Geld bezahlt, das mit Erwerbsarbeit / Lohnarbeit im weitesten Sinne, verdient wird. D. h. zum "Wohnen" gehört die Erwerbsarbeit – oder umgekehrt: Erwerbsarbeit ist das ökonomische Standbein, auf dem "Wohnen" beruht.

2.2 Innenhaus und Außenhaus an der Straße - Produktionsmittel zum "Hausen"

Während "Wohnen" in seiner Ökonomie vor allem von einem Lohnarbeitsplatz abhängt, weil hier die notwendigen Geldmittel erwirtschaftet werden, um Konsum, Dienstleistungen, Verwaltung und Freizeitgestaltung zu bezahlen, ist "Hausen" auf die direkte Verfügung über Produktionsmittel, verfügbare und gebrauchsfähige Arbeitsorte, angewiesen. Da "Hausen" vor allem zu Hause gemacht wird, umfassen diese Produktionsmittel die Gebrauchsqualitäten des direkten Lebensortes. Notwendig ist natürlich ein Dach über dem Kopf. Doch unter dem Dach braucht es verschiedene Räume und Kammern, die als Küche, Schlaf- und Wohnräume genutzt werden können. Vorratsräume wie Speisekammer, Keller, Dachboden und evtl. Nebengebäude wie Schuppen gehören dazu. All diese

Räume müssen praktisch angeordnet, gut erreichbar und variabel nutzbar sein. Dieses "Innenhaus" (Hülbusch, I. M. 1981) ist zugleich gebrauchsfähig und anpassungsfähig an verschiedene ökonomische und soziale Anforderungen und Situationen, es lässt Vergrößerungen zu, ebenso Verkleinerungen, macht Nähe möglich, und gibt die Möglichkeit, einander aus dem Weg zu gehen. Doch ein Haus reicht allein nicht aus:

"Und die kleinste Einheit in der Hierarchie der Weiterungen des sozial verstandenen Lebensraumes, dem die materielle Ausstattung und Verfügung nur Grundlage ist, beschränkt sich nicht auf das Innenhaus. Wie sonst sollte man hinauskommen, Kontakte und Konflikte eingehen und auch Hilfe, Ergänzung und Information einholen können? Die Verfügung über Innenhaus und Außenhaus ist eine der minimalen Voraussetzungen zur verbindlichen Eroberung des Quartiers." (Hülbusch, I. M. 1981: 7).

Das "Außenhaus" - Vorgarten oder Vorhof, Hof und Garten - sind ergänzende und erweiternde Arbeitsorte, "Innenhaus und Außenhaus", Haus und Hof, bilden die Produktionsmittel zum "Hausen". Erst das "Außenhaus" gibt die Möglichkeit, Tätigkeiten aus dem Haus hinaus zu verlagern und das Haus dadurch zu entlasten. Dadurch sind natürlich zugleich die Handlungsmöglichkeiten erweitert: zum einen ökonomisch, weil mehr Platz zur Verfügung steht, tätig zu werden, zum anderen sozial, denn im draußen Arbeiten ist man anwesend, sichtbar und kann selber sehen und beobachten. Und diese Anwesenheit vor oder hinter dem Haus gibt zugleich Gelegenheit ungezwungen und unverbindlich ins Gespräch zu kommen. Dabei ist die Arbeit Anlass und Ausgangspunkt für das Gespräch. Aus diesen unverbindlichen Kontakten können durch Kontinuität vertraute Bekanntschaften werden – oder bekannte Grußkontakte, die ja ebenfalls zum heimisch werden gehören. Diese unverbindlichen, aber vertrauten Kontakte, die oft trivial sind, und auch Personen einbinden, mit denen man nie in persönliche Beziehung treten will, weil sie so verschieden sind, können über Jahre und Jahrzehnte dauern. Sie sind letztendlich ein Gewebe öffentlicher Achtung und Vertrauens und können in Zeiten persönlicher Bedrängnis Hilfe bedeuten (vgl. Jacobs, J. 1963).

Zu "Innenhaus und Außenhaus", den privat verfügbaren Arbeitsorten, sind die Straßen die wichtigsten, kommunal verfügbaren Arbeitsorte. Kommunal verfügbar heißt hier, dass alle AnwohnerInnen aber auch alle zufälligen Passantinnen und Passanten Straßen benutzen und in Gebrauch nehmen können. Straßen stellen die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten über den direkten Lebensort hinaus, vom Hausvorplatz ausgehend durch die ganze Stadt dar. Auf Straßen werden die Wege zu weiteren, ergänzenden Einrichtungen (Geschäfte, Ämter, Schulen, Werkstätten, etc.), zu Freunden, zu Verwandten zurückgelegt. In den Straßen wird verschiedenen Alltagsgeschäften nachgegangen, werden Kontakte gepflegt. Straßen sind aber auch Orte, an denen Kinder spielen, ein Plausch gehalten wird, an denen wir uns aufhalten (vgl. Hülbusch, K. H. 1996). Neben "Innenhaus und Außenhaus" sind daher Straßen und ihre Bürgersteige wichtige Arbeitsorte, die ein "Hausen" im Quartier, in einer Stadt, einem Dorf ermöglichen.

2.3 Vom "Hausen" zum "Wohnen"

"Hausen" und "Wohnen" stehen einander aber nicht einfach als zwei ökonomische Prinzipien gegenüber, sondern können als zeitliche Reihe gelesen werden. Dabei enthält diese zeitliche Reihe sowohl eine ideologische Reihe als auch eine baulich-organisatorische. Die ideologische Reihe kann auch

2.3.1 Von der Hauswirtschaft zur Hausarbeit

genannt werden. Die Veränderung von der Hauswirtschaft hin zur Hausarbeit bedeutet sowohl eine Veränderung des Charakters als auch der Wertung häuslicher Arbeit. Sie wird

"zunehmend ausschließlich von Frauen getragen, kreist um die Aufzucht der Kinder und umfasst immer weniger die Herstellung der Lebensmittel-Rohstoffe selbst, sondern konzentriert sich auf deren Transformation (einkaufen, kochen, waschen, putzen) in Konsumierbares" (Bennholdt-Thomsen, V. 1987: 32).

Neben der psychischen und physischen Betreuung der Familie wird die Schaffung "häuslicher Atmosphäre" wichtig. Statt Produktion, Verarbeitung und Vorratshaltung werden nun Hygiene, Verwaltung des Konsums, Fürsorge im innerfamiliären Beziehungsbereich und familiäre Repräsentation zur Aufgabe – der Hausfrau. Mit diesen veränderten Aufgaben wird die Hausarbeit dem ökonomischen Blick entzogen und zur "Liebe" umdefiniert. Häusliche Arbeit wird immer abhängiger von Geld und der Erwerbsarbeit untergeordnet – nun zählt der erwerbstätige Mann als Familienernährer, allein die bezahlte Lohnarbeit als Arbeit. Hausarbeit wird zunehmend unsichtbarer, und das soll sie auch werden – und daher wird die Verschleierung von Arbeit ein Bestandteil der täglichen Hausarbeit (vgl. Meyer, S. 1982; Weber-Kellermann, I. 1974). Parallel zur Unterordnung der Hausarbeit unter die Lohnarbeit und ihrer Bereinigung von deutlich produktiven Anteilen, wird Selbsttätigkeit als armselig, mühsam und unökonomisch denunziert, die "müßige Hausfrau" (vgl. Veblen, T. 1899/1989), die zwar geschäftig ist, aber nicht produktiv tätig und sich auch nicht schmutzig machen muss (darf), wird zum Ausdruck familiären Wohlstands.

Dieses ökonomische und soziale Leitbild, Familienernährer und Hausfrau, entstand am Beginn des 19. Jahrhunderts für bürgerliche Familien und Ökonomien, in denen Männer, bei Verwaltungen angestellt, das Geld heimbrachten, mit dem die Hausfrauen eine standesgemäße Lebensführung organisierten. Dabei war der soziale Aufstieg (für Frauen und Männer) ohne diese Lebensführung nicht möglich (vgl. Meyer, S. 1982). Mit Ende des 19. Jahrhunderts wurde dieses Leitbild zum allgemeingültigen Familienleitbild für alle sozialen Schichten und alle Ökonomien erhoben – und ist im Prinzip bis heute gültig (vgl. Protze, K. 1996).

2.3.2 Vom Haus zur Wohnung

Parallel zur Durchsetzung der Ideologie vom "erwerbstätigen Familienernährer" und der "Atmosphäre stiftenden Hausfrau" erfolgt die Reduzierung der Arbeitsorte / der Produktionsmittel der häuslichen Produktion, die Einschränkung der Verfügungsmöglichkeiten von "Innenhaus und Außenhaus" auf eine Wohnung. Protagonisten hierfür sind vor allem Vertreter des "modernen" Städtebaus, die Diskussion beginnt Ende des 19. Jahrhunderts mit der Gründerzeit, wird aber erst in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts offensiv geführt und spätestens mit den Nachkriegsjahren vehement durchgesetzt, sprich gebaut. Hauswirtschaft wird in diesem Zusammenhang vor allem als eine Frage der Rationalisierung diskutiert (vgl. Gropius, W. 1931; Taut, B. 1924; Schütte-Lihotzky, M. 1927/1984). Nun geht es nur mehr um eine rationelle Gestaltung der Wohnung. D.h., in der Wohnung erfolgt eine Spezialisierung der Räume für bestimmte Funktionen. Das Raumprogramm gilt im Grunde bis heute: kleine Schlafzimmer, noch kleinere Kinderzimmer, kleine Küchen, die nach rationalen Gesichtspunkten eingerichtet sind, und große Wohnzimmer, oft mit Balkon oder Terrasse erweitert, als Ausdruck von Erholung und geselligem Beisammensein in der Familie. Vorratsräume werden auf ein Minimum reduziert, Abstellkammern, Kellerverschläge, Dachbodenkammern, aktuell werden z.B. Keller überhaupt gerne weggelassen – aus Sparsamkeitsgründen! Diese funktionalen Wohnungsgrundrisse werden gestapelt und als Zeilen in große Grünflächen gestellt. Statt Vorgarten, Hof und Garten werden die Flächen mit "sanitärem Grün" (Wagner, M. 1913) gestaltet, je nach Mode besetzen Rasen, Beete, Strauch- und Baumgruppen die Flächen, werden Sitzgruppen, Kommunikationsecken und Spielplätze in die Gestaltung eingebracht. Ebenso erfolgt die Auflösung kommunaler Freiräume. Die Straße wird zur Bahn erklärt, die allein der Überwindung von Entfernungen dient, ansonsten aber beim "Wohnen" stört und aus den Wohngebieten entfernt wird. Dementsprechend werden auch die Bürgersteige reduziert oder weggelassen. Es werden introvertierte Monolithen gebaut, in sich abgeschlossene Siedlungen entlang von Bahnen aufgefädelt. Der Auflösung von Privatheit folgt die Auflösung der Öffentlichkeit. Die Kaserne wird zum Prinzip des Siedlungsbaues.

"Unter dem Konformitätszwang eines Nachbarschaftsverkehrs, der architektonisch bereits durch die Anlage von gemeinsamen Höfen für eine Reihe von Häusern vorgeformt ist, entwickelt sich im sozial homogenen Milieu der prototypischen Suburb eine "zivile Version des Garnisonslebens". (Habermas, J. 1962/1990: 190)

Dieser Wohnungsbau wird in zwei Formen propagiert: einer Form für die Massen: dem vielgeschossigen Zeilenbau – und einer privilegierten Form für Wenige: dem freistehenden Einfamilienhaus.

"Häuser" wurde in seiner Bedeutung bereits im 14. Jahrhundert umgekehrt zu "schlecht wirtschaften", "sich wüst aufführen", seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgt die Denunziation des Hauses als unökonomisch.

Mit der Reduzierung der Produktionsmittel von "Innenhaus und Außenhaus" auf eine Wohnung werden zugleich die Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen eingeschränkt. Sie erhalten weniger Platz, auf dem sie tätig sein können. Und ihnen werden

Entscheidungsmöglichkeiten genommen, da der Platz fehlt zum einen, zum anderen aber auch, weil eine Wohnungsverwaltung oder eine Siedlungsgemeinschaft mitentscheidet - oder überhaupt entscheiden kann. An die Stelle von Vereinbarungen zwischen Leuten oder Konventionen, also ungeschriebenen Regeln, die im Zusammenleben entwickelt und weitergegeben werden, treten Vorschriften und Verordnungen.

Die häusliche Produktion muss in diesem Rahmen natürlich ebenso gemacht werden wie in Haus und Hof. Nur dass ihr hier der Platz fehlt und sie auch nicht auffallen soll. "Wohnen" kann nur, wer über das entsprechende Einkommen verfügt, um die beschriebenen Leistungen zu bezahlen. Wer aber den Vorgaben nicht entspricht, weil das Geldeinkommen nicht reicht, oder weil die Vorstellungen andere sind, kommt in die Zwickmühle. Denn in diesem Rahmen bedeutet "aus dem Rahmen fallen" Organisationsaufwand, weite Wege, Gürtel enger schnallen, aushalten und ertragen, in der privilegierten Form erhöhte Kosten und erhöhten Aufwand, um die Mängel zu kompensieren. Zugleich gehört die Bemühung dazu, nicht zu sehr aufzufallen, um nicht die Aufmerksamkeit und Unannehmlichkeiten der Verwaltung oder anderer Parteien zu spüren zu bekommen. Eine "Wohnung" ist also auf "Wohnen" spezialisiert, und wer dieser Anforderungen nicht Folge leistet, muss die Folgen tragen – Kosten, Aufwand, ökonomischen und sozialen Stress. "Innenhaus und Außenhaus" hingegen ermöglichen "Hausen", aber natürlich auch "Wohnen" – und alle ökonomischen Spielarten, die dazwischen liegen.

2.4 Hausen oder Wohnen

Über "Hausen" oder "Wohnen" nachzudenken, heißt also darüber nachzudenken, mit welchen baulich-organisatorischen Bedingungen häusliches Wirtschaften möglich gemacht wird, welche ökonomischen und sozialen Verhaltensspielräume hierfür bereitgestellt oder welche Zwänge mit dem baulich-organisatorischen Rahmen hergestellt werden.

"Die Reproduktion der unmittelbaren Basis ist für Menschen "naturbedingt" von zentraler Bedeutung, und somit auch die Abhängigkeiten in diesem Bereich. Es ist von fundamentalem Unterschied für die Betroffenen, ob diese Lebensbasis nur in Ungewissheit, Mühe, Furcht und im Kampf gegen andere gesichert werden kann oder in der befriedeten Sicherheit und Solidarität mit anderen Menschen. Die Abhängigkeiten, die sich dann zusätzlich auf dieser gesicherten Basis ermöglichen und ergeben, werden zwar immer noch für die Menschen von großer Wichtigkeit sein, aber sie könnten schon eher den Charakter eines Spiels bekommen, in dem es nicht mehr um "alles" geht." (Ullrich, O. 1977: 157)

Auf der Basis von "Innenhaus und Außenhaus" bestehen Spielräume i. S. v. Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten. Mit diesen "Produktionsmitteln häuslicher Produktion" werden im Wirtschaften Spielräume eröffnet, Spielräume die ökonomischen und sozialen Standbeine zu gebrauchen, zu variieren, zu vertiefen und darin verschiedene Rollen zu probieren, zu festigen, neu zu interpretieren. "Hausen" in "Haus und Hof" ist keine Garantie für Freiheit, aber gibt die Freiheit, sich einzurichten. Um auf den Anfang zurück zu

kommen, wenn wir über Planen und Bauen nachdenken, so geht es darum zu überlegen, wie möglichst Vielen "Innenhaus und Außenhaus" zur Verfügung gestellt werden kann. Denn:

"Über "Freiräume" kann erst diskutiert werden, wenn die Alltagstätigkeit gewährleistet und darin ein "Überher" eingebracht und selbsttätig entwickelt werden kann." (Hülbusch, I. M. 1981: 13)

3 Leitbilder, Stadtmodelle und Siedlungen der modernen Architektur und Stadtplanung

3.1 Wesentliche Qualitäten städtischer Quartiere

In der Debatte zur Nutzungsgemischten Stadt tauchen bestimmte Begriffe eher zwischen den Zeilen auf, die wichtige Merkmale für die Qualitäten von städtischen Quartieren beschreiben. Diese Begriffe werden im Folgenden kurz erläutert. Sie sind eine Art "Prüfstein" für die Qualität der in den Nachkriegsjahren realisierten Stadtmodelle und den ihnen zugrunde liegenden Leitbildern. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Begriffe:

- Eigentum und Nachbarschaft
- Anlässe und Gelegenheiten "um die Ecke"
- Erreichbarkeit und Durchlässigkeit der Quartiere
- Kurze Wege, Verkehrsmittel- und Wegewahl
- Gebrauchswerte und Alterungsfähigkeit

In den darauf folgenden Kapiteln sind diese Begriffe die Messlatte, wenn es darum geht, die Folgen der jeweiligen städtebaulichen und verkehrsplanerischen Modelle für die Bewohner der Stadt zu beschreiben.

3.1.1 Eigentum und Nachbarschaft

"Es gibt ein Bedürfnis nach ursprünglichem Eigentum. Ich brauche z. B. einen Ort, auf dem ich stehen kann, etwas wohin ich mich zurückziehen kann, wo ich Schutz suche, ein Haus oder eine Höhle; aber diese muss wiederum eine gewisse Weite haben und Ausgänge." (Negt, O., Kluge, A. 1993: 500)

Ein Haus oder die eigenen vier Wände sind in allen Überlegungen zu Wohnwünschen, aber auch in der Debatte zur alten, parzellierten Stadt das grundlegende Stichwort. Ob Eigentum (*hier zumeist nicht im engeren juristischen Sinne gemeint, siehe obiges Zi-*

tat), Heimat oder Identität, immer ist zunächst der sichere Ort gemeint, von dem aus die Straße, das Quartier und die ganze Stadt erschlossen werden. "Das erste Haus am Platze" (vgl. Collage Nord 1996) ist das eigene und Voraussetzung für eine souveräne unbedrohte Nachbarschaft. Dabei muss es nicht Besitz sein, es gibt auch unbedrohte Mietverhältnisse. Mit der Debatte zur "Dichte" wird die Nachbarschaft eingeführt, allerdings ohne zu qualifizieren, ob die Menschen nebeneinander oder übereinander wohnen. Die nachbarschaftliche Zuordnung von Bewohnern eines Hauses wird mit mehr als vier Parteien pro Haus für Kinder und Erwachsene unübersichtlicher und unklarer (vgl. Günther, R. u. J. 1979). Eine Nachbarschaft, in der Orientierung vorhanden ist, die "das Beziehungsverhältnis zueinander messen kann" (Negt, O., Kluge, A. 1993: 1003), funktioniert vor allem im nebeneinander gereihten Wohnen entlang einer Straße. Die Reihung von Häusern, Türen und Gesichtern erlaubt einen relativ sicheren Aufenthalt und Bewegung im Quartier: man kennt sich aus, weiß wer hinter welcher Haustür verschwindet oder auftaucht und ist schnell selbst bekannt. Besonders wichtig ist das für Kinder, aber auch Erwachsene schätzen es, alltäglich sichere und kurze Wege zur Wahl zu haben (vgl. Jacobs, J. 1963; Muchow u. Muchow 1934; Witzel, N. 1999).

3.1.2 Anlässe und Gelegenheiten "um die Ecke"

Sowohl im Wunsch nach der Bäckerei um die Ecke als auch im Leitbild "Nutzungsmischung" ist angedeutet, dass die alltäglichen Wege von zu Hause nicht gezwungenermaßen mit dem Auto oder Bus und Bahn zurückgelegt werden müssen. Gelegenheiten für Besorgungen, sei es beim Gemüsehändler, in der Apotheke, im Supermarkt u. v. a. m. sollen "um die Ecke" zu Fuß erreichbar oder auf dem Weg zur oder von der Arbeit liegen. Umgekehrt profitieren auch die Läden davon, wenn sie nicht zusätzlich, sondern bei Gelegenheit aufgesucht werden. Selbstverständlich ist das in vielen Siedlungen (vor allem auf der grünen Wiese) nicht. Aber der Wocheneinkauf mit Pkw im großen Supermarkt wird von wenigen geschätzt. Und viele Erlebniswelten kommen über den Reiz der Neueröffnung oft nicht hinaus. Läden für den alltäglichen Bedarf, die entlang der täglich benutzten Wege liegen, gibt es vor allem in den alten, dichten Gründerzeitquartieren und dort sind sie oft nicht ökonomisch tragfähig, aber sehr beliebt. Denn ein Laden ist nicht nur Ort des Einkaufs, sondern auch Anlass und Gelegenheit für einen im Quartier notwendigen sozialen Tausch.

"Die Stadt als "Markt", als Ort(e) für den Tausch, zu charakterisieren, wie der Soziologe M. Weber dies in den 20er Jahren tat, stellt die Gleichartigkeit und Wichtigkeit der Anlässe sehr schön dar: ein Stück Arbeit, einen Handel als Anlass und zugleich das Gespräch zwischen den in der Situation (individuell wie gemeinsam) Beteiligten. Der Ratschlag, die Freundschaft, das Bekanntsein gehört mit der daraus erwachsenden Sicherheit zur "persönlichen Ökonomie" dazu. So überlegt ist jeder soziale Kontakt, jede soziale Situation ein Tausch(-handel) und damit muss jeder Platz in der Stadt ein Ort des kommunalen Tausches sein können." (Collage Nord 1996: 24)

3.1.3 Erreichbarkeit und Durchlässigkeit im Quartier

Der Wunsch vom "Wohnen im Grünen" steht mit den bisher skizzierten dichten Quartieren der Großstädte mit vielen Häusern, dichten Straßenabfolgen, vielen Läden etc. auf den ersten Blick im Widerspruch: wo soll hier nach Feierabend "Grün" zum Joggen sein, wo Freiraum für Kinderspiel, wo genügend freie Fläche zum Fußball spielen oder Drachensteigen lassen?

Dazu zwei Stichworte: Ohne angenehm und abwechslungsreich zu Fuß querbare, durchlässige Stadtquartiere und ohne erreichbare Stadtränder oder innere Ränder wie kleine Parks, Ränder entlang von Gewässern oder Bahntrassen mit begleitenden Kleingärten ist der Wochenendausflug ins Grüne mit dem entsprechenden Verkehrsaufkommen kaum zu vermeiden (vgl. IVU 1997). Leider sind die Stadterweiterungen gerade der letzten 50 Jahre aber oft so angelegt, dass die Stadtränder unangenehm oder gar nicht mehr erreichbar, die Flußauen mit Gewerbegebieten verbaut oder die Siedlungen an den Rändern undurchlässig sind.

Was den Quartieren fehlt, fehlt oft auch draußen. Das "Wohnen im Grünen", das einen alten Siedlungsrand besetzt, damit zugleich eine neue Verschiebung des Randes vorbereitet und so im Laufe der Jahrzehnte auch nicht mehr "im Grünen" liegt, ist für den jeweiligen Stadtrand wie für die neue Siedlung wenig dauerhaft. Die Siedlung bleibt immer wie neu, und die Spekulation auf die nächste Siedlungserweiterung entwertet schon im Vorfeld die eingespielten Nutzungen am Stadtrand.

"Gerade wenn die Orte für bestimmte Tätigkeiten über einen langen Zeitraum entstanden sind, sich also immer wieder bewährt haben, werden sie als verlässliches Material" und als Wissensvorrat an die nächsten Generationen weitergegeben. Sie repräsentieren bestimmte Qualitäten im Hinblick auf einen Gebrauchswert und / oder sozialen Wert, die sie selber ermöglicht haben." (Böse, H. 1981: 169)

So betrachtet werden Erreichbarkeit und Durchlässigkeit zu Begriffen, die über die Organisation von Baustruktur hinaus auch die soziale Organisation von Quartieren beschreiben: die Geschichte der Orte bleibt nachvollziehbar und auch für Dritte erkennbar.

3.1.4 Viele Wege und Wahlmöglichkeiten für Verkehrsmittel wie Wege

"Das Ideal

Ja, das möchtest: Eine Villa im Grünen mit großer Terrasse, vorne die Ostsee, hinten die Friedrichstraße; mit schöner Aussicht, ländlich mondän, vom Badezimmer ist die Zugspitze zu sehen - aber abends zum Kino hast du nicht weit." (Tucholsky, K. 1927 / 1990: 19)

So wie es bei Kurt Tucholsky für das Wohnen karikiert ist, sind die Wünsche z. T. auch für die Wahl des Weges und der Verkehrsmittel. Alle Möglichkeiten sollen vorhanden sein, viele Wege in alle Richtungen führen, aber keine Straßenbahn, keine Busse oder Autos vor der eigenen Haustür vorbeifahren und zu hören sein. In den Überlegungen zur dichten und nutzungsgemischten Stadt taucht dieses kaum zu realisierende Ideal ebenfalls häufiger auf. Dies kommt z. B. in den autofreien oder autoarmen Stadtquartieren zum

Ausdruck, bei denen aber nicht über die zufällige Grenze des Gebietes hinausgeblickt wird. Völlig konfliktfrei, lärm- und abgasfrei in der Stadt wohnen kann man nur auf Kosten derer, die die zusätzlichen Belastungen schlucken. Oder es gibt neben autofreien Wohnquartieren nur anbaufreie Autobahnen (vgl. Feldtkeller, A. 1994; Holzapfel, H. 1999).

Kurze Wege und die Möglichkeit sowohl das Auto, wie den ÖPNV, das Rad oder die eigenen Füße zu benutzen, setzt dagegen eine gleichartige Verteilung des Verkehrs und ein Nebeneinander verschiedener Fortbewegungsmöglichkeiten in einer Straße voraus.

Außerdem besteht die Möglichkeit, aus bestimmten Anlässen inne- und anzuhalten. Das geht natürlich zu Fuß oder mit dem Fahrrad einfacher als mit dem Auto oder ÖPNV. Wenn aber alle Straßen so bedacht, dimensioniert und zониert sind, dass sie ein Platznehmen im Weg z. B. zum Einkaufen ermöglichen, dann würde statt der bis heute vorherrschenden Funktionalisierung für oder gegen das Auto eine Planung für Radfahrer und Fußgänger eingeführt, die das Auto (und den ÖPNV) auf der eigenen Fahrbahn daneben akzeptiert.

3.1.5 Gebrauchswerte und Alterungsfähigkeit

Wahlmöglichkeiten im Quartier, also für den jeweiligen Anlass einen entsprechenden Ort und Weg ebenso wie eine Wahl des Verkehrsmittels zu haben, machen den Gebrauchswert eines lebenswerten Quartiers aus. Und weil im Laufe der Jahre Anlässe wie Gebräuche wechseln, sich verändern oder verändert werden, werden nur Quartiere alt, die diese Wandlungen aufnehmen können. Das setzt relativ gleiche materielle Bedingungen für alle z. B. in einer Straße Wohnenden voraus. "Neidkultur" (Narr, W. D. 1981) oder falsche Gemeinschaftlichkeit führen zu vermehrten Wechseln der Bewohnerstruktur.

"Eine gute, funktionsfähige Straßennachbarschaft vollbringt ein Wunder an Gleichgewicht zwischen dem Willen der Menschen, ihre Privatleben im wesentlichen zu verteidigen, und ihrem gleichzeitigen Wunsch nach verschiedenen Graden von Kontakten mit den Menschen um sie herum, die sie entweder genießen oder in Notfällen in Anspruch nehmen möchten. Dieses Gleichgewicht entsteht weitgehend aus kleinen Einzelheiten, die mit Feingefühl gehandhabt, so selbstverständlich akzeptiert werden, dass man sie normalerweise auch selbstverständlich findet." (Jacobs, J. 1963: 49)

Was J. Jacobs beschreibt, ist ein gealtertes Quartier, das sowohl eine Mischung des Bewohneralters wie der sozialen Schichten als auch von Arbeiten und Wohnen enthält. Die Voraussetzungen dafür sind planerisch organisiert und materiell hergestellt - und das z. T. vor mehr als 100 Jahren. Der soziale Gebrauchswert des Quartiers wird durch die Bewohner und Bewohnerinnen vervollständigt und über die gesamte Zeit angesammelt.

Dazu bedarf es einer Quartiersorganisation, die von den Bewohnern lernt und für Möglichkeiten plant. Gestalterische Finessen stehen dem zumeist eher entgegen.

"Nachhaltig im Sinne von haltbar und brauchbar sind Dinge nur, wenn sie Wechsel und Veränderungen des Gebrauchs mitmachen, überdauern und dabei qualitativer Bestandteil bleiben können. Das setzt bei aller Zweckmäßigkeit ein geringes Maß an Spezialisierungen bei

den Überlegungen zur "Erstinvestition" voraus, und auch eine Zurückhaltung bei flächenbesetzenden und dekorativen Finessen." (Böse-Vetter, H. 1991: 131)

3.2 Die 20er und 30er Jahre: Funktionstrennung und Stadt-Landschaft

Die 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts sind von einer umfassenden Ideologiebildung im Städtebau (als Vorläufer späterer Planungsdisziplinen) geprägt. Zu dieser Zeit wurden also viele der städtebaulichen Leitbilder formuliert und diskutiert, die in den Wiederaufbaujahren nach dem Zweiten Weltkrieg gebaut und in umfangreichen Veröffentlichungen propagiert wurden, um dann vor allem in den Modellvorhaben der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts aufwendig gebaut zu werden. Und bis heute liegen diese Leitbilder den meisten Stadtmodellen und Bauvorhaben zugrunde.

Der Blick wird daher an dieser Stelle auf die wichtigsten Leitbilder dieser Zeit gerichtet, weil darin eben auch die später beschriebenen Bau- und Erschließungsstrukturen der 50er Jahre - Siedlungen angelegt wurden. Auf eine ausführliche Darstellung einzelner Beispiele wird aber aus Gründen der nahezu deckungsgleichen Siedlungsbilder verzichtet. Als typisch für die 20er Jahre sollen hier die Siedlungen Karlsruhe - Dammerstock, Berlin - Hufeisensiedlung, Frankfurt - Westhausen oder Celle - Georgsgarten erwähnt werden.

Die Leitbilder der 20er und 30er Jahre werden vor allem von Architekten entworfen, die dem "Bauhaus" (Weimar, Dessau) und damit dem "modernen Städtebau" nahe stehen bzw. ihn begründen. Vertreter waren z. B. Ernst May, Walter Gropius, Bruno Taut sowie der Schweizer Le Corbusier, der die wichtigsten Thesen zum modernen Städtebau in der "Charta von Athen" zusammenfasste und veröffentlichte (vgl. Hilpert, T. 1988).

An dieser Stelle erfolgt daher nur ein kurzer Hinweis darauf, dass auch in den 20er und 30er Jahren vorangegangene Diskussionen aufgegriffen wurden. Viele Ideen zur "modernen Stadt" entstammen der Ideologie der "Gartenstadt" (vgl. Howard, E. 1907; Unwin, R. 1910; Kampffmeier, H. 1908) bzw. des "künstlerischen Städtebaues" (vgl. Sitte, C. 1889), die bereits um 1900 formuliert und propagiert worden waren.

3.2.1 Leitbilder

Architektur wurde in der Diskussion der Moderne über die Probleme der Stadt als wichtiges Mittel verstanden, diese zu lösen. Mit ihrer Hilfe sollten geordnete und gesunde Lebensverhältnisse hergestellt werden. Dazu wurde das Verständnis von Stadt neu formuliert. Vier Funktionen der Stadt – Arbeiten, Sich Erholen, Wohnen und Sich Fortbewegen – wurden als Aufgaben des Städtebaues definiert, für die Fläche bereitgestellt und für deren reibungslosen, konfliktfreien Ablauf gesorgt werden soll. Eine räumliche Trennung

der genannten Funktionen wurde als Grundvoraussetzung angesehen. Als Stadtmodell wurden grün ummantelte Trabanten entlang von Schnellverbindungen propagiert. Zeilenbauweise war die bevorzugte Bauweise. Genossenschaftlicher und sozialer Wohnungsbau haben in dieser Zeit ihre Ursprünge. Diese neue Ordnung wurde offensiv der alten Stadt entgegengesetzt, die die Modernen Städtebauer als überlastet, chaotisch und physisch und moralisch ungesund für den Menschen bezeichneten.

3.2.1.1 Architektur als Schlüssel

Die Architektur bekam die Aufgabe zugesprochen, die neue Ordnung der Städte herzustellen. Mit ihrer Hilfe sollten auf der Grundlage einer rationellen Ordnung konfliktfreie und reibungslose Verhältnisse, Harmonie und Annehmlichkeiten gesichert werden. Daher wurden die Städte von der Gliederung der Stadtteile bis zur Gestaltung von Grünflächen und Wohnungsgrundrissen genau berechnet (vgl. z. B. Wagner, M. 1915; Taut, B. 1924). Nach Auffassung der Architekten musste ihre ordnende Hand bis hin zu Material und Farbe der Gardinen wirken. Derart stringent entworfene Städte sollten die physische und dadurch auch die moralische Gesundheit der Menschen gewährleisten.

"§ 92 Und hier wird die Architektur nicht als letzte Kraft intervenieren.

DIE ARCHITEKTUR WALTET ÜBER DAS GESCHICK DER STADT. Sie ordnet die STRUKTUR DER WOHNUNG an, dieser wesentlichen Zelle im Gewebe der Stadt, deren Gesundheit, Annehmlichkeit, Harmonie ihren Entscheidungen unterworfen sind.

Sie gruppiert die Unterkünfte zu WOHNHEITEN, deren Gelingen von der Richtigkeit ihrer Berechnungen abhängig wird.

Sie reserviert im Voraus die FREIFLÄCHEN, in deren Mitte sich die Baumasse in harmonischen Proportionen erheben wird.

Sie richtet die "VERLÄNGERUNGEN DER WOHNUNG" ein, DIE ARBEITSSTÄTTEN; DIE FÜR DIE ENTSPANNUNG BESTIMMTEN GELÄNDE. Sie legt das VERKEHRNETZ an, das die verschiedenen Zonen in Kontakt miteinander bringt.

Die Architektur ist für das Wohlbefinden und die Schönheit der Stadt verantwortlich. Sie hat die Aufgabe, die Stadt zu schaffen und zu verbessern, und ihr fallen die Wahl und die Verteilung der verschiedenen Elemente zu, deren geglückte Proportionen ein harmonisches und dauerndes Werk begründen wird.

Die Architektur ist der Schlüssel zu allen." ("Charta von Athen" in Hilpert, T. 1988: 165)

3.2.1.2 Vier Funktionen der Stadt und Funktionstrennung

Zentrale Bedeutung hatte die Formulierung von vier Schlüsselfunktionen der Stadt, deren Umsetzung zur Aufgabe des Städtebaues postuliert wurde: Zum Wohnen - Arbeiten - Sich Erholen - Sich Fortbewegen sollte Fläche in angemessenem Ausmaß bereitgestellt werden. Eine weitere grundsätzliche Forderung war die störungsfreie Unterbringung dieser Funktionen in getrennten Gebieten der Stadt. Die Ausstattung der Flächen sollte genau auf die jeweilige Aufgabe abgestimmt sein. Damit wurden Funktionszuschreibung und Funktionstrennung zu einem grundsätzlichen Prinzip der "modernen Stadt" erhoben.

*§ 77 Die Schlüssel zum Städtebau liegen in folgenden vier Funktionen:
Wohnen, Arbeiten, Sich fortbewegen, Sich erholen (in den freien Stunden)*

Der Städtebau hat vier Aufgaben; dies sind:

Erstens, den Menschen gesunde Unterkünfte zu sichern, d. h. Orte, wo Raum, frische Luft und Sonne, diese drei wesentlichen Gegebenheiten der Natur, weitestgehend sichergestellt sind;

Zweitens, solche Arbeitsstätten zu schaffen, dass die Arbeit, anstatt ein drückender Zwang zu sein, wieder den Charakter einer natürlichen Tätigkeit annimmt;

Drittens, die notwendigen Einrichtungen zu einer guten Nutzung der Freizeit vorsehen, so dass diese wohltuend und fruchtbar wird;

Viertens, die Verbindung zwischen diesen verschiedenen Einrichtungen herzustellen durch ein Verkehrsnetz, das den Austausch sichert und die Vorrechte einer jeden Einrichtung respektiert.

DIESE VIER AUFGABEN SIND DIE VIER SCHLÜSSEL DES STÄDTEBAUS.

§ 78 Die Pläne werden die Struktur eines jeden den vier Schlüsselfunktionen zugewiesenen Stadtteils bestimmen, und sie werden deren entsprechende Lokalisierung innerhalb des Ganzen fixieren.

Die vier Schlüsselfunktionen brauchen, um sich in ihrem ganzen Umfang manifestieren zu können, besondere Vorkehrungen, die jeder Schlüsselfunktion die günstigsten Voraussetzungen zur Entfaltung ihrer eigenen Aktivitäten bieten. (...)

Jede der Schlüsselfunktionen wird autonom sein, gestützt auf die Gegebenheiten von Klima, Topographie und Gebräuchen; sie werden als Wesenheiten betrachtet werden, denen Gelände und Räumlichkeiten zugeteilt werden, für deren Ausstattung und Einrichtungen alle großzügigen Hilfsmittel der modernen Technik aufzubringen sind. (...)

§ 84 Die Stadt, künftig als funktionelle Einheit definiert, muss dann harmonisch in jedem ihrer Teile wachsen, da sie über Räume und Verbindungen verfügt, in denen sich die Etappen ihrer Entwicklung im Gleichgewicht vollziehen können.

Die Stadt wird den Charakter eines im Voraus durchdachten Unternehmens annehmen, das den strengen Regeln eines allgemeinen Planes unterworfen ist.

Kluge Voraussicht wird ihre Zukunft skizziert, ihren Charakter beschrieben, das Ausmaß ihrer Entwicklung vorhergesehen und deren Exzesse im Voraus eingeschränkt haben.

Den Erfordernissen der Region untergeordnet, dazu bestimmt, die vier Schlüsselfunktionen einzurahmen, wird die Stadt nicht mehr das ordnungslose Resultat zufälliger Initiativen sein.

Ihre Entwicklung wird – anstatt in eine Katastrophe zu führen – die Vollendung bedeuten. Und das Anwachsen der Bevölkerung wird nicht mehr zu diesem unmenschlichen Gedränge führen, das eine der Plagen der großen Städte ist." ("Charta von Athen" in: Hilpert, T. 1988: 158f)

3.2.1.3 Wohnen

Das wichtigste Kriterium des Wohnens war die Hygiene. Hygienische Wohnbedingungen galten als Voraussetzung für physische und moralische Gesundheit der Menschen. Daher wurde eine sorgfältige Auswahl der Wohngebiete gefordert. Ausreichende Sonnenein-

strahlung, frische Luft und viel Licht wurden zu den wichtigsten Qualitätskriterien. Zusätzlich zur bevorzugten Südausrichtung der Gebäude sollten die Wohngebiete abseits der Verkehrsstraßen liegen und weitgehend frei von Durchgangsverkehr angelegt werden. Straßen ohne Randbebauung wurden zur Pflicht. Weite Grünflächen innerhalb der Wohngebiete für Spiel und Sport sollten den notwendigen Auslauf sichern. Ihnen sprach u. a. M. Wagner eine gesundheitliche Wirkung als "sanitäres Grün" (Wagner, M. 1913) zu.

Um viel Sonne, gesunde Luft, eine schöne Aussicht und viele Grünflächen zu gewährleisten, wurde eine vielgeschossige Zeilenbauweise propagiert. Je höher die Bebauung ausgeführt wird, so die einfache Rechnung, desto mehr Fläche könne dazwischen freigehalten werden. Hochhäuser wurden in dieser Argumentation zur notwendigen Voraussetzung von hygienischem Wohnen (vgl. "Charta von Athen § 28 in: Hilpert, T. 1988).

"Im 10- oder 12stöckigen Hochwohnhaus kann auch der Erdgeschoßbewohner den Himmel sehen! Statt auf 20m breite begrünte Korridore schauen die Fenster auf 100m breite baumbestandene Grünflächen, die die Luft reinigen helfen und weite Tummelplätze für die Kinder bieten. Hier dringt die Natur in die Großstadt ein, hier winken neue Reize, die sie den Städtern bieten könnte, und wenn auch alle Dächer zu Gärten werden, was ja fast noch nirgends geschehen ist, so würde sich der Städter dort oben auch noch das Land zurückerobern, das durch den Bau des Hauses am Boden verloren geht. Die Großstadt muss sich positivieren, sie braucht den Anreiz der eigen entwickelten, ihrem Lebensorganismus entsprechenden besonderen Wohnform, die ein relatives Maximum an Luft, Sonne und Pflanzenwuchs mit einem Minimum an Verkehrswegen und an Bewirtschaftungsaufwand vereint. Diese Forderungen kann das vielstöckige Wohnhochhaus erfüllen, und deshalb gehört seine Förderung zu den dringendsten Aufgaben des Wohnungsbaues." (Gropius, W. 1931: 326)

Vielgeschossiger Zeilenbau an Wohnwegen wurde offensiv gegen die parzellierte Straßenrandbebauung der alten Stadt gesetzt und die Auflösung des Blockes bzw. seine "neue Aufteilung" gefordert.

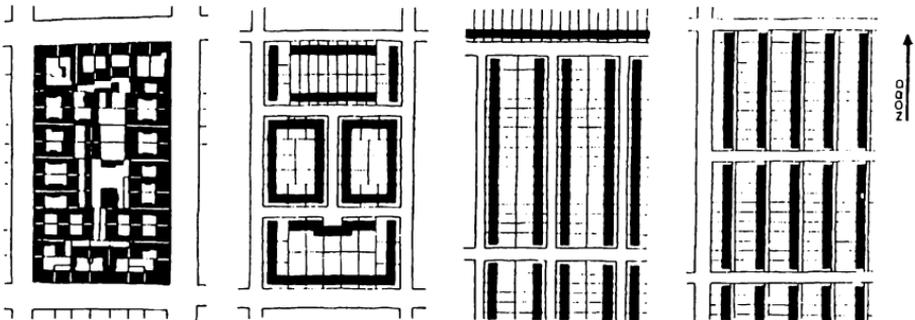


Abb. 3: Vom Block zur Zeile, dargestellt von E. May 1930

Innerhalb der Gebäude sollten rationelle Wohnungsgrundrisse eine rationelle Lebensweise und eine angemessene Erholung gewährleisten. Analog zur Funktionsfestlegung in der Stadt wurden auch in der Wohnung für jedes Zimmer Funktionen vorgeschrieben. So galten Schlaf-, Kinder- und Wohnzimmer zur Standardausstattung einer Wohnung. Alle Zimmer wurden ihrer Funktion gemäß dimensioniert und ausgestattet. Die Küchen reduzierte man auf ein genau berechnetes Minimum.

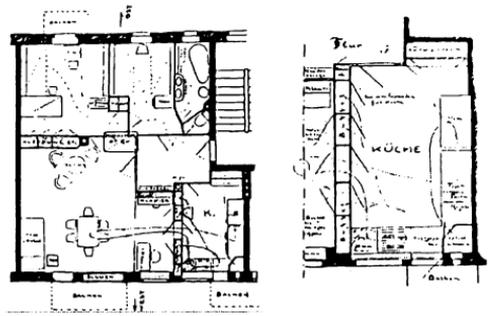


Abb. 4: Rationeller Wohnungsgrundriss von Bruno Taut

3.2.1.4 Arbeiten

Industrie- und Gewerbegebiete, in denen Arbeitsplätze untergebracht sind, sollten sich unabhängig von den Wohngebieten entlang der großen Transportwege ansiedeln. Eine parallele, lineare Anordnung galt hier als optimal, um die Wege zwischen Wohngebieten und Arbeitsstätten auf ein Minimum zu reduzieren. Zum Schutz der Wohngebiete von den schädlichen Auswirkungen von Verkehr und Industrie wurden außerdem trennende Grünzüge und umgebende Landschaften vorgesehen. Gute Verkehrsverbindungen sollten die rasche Erreichbarkeit der verschiedenen Industrie-, Wohngebiete und Geschäftszentren gewährleisten (vgl. "Charta von Athen § 50" in: Hilpert, T. 1988).

3.2.1.5 Sich erholen

Erholung wurde als Gegenpol zur "erschöpfenden Arbeit der Woche" betrachtet. Sie sei notwendig und wirke belebend auf die physische und moralische Gesundheit der Menschen. Zugleich sollten die Menschen ihre Freizeit aber nicht auf der Straße verbringen.

"Eine fruchtbare Verwendung der freien Stunden wird dem Stadtbewohner Gesundheit und Herz stählen." ("Charta von Athen" in: Hilpert, T. 1988: 140)

Wie beim Wohnen wurde auch zur Erholung dem "Grün" eine gesunde Wirkung zugesprochen. Daher waren Grünanlagen die Orte, an denen Menschen sich in ihrer Freizeit aufhalten sollten. Die Grünanlagen erhielten damit die Aufgabe, einerseits die Stadt zu verschönern und andererseits zur Gesundheit der Bewohner beizutragen. Zu diesem Zweck ordnete die Moderne den Grünflächen genau definierte Aufgaben und eine dementsprechende rationelle Ausstattung zu. Als notwendig galten:

- Grünanlagen mit Gemeinschaftseinrichtungen (Kinderhorte, Jugendvereine, schulnahe Organisationen, etc.) zwischen den Wohngebieten.

- Sportanlagen für Spiel und Sport vor allem zur Erziehung und Ertüchtigung von Kindern und Jugendlichen.
- Freiluftbühnen etc. für Konzerte, Theaterveranstaltungen und andere Unterhaltungen.
- Strandbäder
- Parks und Wälder für Spaziergänge.

In diese verschiedenen Grünanlagen wurden – soweit vorhanden – unterschiedliche landschaftliche Elemente wie Flüsse, Wälder, Hügel, Berge, Täler, Seen und Meere einbezogen. Dabei sollten einerseits "noch unberührte Naturschönheiten erhalten" andererseits "erlittene Schäden durch geschickte Anlagen wieder gut gemacht werden" (vgl. "Charta von Athen" § 40 in Hilpert, T. 1988: 140). Um Platz für Parks zu schaffen, konnten bei Gelegenheit auch alte Häuserblocks abgerissen werden (ebd.: 138).

Die Entfernung zu den Erholungsgebieten galt als unwichtig, da die notwendigen Transportmittel auch zur Überwindung größerer Distanzen zur Verfügung stünden.

3.2.1.6 Sich fortbewegen

Verkehrsverbindungen waren somit eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der Städte, da die unterschiedlichen Funktionsbereiche verbunden werden mussten. Transportmittel erhielten in der Gliederung der Stadt eine wichtige Rolle. Mit der Anlage der Verkehrsbänder sollte zudem sowohl ein reibungsloser Verkehrsfluss als auch eine rasche Erreichbarkeit aller Gebiete gewährleistet werden. Dabei wurde von einem genau kalkulierbaren Verkehrsaufkommen und vorhersehbaren Verkehrsströmen ausgegangen.

Um diesen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten wurde eine Trennung der verschiedenen Verkehrsarten vorgesehen. Straßen sollten ihren Aufgaben entsprechend ausgebaut werden. Eine weitgehend kreuzungsfreie Trassenführung wurde empfohlen. Dies könne auch durch Straßen auf verschiedenen Ebenen erreicht werden. Fußgänger sollten radikal vom Fahrverkehr getrennt sein.

"Der Fußgänger muss andere Wege als das Kraftfahrzeug benutzen." ("Charta von Athen" § 62 in: Hilpert, T. 1988: 150)

"§ 63 Die Straßen müssen nach ihrer Funktion differenziert werden: Wohnstraßen, Straßen für Spaziergänge, Durchgangsstraßen, Hauptverkehrsstraßen.

Die Straßen sollten – anstatt allen und allem überlassen zu sein – je nach ihrer Kategorie verschiedene Verkehrsordnungen kennen.

Die Wohnstraßen und die Flächen für die gemeinschaftliche Nutzung verlangen eine besondere Atmosphäre.

Um den Wohnungen und ihren "Verlängerungen" die notwendige Ruhe und den notwendigen Frieden zu verschaffen, werden die mechanischen Fahrzeuge in besondere Umgehungsstraßen geschleust werden.

Die Fernverkehrsstraßen werden keine Berührungspunkte mit den Nahverkehrsstraßen haben, es sei denn an den Zufahrtspunkten.

Die großen Hauptverkehrsstraßen, die mit dem ganzen Ensemble der Region in Verbindung stehen, behaupten natürlich ihren Vorrang.

Aber Straßen für Spaziergänge werden ebenfalls vorgesehen sein, und da den Fahrzeugen für diese Straßen eine reduzierte Geschwindigkeit strikt vorgeschrieben sein wird, dürfte das Nebeneinander von Fahrzeugen und Fußgängern dort nicht mehr zu Unzuträglichkeiten führen." ("Charta von Athen" in: Hilpert, T. 1988: 150)

3.2.2 Stadtmodelle

3.2.2.1 Stadt-Landschaft

Zur neuen Gliederung der Städte wird die Anlage von Großsiedlungen vorgeschlagen. Als Form wird bereits in den 20er Jahren die "Bandstadt" diskutiert. Analog zu den später beschriebenen Stadtmodellen der 50er Jahre gibt es drei parallel laufende Funktionsbänder. Ein breites, kreuzungsfreies Verkehrsband bildet die Stadtachse in der Mitte der Siedlung. An dieser Achse liegen der Bahnhof, wichtige Geschäfte und Spezialläden, Hotels, Großkinos und Erholungsstätten. Zur einen Seite der Achse liegen die Wohngebiete abseits der Straßen und sind autofrei.

"Genau so, wie wir es den Menschen verbieten, den Verkehrsraum der Maschine zu kreuzen, so werden wir es den Autos verbieten, in die Wohnwege und Wohngänge der Menschen einzudringen." (Wagner, M. 1934 in: Bollerey, F. et al. 1986: 280)

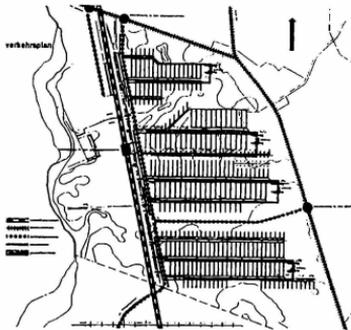


Abb. 5: "Verkehrsplan" für eine Großsiedlung von Walter Gropius 1930

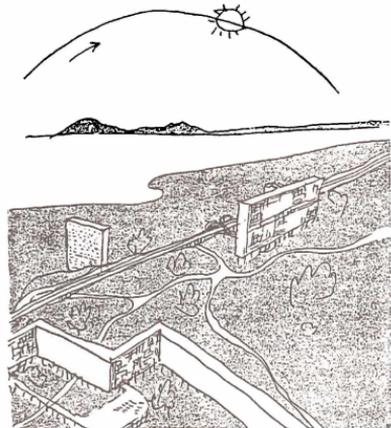


Abb. 6: Stadtansicht von Le Corbusier

Kreuzungen werden grundsätzlich vermieden. Fußgänger bewegen sich in breiten Grünstreifen. Zwischen den Wohngebieten und im Anschluss an diese liegen Grünanlagen und Parks sowie "Erholungslandschaft". An der anderen Seite der Stadtachse sind die möglichst schadstofffreien Industriebänder angeordnet. Industrieband und Wohnband sind mit Bäumen umgeben und in Grün eingebettet.

3.2.2.2 Trabanten an Schnellbahnen

Die beschriebene Gliederung der Stadt in Großsiedlungen führte zu in sich abgeschlossenen, monolithischen Stadtmodellen. Trabanten wurden als "neues Modell der Stadterweiterung" vorgestellt, die eine bedarfsgerechte, zellenweise Erweiterung der Städte ermöglichen sollten.

"Diese Bezeichnung wurde gewählt, um zum Ausdruck zu bringen, dass die neuen Organismen der Vergrößerung sich um den alten Kern gruppieren sollen, wie Planeten um die Sonne schweben: als freie Körper, die doch in vielen Funktionen abhängig sind vom Zentralgestirn. Die Zentralstadt wird nach Abrundung auf ihren seitherigen Raum beschränkt." (E. May in Bollerey, F. et al. 1986: 184)

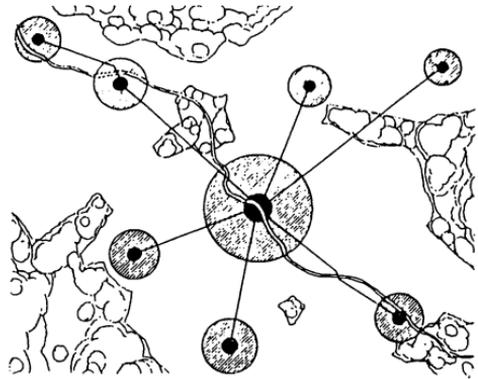


Abb. 7: Schema einer Stadterweiterung mit Trabanten nach Ernst May

Ebenso wie die Zentralstädte wurden diese Trabanten in ihrer Größe beschränkt und von einander abgegrenzt, um überschaubare und damit gesunde Gemeinschaften zu schaffen. Die meisten Trabanten enthielten Wohn- und Gewerbegebiete, aber auch Schulen und andere Bildungs- wie Kultureinrichtungen, die eine relativ große ökonomische und kulturelle Selbständigkeit garantieren sollten. Einige Trabanten wurden jedoch auch als reine Wohngebiete projektiert, deren Bewohner in die Zentralstadt pendeln. Die umgebenden Freiflächen sollten eingemeindet werden, so dass in der Nähe jedes Trabanten ausreichend landwirtschaftliche Produktionsflächen und Erholungsgebiete bereitstehen. Schnellbahnen und Schnelltrassen sollten alle Trabanten mit der Zentralstadt verbinden, die den sozialen und kulturellen Lebensnerv der Region ausmacht. Durch diese klare Gliederung und Anordnung der Trabanten sollte ein Chaos, wie es den alten Städten vorgeworfen wurde, von vornherein verhindert werden.

3.2.3 Resümee

Die Leitbilder der 1920er und 1930er Jahre unterstellen, dass eine rationelle Ordnung und Gestaltung die Voraussetzung für hygienische Verhältnisse in den Städten bildet und dass dadurch die moralische Gesundheit der Menschen sicher zu stellen ist. Alle

nachfolgenden Leitbilder der modernen Stadt- und Verkehrsplanung enthalten die grundsätzliche Illusion, dass Architekten eine harmonische Welt herstellen können, da "gutes Wohnen direkt zu gutem Betragen führt". H. Niebuhr nannte diese Selbstüberschätzung der Architektur "Die Doktrin vom Heil durch Ziegelsteine" (zitiert in Jacobs, J. 1963: 78).

Die "gute Absicht" führt in allen Stadtmodellen zu fremdbestimmten Lebensverhältnissen, denn mit der rationalen Gliederung der Stadt wurden zugleich klare Verhaltensvorgaben eingeführt. So war die propagierte "neue Stadt" z. B. grundsätzlich von schnellem Fahrverkehr abhängig, weil durch die Funktionstrennung Distanzen und weite Wege entstehen. Alternativen oder Abkürzungen werden durch die rigorose Vorgabe von bestimmten Wegeverbindungen ausgeschlossen. FußgängerInnen, die beim Erledigen des Alltags ganz nebenbei auch einmal ein Gespräch auf der Straße führen, tauchen in diesem Leitbild gar nicht auf. Die Idee, durch eine parallele Anordnung der Funktionsbereiche kurze Wege herzustellen, ging von einer Fortbewegung der Menschen nur zwischen den bedachten Funktionsbereichen aus: Wege vom Wohngebiet zu den Geschäften oder zum Arbeitsplatz und zurück, Querwege, Wegeverknüpfungen, Abkürzungen oder andere Abweichungen vom Ziel-Punkt-Verkehr und damit auch Gelegenheiten zum Gespräch waren schlichtweg nicht vorgesehen. Hierdurch waren Umwege, weite Wege und letztendlich die Benutzung des Autos vorprogrammiert (vgl. Holz-Rau, C. 1997).

Die "neue Stadt" in ihrer stringenten Ordnung lässt den Bewohnern also nur geringe Spielräume. Im Grunde wird der gesamte Alltag durchgestaltet und im Voraus entworfen. Die Rolle der Menschen besteht in der Einhaltung der Vorgaben, falls sie den moralischen Ansprüchen entsprechen wollen, die bis in die individuelle Lebensorganisation reichen.

Diese Art der Stadtgliederung bedeutet aber nicht nur eine starke Einschränkung der individuellen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten. Die neue Stadtgliederung ist durch eine äußerst geringe Anpassungsfähigkeit ausgezeichnet. Durch die funktionale Gliederung bleibt kein Spielraum für Veränderungen. Die "gute Absicht", eine vollkommene Welt herzustellen, hatte also Entwürfe zur Folge, die zu starr waren, um an modifizierte soziale und ökonomische Verhältnisse angepasst werden zu können.

"Der Zeilenbau will möglichst alles von der Wohnung her lösen und heilen, sicherlich in ernstem Bemühen um den Menschen. Aber faktisch wird der Mensch gerade hier zum Begriff, zur Figur. Der Mensch hat zu wohnen und durch das Wohnen gesund zu werden, und die genaue Wohndiät wird ihm bis ins einzelne vorgeschrieben. Er hat, wenigstens bei den konsequentesten Architekten, gegen Osten zu Bett zu gehen, gegen Westen zu essen und Mutters Brief zu beantworten, und die Wohnung wird so organisiert, dass er es faktisch gar nicht anders machen kann. Indem er Leben zum Wohnen spezialistisch verengt" - so fasst Behne diese prinzipielle Kritik zusammen - "verfehlt dieser Siedlungsbau auch das Wohnen". (ag arch ruhrgebiet 1990: 110)

Gleichzeitig wirkte die Gliederung der modernen Stadt in ihrer Übersichtlichkeit und Einfachheit aber wohl bestechend auf Architekten, und später auch auf Stadt- und Verkehrsplaner. Das führte dazu, dass die beschriebenen Leitbilder und Stadtmodelle der

20er und 30er Jahre auch während des zweiten Weltkrieges z. B. im Rahmen der Ostkolonisation eingesetzt und schließlich erneut in den Nachkriegsjahren aufgegriffen, neu propagiert und als entsprechende Stadtmodelle gebaut wurden. Unter dem Motto "Stadt-Sanierung" lieferten diese Leitbilder bis in die 80er Jahre die Begründung für den Abriss alter Stadtteile. Das Postulat der Trennung der vier Grundfunktionen der Stadt (Wohnen, Arbeit, Erholung und Verkehr) führt zur Anlage von anbaufreien Straßen und autofreien Wohngebieten, Zeilenbauweise sowie einer Anordnung der Siedlungen als Monolithen. Dies sind bis heute nahezu unwidersprochene Grundlagen von Stadt- und Verkehrsplanung, obwohl die nachteiligen Folgen für Stadt und Verkehr inzwischen seit ca. 70 Jahren an zahlreichen entsprechend gebauten Siedlungen nachvollzogen werden können.

"Modellsiedlungen (...) zeigten Ideen (...) die heute unbesehen zur orthodoxen Stadtplanung gehören: Die Straße ist eine schlechte Umgebung für Menschen; die Häuser sollten sich von ihnen abwenden und nach innen auf Grünflächen ausgerichtet sein. Straßen mit vielen Kreuzungen sind Verschwendung und nur für Grundstücksmakler von Vorteil, die den Wert der Grundstücke nach der Frontlänge bemessen. Die Grundeinheit im formalen Städtebau ist nicht die Straße, sondern der Baublock; insbesondere der Superblock. Geschäfte sollen von den Wohnbezirken und Grünflächen abgetrennt werden. Der Nahbedarf eines Bezirks soll "wissenschaftlich" ausgerechnet werden und für diesen begrenzten Bedarf angemessener Raum bestimmt werden. Die Gegenwart von vielen Menschen ist im besten Falle ein notwendiges Übel, und eine gute Stadtplanung soll danach streben, zumindest die Illusion von privater vorortlicher Abgeschiedenheit zu erreichen. (...) sie erklärten, dass die geplante Gemeinde als unabhängige Einheit wie eine Insel abgetrennt werden, dass sie künftigen Abänderungen widerstehen müsse und dass jede Kleinigkeit von Anfang an von den Planern vorgesehen und dann beibehalten werden müsse." (Jacobs, J. 1963: 22)

3.3 Die 50er Jahre: Die "organische" und "autogerechte" Stadt

Die Leitbilder und Stadtmodelle der 50er Jahre weisen zugleich in die Zukunft und in die Vergangenheit. Sie bilden einerseits die ideologische Basis für die Diskussionen und Siedlungsentwürfe der folgenden Jahrzehnte, wenn auch die Entwurfsgraphik immer wieder stark verändert wurde. Das Leitbild der "organischen Stadtlandschaft", von Funktionstrennung und "ruhigem Wohnen im Grünen", schwingt bis heute in den Diskussionen um ökologische oder nachhaltige Stadterweiterungen implizit mit. Auch heute noch werden die meisten Neubaugebiete mit ähnlichen Verkehrsnetzen geplant.

In den Nachkriegsjahren stand der Wiederaufbau der während des zweiten Weltkrieges zerstörten Städte im Vordergrund. Der "organische Stadtbau" und in Folge die "autogerechte Stadt" von H. B. Reichow sowie die "gegliederte und aufgelockerte Stadt" von J. Göderitz, H. Hoffmann und R. Rainer wurden zu Leitbildern und Stadtmodellen des Wiederaufbaues. Sie fassten das damalige Verständnis von Stadt und Verkehr anschaulich zusammen und waren prägend für die Stadt- und Verkehrsplanung der Nachkriegsjahre. Ihre grundsätzliche Ablehnung der alten Stadt - bis hin zum Abriss - und die Forderung nach strenger Trennung von Wohnen, Arbeit, Erholung und Verkehr prägen bis heute die moderne Stadt- und Verkehrsplanung.

3.3.1 Das Beispiel: Kassel-Helleböhn

Die Siedlung Helleböhn liegt südwestlich der Innenstadt von Kassel. Sie umfasst 1.650 Wohnungen, von denen knapp 10 % Einfamilienhäuser sind, 80 % in 3- und 4-geschossigen Zeilen und 10 % in achtgeschossigen Zentralbauten liegen. Die Siedlung wurde von 1957 bis 1967 gebaut.

Die Siedlungsorganisation zeigt eine geschwungene Erschließung mit verschiedenen breiten Straßen und Wegen und eine Bebauung, die weitgehend nach Süd-Osten ausgerichtet ist.

Die Gebäude sind von den Straßen abgewandt. Die Bebauung besteht aus verschiedenen Bauformen. Vorherrschend sind 4-geschossige Zeilen. In den Randbereichen der Siedlung sind jedoch auch Punkthochhäuser mit bis zu acht Geschossen und Reihenhauszeilen zu finden. Durch die Ausrichtung nach der Sonne liegen diese Gebäudezeilen in der Regel mit den Vorderseiten gegenüber den Rückseiten der nächsten Gebäudezeile. Die Abstandsflächen zwischen den Gebäuden sind zu Grünflächen gestaltet. Parkplätze und Kinderspielflächen sind hier untergebracht.

Die Erschließung besteht aus mehrspurigen Hauptstraßen, die an der Siedlung vorbei führen. Von diesen Hauptstraßen zweigen Ringstraßen ab, mit denen der innere Teil der Siedlung erreicht werden kann. Weitere Sack- und Stichstraßen ergänzen diese innere Erschließung. Ein Wohnwegenetz abseits der Straßen führt zusätzlich zu den Gebäuden.



Abb. 8: Kassel - Helleböhn



Abb. 9: Kassel-Helleböhn

Zum Zentrum der Siedlung an der südlichen Hauptstraße gehören eine Sparkasse, eine Post und verschiedene Geschäfte sowie eine Straßenbahn- und Busstation. Am nördlichen Rand der Siedlung sind eine Schule und Sportanlagen angeordnet.

Zeitgleiche Siedlungen sind z. B. Bremen-Gartenstadt Vahr; Bielefeld-Sennestadt, Hamburg-Lurup / Fahrenort, Kaiserslautern-Bannjerrück, Kirchheim unter Teck oder Lübeck-Kücknitz.

3.3.2 Leitbilder und Stadtmodelle

3.3.2.1 "Organische Stadtbaukunst" und "Autogerechte Stadt"

Schon in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts formuliert H. B. Reichow seine Idee der "organischen Stadt", in der er eine Stadt wie einen natürlichen Organismus versteht. Nach seiner Vorstellung besteht die Stadt in einer zentralen Organisation ähnlich dem Herzen, während die einzelnen Glieder bandartig angeordnet werden. Das Grundprinzip dieser Organisation ist die Verästelung.

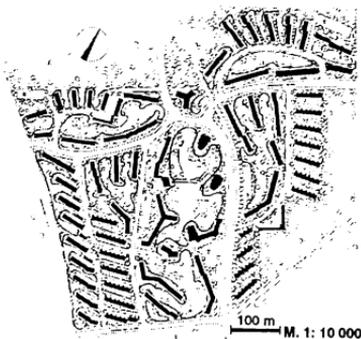


Abb. 10: Gartenstadt Vahr von Ernst May

"Wo immer die organische Natur Flächen erschließt, versorgt, durchpulst oder durchblutet, geschieht es nach dem System der Verästelung." (Reichow, H. B. 1948: 44)



Abb. 11: Sennestadt von Hans Bernhard Reichow

"Der Gedanke der Stadtlandschaft als eines Organismus höherer Ordnung, als eines lebendigen Ganzen, zwingt uns, das Leben, die Bewegungen, Beziehungen und Bindungen in ihm als das Wesentliche zu betrachten. Solche Lebensganzheit widerspricht an sich jedem herauslösendem, analysierendem Denken. Sie erschließt sich immer nur der ganzheitlichen Betrachtung und Anschauung, dem ganzheitlichen Erlebnis, schwerlich nur zergliederndem Denken." (ebd.: 65)

Die organische Stadtlandschaft wird als die dem Menschen entsprechende Stadtform propagiert. Ihr Sinn ist es, die Städte im Wechsel der Zeit menschenwürdig und hygie-

nisch zu erhalten und als eine Grundlage für eine gesunde, geordnete, menschliche Gemeinschaft herzustellen. Daher wird sie der alten, als geometrisch und mechanisch verstandenen Stadt offensiv als neuer Gedanke entgegen gestellt und soll diese vollkommen ersetzen.

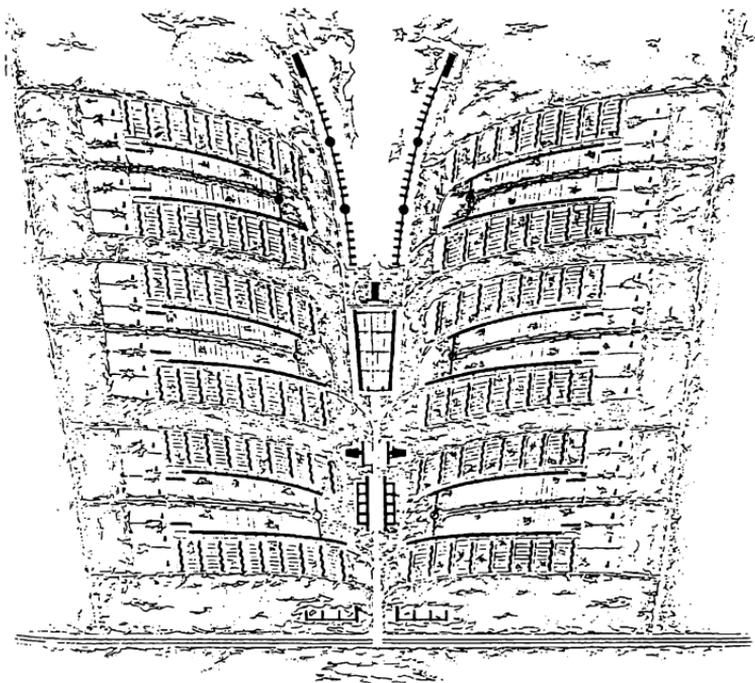


Abb.12: Schema einer zellengegliederten Nachbarschaft

"Der gesamte Städtebau, seit wir ihn bewusst gestalten, ist Geometrie und Zahl. Von Hippodamos – in anderen Kulturen viel früher – über die Idealpläne des Mittelalters und der Renaissance, über Christopher Wren's Plan für London bis zum sturen Schachbrettschema von Manhattan ist das an Hand weniger bezeichnender Bilder leicht nachweisbar.

Hier – in der Idee von der Stadtlandschaft – ist die entscheidende Wende: Von der geschlossenen und kompakten Stadt zur aufgelockerten, gegliederten Stadtlandschaft – vom mechanistischen zum organischen Stadtideal. Und so viele Einwände gegen dieses "Organische" auch denkbar sind – der soziale Organismus aller wahrhaft gesunden Gemeinwesen rechtfertigt auch die Konstruktion seines Gehäuses im Sinne eines naturähnlichen Organismus.

So bedeutet schließlich dieser in Vielem heute zwangsläufige Schritt nicht mehr und nicht weniger, als die wohl entscheidendste Cäsar in der Geschichte der Stadtbaukunst, seit solche überhaupt ins menschliche Bewusstsein gerückt, ja seit Jahrtausenden die erste grundsätzliche, also nicht nur formale Wende:

Von der kompakten, rein baulichen Stadtidee zur naturgegliederten Stadtlandschaft

Vom Gesamttypus zur individuellen, weil landschaftsgeborenen Gesamtform mit typischen Gliedern und Organen

Vom statischen zum dynamischen und organischen Stadtgedanken –
kurz, von der architektonisch und statisch konzipierten Stadt der Vergangenheit zur dynamischen, in ihren Gliedern und Organen wachsenden und sich wandelnden, in ihrer künstlerischen Einheit aber dauernden Stadtlandschaft. (...)

Nur so kann die sinnfällige Einheit und Harmonie des Ganzen als Ausdruck einer neuen, biologisch begründeten, naturnahen und menschenwürdigen Lebenseinheit erfaßt werden. Jene Einheit von Mensch und Gehäuse, Leben und Landschaft, jene Einheit von Arbeit, Erholung, Zerstreuung, Vergnügen und Gemeinschaftsdienst, die zur Harmonie des Seelischen, Geistigen und Körperlichen führt. Jene Einheit, darin auch der Mensch der Großstadt wieder an einer einzigen Stelle "alles hat wie ein Baum". (Reichow, H. B. 1948: 64f)

3.3.3 Stadtmodell

Innerhalb der organischen Stadt sind die gleichen Muster der Gliederung vorgesehen wie in der "gegliederten und aufgelockerten Stadt" und wie in den später beschriebenen Stadtmodellen der 1970er Jahre. Deutlich wird dies z. B. in der Forderung nach Trennung der verschiedenen Funktionsbereiche, also von Wohngebieten, Arbeitsstätten (Gewerbe- und Industriegebieten) und Verkehr. Die einzelnen Glieder werden nach dem Modell der Bandstadt organisiert und zu einer größeren Einheit zusammengesetzt.

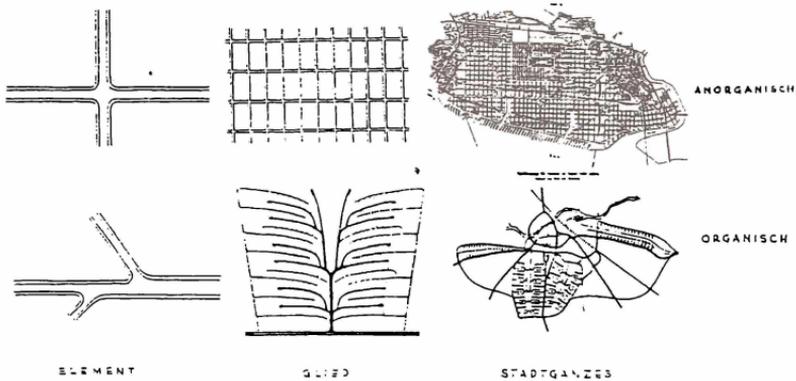


Abb. 13: Gegenüberstellung von anorganischer und organischer Stadtgliederung

In diesem Stadtmodell trennen breite Grün-, Sport- und Freiflächen die Wohngebiete von den rauch- und lärmverursachenden Gewerbe- und Industriegebieten. Die Verkehrsbänder, Eisenbahn und Schnellstraßen bilden die Verbindungen, die oben beschriebenen "leitenden Fäden". Sie liegen in den Grün-

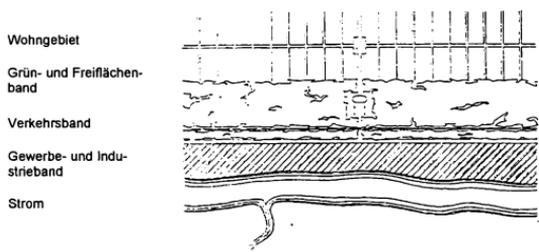


Abb. 14: Schema einer Bandstadt

flächen, um die schlimmsten Auswirkungen des Fahrverkehrs von den Wohngebieten fernzuhalten. Nur an den Bahnhöfen und Haltestellen besteht Kontakt zum Siedlungsgebiet. Bandstädte sind höchstens zweiseitig gebunden: linear erschlossene Wohngebiete auf der einen, Arbeitsstätten auf der anderen Seite.

Die Wohngebiete werden wiederum in unterschiedlich große Teilbereiche – in Zellen, Nachbarschaften und Bezirke – untergliedert. Dies folgt der Überzeugung, dass die Menschen in kleinen übersehbaren Siedlungsgebilden am besten Gemeinschaften bilden können, bereit sind diese zu wahren und zu stärken. Diese kleinen Siedlungseinheiten sollten, so Reichow, zugleich eine Mischung verschiedener Bevölkerungsgruppen zur gegenseitigen Kontrolle und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beinhalten (vgl. Reichow, H. B. 1948: 106, 107, 111). Jede Zelle enthält unterschiedliche Bauformen, um verschiedenen Bevölkerungsgruppen das Passende bieten zu können.

"So enthält schon die kleinste Siedlungszelle, mindestens immer die Gemeinde, sämtliche städtischen Wohn- und Siedlungsmöglichkeiten: Die Mietwohnung im Geschoßbau, Einfamilienhäuser im Einzel-, Gruppen- und Reihenhausbau, zu Eigentum oder Miete." (Reichow, H. B. 1948: 111)

Diese verschiedenen Bauformen sind alle mit Grün- und Freiflächen umgeben bzw. liegen in Sichtweite zum umgebenden Grüngürtel.

"Und unser Schema zeigt auch, wie allen Wohnanlagen der Blick in die freie Landschaft und Weite erhalten bleibt. Nur die Unmittelbarkeit dieser Naturbezogenheit erfährt eine gewiss vertretbare Abstufung." (Reichow, H. B. 1948: 111)

Notwendige Gemeinschaftseinrichtungen werden ihrer Funktion entsprechend entweder zentral an der Verkehrsachse oder zu "Natur und Landschaft" gerichtet angelegt.

Insgesamt werden alle Zellen, ebenso wie Nachbarschaften und Bezirke zur umgebenden Landschaft geöffnet, in den Wohngebieten werden Grünflächen angelegt. Eine aufgelockerte Bebauung, die Vermeidung enger umbauter Höfe und eine Durchsetzung der Bebauung mit Grün sollen Stadt und Landschaft verschmelzen lassen.

"Zum Verkehr oder zentral

Zur Natur und Landschaft

gerichtete Gemeinschaftsanlagen:

Läden	Kinderkrippe
Lichtspielhäuser	Kindergarten und Kinderhort
Banken und Sparkassen	Spielplätze
Behörden und öffentliche Verwaltungsstellen	Schulen
Post- und Verkehrseinrichtungen	Erholungs- und Sportanlagen
Private Büros und Verwaltungen	Konzertsäle
Fest- und Vergnügungsstätten	Theater
Gaststätten	Stadion
Ausstellungsgelände	Tiergarten
	Fest- und Feierhalle
	Vergnügungsparks
	Gaststätten
	Ausstellungsgelände"
	(Reichow, H. B. 1948: 111)

2.2.2.1 Verkehrsführung

Der Verkehr wird von H. B. Reichow als Lebensstrom der Städte verstanden. Seiner Meinung nach soll Verkehr fließen – wie das Blut im Blutkreislauf. Verkehr gilt als dringend notwendig, zugleich sollen aber seine schlimmsten Auswirkungen vermieden werden. Damit sich alle Verkehrsmittel störungsfrei bewegen können, werden ihnen eigene Bahnen zugeordnet.

Um Wohnen vor Verkehrslärm und Verkehrsemissionen zu bewahren, werden die Verkehrswege stark differenziert und weitgehend aus den Wohngebieten ferngehalten. Zur Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufs des Fahrverkehrs werden kreuzungsfreie Erschließungen vorgesehen. Einmündungen sind zugleich richtungweisend angelegt.

Die Organisation der Erschließung zielt auf eine räumliche Trennung der Netze für die verschiedenen Verkehrsarten, die aber dennoch sinnvoll aufeinander bezogen sein sollten. Sie zielt auf eine eindeutige Richtung der Bahnen und Trassen, auf eine organische, unwillkürliche, instinktive oder gar sich selbst steuernde Führung des Verkehrs. Auch an dieser Stelle soll also ein organisches System entstehen, eine an die Wohngebiete gebundene Gliederung mit sinnvoll abgestuften Dimensionierungen der verschiedenen Verkehrswege.

Dabei sollte aber die harmonische Einheit von Verkehrs-, Erschließungs- und Erlebniswert jedes Verkehrsweges erhalten bleiben.

Dementsprechend wird die Erschließung stark nach der Funktion der Straßen differenziert. Es wird sowohl die Trennung von PKW-, Fahrrad- und Fußwegen, als auch eine Unterscheidung der Pkw - Straßen nach Art der Erschließung und Umfang des Verkehrs vor-

gesehen. Fahrradwege und Fußwege werden in die Landschaft eingebettet, um eine gesunde, von Abgasen unbelastete Benutzung zu gewährleisten. Das Straßensystem wird in einer Dreigliederung nach Haupt-, Sammel- und Quellstraßen abgestuft. Dies soll zu einer übersichtlichen und sinnvollen Verkehrsführung beitragen.

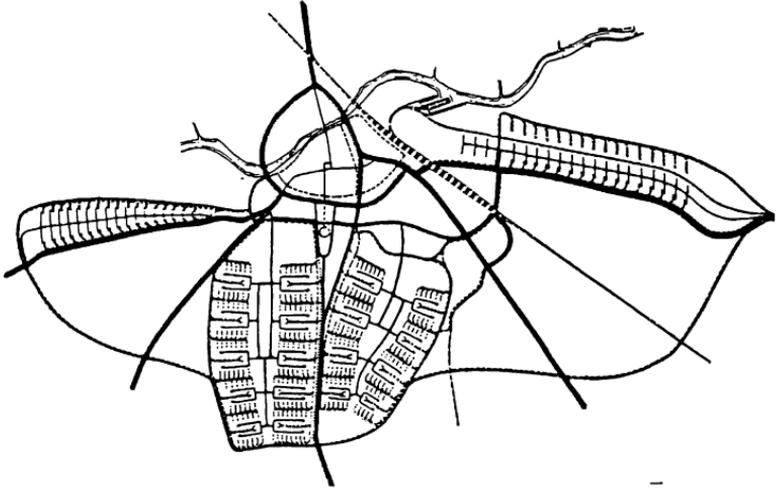


Abb. 15: Organische Verkehrsführung mit gesonderten Wegenetzen für Autoverkehr, Rad fahrende und FußgängerInnen

Diese Verkehrsführung wird dadurch unterstützt, dass alle Wohn- und Quellstraßen, aber auch alle Sammelstraßen, grundsätzlich als Sackgassen, Straßenschleifen oder Stichstraßen angelegt und so Kreuzungen vermieden werden. Wohngebäude sollen an den Enden dieser Sackgassen liegen, so dass die Fahrwege in der Garage und die Fußwege aus der Landschaft im Garten bzw. in den Abstandsflächen enden. Durchgangsverkehr wird somit aus den Wohngebieten ferngehalten. Und jede Straße führt nur zu einer Wohnzelle bzw. Siedlungseinheit. Nur die Bezirksstraßen bleiben Durchgangsstraßen und werden im weiteren Verlauf oftmals als Überlandtrassen geführt.

Entstehende Umwege werden für den motorisierten Verkehr als unproblematisch angesehen. Fußgänger erhalten zwei Wegenetze: schöne, ruhige und sichere Wege in der Stadtlandschaft und Wege auf den Bürgersteigen entlang der Fahrbahnen.

Die Verkehrsführung soll von vornherein die "richtige Fahrtrichtung" angeben. Diese "richtungsweisende Form", so der Autor, bringen Sackgassen und Stichstraßen automatisch mit. Ihre Einmündungen in die Sammel- und Hauptstraßen müssten aber entsprechend angelegt werden. Daher wird vom rechten Winkel abgeraten, da dieser quasi richtungslos ist.

"Schon die geringste Abweichung vom rechten Winkel hat für uns instinktiv wegweisende, Richtung bestimmende Bedeutung. Und sie allein schon vermag unserem schematischen Verkehrsnetz ein durchgehendes Richtungsgefälle zu geben." (Reichow, H. B. 1948: 126)

Lässt sich der rechte Winkel nicht vermeiden, sollte die Verkehrsführung durch ungleichseitige Verkehrsinseln gelenkt werden. Der dadurch ermöglichte Fließverkehr spart

"das immer nur widerwillige Stoppen und Anfahren, Bremsen und Halten, den Verschleiß unnötiger Schaltungen, nicht zuletzt die Gefahren des vor und bis weit hinter die Kreuzung noch im Ablauf massierten Verkehrs." (Reichow, H. B. 1948: 126)

"Der organische Erschließungsgedanke zielt darüber hinaus:

1. auf völlige Kreuzungsbeseitigung, indem er als einzigen Knotenpunkt nur die Einmündung enthält.
2. auf eine eindeutige, sinnfällige Vorfahrtregelung, indem die Bordschwelle quer zur Fahrbahn immer Stopp gebietet.
3. auf ein sinnfälliges Richtungsgefälle, bei dem an jeder Straßeneinmündung der stumpfere Winkel zur Stadtmitte weist.
4. auf Einmündungskurven, die mit Stadtgeschwindigkeiten ohne Schalten und Stoppen zu befahren sind.
5. auf Wende-Kreise statt Wende-Hämmern um der Wohnruhe willen. (...)

10. Auf eine wieder allgemein sinnfällige Ordnung der Stadtlandschaft."
(Reichow, H. B. 1959)

Die "organische Stadtlandschaft" wird also von Reichow offensiv der alten Stadt gegenübergestellt und als neues, natürlicheres System propagiert. Ihre Qualität soll in der naturähnlichen Harmonie und Einheit einerseits und in der Gewährung reibungsloser Abläufe, einer zwangsläufigen Ordnung andererseits bestehen. Daher empfiehlt er die neue Ordnung nicht nur für Neuplanungen, sondern auch beim Umbau bzw. Wiederaufbau der Altstädte und Innenstädte. Die alte Stadt wird dagegen von Reichow in ihrer "anorganischen" Form des Rasters durch Chaos, Unordnung und irrgartenähnliche Unübersichtlichkeit charakterisiert.

3.3.4 "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt"

J. Göderitz, H. Hoffmann und R. Rainer veröffentlichten mit dem Buch "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt" Ende der 50er Jahre eine Zusammenfassung der Leitbilder und Stadtmodelle, die für den Wiederaufbau propagiert wurden. Angelehnt an eine organische Gliederung der Stadt liegt der Schwerpunkt dieses Leitbildes bei einem entschiedenen Plädoyer für den Flachbau.

Als eine wichtige Aufgabe des Städtebaues gilt es, ein ruhiges und gesundes Wohnen zu gewährleisten und alle weiteren Stadtfunktionen dementsprechend zu organisieren. Freizeit wird als neues Problem thematisiert, das im Städtebau berücksichtigt werden muss. Die Familie steht im Mittelpunkt und wird als Ausgangspunkt der Stadtplanung verstanden. Den Familien sollen optimale Voraussetzungen geboten werden – nach dem Motto: "eine gesunde Stadt führt zu Menschen gesunden Sinnes" (Göderitz, J. / Hoffmann, H. /

Rainer, R. 1957: 92). Eine organische Gestaltung gilt in Analogie zu den pulsierenden, sich verästelnden Lebensadern des menschlichen Organismus als einzige gesunde Form.

Grundvoraussetzung für ein ruhiges, abgeschlossenes und gesundes Wohnen ist eine Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholung und Verkehr. Zusätzlich dazu wird die Trennung aller Verkehrswege propagiert. Dazwischen liegende Grünflächen sollen Störungen fernhalten und wohnungsnahe Erholungsflächen bereitstellen. Dieses Leitbild ist explizit gegen die alte, dicht bebaute Stadt gewendet.

"Eine kritische Überprüfung der auf unsere Zeit überkommenen Haus- und Stadtformen zeigt Fehlbildungen und Entartungserscheinungen, die durch Verbesserung mit den bisher üblichen technischen, baulichen und städtebaulichen Mitteln nicht behoben werden können. Vielmehr muß die Gelegenheit zu einer bis an die Wurzeln des Übels gehenden Neuordnung des gesamten Städtewesens dazu benutzt werden. Der Weg zur Gesundheit und Steigerung der Leistungsfähigkeit kann durch Gliederung, Auflockerung und organische Gestaltung des Stadtkörpers gefunden werden." (Göderitz, J. / Hoffmann, H. / Rainer, R. 1957: 90)

3.3.4.1 Stadtmodell

Das Stadtmodell ist an der "Bandstadt" orientiert, also an einer parallelen Anordnung aller jener Funktionen, die als notwendig für eine Stadt verstanden werden: Breite Grünbereiche trennen Gewerbe- und Wohngebiete. Große Verkehrswege wie Bahnen und Hauptstraßen führen durch die Grüngebiete, um Lärm, Staub und Abgase von den Wohngebieten fernzuhalten.

Die Wohngebiete sind in kleinere Einheiten gegliedert. Hier werden Nachbarschaften und Bezirke unterschieden. Nachbarschaften entsprechen einer städtischen Einheit von ca. 1.000 – 1.500 Wohnungen. Sie sind die Grundlage städtischer Organisation. Neben einer Volksschule sollen sie einen Kindergarten, ein Jugendheim, eine Kirche, Kleingewerbe und Läden des täglichen Bedarfs enthalten. Die nächst größere Einheit, die dann auch eigene Verwaltungsdienststellen aufnimmt, ist der Stadtbezirk. Dazwischen kann eine Untergliederung in Stadtzellen erfolgen. Diese Unterteilung wird als zweckmäßig in vielerlei Hinsicht verstanden.

So kann jede Einheit mit nahen Sport- und Spielplätzen, landwirtschaftlichen Zonen und Gärtnereien ausgestattet werden. Das unbebaute Gebiet ergibt so "wertvollen städtischen Lebensraum". Das gilt auch für Landstriche, die aufgrund ihrer Topographie, Feuchtigkeit oder anderer Bodeneigenschaften nicht bebaut werden können. Solche "Nichtbaugelände" tragen als trennende Grünzüge zur Stadtlandschaft bei.

Die Bebauung soll vor allem als Flachbau realisiert werden. Reihenhauszeilen galten als die bevorzugte Bauform, mit der jeder Familie ein Haus und ein Wohngarten zur Verfügung gestellt werden kann. Diese Bauform, so wird ausführlich hergeleitet, ist ebenso flächensparsam wie der Hochhausbau. Bei vergleichbarer Wohndichte bietet sie aber jeder Familie eine "grüne Stube". Damit der Auslauf für Kinder und Aufenthalt für Erwachsene gesichert ist, wird eine ebenerdige Bauweise favorisiert. Hochbau wird nur für "mobile Jungesellen" vorgesehen.

Stadtmodell

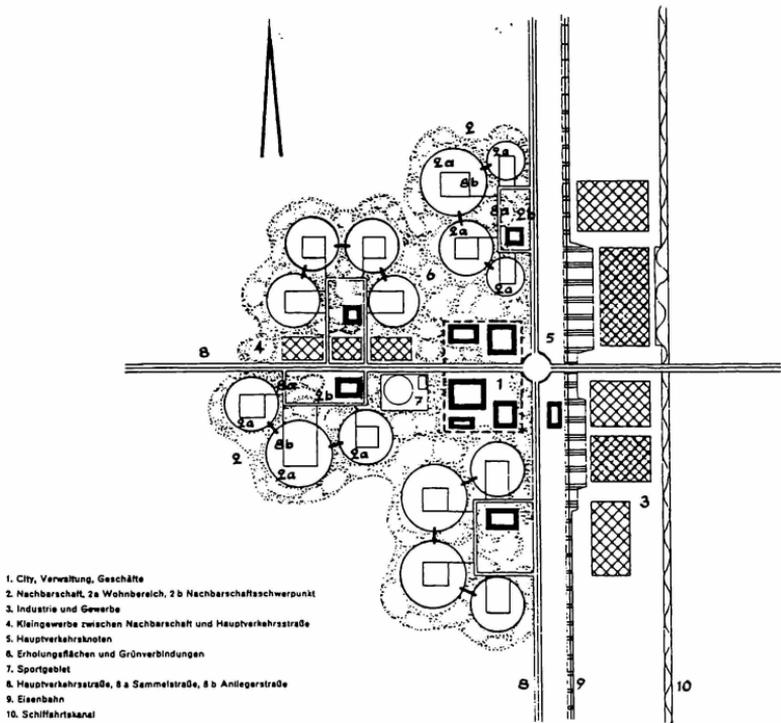


Abb. 16: Schemaskizze der gegliederten und aufgelockerten Stadt

Nach Göderitz, J. et al. würden Städte, in denen jede Wohnung als ebenerdiges Reihenhaus auf einem kleinen Grundstück steht, insgesamt nicht größer, sondern eher kleiner sein als die alten Städte und auch nicht größer als eine aus weiträumig gebauten Hochhäusern bestehende moderne Stadt. Allerdings hat die Ersparnis an bebauter Fläche oberhalb des 4. Geschosses praktisch keine Bedeutung mehr.

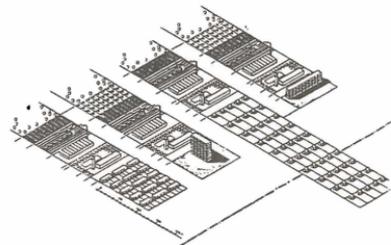


Abb. 17: Flächensparsamkeit unterschiedlicher Bauformen

Reihenhauszeilen am Wohnweg werden vorgeschlagen, da in dieser Bauform alle Bewohner der Häuser gleich große, besonnte

Wohngärten erhalten. Es sollen also nicht nur die Wohnungen, sondern auch die Gärten aus biologischen und hygienischen Gründen besonnt sein.

Gemeinschaftseinrichtungen werden den jeweiligen Nachbarschaften und Bezirken zugeordnet. Im Unterschied zur Wohnbebauung können diese auch in Hochhäusern untergebracht werden. Diese sollen dann städtebauliche Dominanten vergleichbar den Kirchen und Domen der alten Stadt bilden.

5.3.4.2 Verkehrsführung

Die Verbindung der einzelnen Glieder der Stadt erfolgt, angelehnt an Reichow, durch Schnellverbindungen wie Schnellstraßen und Schnellbahnen. Diese verlaufen auf eigenem Gleis, kreuzungsfrei und mit geringer Haltestellenzahl, um ihre Leistungsfähigkeit ausspielen zu können. Diese Verkehrsbänder sollten innerhalb der Grünstreifen liegen, die die Stadtzellen von einander trennen und nur an bestimmten Punkten mit dem örtlichen Verkehrsnetz verbunden werden.

Die Zellen wiederum sind so zu organisieren, dass die meisten Wege zwischen Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen sowie Wohnungen und Arbeitsplätzen zu Fuß zurückgelegt werden können.

Zudem erhalten Fahrverkehr, Radfahrende und FußgängerInnen von einander getrennte, ungestörte Wegeführungen ("Trennung der Verkehrsarten").

"In dem weitmaschigen Netz anbaufreier Verkehrsbänder fließt auch stärkster Kraftverkehr jeder Art unbehindert, ohne seine Unruhe in die Wohngebiete zu tragen, wo ein engmaschiges Netz leichter Geh- und Radwege ruhigem Wohnverkehr mit seinem menschlichen Maßstab und Tempo dient." (Göderitz, J. / Hoffmann, H. / Rainer, R. 1957: 28)

Gegliedert ist die neue Stadt also durch ihre Anordnungen von Nachbarschaft und Bezirk, durch Trennung der Funktionen und Verkehrswege, aufgelockert durch die Bebauung mit Reihenhauseinheiten und Wohngärten und durch die Gärten und Grünanlagen zwischen den Zellen. Verkehr gilt als notwendiger Bestandteil und Lebensnerv. Gleichzeitig wird die organisch gegliederte Stadt aber auch als Mittel verstanden, Verkehrsprobleme durch die automatische Verringerung der Verkehrsbedürfnisse zu vermeiden.

5.3.5 Folgen für Stadt und Verkehr

Die Entwürfe von Siedlungen der 50er Jahre enthalten klare Vorgaben für den Lebensalltag in der Siedlung. Die zentrale Organisation verursacht häufige Umwege. Die Art der Erschließung als auch eine sehr geringe Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen und öffentlichen Verkehrsmitteln produziert zusätzlichen Autoverkehr. Die in sich abgeschlossene Organisation von Erschließung und Bebauung organisiert monolithische Siedlungen, die keine Erweiterungen und keine Anknüpfungen an die Stadt ermöglichen. Die Idee vom ruhigen Wohnen im Grünen ist dominant, funktionale Gestaltungen der Freiflächen mit Abstandsräumen sind vorherrschend. Wegen ihrer starren Vorgaben können

solche Siedlungen nicht an unterschiedliche Ansprüche der Bewohner angepasst werden und sich daher auch nach vielen Jahrzehnten nicht zu Stadtquartieren entwickeln.

3.3.5.1 Weite Wege durch Funktionale Vorgaben

Entgegen dem Versprechen kurzer Fußwege führen die Vorgaben von Bebauung, Erschließung und Freiflächengestaltung vor allem für Fußgänger zu Umwegen und damit zu weiten Wegen. Die zentrale Anlage von Gemeinschaftseinrichtungen und Versorgung zwingt alle Bewohner, die Entfernungen ins Zentrum zurückzulegen. Da die Auswahl an Läden und Infrastruktur hier aufgrund geringer Wohndichten gering ist, muss der weitergehende Bedarf außerhalb der Siedlung erledigt werden. Da auch die Erwerbsarbeitsplätze und die Erholungsgebiete außerhalb liegen, ist in diesen Siedlungen der PKW ein erzwungenes Transportmittel (vgl. Holz-Rau, C. / Kutter, E. 1995).

3.3.5.2 Interne Erschließungssysteme - kein "Öffentliches Leben"

Durch die introvertierte Erschließung wird ein "öffentliches Leben", das neben den Anwohnern auch zufällige vorbeigehende, fremde Passanten einschließt, verhindert. Ringstraßen und Sackgassen sowie Wohnwege halten Nicht-Anwohner fern, denn für diese gibt es außer Besuchen keinen Anlass, sich in der Siedlung aufzuhalten. Die "Trennung der Verkehrsarten" führt so zum Verlust der Kommunikationsmöglichkeiten in der Straße. Die Autofahrer benutzen ihre separaten Verkehrsbänder und die zahlreich verästelten Wohnwege und Sackgassen sind so verwirrend und undurchlässig, dass sie nur von direkten AnwohnerInnen benutzt werden.

"Ein öffentliches Leben in großstädtischem Sinne existiert nicht, es existiert nur erweitertes Privatleben in verschiedenen Graden." (Jacobs, J. 1963: 52)

Von BewohnerInnen wie PassantInnen und Durchgangsverkehr werden hauptsächlich die Hauptstraßen genutzt. Dies sind häufig Fernverbindungen und Schnellstraßen in die Stadt, die die Hauptlast des PKW-Verkehrs und des ÖPNV tragen.

Die Anordnung der Geschäfte, sozialen Einrichtungen etc. entlang dieser Straßen zentriert die Nutzer zusätzlich an diesen Stellen und gibt keinen Anlass, in Nebenstraßen auszuweichen. Das

"ruhige" und "abgeschlossene" Wohnen behindert also öffentliches Leben in den Siedlungen und zentralisiert es an anderer Stelle – in den Einkaufszentren der Siedlungen, an den Hauptstraßen und in den angrenzenden Stadtquartieren, deren Anwohner schließ-



Abb. 18: Sackgassen und Wohnwege – eine unübersichtliche und undurchlässige Erschließung.

lich die nachteiligen Auswirkungen (Verkehr, Mietpreise etc.) dieser Ballung aushalten müssen.

3.3.5.3 Funktionale Freiflächen verhindern die Anwesenheit von Bewohnern

Da die Stellung der Gebäude vor allem an der Sonneneinstrahlung orientiert ist, dienen die weiten Grünflächen der Siedlungen in erster Linie als Abstandsflächen, die "Licht, Luft und Sonne" sichern sollen. In dieser Funktion sind sie primär zum Anschauen gedacht und nicht dazu, in den Alltagsgebrauch einbezogen zu werden. Es gibt auch keine eindeutigen Zuordnungen zu Gebäuden, Vorderseite und Rückseite der Bebauung sind aufgehoben. Da Hinterausgänge fehlen, gibt es auch keine Zugänglichkeit der Abstandsflächen von den Gebäuden aus. Zudem bietet die Gestaltung, abgesehen von den Spielplätzen für Kleinkinder und Bänken für die beaufsichtigenden Eltern, keine Anlässe, sich im Freien aufzuhalten. Die wenigen Sitzgruppen werden kaum genutzt, schließlich ist es nicht sehr angenehm, inmitten der kontrollierenden Nachbarschaft draußen auf der Bank



Abb. 19 / 20: Grünflächen in der Siedlung – auch nach Jahrzehnten können keine Nutzungen etabliert werden.

zu sitzen.

Diese geringe Nutzbarkeit der Grünflächen wird noch dazu durch eine Pflege unterstützt, die zentral von den Wohnungsbaugesellschaften veranlasst wird. Diese Pflege vernichtet oftmals die zarten Versuche einzelner Bewohner, zumindest in Randbereichen kleinräumige Staudenpflanzungen oder ähnliches anzulegen.

Die Monotonie der Freiflächen, die mit dem Entwurf bereits vorgegeben wurde, wird durch Pflege regelmäßig erneuert. So signalisieren Bebauung und Freiflächen dauerhaft, dass eine individuelle Nutzung nicht erwünscht ist. Entsprechende Verbotsschilder wirken ebenfalls in diese Richtung.

"Das stadtgärtnerisch hergestellte und gepflegte "Grün" in Zusammenhang mit der notwendig werdenden Reglementierung der Nutzung grünplanerischer Kunstfertigkeit, wird gegen die Leute - ihre Kompetenz und Autonomieansprüche - wirksam; sie sind nicht in Besitz zu nehmen und fallen als potentielle Ressourcen / Orte sozialer Bedeutsamkeit gärtnerischen Ambitionen von Verwaltung zum Opfer. Man muss wohl vermuten, dass das übliche stadtgärtnerische Grün geradezu die Aufgabe hat, eine lokale Inbesitznahme zu verhindern, die über das stauende Betrachten hinausgeht." (Böse, H. 1981: 139f)

Die wenigen Bewohner der Reihenhauseinheiten können in ihren eigenen, rückwärtigen Gärten tätig werden. An dieser Stelle führt die "gemischte Bebauung" zu unterschiedlichen Privilegierungen und Benachteiligungen innerhalb der Siedlung. An den Vorderseiten sind jedoch auch hier kaum Unterschiede zu den Abstandsflächen im Zeilenbau zu sehen.



Abb. 21: Abstandsgrün vor Reihenhauseinheiten - trotz privater Verfügung

In Folge weisen weder anwesende Bewohnerinnen noch Gebrauchsspuren als Ausdruck von Nutzungen daraufhin, dass in diesen Siedlungen seit mehreren Jahrzehnten gewohnt wird. Allein die Baum- und Strauchpflanzungen wachsen und "altern".

3.3.3.4 Verhinderung von Nutzungsänderungen durch Erschließung und Bebauung

Sowohl Erschließungssystem als auch Bebauung und Freiflächengestaltung legen von vorne herein fest, welche Nutzungen in der Siedlung vorgesehen sind. Sie organisieren so stringente Vorgaben, dass Veränderungen, die im Laufe der Jahre notwendig werden könnten, keinen Platz finden. Die Bebauung mit Zeilen und Reihenhauseinheiten sieht abseits der vorgegebenen Zentren keine Räumlichkeiten für Geschäfte, Büros oder Kleingewerbe vor. Eine Umnutzung von Wohnraum ist nicht möglich.

Das Straßensystem wiederum schafft nur an den Hauptstraßen und im Siedlungszentrum Geschäftslagen. Ring- und Sackstraßen sowie Wohnwege sind dafür zu ablegen und daher auch langfristig ungeeignet. Auch im Laufe der Jahre und bei Alterung der Siedlung können andere Siedlungsbereiche ihren Lagewert nicht erhöhen, weil Gebrauchsmöglichkeiten und Zugänglichkeit unverändert bleiben. D. h. diese Siedlungen sind gegen

neue Anforderungen sehr resistent. Sie können kaum in die Stadt einbezogen und zu normalen Stadtquartieren werden.

3.3.5.5 Modernes Leitbild auch für Innenstadtsanierungen

Mit diesen Leitbildern wurden unter anderem auch Abriss und Umgestaltung alter Stadtquartiere nach dem 2. Weltkrieg durchgeführt.

"So sehr verkehrliche Bedürfnisse für die Neugestaltung unserer Stadt maßgeblich waren, so sehr haben wir doch von vornherein in unseren neuen Verkehrsstraßen ein hervorragendes Gestaltungselement gesehen und mit dem technischen Mittel der Verkehrsstraßen gleichzeitig eine landschaftliche und städtebauliche Neugestaltung der Stadt betrieben. Erst mit den neuen Straßen gelang es uns, die zerstörte Stadtmasse in den gestaltenden Griff zu bekommen und sie so neu zu formen, dass sich nicht nur ihr technisches Grundgerüst, sondern mit ihm auch ihr Gesicht wesentlich wandelte." (Hillebrecht, R. 1961: 158)

Parallel zum Bau der neuen organischen Siedlungen auf der grünen Wiese, wurde das Modell des Organischen und v. a. des Autogerechten also auch in die Innenstädte getragen. Das ist seit den 20er Jahren immer mit einer Kritik an den viel zu engen Wohnverhältnissen der Gründerzeit verknüpft, in der zugleich immer die gründerzeitliche Straße als altertümlich bezeichnet wird.

3.3.5.6 Reparaturmöglichkeiten für Aneignung

Die Siedlungen der 50er Jahre stehen beispielhaft für den gescheiterten Versuch städtische Qualitäten durch funktionale Vorgaben herzustellen. Diese Siedlungsprojekte der Nachkriegsjahre zeigen idealtypisch, dass eine "organische Stadtlandschaft", also "ruhiges, abgeschlossenes Wohnen im Grünen", gravierende Verkehrsprobleme und Probleme in der Aneignung von Freiräumen mit sich bringt, die die Siedlungen und daher auch die Städte durch die Jahrzehnte begleiten.

"Offenbar können Planer und Architekten nicht an der fixen Idee vorbei, dass sie außer gebrauchts- und anpassungsfähigen Häusern auch noch die Verhältnisse zu planen hätten. (...) Damit werden Lebensentwürfe und Verhaltensmöglichkeiten so perfekt vorausgeplant und bauplanerisch realisiert, dass es kein Entkommen gibt". (Hülbusch, K. H. 1990: 2)

In dieser Permanenz der Funktionalisierung kommt die von H. B. Reichow versprochene "erhabene Dauerhaftigkeit" der neuen Stadtorganisation zum Ausdruck, an der Zeit, Menschen und Ereignisse vorübergehen, ohne Spuren zu hinterlassen.

Allerdings ist in den Siedlungen der 1950er Jahre viel Abstandsfläche vorhanden und die Bebauung mit drei bis vier Geschossen überwiegend niedrig. Daher könnte hier mit einer Parzellierung der Abstandsflächen zu Mietergärten privater Freiraum organisiert werden. Hierfür müsste dann häufig ein rückwärtiger Ausgang aus den Gebäuden zu den Flächen gebaut werden.

Eine Verbesserung der Durchlässigkeit der Siedlungen wird durch die funktionale Erschließung praktisch unmöglich gemacht. Eine Ansiedlung zusätzlicher Geschäfte zur

Verbesserung der Versorgung ist zumeist nicht möglich, weil die entsprechenden Geschäftslagen fehlen und nachträglich nicht hergestellt werden können.

Und die "Bänder des Verkehrsnetzes", an denen keine Gebäude einen Rand herstellen, und an denen keine Fußgänger gehen (sollen), sind auch kaum per Reparaturen mit klassischen Straßenprofilen zu versehen. Dafür fehlt allein schon die Randbebauung.

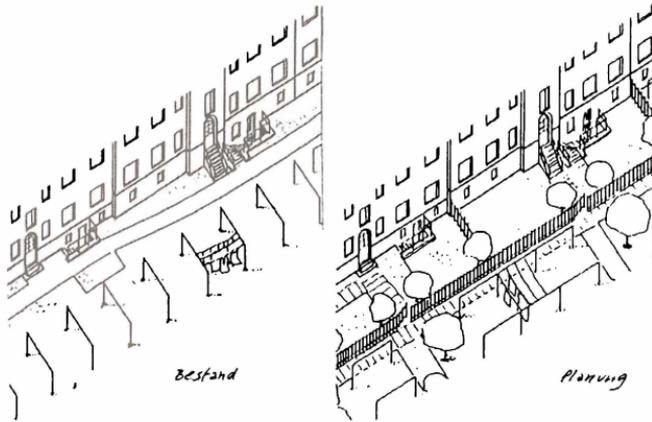


Abb. 22: "Rückgabe" von Abstandsflächen an die BewohnerInnen durch Parzellierung

3.4 Die 1960er und 1970er Jahre: Demonstrativbauvorhaben zu "Urbanität durch Dichte"

Die 1960er und 1970er Jahre sind gegenüber den 1950er Jahren von hoch geschossigem, großflächigem Siedlungsbau am Stadtrand geprägt. So zeigen die Leitbilder und Stadtmodelle einerseits eine große Nähe zu Überlegungen der "organischen und autogerechten Stadt" Reichow's. Andererseits sind sie aber ausdrücklich gegen eine "gegliederte und aufgelockerte Stadt", also dem typischen Siedlungsmodell der 1950er Jahre gewandt.

Diese Großsiedlungen wurden als weitgehend selbständige Trabanten auf der "grünen Wiese" angelegt. In Zusammenarbeit von Forschungsgruppen, Architekten, gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften (wie z.B. der "Neuen Heimat") und Stadtverwaltung entstanden, dienten sie den Städten als "Demonstrativbauvorhaben". Mit ihnen sollten neueste Forschungsergebnisse des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau umgesetzt werden. Das Ziel der Bauvorhaben war es, mit Hilfe hoher Wohndichten städtisches Leben herzustellen, das in den organisch aufgelockerten Sied-

lungen der 50er Jahre vermisst wurde. Anhand experimenteller Projekte mit stark verdichteter Bebauung verbunden mit Konsum- und Freizeitzentren sowie sozialen Gemeinbedarfseinrichtungen wurde versucht, "eine praktikable Funktionsmischung herzustellen, um damit städtisches Leben zu reaktivieren" (vgl. Dittrich, G. 1975). Ökonomische, soziale und psychologische Gründe wurden zur Begründung einer engen räumlichen Zuordnung von Wohnen, Versorgung, Erholung, Kultur und Bildung herangezogen. Schnellstraßen und vor allem Schnellbahn- oder Busverbindungen sollten die Anbindung an die City, das urbane Zentrum, gewährleisten. Das Leitbild zu diesen Siedlungen ist "Urbanität durch Dichte" (vgl. ebenda).

"Auf die Auflösung unserer Siedlungen ins Formlose musste der neue Trend zur Dichte antworten. Und ich glaube, dass gerade die Langeweile und Öde, die Phantasielosigkeit, die provinzielle – nun Biederkeit ist noch zu wenig gesagt – sehr vieler Siedlungen auch hier im Ruhrgebiet mit einer der Gründe sein mag für den Versuch, auf dem Wege der Verdichtung jetzt Form, Leben, Vitalität, Fülle, Erfülltsein in diese Wohngebilde hineinzubringen". (Kühn, E. 1963 in: Boeddinghaus, G. 1995: 23)

Typische Siedlungen dieser Zeit sind z. B. Berlin-Märkisches Viertel, Hamburg-Steilshoop, Köln-Chorweiler, Kassel-Brückenhof oder Bremen-Osterholz-Tenever.

3.4.1 Das Beispiel Bremen – Osterholz-Tenever

Ein typisches Beispiel für ein Demonstrativbauvorhaben der 60er / 70er Jahre ist die Siedlung Osterholz-Tenever, die im Zeitraum von 1967 bis 1975 am östlichen Stadtrand von Bremen gebaut wurde. Sie entstand nach Plänen des Städtebauinstitutes Nürnberg (SIN). Die Siedlung umfasst 2.650 Wohnungen für ca. 7.000 Menschen. Nach ursprünglichen Planungen sollten sogar bis zu 4.600 Wohnungen gebaut werden.

In dieser Siedlung sind 4 bis 22-geschossige Zeilen in L-Form die bevorzugte Bauform. Die meisten Gebäude sind treppenartig gegliedert und deuten offene Blöcke an. Zwei Hochhäuser kennzeichnen das südliche und nördliche Ende der Siedlung. In der Mitte der Siedlung liegt das Zentrum, in dem ein Café, ein Kaufhaus, ein Supermarkt und eine große Tiefgarage untergebracht sind.

Die Abstandsflächen zwischen den Gebäuden sind als Grünflächen mit Rasen, Baum- und Strauchgruppen ausgestaltet. Des Weiteren sind



Abb. 23: Bremen Osterholz-Tenever

hier Kinderspielplätze und weitere Parkplätze zu finden.

Die Erschließung der Siedlung ist in zwei Bereiche getrennt. Eine innere Erschließung mit Wohn- und Fußwegen ist nur für Fußgänger vorgesehen. Sie führt von den Parkplätzen und Zufahrtsstraßen an die Gebäude.

Am Rande der Siedlung dient eine vierspurige, anbaufreie Straße als Hauptzubringer von der Stadt und zugleich als Umfahrung für den Durchgangsverkehr. Von ihr zweigen die Ringstraße ins Siedlungszentrum sowie die Stichstraßen ab, mit denen die einzelnen Gebäudegruppen erreichbar sind.

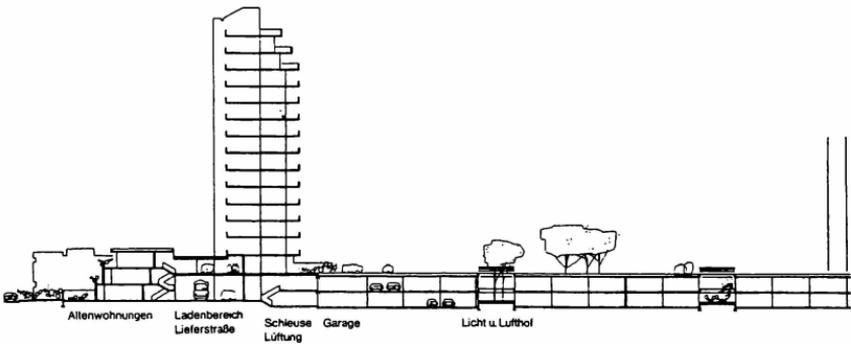


Abb. 24: Querschnitt durch den "Boulevard"

Durch das Funktionszentrum der Siedlung führt der "Boulevard". Diese Fußgängerzone liegt in 4,5 m Höhe. Entlang des Boulevards sind verschiedene Geschäfte untergebracht. Zugleich erschließt er die einzelnen Gebäudeeingänge und führt in die begrünten Innenbereiche auf dem Dach der Tiefgarage. Andererseits schafft er eine Wegeverbindung aus dem südlichen Abschnitt der Siedlung zu den Einrichtungen des Zentralbereichs.

Soziale Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, große Spiel- und Sportplätze liegen am westlichen Rand der Siedlung.

In der Siedlung sind Wohnbereiche, Verkehrsflächen und ergänzende Funktionen voneinander getrennt. Wohnen und Verkehr sind bandartig, parallel zueinander angeordnet. Geschäfte liegen geballt im Zentrum, soziale Einrichtungen

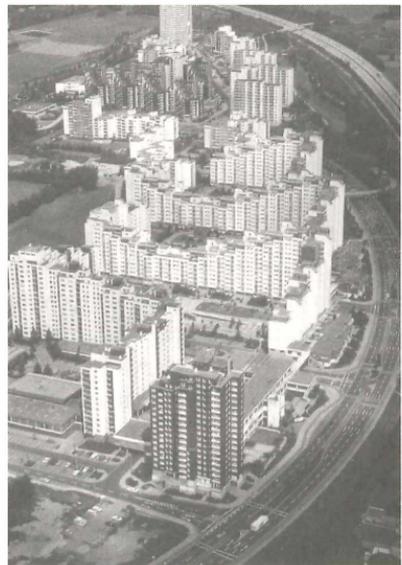


Abb. 25: Skyline der Siedlung Osterholz-Tenever

an dem Rand der Siedlung, der dem Verkehr abgewandt ist.

Ein an die Haupteerschließungsstraße angrenzendes Gewerbegebiet sollte die notwendigen Erwerbsarbeitsplätze sichern, der angrenzende Stadtrand mit seinen Wiesen und Weiden ist als wohnungsnahe Erholungsfläche deklariert.

Die Siedlung ist also durch eine starke Zentralisierung der einzelnen Funktionsbereiche ausgewiesen. Zugleich wird durch einen Grundriss, der eine Bebauung mit wenigen Eingängen und eine undurchlässige Erschließung vorgibt, ein Monolith organisiert, der seine Benachbarungen an keiner Stelle berücksichtigt.

Der Vergleich von Osterholz-Tenever mit anderen zeitgleichen Siedlungen zeigt zunächst eine scheinbar große Vielgestaltigkeit der Siedlungsgrundrisse für das Leitbild der "Urbanität durch Dichte". Sowohl in Bebauungs- als auch in Erschließungsmustern wirken

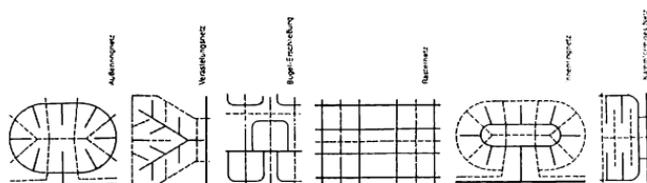


Abb. 26: Typische Erschließungsformen von Großsiedlungen der 1970er Jahre

sie auf den ersten Blick sehr unterschiedlich. Neben offenen Blöcken sind Schlangen, Ringe oder versetzte Ecken zu sehen. Ring-, Sack- und Stichstraßen in unterschiedlicher Anordnung machen die Erschließung aus. Diese Vielgestaltigkeit entsteht jedoch allein durch die Entwurfsgraphik, die Gebäude und Erschließungen in vielerlei Formen anordnet.

Eine genauere Untersuchung zeigt, dass die Organisationsprinzipien, die für Osterholz-Tenever beschrieben wurden, auch für alle anderen Demonstrativbauvorhaben gelten. Zeilenbauweise ist vorherrschend. Punkthochhäuser werden als "städtebauliche Dominanten" an die Ränder oder die Zentren der Siedlungen gesetzt.

Alle Siedlungen weisen funktionalisierte Bereiche, eine Trennung von Wohnen, Arbeit und Verkehr und zugleich eine Zentralisierung von Wohn-, Versorgungs-, Konsum- und Freizeitfunktionen auf. Und alle Siedlungen erweisen sich als Monolithen. Deutlich wird dies in einer Darstellung der Siedlung Hamburg-Steilshoop (Bauzeit 1969 - 1975):

"Steilshoop liegt im Vergleich zu vielen anderen Neubauvorhaben jener Zeit günstig: Nicht auf der grünen Wiese am Stadtrand, sondern am nördlichen Rand der inneren Stadt und damit relativ zentral im Gefüge Hamburgs. Dennoch weist die Siedlung übliche Stadtrandqualitäten auf; sie wirkt durch ihr monolithisches Erscheinen unzugänglich und ist durch einen Gewerbebegürtel, eine Sammelstraße, eine parallel verlaufende Durchgangsstraße und Kleingartengebiete von der Umgebung isoliert; nach Norden prägt die parkähnliche Anlage des zweitgrößten Friedhofs der Welt die Aussicht; die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr erfolgt durch Buszubringerlinien, die fast alle hier enden. (...) Fünf Linien und ein Nachtbus bieten eine gute Verbindung in die beiden nahe gelegenen Zentren und zum Schnellbahnnetz. Die Bedienungsfrequenzen sind tagsüber gut, abends und am Wochenende (...) mäßig.

Die Nutzungsverteilung in der Siedlung ist weitgehend monofunktional: in der durch die geplante U-Bahnstation geprägte Mitte liegen ein geschlossenes Einkaufszentrum, rundherum weitere Läden und Büroflächen, eine Marktfläche und das Gemeindezentrum der ev.-luth. Kirche. Zu beiden Seiten schließt sich in der Form eines flachen Winkels in Ost-West-Richtung die Wohnbebauung an: 20 weitgehend gleich geformte Ringe, die beidseitig an einer auf das Zentrum gerichteten Fußgängerachse aufgereiht und zum Außenrand der Siedlung an einer Stelle offen sind. Hier sind die Parkpaletten untergebracht. Das Zentrum ist außerdem im Süden von zwei weiteren Wohngebäuden umschlossen." (BBau Heft 01.074 1985 in: Kirsch, P. 1993: 27f)

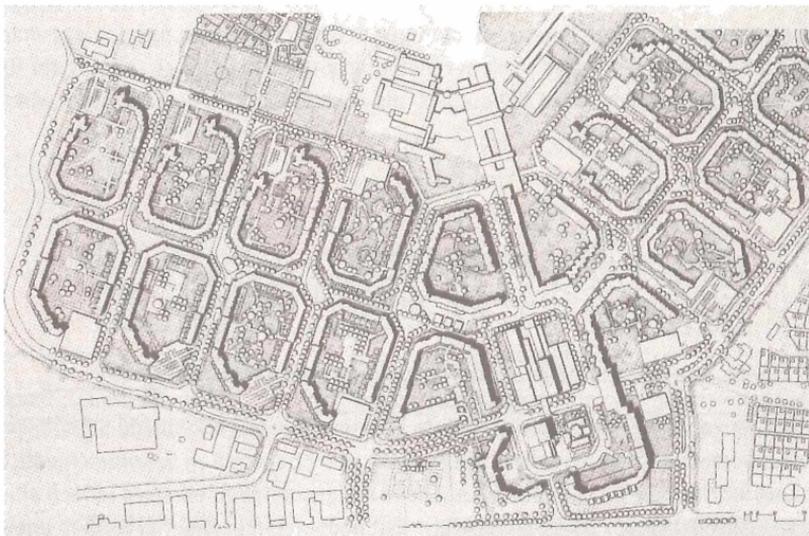


Abb. 27: Grundriss der Siedlung Hamburg-Steilshoop

3.4.2 Leitbild "Urbanität durch Dichte"

Die Demonstrativbauvorhaben folgen einem Leitbild, in dem "Urbanität" als Ausdruck von städtischen Qualitäten verstanden wird. "Urbanität" enthält die relativ simple Vorstellung, dass es zur "Belebung" einer Siedlung genügt, dass viele verschiedene Leute zusammen kommen und sich im Freien aufhalten. "Kommunikation", das Gespräch der Menschen miteinander, wird zu dem Wundermittel, das einer Isolation und Anonymität entgegenwirken und Gemeinschaft stiften soll. Einen wichtigen Anteil sollten dabei konsumtive Tätigkeiten wie Einkaufen, Vergnügungen und gesellige Treffen in Cafés und Bistros, auf Plätzen und in Passagen haben. Dieses Leitbild enthält den selbstvergessenen Flaneur ebenso wie die fröhlich plaudernde Frauenrunde vor dem Supermarkt.

"Unter Urbanität möchte ich eine Lebenshaltung verstehen, die durch Substantive wie Kultiviertheit, lässige Überlegenheit, Weltoffenheit umschrieben wird, ohne dadurch selbstverständlich genau bestimmt zu sein. Marcuse nennt zur Kennzeichnung dieser städtischen Kultiviertheit die beiden Namen Fontane und die Buddenbrocks. Unsere Cisalpine Urbanität, die sicherlich eigener Art ist, hat meiner Meinung nach drei Wurzeln: die Antike, in den Gebieten der römischen Provinz dünn weitergegeben, aber doch weitergegeben; die Kirche, die die wichtigste Vermittlerin mittelmeerischer Stadtkultur war, Sie wissen, die Bischöfe waren gehalten in den Städten zu residieren und zwangen dadurch den widerstrebenden Adel in die Städte. Als Dritte der Nahe und Fernere Orient, dessen Urbanität uns über die in Spanien lebenden Araber, über die Kreuzzüge und später über den Handel vermittelt wurde. Die Träger des urbanen Weltgefühls waren nacheinander Priester, Ritter und Händler, und damit sich als Prinzipien des Urbanen genannt: Das Geistige, das Politische, das Wirtschaftliche." (Kühn, E. 1963 in: Boeddinghaus, G. 1995: 23)

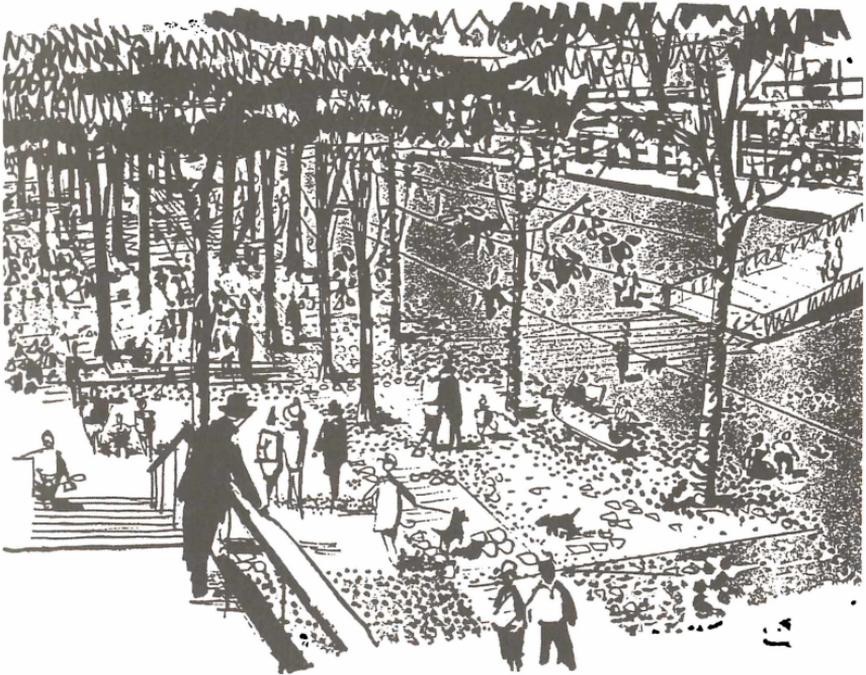


Abb. 28: Ansicht eines Boulevards - Stadtzentrum von Hook

Ein Ziel der Stadtplanung wird es daher, in den Siedlungen möglichst viele Menschen unterzubringen und sie auf die Straßen bzw. die Freiflächen zu locken. Eine hohe Wohndichte wird hierzu als hilfreicher Weg gesehen. Die Überlegung ist relativ einfach und naiv: Je mehr Menschen auf einem Fleck wohnen, umso mehr Menschen können einander treffen und miteinander reden.

Zugleich wird "Mischung" als neues Mittel betrachtet, um gegen Isolation und Gettoisierung in den Siedlungen zu wirken und "Schlaf-Städte" zu vermeiden. Dabei werden sowohl eine soziale als auch eine funktionale Mischung propagiert.

Die "Mischung" verschiedener Alterstufen, Einkommenschichten und Lebensformen soll zu Vielfalt und Lebendigkeit in den Siedlungen beitragen und die Integration von Alten, Alleinstehenden, Körperbehinderten und Kindern sowie "sozialer Randgruppen" gewährleisten.

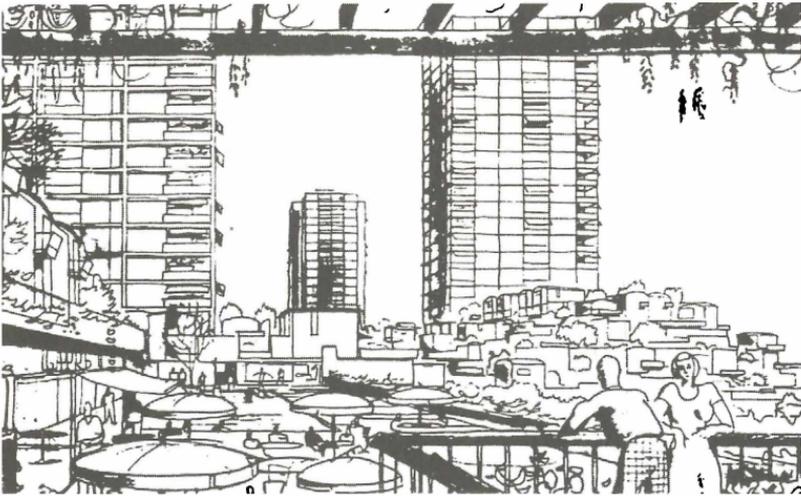


Abb. 29: "Urbanität durch Dichte" –
ein internationales Leitbild: Projekt Santa Monica - Los Angeles

Zur funktionalen Mischung werden spezielle Funktionsbereiche für Wohnen, Konsum-, Freizeit-, Kommunikations- und Sozialeinrichtungen in verschiedenen Abschnitten der Siedlung vorgesehen. Durch das Zusammenkommen verschiedener Menschen und ein Angebot unterschiedlicher Einrichtungen sollte jederzeit Aktivität vorherrschen und "Urbanität" entstehen. Diese Vorstellung war, wie es beispielsweise Boeddinghaus rückblickend dokumentiert, ein international gleich formuliertes und verwirklichtes Leitbild.

Zur Stärkung des "urbanen Lebens" wird ein gut funktionierendes Verkehrssystem als notwendig erachtet, das die Siedlungen mit der City verbindet. Es wird davon ausgegangen, dass Motorisierung und Mobilität durch die Trennung von Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Bildungszentren weiter anwachsen. Ein hoher Anteil dieses Verkehrs sollte mit ÖPNV abgedeckt werden. Daher stehen Schnellbahn-, Expressbahn-, und U-Bahnnetze im Mittelpunkt der Verkehrsdiskussion. Eine Ausstattung der Wohnsiedlungen mit Bildungs-, Kommunikations-, Freizeit- und Erholungszentren soll eine städtische Zentralstruktur unterstützen. Zugleich wird davon ausgegangen, dass ein neu geplantes Siedlungszentrum nur in Verbindung mit der City den Bedürfnissen städtischen Lebens gerecht werden kann.

3.4.3 Stadtmodell: Hochhäuser und Boulevard

Der die Stadtmodelle leitende Gedanke besteht darin, eine hohe Wohndichte mit Hilfe einer hohen Baudichte herzustellen. Vielgeschossige Zeilen, Terrassengebäude und punkthochhäuser sind propagierte Bauformen. Um zugleich aber ruhige und gesunde Wohnverhältnisse zu gewährleisten, wird die hohe Baudichte vor allem in Form einer Hochhausbebauung vorgeschlagen, die große Abstandsflächen freilässt. Diese werden zu Grünanlagen und Funktionsflächen gestaltet.

Zur Förderung von "sozialer Mischung" werden in den Gebäuden verschiedene Wohnungsgrundrisse für unterschiedliche Wohnformen und Sonderwohnformen vorgesehen. Diese heterogene Zusammensetzung der Bewohnerstruktur soll eine soziale Mischung ergeben, die es ermöglicht, so die Hoffnungen der Stadtplaner, Kontakte mit anderen Lebensweisen herzustellen, bestehende Spannungen abzubauen und das Zusammenleben mit verschiedenen Menschen zu lernen. Gemeinschaftsräume und Kommunikationszonen für Treffen und Festivitäten sowie gemeinschaftlich nutzbare Dachterrassen werden projektiert, um Orte herzustellen, an denen sich die Bewohner treffen können. Sie sollen die Gemeinschaft und die Ausbildung von Nachbarschaften unterstützen.

Außerhalb der Gebäude wird eine Gestaltung in Fußgängerbereiche, Grünflächen mit Sitzgruppen und Kinderspielplätzen sowie Erwachsenenspielen propagiert, um die Aufenthaltsqualität in den Siedlungen zu erhöhen. Ein gut ausgestattetes Funktionszentrum soll als Treffpunkt wirken und dadurch die Gemeinschaft in der Siedlung stärken. Ein Ausdruck dieser Idee wird der "Boulevard", die Fußgängerzone im Zentrum der Siedlung, an der die wichtigsten Geschäfte und Cafés liegen und auf der sich das städtische Leben vielfältig entwickeln soll.

Der Fahrverkehr wird grundsätzlich vom Fußgängerverkehr getrennt. Ein bauliches Mittel hierzu ist die Einführung verschiedener Ebenen für Fahrverkehr, Parkverkehr und Fußgänger. Durch Umfahrungsstraßen soll der Durchgangsverkehr aus den Siedlungen herausgehalten werden. Zugleich wird aber empfohlen, den fließenden Verkehr der Anwohner und deren zahlreiche Parkflächen mit Stichstraßen und Wendehämmern möglichst nahe und frei vom störenden Durchgangsverkehr an die Wohngebäude heranzuführen.

Ruhiges Wohnen in einem "urbanen" Rahmen steht im Mittelpunkt der Stadtmodelle. Alle notwendige Funktionen sollen berücksichtigt und zugleich "neue urbane Lebensformen" verwirklicht werden. Ein Kommentar zum Modell der Siedlung Osterholz-Tenever fasst diese Utopie derart zusammen:

"Und als endlich fertige Modelle dastanden, war man sich einig: Dies war eine rundum überzeugende Antwort auf alle Fragen der Gegenwart und damit eine Lösung für die Zukunft. In vier- bis zweiundzwanzigeschossigen Häusern, jeweils L-förmig zu Blöcken um einen Innenhof gruppiert, würden etwa 4.600 Wohnungen entstehen. Und vor allem die Innenhöfe zeigen besonders deutlich, nach welchen Vorstellungen hier "verdichtet" gebaut werden sollte.

Denn sie sollten als zusammenhängender, die gesamte Anlage erschließender "Kommunikationsbereich" alle Blöcke miteinander verbinden. Alle nur denkbaren Freizeitaktivitäten sollten hier stattfinden können – und vor allem der Kontakt zu den Mitbewohnern. Das Umfeld dieser Wohnungen sollte zum Gespräch, zur Begegnung und zu gemeinsamen Aktivitäten

animieren. Damit das auf dieser "Kommunikationsebene" auch unbehindert vom Fahrzeugverkehr möglich sein konnte, wurde sie einfach viereinhalb Meter angehoben. Kein Verkehrslärm sollte hier oben das Miteinander der Bewohner stören können.

Aber auch die Wohnungen sollten nun keinen denkbaren Anspruch mehr unbefriedigt lassen. Von der 45 m² großen Einzimmerwohnung bis zur 140m² Wohnfläche umfassenden Viereinhalbzimmerwohnung sollte hier alles entstehen. Darüber hinaus sollte es unter den Wohnungen noch eine ganze Reihe von Sonderformen für Studenten, Altenwohnungen und konsequent behindertengerechte Wohnungen geben - und dazu noch ein "Service-Haus", das gezielt auf die Bedürfnisse allein stehender berufstätiger Frauen zugeschnitten war.

Alle diese Wohnungen und die vielen sonstigen Angebote sollten einem neuen Lebensgefühl Raum geben: Man habe für den "mobilen Bewohner" gebaut, wie Hans Stefan Seifriz es heute nennt. Junge Familien, am Beginn eines erfolgreichen Berufslebens stehend, sollen hier ein angemessenes Zuhause finden – oder Alleinstehende, deren Wohnsituation berufliche und familiäre Flexibilität ermöglichen musste. Allen "mobilen Bewohnern" sollte daher gemein sein, dass sie wohl nur kurzfristig ihre Wohnungen in Osterholz-Tenever nutzen würden.

Flexibel, aktiv, kommunikativ und mobil, das waren die Eigenschaften, die gleichermaßen für jene Form von Urbanität, die in Osterholz-Tenever Wirklichkeit werden sollte, als auch für die künftigen Bewohner gelten sollten. Dieses Projekt ist geplant und gebaut worden für aufstrebende, mittelständische Familien, die ihr Leben an den Werten einer freizügigen, dynamischen und weltoffenen Gesellschaft ausrichten. Ihnen schien die "verdichtete" Bauweise nicht nur zumutbar, sondern im Gegenteil: Je größer das Angebot an Kommunikationsmöglichkeiten und Freizeitaktivitäten, umso intensiver versprach auch das urbane Leben zu werden." (Wallenhorst, H.-J. 1993: 333f)

3.4.4 Folgen der Siedlungsorganisation für Stadt und Verkehr

Die Großsiedlungen der Demonstrativbauvorhaben sind also durch eine vielgeschossige Bebauung, stark funktionalisierte Flächen und Funktionszuweisungen für bestimmte Abschnitte gekennzeichnet. Diese Organisation hat viele negative Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner, auf den zentralisierten PKW-Verkehr und in Folge auf die Qualität der Siedlungen als Stadtteile. Auffällig ist bei einem heutigen Blick auf diese Trabanten, dass alle propagierten Absichten, die ein "soziales und kommunikatives Zusammenleben" der Bewohner in den Demonstrativbauvorhaben vorhersagten, nicht Realität wurden. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Viele der Siedlungen wurden bald nach Fertigstellung zu so genannten "sozialen Brennpunkten" und zu Dauergästen in Förderprogrammen (wie Soziale Stadt). In den letzten Jahren wurden in vielen Siedlungen gerade an den "städtebaulichen Dominanten" mit dem Abriss begonnen – auch in Osterholz-Tenever.

3.4.4.1 Weite Wege sind die Regel

Sowohl die vielgeschossige Bebauung als auch die zentralistische Organisation sowie die Art der Erschließung führen zu weiten Wegen in der Siedlung. In den mindestens viergeschossigen Gebäuden bedeutet schon der Weg von der Wohnung zur Straße eine Distanz, die in der Regel nur mit Aufzügen zurückgelegt wird. Diese Distanz zur Erde ergibt für kleine Kinder oder ältere Personen bereits eine große Hemmschwelle, sich alleine

aus der Wohnung zu bewegen. Eine Begleitung für Wege außer Haus wird nötig, selbständige Erkundungen von Kindern werden von vorne herein erschwert. Doch unten angelangt ist der Weg noch nicht zu Ende. Nun müssen die Strecken zu den jeweiligen "Funktionsbereichen" zurückgelegt werden. Und da die Wege zu Fuß in der Regel sehr unübersichtlich sind, weil Orientierungsmuster fehlen, wird Vieles lieber gleich mit dem Auto erledigt.

3.4.4.2 Schlechte Orientierung und Verhaltensunsicherheit durch unübersichtliche und unkontrollierte Erschließung

Das undurchlässige und verschlungene Wegesystem und die von den Straßen abgewandte Stellung der Gebäude führen dazu, dass die Erschließung insgesamt sehr unübersichtlich ist. Eine Orientierung innerhalb der Siedlung bedarf der Erfahrung oder großer Hinweisschilder. Dies ist eine Erschließung, die den Zugang für Menschen, die nicht hier leben, von vorne herein sehr erschwert.

Diese unübersichtliche Anlage der Wege wird zusätzlich durch Begleitpflanzungen mit Strauchgruppen unterstützt, die die Straßen- und Wegränder dicht und unübersehbar verwachsen. Durch die abgewandte Bebauung und das hoch aufgewachsene Straßenbegleitgrün entstehen an den Straßen unbeobachtete und daher unkontrollierte Abschnitte. Selbst bei Tageslicht ist es unangenehm, hier entlang zu gehen. Vergleichbare Situationen entstehen aber auch in den Innenbereichen an den Parkplätzen und Wohnwegen. Verwachsene Wege, versteckte Eingänge, Tiefgaragen und Unterführungen schaffen uneinsehbare Ecken und Bereiche, die bei Dämmerung oder Dunkelheit nur ungern aufgesucht werden. Daher zwingt die Fußgängererschließung zwar dazu, zu Fuß zu gehen,



Abb. 30 / 31: Straßenbegleitgrün und dicht zugewachsene Abstandsflächen verdecken den Blick auf Straßen und Wohnwegen

schaft aber keine zu jeder Zeit gebrauchsfähigen Fußwege. Nicht zufällig befassen sich verschiedene Studien zu "Angsträumen von Frauen in der Stadt" auch mit den Wegen und Freiflächen dieser Art von Großsiedlungen (vgl. Rau, P. 1989; Österreichisches Ökologie-Institut 1992).

3.4.4.3 Zusätzlicher Autoverkehr durch weite und unangenehme Fußwege

Die Organisation und Gestaltung von Bebauung und Erschließung führt trotz eines vielgestaltigen und weiten Wegenetzes zu weiten und unangenehmen Fußwegen. Viele Erledigungen zu Fuß erfordern Organisations- und Zeitaufwand und verursachen, sofern Transportmittel benutzt werden, auch Kosten. Diese Folgen bekommen vor allem jene BewohnerInnen zu spüren, die sich überwiegend in den Siedlungen aufhalten und über keinen PKW verfügen.

Viele der Wege innerhalb der Siedlungen, aber vor allem die großen Entfernungen zur Stadt, an den Arbeitsplatz, zum Einkaufen oder in Erholungsgebiete, sind zumeist einfacher mit dem Auto zurück zu legen. Der oftmals schlechte Anschluss an das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs legt die Anschaffung eines eigenen Autos nahe. Sowohl die Zahlen für PKW-Besitz als auch für die Nutzung eines PKWs sind im Stadtvergleich in diesen Siedlungen zumeist hoch (vgl. Holz-Rau, C. et al. 1994 für Berlin; Holz-Rau, C. / Kutter, E. 1995 für Stuttgart; Ruhne, R. 1996 für Hamburg; Socialdata 1993 für Wien).

Zu den regelmäßigen PKW-Fahrten gehören auch Begleitungen von älteren Personen und das Chauffieren von Kindern und Jugendlichen (vgl. Holz-Rau, C. 1995). Dies hat zur Folge, dass, wenn die Einkommen der Bewohner es zulassen, zumindest ein PKW angeschafft wird.

Die Trabantsiedlungen begünstigen also den PKW-Verkehr in verschiedener Weise. Die Erschließung soll dem "reibungslosen, störungs- und kreuzungsfreien Fließen des Verkehrs" dienen. Ein entsprechend großer Anteil innerhalb der Siedlungen besteht daher aus Verkehrsflächen.

Dieses Verkehrsaufkommen fällt in den Siedlungen selber gar nicht so sehr auf, weil die stark befahrenen Straßen am Rande liegen. Die Autos scheinen in den Siedlungen nur wie von Geisterhand zum Parken abgestellt zu sein. In den benachbarten Stadtteilen und in den Innenstädten kommt es jedoch zu starken Beeinträchtigungen. Der tägliche Be-



Abb. 32 / 33: Parkplätze und Fahrbahnen beanspruchen große Flächen

rufs- und Freizeitverkehr führen hier zu Staus und Parkplatzproblemen. Diese Quartiere

müssen Teile der Lasten des Verkehrs, der in den Stadtrandsiedlungen erzeugt wird, aushalten: Lärm, Abgase, verstopfte Straßen. Die Folge sind oft Staus, zugeparkte Nebenstraßen mit Parkplatzproblemen für die dortigen Bewohner.

Daraus resultieren dann fortwährende Diskussionen um Parkraumbewirtschaftung und Verkehrsberuhigung, die häufig mit dem Umbau dieser an sich gut funktionierenden, alten innerstädtischen Quartiere ein eigentlich unnötiges Ende finden.

3.4.4.4 "Funktionmischung" durch zentralisierte Anordnung von Konsum-, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen

Die verschiedenen Funktionen, Wohnen - Versorgung - Erholung - Einkauf, werden in den 70er Jahre Siedlungen getrennt von einander untergebracht. Die gewünschte "Mischung" besteht vor allem in der Addition von Wohnungen mit Versorgungs- (Kindergärten, Schulen), Konsum- (Supermarkt) und Freizeiteinrichtungen (Sportplatz, Schwimmbad, Fitnesscenter). Zugleich sind aber keine Funktionswechsel oder Änderungen im Gebrauch von Gebäuden oder Flächen vorgesehen oder zufällig möglich. Auch Erwerbsarbeitsplätze sind kaum vorhanden.

Dies hat zur Folge, dass die Bewohner zwangsläufig die Siedlungen verlassen müssen, wenn sie ihrer Erwerbsarbeit nachgehen oder Geschäfte aufsuchen, die es in der Siedlung nicht gibt. Ein großer Teil der Bewohner pendelt also regelmäßig in die angrenzenden Stadtteile oder Innenstädte.

3.4.4.5 Kaum individueller Gebrauch der funktionalen Freiflächen

Die Grünflächen, die in den Siedlungen liegen, sind mit Fertigstellung der Siedlung gestaltet und ausgestattet. Sie werden im Auftrag der Siedlungsverwaltung gepflegt. Auf diesen Flächen ist keine individuelle Nutzung durch die Bewohner vorgesehen. Im Gegenteil: Schilder wie "Betreten verboten" oder "Fußballspielen verboten" weisen ausdrücklich daraufhin, dass diese Flächen vor allem zum Ansehen gedacht sind und jegliche Nutzung die einmal vorgegebene Gestaltung stört. Spuren individueller Aneignung, wie z. B. Trampelpfade, werden in erster Linie als Ausdruck von "Vandalismus" interpretiert (vgl. Hülbusch, K. H. 1987).



Abb. 34 / 35: Typische Grünfläche und Eingangsbereich

Alle Tätigkeiten, die im Alltag des "Wohnens" anfallen, sind also weitgehend auf die Wohnungen und Balkone verwiesen. Nur an eine sehr eingeschränkte Anzahl von Tätigkeiten wurde gedacht und entsprechende Flächen eingerichtet, die dann aufgesucht werden müssen: Spiel und Sportplätze sind jeder Gebäudegruppe zugeordnet, vereinzelt sind Sitzbänke aufgestellt, das Café und die Fußgängerzone sind zum Flanieren und Treffen entworfen. Die Angebote in den Freiflächen sehen also vor allem Erholung und Konsum als mögliche Nutzungen vor. Entsprechend ihrer obendrein noch unattraktiven Gestalt und Angebote werden sie oft nicht gut angenommen.

"Es ist schon peinlich, dass uns die Planer über die Inhalte ihrer Planungen oft nicht mehr sagen können, als dass sie es ermöglichen, dass Menschen gehen, stehen, sitzen und liegen können". (Böse, H. 1981: 131)

Die geringen Möglichkeiten, im Außenbereich tätig zu werden, führen dazu, dass sich nur wenige Menschen auf den Grünflächen im Freien aufhalten. Zugleich können auch keine Nutzungsspuren als Ausdruck von selbstverständlichen alltäglichen Tätigkeiten hinterlassen werden. Die Flächen vermitteln eine

"spurenlose, leere Aufgeräumtheit, den Eindruck einer fast anonymen Zone." (Zimmermann, J. 1978: 263).

Dies hat zur Folge, dass diese Siedlungen oftmals öde wirken, obwohl hier sehr viele Menschen wohnen. U. Herlyn u.a. sprechen an dieser Stelle von "Sozialbrachen" (vgl. Herlyn, U. et al. 1987: 119).

3.4.4.6 Verhinderung von Anpassungsfähigkeit und Alterung durch Spezialisierung

Sowohl in ihrer Erschließung als auch in ihrer Bebauung sind die Siedlungen also auf ganz bestimmte Nutzungen zugeschnitten. Sie umfassen einerseits "Wohnen" in den Wohnungen, "Erholung" auf den Grünflächen und in den Erholungsgebieten, Einkauf im Einkaufszentrum. Abweichungen vom vorgesehenen Verhalten sind nicht erwünscht und kaum möglich, ohne den festgesetzten Rahmen zu stören. Weder die Organisation der Gebäude noch die Gestaltung der Freiflächen sollen große Handlungsspielräume zulassen. So können weder die wenigen Büros zu Wohnungen noch Wohnungen zu Büro-, Geschäfts- oder Gewerberäumen umgenutzt werden. Es können keine neuen Geschäfte entstehen, weil zum einen die Erdgeschoßräumlichkeiten nicht entsprechend zugänglich sind und zum anderen gute Geschäftslagen, also öffentliche Orte wie ausreichend genutzte Straßen, Kreuzungen und Straßenecken fehlen. Die Geschäftslagen sind allein auf das Siedlungszentrum konzentriert und dementsprechend knapp.

Schließlich kann mit einer nach innen gerichteten Erschließung von Stich- und Sackstraßen keine Straßenöffentlichkeit hergestellt werden. Weil viele Einkäufe außerhalb der Siedlungen getätigt werden, reicht die verbleibende Kaufkraft der auf wohnungsnahen Angebote angewiesenen Anwohner oftmals trotz hoher Wohndichten nicht aus, um Geschäfte zu halten oder neue anzuziehen.

Durch ihre abgeschlossene Straßenorganisation sind diese Siedlungen auch nicht erweiterbar. Weder Ring- und Sackstraßen noch Wohnwege können zu neuen Siedlungen weitergeführt werden. Allenfalls können neue Monolithen an die Umfahrungsstraßen angehängt werden.

Diese Siedlungen sind damit starr in ihrer Organisation und ihren Nutzungsvorgaben. Sie können kaum veränderte Ansprüche aufnehmen oder an neue Anforderungen angepasst werden. Sie werden im Grunde von Tausenden bewohnt, die alle keine Spuren hinterlassen. Auch wenn solche Siedlungen alt werden, und die Städte an ihnen vorbei wachsen, bleiben sie isoliert.

Auch die beschriebenen Folgen für Stadt und Verkehr sind keine "Jugendsünden", sondern bleiben als dauerhafte Probleme erhalten. Nicht zufällig werden in diesen Siedlungen alle Jahre Wohnumfeldverbesserungen diskutiert, Neugestaltungen von Grünflächen und Siedlungszentren durchgeführt (für Osterholz-Tenever vgl. Freie Hansestadt Bremen 1998; vgl. auch Gibbins, O. 1988). Doch auch diese Maßnahmen können die grundsätzlichen Probleme, die in der Siedlungsorganisation angelegt sind, auch nicht lösen.

Dass "Urbanität durch Dichte" allein noch keine Garantie für städtische Qualitäten ist, verdeutlicht die schleppende Vermietung in den Anfangsjahren und die Leerstände bis Ende der 80er Jahre. Zudem wurden viele projektierte Siedlungen in ihrer Größe eingeschränkt (Osterholz-Tenever wurde auf die Hälfte der ursprünglich geplanten Wohneinheiten reduziert). In extremen Fällen wurden Siedlungen dieser Bauweise wenige Jahre nach Fertigstellung bereits wieder abgerissen (z. B. die "Meta-Stadt Wulfen" ca. 10 Jahre nach Fertigstellung, vgl. Gibbins, O. 1988; Stadtbauwelt Heft 86/1985).

Heute sind die überwiegenden Sozialwohnungen vor allem von Bevölkerungsgruppen bewohnt, die aufgrund zu geringer Einkommen ihre Wohnungen zugewiesen bekommen. Dies führt zu einer immer wieder diskutierten Gettoisierung. Die mobile Mittelschicht, für die die Wohnungen ursprünglich gebaut worden waren, lebt zum Großteil in anderen Stadtteilen.

3.4.4.7 Dauerhafte Pflegefälle

Die Demonstrativbauvorhaben der 1960er und 1970er Jahre zeigen bis heute, dass eine hohe Bau- und Wohndichte alleine noch keine "Belebung" der Siedlungen garantieren kann. Entgegen der "guten Absicht", funktionierende Nachbarschaften herzustellen, sind diese Siedlungen durch nachbarschaftliche Isolation der BewohnerInnen ausgewiesen. Der Wegzug der Schichten, die es sich leisten können, also des "flexiblen Mittelstandes", und die Einweisung von "sozialen Randgruppen" durch die Sozialämter führen zu einer starken Gettoisierung. Statt harmonischem Zusammenleben sind hier "überforderte Nachbarschaften" jener Menschen zu finden, die sich ihren Wohnort nicht aussuchen können. Folgeeinrichtungen wie unterschiedliche Stätten der Sozialarbeit (z.B. Jugendzentren, Ausländerberatung, Psychosoziale Betreuung, Frauenberatung) stehen kennzeichnend für diese Situation.

Die alleinige Orientierung an bestimmten Quantitäten (Geschoßzahlen, Wohneinheiten) reicht eben nicht aus, um Stadtquartiere zu ermöglichen, in denen viele verschiedene Menschen tätig werden und unterschiedliche Lebenssituationen ihren Platz finden. Daher bleiben diese Siedlungen dauerhafte Pflegefälle der Städte. Die Maßnahmen der "Wohnumfeldverbesserung" leisten dabei nichts anderes, als eine funktionale Gestaltung gegen eine andere auszutauschen.

Allerdings treffen alle "Verbesserungsversuche" auf dasselbe Problem: die extrem funktionale Organisation der Siedlung und die hohen Geschoßzahlen. Der Versuch, z. B. durch eine Parzellierung der Grünflächen Mietergärten und damit ein wenig privaten Freiraum herzustellen, hat hier wenig Aussichten auf Erfolg, weil die Wege aus den Gebäuden zu den Mietergärten einfach zu weit sind, die vorhandenen Abstandsflächen gar nicht für alle Bewohner ausreichen und zudem die Gärten von allen Seiten einsehbar und beobachtet wären. Eine Umorganisation der Erschließung zu gleichartigen Straßen wird durch die Trennung in Umfahrungsstraßen, Sackstraßen und Wohnwege unmöglich gemacht. An der Stelle könnte allein die Entfernung des üppigen Straßenbegleitgrüns und die Anlage von Baumstreifen entlang den Straßen etwas Orientierung schaffen. So stehen diese Siedlungen für Beispiele, die zeigen, dass eine aufwendige, stark funktionalisierte Siedlungsgestaltung nur mit sehr hohem Aufwand und entsprechend hohen Kosten bei zugleich geringer Aussicht auf bessere Gebrauchsqualitäten repariert werden kann.

3.6 Exkurs: "Verkehr in Städten"

Die so betitelte Arbeit von Buchanan von 1964 legt den Schwerpunkt auf die Notwendigkeit einer "verkehrsgerechten" Sanierung der Innenstädte. Ein kurzer Exkurs zu den wesentlichen Aussagen von Buchanans Studie soll verdeutlichen, wie die Leitbilder der autogerechten Verkehrsplanung der 50er und 70er Jahre in die alten Stadtquartiere übertragen werden. Diese frühen Überlegungen zur autogerechten Stadtsanierung bilden zugleich den Hintergrund für die im Anschluss darzustellenden Ideen der "Neuen Urbanität" und "Stadtreparatur", die Städtebau und Verkehrsplanung in den 80er Jahren prägten.

Der fließende Verkehr, die reibungslose Zu- und Abfahrt und die strikte Trennung der Fußwege von den Fahrbahnen bleibt also nicht nur ein Motiv der "Grüne-Wiese-Siedlungen". Auch für die Modernisierung der alten Stadtquartiere soll dieses Leitbild "Heilung vom Stau" bringen und zugleich beruhigte Wohnbereiche schaffen. Der "Buchanan-Report" von 1964 ist damit zugleich ein frühes Werk zur Verkehrsberuhigung.

"In einem großen Krankenhaus z.B. gibt es vielschichtige Verkehrsprobleme. (...) Ein großer Teil dieses Verkehrs vollzieht sich auf Rädern. Die Grundidee, nach der alles ausgerichtet ist, ist die Anlage von Environmentzonen (Stationen, Operationsräume, Laboratorien, Küchen, (...), die von einem System von Fluren und Korridoren für die Primärverteilung des Verkehrs bedient werden. (...) Wenn die Bewegung aus irgendwelchen Gründen ein Ausmaß annimmt,

welches das Maß des Erträglichen für die Umgebung übersteigt, werden sofort Maßnahmen zur Abwendung oder Dämpfung ergriffen. Eines ist jedenfalls ausgeschlossen: Eine Umweltzone wird niemals für den Durchgangsverkehr geöffnet." (Buchanan, Sir C. 1964: 41)

Buchanan erforscht die Anpassung der Alt- und Innenstädte an den PKW-Verkehr und erstellt gezielt Modelle hierfür. Der PKW-Verkehr wird dabei sehr optimistisch eingeschätzt. Das Auto ist für Buchanan ein wichtiges Transportmittel mit vielen Vorteilen, dessen potentieller Bedarf sehr groß ist und in Zukunft noch steigen wird. Die Alt- und Innenstädte sind diesem Verkehr von morgen aufgrund ihrer Enge nicht gewachsen. Buchanan versucht daher, einerseits neuen Platz für PKWs zu schaffen, andererseits die negativen Auswirkungen für Mensch und Umwelt zu reduzieren. Daraus wird die gestalterische Aufgabe abgeleitet, die Gebäude und Zugangswege rationell anzuordnen und dadurch "Verkehrszellen" herzustellen. Als Vorbild für diese "Verkehrszellen" wird z. B. die Bauplanung für Gebäude wie Krankenhäuser herangezogen.

Sowohl für den PKW-Verkehr als auch für die Fußgänger werden daher verschiedene Wegesysteme angelegt. Über die Innenstädte wird ein neues Straßensystem gelegt. Sinn dieses Systems ist es, eine "Kanalisation des Verkehrs" zu erreichen, diesen zu beschleunigen und zugleich von den Stadtkernen fernzuhalten.

Abb. 36: "Die Bildung von Umweltzonen könnte damit beginnen, dass eine Anzahl von Straßen für den Durchgangsverkehr gesperrt würden, der sich dadurch auf den Verteilerstraßen sammeln würde. Um den Verkehr aus dem Einkaufszentrum der Street Lane zu beseitigen, müsste eine neue Straße (gestrichelte Linie) angelegt werden". (Buchanan, Sir C. 1964: 106)



Ein Straßensystem höherer Ordnung trägt den Durchfahrtsverkehr, sorgt für zügigen Verkehrsabfluss und dient zur Entlastung der Verkehrszelle. Nur Zubringerstraßen führen gezielt in diese Zellen. Sie werden derart angeordnet, dass Abkürzungen und Durchfahrten durch das "Environment" nicht zugelassen sind. Fußwegenetze und zentrale Fußgängerzonen sichern zusätzlich gesonderte Bereiche für Fußgänger.

Kleinste Planungseinheit ist, analog zum Krankenhaus, das "environment", die "Verkehrszelle". Ziel ist immer, ein "gutes environment" herzustellen, d. h. eine Umgebung "ohne Verkehrsdränge und ungefährlich für Kinder".

"Wir brauchen Bereiche mit günstigen environmentalen Bedingungen - städtische Räume -, in denen die Menschen, vor den Gefahren des Kraftverkehrs geschützt, leben, arbeiten, einkau-

fen, umher schauen und zu Fuß gehen können. In Ergänzung dazu bedarf es eines städtischen Straßennetzes - die Flure der Stadt - für die Verteilung und Hinleitung des Verkehrs in diese Räume, die Environmentzonen. Diese Räume sind nicht völlig verkehrsfrei - sie können es nicht sein, wenn sie funktionsfähig bleiben sollen -, aber durch ihre Anlage würde sichergestellt, dass ihr Verkehr nach Art und Umfang den erstrebten environmentalen Verhältnissen angepasst würde. Aus der Anwendung und Weiterführung dieses Grundgedankens ergibt sich zwangsläufig, dass der gesamte Stadtbereich eine Zellenstruktur erhält, die aus Environmentzonen besteht, die durch ein Netz von Verteilerstraßen verbunden werden. Die Idee ist einfach. Aber ohne sie bleibt das ganze Thema "Stadtverkehr" ein vages Durcheinander, und alles Handeln ohne solide Basis. Ist sie einmal übernommen, beginnen die Dinge sich zu klären. Die Idee ist durchaus nicht neu. Sir Alker Tripp hat ähnliche Gedanken schon vor zwanzig Jahren vertreten. Auch die Siedlungsbereiche und Nachbarschaften des County of London Planes basieren auf ähnlichen Gedankengängen. Aber angesichts der rapide ansteigenden Fahrzeugzahlen erhalten sie neue Dringlichkeit. Sie müssen jetzt weiter verfolgt, aus dem Stadium der Idee heraus geführt und zu einem System von Arbeitsregeln für die praktische Anwendung entwickelt werden." (Buchanan, Sir. C. 1964: 41f)

Mit diesem Entwurf des "Environements" wird in den 1960er Jahren bereits ein Konzept für den autogerechten Umbau der alten Stadt vorgelegt, das in den 1980er Jahren in den Verkehrsberuhigungen weiter entwickelt wird. Die Umgestaltung der Verkehrsführung hat dabei immer zwei Seiten: Sie dient dazu, den Verkehrsfluss zu erhalten und zugleich weitgehend PKW-freie Stadtteile zu schaffen. Das gelingt mit einer strikten Vorgabe von Wegeverbindungen. Damit entstehen nebeneinander liegende aber voneinander abgetrennte Verkehrszellen, so wie sie zeitgleich auch am Stadtrand gebaut wurden. Die "Idylle der Verkehrszelle" endet aber schon beim Besuch des Bäckers in der "Nachbarzelle" auf der anderen Seite der Hauptverkehrsstraße. Aus ehemals durchlässigen Quartieren werden monolithische Gebiete, die vergleichbare Folgen zeigen wie der Siedlungsbau auf der "Grünen-Wiese": eine Zentralisierung von PKW-Verkehr, der oft gerade von lebendigen gründerzeitlichen Hauptstraßen aufgefangen wird, und den die dortigen Anwohner aushalten müssen.

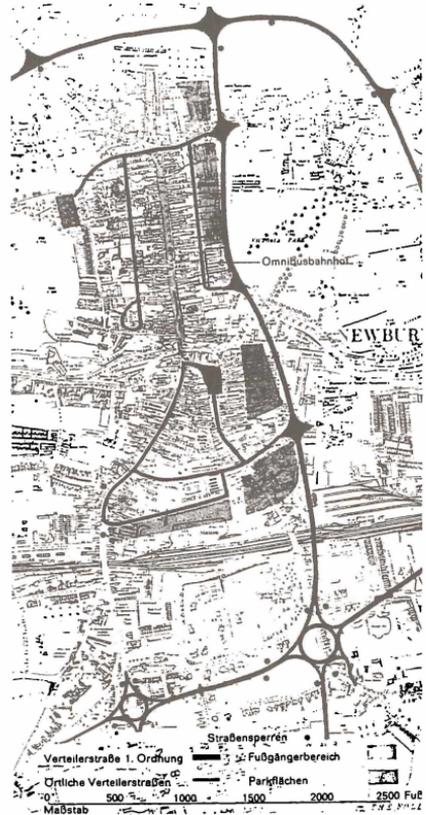


Abb. 37: Ein neues Straßennetz mit Verteilerstraßen und Fußgängerbereichen

3.6 Die 1980er Jahre: "Neue Urbanität" und Postmoderne

Mit den 1980er Jahren sind mehrere augenscheinliche Brüche in der modernen Architektur, Stadtplanung und Verkehrsplanung verbunden. Die postmoderne Architektur - Debatte, Gedanken zu Stadtreparatur und "neuer Urbanität" und die Debatte zu Verkehrsberuhigung und Ökologie werden in diesem Jahrzehnt bestimmend in den Professionen.

- Der Massenwohnungsbau in Gestalt von neuen Siedlungen geht rapide zurück.
- Bauen findet v. a. als Modernisierung und Aufwertung in alten Stadtquartieren statt (Stichwort "Stadtreparatur").
- Neben der Stadtreparatur wird die Stadtökologie und die daran anknüpfende Verkehrsberuhigung Leitbild in Stadt- und Verkehrsplanung.
- Die "Mischung" wird - zumindest in zahlreichen Veröffentlichungen - der bisher propagierten Funktionstrennung wieder vorgezogen.
- In allen Planungsprofessionen beginnt eine umfangreiche Diskussion zu veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen, neuer Ästhetik und pluralen Konzepten im Städtebau, die alle unter dem Stichwort der "Postmoderne" und der "neuen Urbanität" geführt werden.

Darin wird die Diskussion zur "nachhaltigen Stadt" ebenso angelegt, wie der in den 90er Jahren wieder verschärfte Siedlungsbau im Grünen. Zugleich ist die Diskussion über die alten Stadtquartiere und deren Modernisierung und Aufwertung durch die 70er Jahre gesetzlich (Städtebauförderungsgesetz) und ideologisch vorbereitet. Die 70er Jahre Bestrebungen, "Urbanität durch Dichte" in Form von Trabantsiedlungen zu bauen, galten sehr schnell als missglückt. Neben der "Wohnumfeldverbesserung" dort wird daher die Sanierung alter Quartiere parallel intensiviert. Die Nachfrage nach weiteren modernen Trabantsiedlungen stagniert, in den 80er Jahren wird bereits Abriss oder Geschoßhöhenreduzierung diskutiert. Ökonomischer Rahmen dieser Diskussion in der Stadtplanung ist eine zunehmende Flexibilisierung von Kapital in einer zunehmend von Dienstleistungsökonomien bestimmten Wirtschaft, die zu konkurrierenden Stadtplanungen um Image- und Standortvorteile führen (vgl. Harvey, D. 1987, Krädtke, S. 1995).

Der Massenwohnungsbau wird damit also durch einen auf den ersten Blick "besonderen Bau" von Wohnungen, aber vor allem von Galerien, Museen, öffentlichen und privaten Dienstleistungsgebäuden, Messe- und Unterhaltungsevents abgelöst. Damit beginnt eine auffällige Modernisierung und "Gentrifizierung" gründerzeitlicher Stadtquartiere, die vor allem ältere und einkommensschwache Bewohner in die 70er Jahre Trabantsiedlungen verdrängt.

3.6.1 Ein Beispiel: IBA - Berlin 1984 - 1987

Mit der IBA - Berlin 1984 - 1987 sind zahlreiche Beispiele typischer Stadt- und Verkehrsplanungen der 80er Jahre verknüpft. Wird nur das tatsächlich realisierte Beispiel ohne die für die Postmoderne dazugehörigen, ausschweifenden Begründungen, Diskussionen und Erklärungen betrachtet, so wird in den alten (v. a. gründerzeitlichen) Quartieren mit neuen bautechnischen Mitteln gründerzeitliche Bausubstanz modernisiert oder ersetzt, die Hinterhausbebauung weiter entfernt oder Maßnahmen des "ökologischen Bauens" (Heizsysteme, Solaranlagen, Dachbegrünungen, Brauchwassernutzung, etc.) durchgeführt. Viele Neubauten oder Modernisierungen im Bestand sind mit Maßnahmen der Verkehrsberuhigung in den Straßenfreiräumen (Poller, Kübel, Aufpflasterungen, etc.) verbunden. Gegenüber den weiter zurückliegenden Phasen des modernen Städtebaues erweist sich die Postmoderne als weniger einheitlich in den Produkten. Auffälligste Gemeinsamkeit ist die Beibehaltung der alten Stadtstruktur zur Straße hin.

Relativ häufig bleiben die Baufluchten und die Straßendimensionierungen erhalten, während die Parzellierung der Grundstücke für "Gemeinschaftshöfe" aufgelöst und die Traufhöhen der Gebäude durch Dachausbauten, Türme oder Erker "spielerisch" erhöht werden.

So gibt es häufig in den Entwürfen der neuen postmodernen Urbanität viele, verspielte, eklektizistische Elemente wie zuletzt in der Gründerzeit. Damit wird die Fassadenarchitektur wieder plastischer, im Unterschied zum 19. Jahrhundert aber beliebiger in den symbolischen Gehalten (vgl. Braun, U. et al. 1994).



Abb. 38: Berlin: Potsdamer Str. / Ecke Pohlstraße

3.6.2 Leitbilder

Die Postmoderne ab den 80er Jahren hat kein eindeutiges Leitbild. Zum einen gibt es eine variantenreiche Diskussion innerhalb von Architektur, Stadt- und Verkehrsplanung und zum anderen differenziert sich die Diskussion auch unter den verschiedenen Professionen viel stärker aus. Dabei steckt in allen Leitbildern zunächst der Versuch, einer Neuformulierung oder einer Abgrenzung gegenüber den Leitbildern der Moderne. So versucht beispielsweise C. Jencks Moderne und Postmoderne zu trennen:

Für die Architektur wird die Fassade (wieder) zum bedeutsamen Gegenstand der Arbeit. Eklektizismus, Dekonstruktivismus, Ornamentreichtum und Materialmischungen sind Kennzeichen postmoderner Architektur. Dabei wird versucht, das Besondere zu bauen.

Modern	Postmodern
Ideologie	
1 ein internationaler Stil	Mehrfachcodierung des Stils
2 utopisch und idealistisch	"populär" und pluralistisch
3 funktionalistisch	Formalistisch
4 elitär und für jedermann	Elitär und partizipatorisch
5 ganzheitlich, umfassende Erneuerung	Dekonstruktivistisch
6 Architekt als Retter / Arzt und Mitarbeiter	Architekt als Vertreter
Entwurfsvorstellungen	
7 Ehrlichkeit	"Kulisse"
8 Simplizität	Komplexität
9 puristisch	Eklektisch
10 industrielle Fertigung, Mechanik, Technologie und Konstruktion (structure)	"Patchwork"
11 gegen das Ornament	Für Organik und angewandtes Ornament
12 Stadt im Park	Kontextueller Städtebau und Reparatur (Rehabilitation)
13 Trennung der Funktionen	Mischung der Funktionen
14 Zeile und Punkthaus	Block, Baulücke
15 Harmonie	Collage / Kollision
(aus. ag arch ruhrgebiet 1990: 31)	

Allerdings wird dies, wie zuvor der "internationale Stil" der Moderne, zu einem internationalen Regionalismus, der dann doch überall wieder ähnlich "besonders" aussieht. Auch wenn hier das Beispiel der IBA in Berlin mit einem relativ hohen Bestandteil an Wohnungsbauprojekten ausgewählt wurde, ist die postmoderne Architektur v. a. mit öffentlichen Bauten gefasst. So sind die 80er Jahre auch ein Jahrzehnt zahlreicher neuer Museums-, Theater, Passagen- oder Geschäftsbauten. Insgesamt ist das Architektur - Leitbild vor allem mit dem einzelnen Gebäude, der einzelnen Fassade beschäftigt (vgl. Robertson, J.; Tigerman, S. 1991).

Dagegen findet die Stadtplanung der 80er Jahre mit der "neuen Urbanität", "Stadtreparatur" oder "Stadtumbau" gleich mehrere Leitbilder, die auch noch um die Adjektive "bewohnergerecht" oder "ökologisch" ergänzt werden können. Vieles dieser Leitbilder stammt aus der "linken Diskussion" der 70er Jahre und wurde auch schon zu der Zeit im Rahmen von Sanierungsvorhaben nach Städtebauförderungsgesetz (vom August 1971) diskutiert (vgl. Kohlbrenner, U. 1990).

Das Augenmerk der Stadtplanung liegt also auf der Sanierung und Modernisierung alter v. a. gründerzeitlicher Stadtquartiere. Dabei werden die Grundstücksstrukturen der Quartiere als städtebaulich zu dicht, aber in Erschließung und Bau- wie Nutzerstruktur erhaltenswert akzeptiert. Die "Mischung" wird ebenfalls zum sozialen wie ökonomischen Leitmotiv erhoben (vgl. Hoffmann-Axthelm, D. 1984).

Die "Entkernung" der dicht überbauten Berliner Hinterhöfe führt gleichzeitig zu einer Auflösung der parzellierten Struktur von Haus und Hof. Damit ist z. T. auch die Umwandlung der Eigentumsstruktur vom parzellenweise unterschiedlichen Privatbesitz zur Trägergesellschaft für den ganzen Block verbunden. So wird in die alten Quartiere das Abstandsgrün oder die "Gemeinschaftsfläche" der modernen Wohnhöfe oder Zeilenbauten der 20er - 70er Jahre per "Stadtreparatur" eingeführt. Insgesamt wird in der Mischung aus stadtsoziologischem, stadtökologischem und städtebaulichem Leitbild eine Aufwertung durchgesetzt, die zugleich häufig die Vertreibung alter und eingespielter Bewohnerstrukturen zur Folge hat. Damit bereitet dieses Leitbild auch die Debatte zur "nachhaltigen Stadt" der 90er Jahre vor.

Für die Verkehrsplanung wird die "Verkehrsberuhigung" als Reaktion auf die bisherigen, modernen und autogerechten Siedlungs- und Erschließungskonzepte zum obersten Gebot. Lärm, Abgase und Unfallgefährdung werden zum Argument gegen den Autoverkehr. Die Fixierung für das Auto, die bislang üblich war, wird zur fixen Idee gegen das Auto. In dem Leitbild der "Verkehrsberuhigung" ist v. a. von einer Verlangsamung oder Verringerung des PKW - Verkehrs die Rede (vgl. Monheim, H. 1979; Holzapfel, H. / Traube, K. / Ullrich, O. 1985). Dahinter sind dann Maßnahmen zur Regulierung des PKW - Verkehrs, Anreize zum Umstieg auf andere Verkehrsmittel u. a. mehr verborgen. Realisiert werden allerdings in erster Linie verkehrstechnische Eingriffe wie Verschwenkungen, Poller, Baumnasen, Pflanzkübel etc., die Wohnstraßencharakter erzeugen sollen. Hier werden (insbesondere unter Einfluss des HUK - Verbandes) Umbauten vorgenommen, die eine Behinderung des Autoverkehrs zur Folge haben, ohne dass ein Nutzen für die Bewohner des Gebietes deutlich wird.

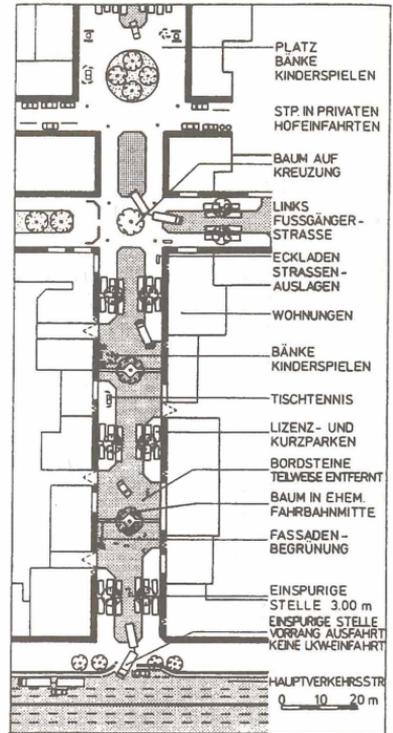


Abb. 39: Schema einer verkehrsberuhigten Straße

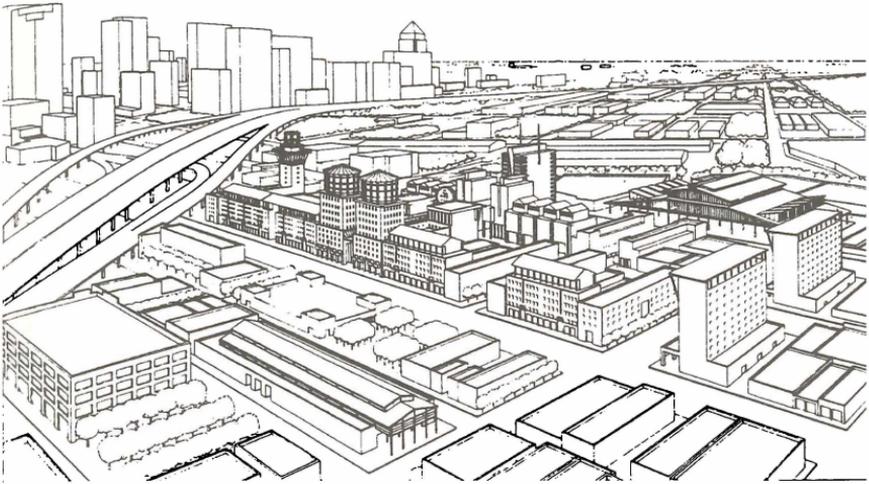


Abb. 40: Downtown Dallas – Entwurf von Agrest und Gandelsonas

Den typischen verkehrsberuhigten Straßen ist zum einen weder eine genauer bestimmte Randbebauung zugeordnet, noch werden die vielen angeblich positiven Effekte im Text in der Abbildung nachvollziehbar. Hier zeigt sich abermals ein Dilemma der modernen wie postmodernen Stadt- und Verkehrsplanung: Die "guten Absichten" oder vollmundig formulierten Vorteile werden durch die tatsächlich realisierten Entwürfe i. d. R. nicht erzielt oder sind wie z. B. "hohes Niveau im Umweltschutz" bodenlose Allgemeinplätze (vgl. Pörksen, U. 1988).



Abb. 41 / 42: Neubaugebiet in Achim - Bierden mit verkehrsberuhigt gebauter Erschließung

So wird in den 80er Jahren aus der selbstverständlich zonierte Straße mit Gehsteigen und Fahrbahn eine landschaftlich gestaltete Mischfläche (vgl. Böse, H. / Schürmeyer, B. 1984), die schließlich auch zum städtebaulichen Leitbild für Neubaugebiete wird.

3.6.3 Folgen für Stadt und Verkehr

3.6.3.1 Was von Haus und Hof und Straßenfreiräumen bleibt.

Die organisatorisch-materiellen Folgen der 1980er Jahre Stadtmodernisierungen sind v. a. die Auflösung der gründerzeitlichen Parzellierung mit Haus und Hof und die Verwandlung der klassischen Straßenfreiräume in landschaftlich gestaltete Mischflächen. Damit werden zwei grundlegende Prinzipien der alten (gründerzeitlichen und älteren) Quartiere aufgehoben. Darin folgt die Postmoderne trotz all ihrer Beteuerungen zur "Reparatur" oder zur "traditionellen Übertragung" (vgl. Robertson, J.; Tigermann, S. 1991) dem modernen Städtebau: aus der Straße wird ein Wohnweg oder eine Sackgasse und aus Haus und Hof werden (den Straßen zugewandte) Zeilen und gemeinschaftliche Grünflächen. Dabei sind v. a. zu hohe Dichte und zu starker Autoverkehr die Argumente für die Einführung der modernen Siedlungsentwürfe in die "Alte Stadt".

Die beiden Ideen von der gemeinschaftlichen Grünfläche, dem "Innenhof für alle" und der Straße als "Wohnstraße und Kommunikationsort" (vgl. Monheim, H. 1979) folgen einem von Stadt- oder Verkehrsplanung vorgedachten Lebens- und Verhaltensbild der Stadtbewohner. Darin bleibt die Postmoderne so funktionalistisch wie die Moderne.

Dass die Straße nicht wegen ihrer geschwungenen Schönheit benutzt wird (vgl. Böse, H. / Schürmeyer, B. 1984) und die Gemeinschaftsflächen entweder unbenutztes oder streng verwaltetes Abstandsgrün werden (vgl. Protze, K. 1995c), ist für die 1980er Jahre jedenfalls kein neues Phänomen. Folge ist die Aussperrung der Bewohner von den ihnen eigentlich zugehörigen, privaten wie kommunalen Freiräumen. Damit ist die Schutzzone, die zugleich immer gemischte Fläche ist, das Bildmotiv der postmodernen Sanierungen.

"So führt man Schutzzonen auf, die Kindern, Greisen und Rabatten vorbehalten sind. Oasen der Unwirtlichkeit, in denen gewiesen wird, wo man zu spielen, zu kaufen und zu ruhen hat. Um das unordentliche Leben abzuwehren, werden dann Blumenkübel auf die Straße gestellt, die dem unerwünschten Verkehr den Charakter einer Schnitzeljagd geben. Staatlich geprüftes Gestänge hält die Kinder an, am vorgeschriebenen Orte zu hangeln, während das Trottoir, wo man gestern Pflasterhüpfen machte und Murmeln spielte, durch Mosaikgirlanden in einen Kurpark verwandelt wird." (aus: Jobst-Siedler, W. 1985: 8)

3.6.3.2 Gestaltungen dienen der Aufwertung und produzieren Verdrängung.

Die postmoderne "neue Urbanität", die nach Häußermann und Siebel (1987) ein ganz neues Stadtgefühl hervorbringt, hat aber auch Verdrängung alteingesessener Bewohner durch spekulative Lagewerte und kurzfristig erhöhte Bodenrenten zur Folge.

Mit den Modernisierungen in den Quartieren wird zunächst eine notwendige Sanierung und z. T. eine ökonomisch angepasste Umstrukturierung der Quartiere vorangetrieben. Mit dem zunehmenden Einfluss von Investoren und dem gegen Ende der 80er Jahre vermehrten Bau von Geschäftsgebäuden, Einkaufsgalerien und Passagen sowie den damit verbundenen gestalterischen Eingriffen in den Straßenfreiraum (Materialvielfalt, Natursteinpflaster oder polierte, edle Beläge als "Teppiche" in den Straßen) werden sowohl private Anliegerbeiträge wie staatliche Fördermittel in diese gestalterischen Finessen gesteckt. Häufig wird der Zwang zum noch teureren Belag durch die (scheinbare) Konkurrenz mit Fußgängerzonen anderer Städte oder durch überörtlich bedeutsame Spektakel wie Gartenschauen, Landeswettbewerbe und "Stadtfeste" oder ähnliche Großveranstaltungen etc. forciert (vgl. Harvey, D. 1987). Solchen Großereignissen wird in den 80er Jahren eine erhöhte touristisch werbewirksame Bedeutung für das Stadtimage zugeschrieben. Jede Stadt erhält ihr eigenes Logo, jede Stadt spekuliert auf ihre "unverwechselbare Fußgängerzone" oder andere "Events".

"Konkurrenz oder alternative Innovationen anderswo machen Erfolge oft kurzlebig oder strittig. Überinvestitionen in allen Bereichen, von der Einkaufspromenade zur kulturellen Einrichtung, machen die im städtischen Raum eingeschlossenen Werte hochgradig anfällig für Entwertung. Sie ist abhängig von einer enormen Schuldenexpansion von Seiten der Individuen, Gemeinden und Regierung." (Harvey, D. 1987: 125)

Dabei kann, wie Harvey ebenfalls bemerkt, diese Spekulation zu einem kurzfristigen Erfolg gerade bei kleineren Städten im Einzugsbereich von Ballungszentren führen. Attraktive Innenstadt und attraktive Wohnlage (im Grünen) verbunden mit einer besseren Anbindung im ÖPNV hat z. B. die ostthessische Stadt Fulda zu einem begehrten und inzwischen auch teuren Wohnstandort für Rhein - Main - Pendler gemacht (vgl. Heil, T. 1999).

Zum Hesttag 1990, zur 1250-Jahr-Feier und zur Landesgartenschau 1994 wurde die gesamte barocke Innenstadt modernisiert. Dafür wurden Teile der Stadtquartiere abgerissen und später die zahlreich verbliebenen Fachwerkfassaden (oft aber nur die Schau-seiten) herausgeputzt. Für die Bewohner des alten Fulda hatte das häufig zu hohe Kosten für Investitionen zur Folge. Viele, vor allem ältere Bewohner, zogen weg, die "Reste" wurden per "Flächensanierung umgesiedelt (vgl. Sieling, K. 1982; Bohde, R. / Theiling, C. 1991). Ganze Straßenzüge wurden innerhalb von 10 Jahren in Fassade, Straßen und Sozialstruktur völlig verändert. Für die Stadt hat diese Modernisierung trotz zahlreicher Fördermittel einen erheblichen Schuldenberg hinterlassen. So sind viele Grünflächen der Gartenschau nicht mehr gepflegt, teure Attraktionen wieder abgebaut oder geschlossen und die städtischen Schulden auf der lokalpolitischen Tagesordnung. Das gilt in zahlreichen Varianten für viele mittlere und große Städte in Deutschland. Das Resultat ist der heutige "Sparzwang" und der Rückzug der Verwaltungen aus der Stadtentwicklung zuungunsten billiger aber häufig zweifelhafter Investorenplanungen mit unerwünschtem Flächenverbrauch, Verkehrsproblemen und neuen Spekulationen. Dieser Rückzug der 90er Jahre ist damit in der postmodernen Urbanität der 80er Jahre bereits angelegt, da dort viel zu viel Geld spekulativ verausgabt wurde.

"Die Fähigkeit zur Beherrschung von Raum durch kommunale Solidarität und sich wechselseitig unterstützende Formen der Aneignung nahm genau in dem Moment ab, als viele Räume für Angriffe und Besetzung durch andere anfällig wurden. Es entstand eine Spannung zwischen der wachsenden Arbeitslosigkeit in traditionellen Berufen einerseits und dem Beschäftigungswachstum, das durch das Wiederaufleben der Innenstädte ausgelöst wurde und das auf Dienstleistungen im finanziellen Bereich und der Organisation des Spektakels basierte. Eine neue und relativ wohlhabende Generation von Selbständigen und leitenden Angestellten, geprägt von den 60er Jahren mit ihrer kulturellen Unzufriedenheit gegenüber dem Modernismus, begann damit ganze Bereiche der Innenstädte zu dominieren und war dabei auf der Suche nach Produktdiversifizierung auf dem Feld des Wohnens, der Lebensqualität über symbolisches Kapital. Für die Produzenten dieses Wohnumfeldes wurden die Wiederbelebung von Geschichte und Community zu wichtigen Verkaufstricks. Auf diese Weise wurde der postmoderne Stil institutionalisiert. (Harvey, D. 1987: 123f.)

3.6.4 Folgen für das professionelle Leitbild in Stadt- und Verkehrsplanung

Mit der Etablierung der Postmoderne in Architektur, Stadt- und Verkehrsplanung besteht der augenscheinliche Bruch im professionellen Leitbild in einem Wandel der Begründungsmuster. Während die Moderne bis in die 1970er Jahre immer auf große, visionäre und relativ einheitliche Leitbilder setzte, ist für die Postmoderne eine Vielzahl an Begründungen charakteristisch (siehe auch die Gegenüberstellung von Moderne und Postmoderne in Anlehnung an Jencks (1981) in Kapitel 3.2.2.).

"Populär, pluralistisch oder Collage" sind Begriffe der Postmoderne, die auf Begründungsvielfalt hinweisen. Die Ergebnisse sind aber - und damit schließen sie an den modernen Städtebau bruchlos an - nahezu gleich. Die "Kulisse" oder der "schöne Schein" (Müller, M. 1987) unterscheidet sich in Details, das Prinzip der spekulativen Aufwertung mit viel symbolischem Vorschein bleibt. Postmoderne Architektur, Stadt- und Verkehrsplanung beginnen also vor allem eine Modernisierungswelle in alte Bausubstanz, alte Stadtquartiere zu tragen. Im Berliner IBA - Beispiel führen zahlreiche vollmundige Begründungen doch nur zu verspielten Fassaden vor altbekanntem Geschoßwohnungsbau. Und die Verkehrsplanung dividiert unter dem Stichwort der Verkehrsberuhigung die gleichartigen Straßen des Gründerzeitrasters in neue Tangenten und auszubauende Hauptschließungen oder zu beruhigenden Straßen für Wohnqualität auseinander. Das war in den 1950er Jahren in der "gegliederten, aufgelockerten Stadt", die Göderitz, Hoffmann und Rainer 1957 entwarfen, nicht anders.

Die Produkte des postmodernen Entwurfs bleiben also zu guten Teilen modern. Neu ist die entwerferische Begründungsvielfalt bis hin zur Beliebigkeit.

"Die Sprache verfügbarer Wissenschaft gibt sich universell. Sie läßt ihre Niederschläge auch in die Institutionen verschulter Bildung tröpfeln. Dort treiben sie im Wasser des Gleichgültigen traurige Blüten. Auch in die Sprache des Umgangs und der Politik ist das destillierte Sprachwasser eingesickert. Es dient dort der Glaubwürdigmachung des Unglaublichen mit Hilfe des wahrsagerischen Mythos, den Wissenschaft inzwischen umgibt. Ihm wollte sie einst vernünftigt begegnen.

Erschreckend an dieser Sprache ist ihr Verlust an sinnlicher Vorstellung der Dinge, über die nur noch unbegriffen verhandelt wird, und zwar in einem positiven Jargon der Unvermeidlichkeit: "Alle Ähnlichkeiten mit wirklichen Vorgängen sind tatsächlich rein zufällig - und das ist wirklich beabsichtigt". (Beck, J. 1994: 150)

In Wissenschaft, Politik und Planung wird mit Sprache vielerorts eine Scheinwelt vorgeführt, die absichtsvoll vereinnahmend und beschönigend die dahinter verborgene Spekulation verschleiert. Damit wird die Ästhetik der Postmoderne vor allem zur Werbemasche. Entsprechend ändert sich auch das Erscheinungsbild der Stadt- und Verkehrsplanung. Der aufklärerische Anspruch der 1970er Jahre wird von einem ästhetisch durchsetzungsorientierten Gestus abgelöst. Eine neue Qualität in der Planung ergibt das allerdings nicht.

3.7 Die "nachhaltige Stadt" – Das Modell der Zukunft

In der Diskussion, die in der alten europäischen Stadt auch ein Modell für die Zukunft sieht, mit verkehrssparsamen, nutzungsgemischten, sozial ausgewogenen dichten Wohnquartieren eine "urbane Lebenskultur" zu ermöglichen, ist die "Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung" ein zentrales Thema. Hierzu gibt es seit Beginn der 90er Jahre intensive Diskussionen zu zukunftsweisenden und "nachhaltigen Modellen" für Stadt und Stadterweiterung (vgl. Becker, H., Jessen, J., Sander, R. 1998). Das Schlagwort "Nachhaltigkeit" kennzeichnet die aktuell alternativen Bestrebungen zu den Einfamilienhausgebieten vor den Toren der Stadt. Neue Modellsiedlungen wie Tübingen-Südstadt, Freiburg-Rieselfeld oder Vauban, Potsdam-Kirchsteigfeld, Kassel-Unterneustadt gelten als Hoffnungsträger für einen Wohnungsbau, der dicht und gemischt ist und den Wohnwünschen der Bevölkerung entspricht (vgl. Bölken, F. et al. 1999). Nachfolgend soll daher an drei Beispielen geprüft werden, wie sehr die "nachhaltigen" Modelle doch noch dem modernen Nachkriegsstädtebau verhaftet bleiben, wo sie eine Übertragung von älteren Vorbildern des Städtebaus versuchen und welche Konzepte tatsächlich einen Schritt in Richtung lebenswerter Stadtquartiere darstellen.

3.7.1 Leitbilder

3.7.1.1 "Nachhaltigkeit" als Umweltschutzmetapher

Mit den Konferenzen zur Agenda 21 in Rio de Janeiro 1992 und der Folgekonferenz Habitat II in Istanbul 1996 werden vor allem Umweltaspekte wieder thematisiert. Dabei soll neben vielen anderen Aspekten unter dem Stichwort "Verkehrsvermeidung" ein wichtiger Beitrag gegen Lärm, Abgase, Zersiedlung u.a. erzielt werden. In diesem Zusammenhang werden aber auch soziale Mischung, Gesundheit und Sicherheit in der Stadt, Spielmöglichkeiten in der Straße u. a. diskutiert.

Der Anlass für die Nachhaltigkeitsdebatte bleibt aber die Forderung nach sauberer Luft, weniger Verkehr, weniger Lärm und weniger Flächenverbrauch. Also insgesamt ein quantitativer Ansatz, der zunächst einmal keine neuen Leitbilder für Stadt- und Verkehrsplanung enthält. Zur Verwirklichung der nur quantitativ messbaren Verbesserung von beispielsweise Luftreinheit muss daher auf die ausführlich dargestellten modernen wie postmodernen Leitbilder der Stadtentwicklung zurückgegriffen werden.

3.7.1.2 "Dichte" und "Mischung"

Auch diese beiden Leitbilder der nachhaltigen Stadt werden vor allem quantitativ diskutiert und bewertet. "Dichte" wird als Anzahl der Wohneinheiten pro Flächeneinheit, als Grundflächenzahl (GRZ; prozentualer Anteil der überbaubaren Grundstücksfläche) oder Geschoßflächenzahl (GFZ Grundflächenzahl multipliziert mit der Zahl der zulässigen Geschosse) verstanden. Mit "Mischung" wird ein bestimmter Verteilungsschlüssel von sozialen Gruppen oder ein prozentualer Anteil von Gewerbe und Dienstleistung im Quartier zum Ausdruck gebracht. Die Qualität lebenswerter Stadtquartiere kann aber genau so wenig funktional errechnet wie für neue Quartiere entworfen werden. Schließlich sagen beide Parameter nichts über die Art und Weise der Bebauung, die Organisation von Haus und Hof, Straßen und Wegen aus. Hierzu wird in den Veröffentlichungen zur "nachhaltigen Stadt" eine recht allgemeine Anleihe bei den alten Stadtquartieren der europäischen Stadt, den gründerzeitlichen Blockrandquartieren oder (selten) noch älteren Beispielen genommen. Benutzt wird dieser Traditionsverweis allerdings – typisch für die Postmoderne – nur als Etiketten, die gebauten Produkte folgen dem bekannten Bild innerstädtischer postmoderner Architektur, wie den schon beschriebenen Beispielen der Berliner IBA.

3.7.2 Modellsiedlungen der "nachhaltigen Stadt": Potsdam, Freiburg, Tübingen

"Das Prinzip der Funktionsüberlagerung und der kurzen Wege, quasi die Ökonomie der Stadt, werden in das Gegenteil verkehrt." (Collage Nord 1994: 25)

Die Verkehrung städtischer Prinzipien beginnt in den 20er Jahren mit der Moderne, die die Funktionstrennung in die Städte eingeführt hat. Und diese Trennung in "Wohnen im Grünen", "Erholen am Stadtrand", "Arbeiten in der Fabrik oder dem Dienstleistungsunternehmen" und allen den "Verkehrstrassen" dazwischen heben auch die neuen "nachhaltigen Stadtmodelle" nicht auf. Dafür ist ein umweltorientierter, quantitativer Ansatz auch nicht weit reichend genug. Erst wenn der Fehler der funktionalistischen Gleichsetzung, Wohnen sei Erholung, in der Stadt- und Verkehrsplanung verstanden wird, werden auch lebenswerte Quartiere möglich. Dafür muss das Haus wieder als Voraussetzung für den sozialen, sicheren und ökonomisch tragfähigen Lebensort verstanden werden (vgl. Hülbusch, I. M. 1981).

Grundlagen für Möglichkeiten des Tätigseins am Wohnort sind die Verfügung über Haus und Hof (private Freiräume) und die Möglichkeit der Aneignung von Straßen und Quartiersrändern (kommunale Freiräume). Die gründerzeitliche Stadt hat diese Optionen bereitgestellt.

Die aktuellen Projekte zeigen, wie schwer sich heutige Modelle tun, diesen Vorbildern nahe zu kommen. Nachfolgende drei Beispiele sind so gewählt, dass sie jeweils stellvertretend für bestimmte Typen der "nachhaltigen Stadtplanung" stehen:

- Mit dem Potsdamer Beispiel ist eine relativ einheitliche Neuplanung auf der "grünen Wiese" dargestellt.
- Das Beispiel Freiburg-Rieselfeld steht stellvertretend für stadtnahe Neubau- oder Konversionsflächen, die von verschiedenen Investoren bebaut werden und ein wesentliches Augenmerk auf die Anbindung mit ÖPNV richten.
- Tübingen-Südstadt steht hier für eine enge Kooperation der Stadtverwaltung mit einzelnen Bauinteressenten und Baugruppen. Mit den sich daraus ergebenden Parzellen- und Gebäudezuschnitten stellt die Tübinger Südstadt ein besonderes Beispiel dar.

3.7.2 Potsdam "Kirchsteigfeld"

In Potsdam "Kirchsteigfeld" wurden 2.800 Wohneinheiten in einer Kooperation des Landes Brandenburg und privater Investoren als Public - Private - Partnership - Bauvorhaben realisiert. Auf dem Schwarzplan gut sichtbar, besteht die Siedlung aus zwei großen Achsen und mehreren flächigen Erweiterungen, an denen Geschosswohnungsbau (4 bis 6 Geschosse) oder am südwestlichen Rand zur alten Ortschaft) hin Stadtvillen stehen. Gewerbliche Nutzung ist v. a. entlang der nord-östlich verlaufenden Autobahn als "Lärmschutzriegel" entworfen.

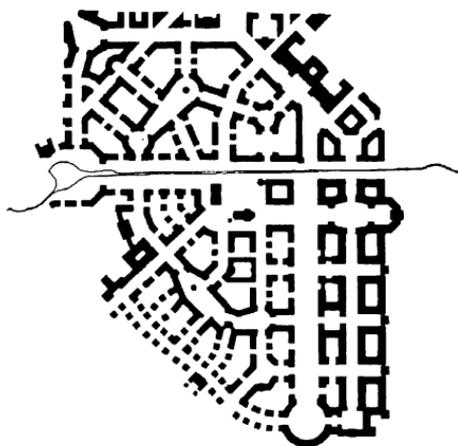


Abb. 43: Schwarzplan Potsdam - Kirchsteigfeld

Das Leitbild ist eine "kompakte, urbane und grüne Stadt" (vgl. Unger, G. 1998). Der Entwurf von Rob Krier und Christoph Kohl ergänzt dies noch um die "Quartiersbildung", die eine neue Mitte in Szene setzt.

"Jedes Viertel ist durch einen klaren Parameter definiert und durch die Blockwände quasi "eingerahmt". Die Haupteerschließung umfängt jede Nachbarschaft wie ein Gürtel. Der Gürtel des nördlichen und südlichen Quartiers wiederum ergibt - für Radfahrer und Fußgänger, nicht aber für den Autoverkehr - in der Kombination einen Ring. Als Trennungslinie zwischen den Vierteln verläuft der "Hirtengraben", ein natürlicher Wasserlauf. Er bildet das organische Rückgrat der gesamten Anlage. Am Markt- und Kirchplatz treffen die beiden Quartiers aufeinander und erhalten dadurch eine gemeinsame Mitte. Von hier aus führt ein Boulevard in Richtung Dienstleistungsquartier und bindet es dadurch ebenfalls an das Zentrum des Kirchsteigfeldes an." (Krier, R. / Kohl, C. 1997: 67)

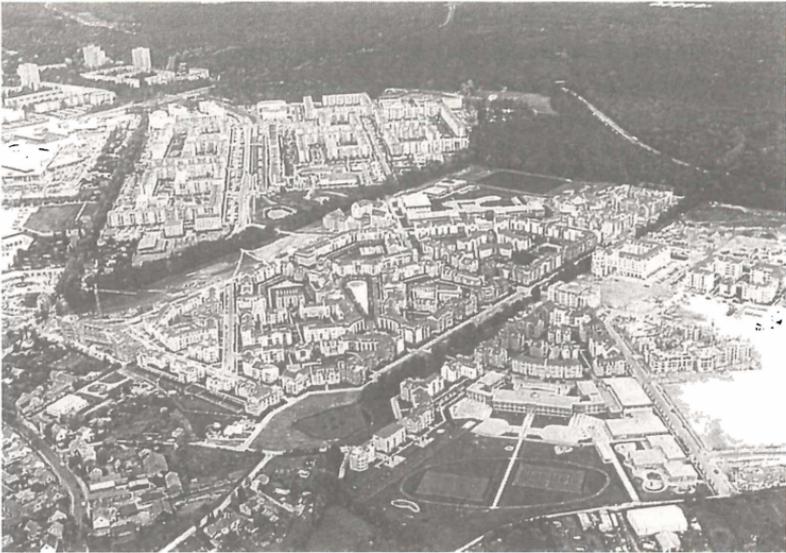


Abb. 44: Luftaufnahme der fertig gestellten Siedlung

Die Abbildung zeigt, dass der als neu angepriesene Entwurf lediglich eine moderne Trabantstadt ist, die sich um eine eigene, entworfene Mitte gruppiert. Bis auf eine geringere Bauhöhe und entsprechend engere Abstände gleicht dieses Modell den 70er Jahre Siedlungen für "Urbanität durch Dichte". Es stellt weder eine Erweiterung des alten Dorfes noch der angrenzenden Plattenbausiedlung dar. Im Trabant "Kirchsteigfeld" versuchen die Investoren weiterhin eine Gewerbeansiedlung am Rande und Läden in der neuen Mitte zu etablieren. Bisher ist also nur das bekannte Bild des Wohnens im Grünen mit Abstandsgrün und Gemeinschaftsflächen realisiert. Der Gewerberiegel wartet noch auf Investoren.

3.7.4 Freiburg "Rieselfeld"

Auch im Beispiel Freiburg "Rieselfeld" prägen Geschosswohnungsbau im einseitig geöffneten Blockrand sowie Stadtvillen mit Gemeinschaftsgrün die Siedlung. In Freiburg sind mehrere Investoren und Immobiliengesellschaften Träger der Bauvorhaben. Eigentums-

wie Mietwohnungsbau werden realisiert. Nur zwei kleinere gemeinschaftliche Bauprojekte mit Reihenhauszeilen ergänzen das Angebot an Bau- und Eigentumsformen. Insgesamt sollen auf 78 ha Fläche Wohnungen für 10.000 bis 12.000 Menschen gebaut werden. Hervorzuheben ist die frühe Planung und Realisierung der Verkehrsinfrastruktur: eine Straßenbahnlinie mit Wendeschleife ist bereits gebaut und führt zentral durch das Gebiet. Aufgrund seiner Nähe zur Stadt hat die Siedlung diese gute Nahverkehrsanbindung (kurze Taktzeiten).

Die Autos werden dagegen – wie bei den meisten derartigen Projekten üblich – in Tiefgaragen oder in Parkbuchten (Längs- wie Senkrechtparken) abgestellt.



Abb. 45: Magistrale mit Straßenbahn



Abb. 46: Gemeinschaftshof mit Kinderspielplatz in der Mitte

Entlang der "Magistrale", die es in vielen Entwürfen der 1950er und 1970er Jahre auch schon immer gab, sollen sich Geschäfte ansiedeln. Bis zum Sommer 1999 war dies allerdings noch nicht der Fall.

Insgesamt bleibt die Dichte der Siedlung aber nur quantitativ gegenüber zeitgleichen Ein- und Mehrfamilienhaussiedlungen erhöht. Die Bau- und Erschließungsform, die Lösung der Parkplatzfrage und die zentrale Bündelung der Infrastruktur entsprechen den bereits ausführlich dargestellten und in ihren Folgen kritisch zu bewertenden Siedlungsmodellen vergangener Jahrzehnte. So bleibt Wohnen am Rande der Stadt und im Grünen – in der Nähe liegt ein waldreiches Naherholungsgebiet – ein bereits altbekanntes Leitbild für Freiburg "Rieselfeld".

3.7.5 Tübinger "Südstadt"

Das Beispiel der Tübinger "Südstadt" ("Loretto-Areal" u. "Französisches Viertel") gilt als ambitioniertestes Projekt nachhaltiger Stadtentwicklung, das unter dem Motto "Stadt der kurzen Wege" oder "Stadt mit Eigenschaften" firmiert.

Die Bauformen der Tübinger "Südstadt" sind ähnlich wie in den beiden anderen Beispielen. Vor allem Geschoßwohnungsbau im offenen Blockrand mit dem seit den 50er Jahren

dazugehörigen Gemeinschaftsgrün bestimmt auch hier das Bild. Neben der Sanierung einiger alter Kasernenbauten zu Zeilenwohnungsbau gibt es auch noch einige kleinere Geschößwohnungshäuser und einzelne Reihenhausbauten.

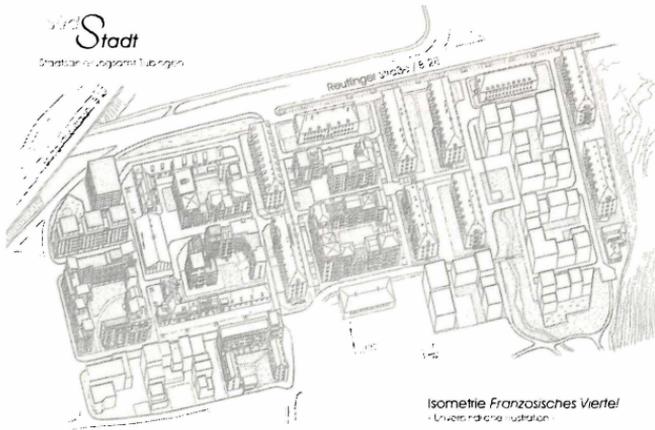


Abb. 47: Tübingen - Französisches Viertel

Insgesamt wird eine hohe Baudichte (GRZ 0,6 / 0,7 bei vier bis fünf Geschossen) realisiert. Die beiden bisher bebauten Siedlungsgebiete "Loretto - Areal" und "Französisches Viertel" sollen als autoarme, stadtnahe Quartiere nur Fahrzeuge für Lieferverkehr und von Handwerkern in den "Straßen" aufnehmen. Die Anwohner sollen ihre PKWs in zentralen Parkgaragen mit "automatischer Einstellung" abstellen. Diese Stellplätze müssen die Autobesitzer gesondert kaufen. Voraussetzung für das Tübinger Gesamtkonzept ist allerdings ein Neubau der B27 als Tunnelvariante süd-östlich der Stadt. Damit bleibt auch Tübingen dem aus den 80er und 90er Jahren bereits geschilderten "Widerspruch" von Verkehrsberuhigung bei gleichzeitigem Straßenneubau (i. d. R. Umfahringstrassen oder Autobahnen) verhaftet. Und ein Auto in einer Stapelgarage ist nicht einfach weg, sondern nur ein verstecktes Problem.

Das Tübinger Modell setzt vor allem auf ein hohes Engagement kleiner, privater Baugruppen, die ihre eigenen Häuser und Wohnungen planen und realisieren. Bisher wird erfolgreich versucht, große Investoren aus der Projektentwicklung heraus zu halten. Dabei übernimmt das städtische Sanierungsamt die Rolle als Projektentwickler, Projektbetreiber, Planungs- und Vergabeinstanz.

Durch die Organisationsform von privaten Baugruppen, die zusammen mit Architekten maßgeschneidert auf entsprechenden Grundstücken bauen können, erreicht das Tübinger Modell eine in Branchen breit gestreute und räumlich verteilte Nutzungsmischung.

Dabei ist der Großteil der Dienstleistungen quartiersbezogen, es gibt aber auch Einrichtungen mit größerem Einzugsbereich (vgl. Stadt-sanierungsamt Tübingen 1998).



Abb. 48 / 49: Parzellierte Geschosshäuserreihe vorne aber unparzellierte Gemeinschaftshöfe hinten



Abb. 50: Verkehrsberuhigung mit eingebaut – der Loretto-Platz

Tabelle: Betriebe und Beschäftigte nach Branchen Loretto-Areal und Französisches Viertel; Stand 5/99 (Angaben vom Stadt-sanierungsamt Tübingen)

Branche	Betriebe	Beschäftigte
Einzelhandel	14	45
Dienstleistung	51	216
produzierendes Gewerbe	14	96
öffentliche Einrichtungen	16	170
Sonstige	9	19
Insgesamt	104	546

Das Tübinger Beispiel realisiert die mit Abstand kleinteiligste Mischung von Wohnen, Gewerbe, Handel und Dienstleistung aller derzeitigen Modelle der nachhaltigen Stadtentwicklung. Hierfür plante die Stadtverwaltung einen groben Rahmen, der gleichzeitig für einzelne Bauherren genaue Vorgaben setzt. Die Kompetenz der Planung wird , im Gegensatz zu den üblichen Verfahren der Investorenplanung oder der Planung in PPP-

Modellen wie Potsdam bis hin zur kleinteiligen Investorenverteilung à la Freiburg, nicht in privatwirtschaftliche Hände gegeben, sondern in städtischer Regie behalten. Damit kann die Stadtentwicklung Tübingens auch gegen ökonomische Trends gesteuert werden. Gleichzeitig baut das Tübinger Modell eine bunte Mischung verschiedener Haus- und Gebäudetypen.

3.7.6 Ein vergleichender Blick auf Städtebau und Verkehr in den "nachhaltigen Stadtmodellen"

3.7.6.1 Zum Städtebau

In der Bau- und Freiraumorganisation unterscheiden sich die drei kurz vorgestellten Modellprojekte kaum. Es überwiegen vier- bis sechsgeschossige Gebäude, die im offenen Blockrand stehen, 5 Meter breite Terrassen für die Erdgeschoßwohnungen und ansonsten Gemeinschaftsgrün bereithalten. Ergänzend sind Stadtvillen (eine niedrig geschossige Variante des Punkthochhauses) locker eingestreut. Vereinzelt existieren Gemeinschaftsbauprojekte als Reihenhauseilen (Freiburg) oder als schmale Einspanner bzw. Einzel-/Reihenhäuser (Tübingen). Straßenfreiräume sind mit Parkbuchten für Senkrecht- oder Längsparken und mit abgetrennten Gehsteigen versehen. Sowohl Gebäude wie Straßen sind bei den nachhaltigen Modellen nur in Teilen Übertragungen der gründerzeitlichen Vorbilder, auf die sie sich aber berufen. So fehlen der Bebauung die parzellierten, privat nutzbaren Höfe und in den Straßen die regelhafte Zonierung von Haus zu Haus.

3.7.6.2 Zum Verkehr

Alle drei Modelltypen bleiben trotz verschiedener Ansatzpunkte dem fixierten Blick auf das Auto, der für oder gegen das Auto entwirft, verhaftet. Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV sind überall erwähnt, eine ausdrückliche Überlegung zur Organisation von Wegequalität für diesen Verkehr unterbleibt weitestgehend. In Potsdam "Kirchsteigfeld" spielt das Thema Verkehr eine nachrangige Rolle. Hier sollen vor allem zentrale, urbane "Plätze" für "belebte" Siedlungen garantieren. Freiburg hat die frühzeitige ÖPNV-Anbindung mit zahlreichen Tiefgaragen als Stellplatz-Alternative zur Straße kombiniert. Und Tübingen setzt am konsequentesten auf ein autoarmes Konzept mit zentralen, automatischen Parkierungsanlagen und verkehrsberuhigten Straßen. Hier wird aber sichtbar, dass die Parkierungsanlagen aufgrund von Kosten und fehlerhafter Technik zum Teil nur schlecht angenommen werden. Viele AnwohnerInnen, aber auch Gäste oder Zulieferer parken trotz allem in den Straßen. Und nun wird es richtig eng, weil die Straßenquerschnitte nicht darauf ausgerichtet sind.

3.7.6.3 "Dichte" und "Mischung"

"Dichte" und "Mischung" bleiben in allen drei Projekten rein quantitative Kriterien. "Dichte" wird über Geschoßwohnungsbau mit einer GFZ von 1 (Kirchsteigfeld) bis zu 2,8 (Tübingen) erzielt. Eine "Hausdichte" (vgl. Vetter, C. A. 1992) als qualitatives Merkmal für die Anzahl von (gereihten) Häusern pro z. B. 100 Meter Straße ist allen Modellen fremd.

Mit dem Konzept der "Baugruppen" schafft das Tübinger Beispiel noch eine relativ breit gestreute und verteilte Mischung von Arbeitsmöglichkeiten im Quartier. Sowohl Freiburg als auch Potsdam bieten nur reine Wohnsiedlungen mit zentralen Einkaufsmöglichkeiten an. "Nutzungsmischung" entsteht in diesen beiden Siedlungen also nur dort, wo sie ausdrücklich vorgesehen ist. Hierin zeigen sie das gleiche Bild wie alle Modernen Siedlungen mit Einkaufszentren.

3.7.6.4 Neue Gründerzeit?

Dagegen wird die privatwirtschaftliche Errichtung neuer Stadtteile mit Hilfe von Investoren recht unterschiedlich übertragen.

Das Tübinger Beispiel stellt den einzigen ernstesten Versuch dar, abseits der aktuell üblichen privatwirtschaftlich dominierten Finanzierungs- und Planungsformen (wieder) konzeptionelle Quartiersplanung zu betreiben. Diese kommt der gründerzeitlichen Fluchtlinienplanung und dem damaligen Städtebau mit vielen einzelnen Privatinvestoren nahe. Freiburgs Modell mit verschiedenen (blockweise verteilten) Investoren oder die Public-Private-Partnership in Potsdam folgen da eher der gängigen Investoren-Planung. Insgesamt bleiben also weite Teile des nachhaltigen Städtebaus und der dazugehörigen Rahmenplanung den modernen und postmodernen Leitbildern verhaftet. Der in vielen Veröffentlichungen betonte Bezug zur alten europäischen Stadt kann letztendlich auf eine hohe Dichte der Bebauung und rasterartige Erschließungen reduziert werden.

3.8 Resümee der Leitbilder, Stadtmodelle und Siedlungsbeispiele

Die Siedlungsbeispiele, Leitbilder und Stadtmodelle aus Stadt- und Verkehrsplanung, die hier ausgehend von den 1920er Jahren betrachtet wurden, zeigen eine lange Reihe formulierter "guter Absichten". Jeder Zeitabschnitt führt neue modische Vokabel ein, um die jeweiligen Ideen und Produkte zu präsentieren. Sieht man sich die gebauten Siedlungen, aber auch die Leitbilder und Stadtmodelle genauer an, so wird deutlich, dass hinter den verschiedenen Etiketten die gleichen Ideologien und Bauformen verborgen sind. Unter neuem Namen werden ganz ähnliche Grundelemente der Modelle vorgestellt und auch gebaut.

Unterschiede sind in erster Linie in der Entwurfsgraphik und in der Geschoßzahl zu finden. Der größte Bruch in der Reihe ist der Wechsel vom gemeinnützigen zum privatwirtschaftlich organisierten Siedlungs- und Wohnungsbau, also zwischen Moderne und

Postmoderne. Insgesamt können die oberflächlichen Veränderungen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass grundsätzliche Prinzipien in Ideologie und Siedlungsorganisation während der letzten 80 Jahre gleich bleiben. Funktionalisierung und Funktionstrennung sowie "Gesundes Wohnen im Grünen" werden nahtlos beibehalten. Eine monolithische Erschließung und nach Süden ausgerichtete Bebauung finden sich seit den 20er Jahren in den meisten Stadtmodellen und Siedlungsprojekten. Die Abwendung von der "alten", parzellierten und straßenorientierten Stadt erfolgt mit dem unparzellierten, von den Straßen abgewandten Zeilenbau bis heute. Mit der Durchsetzung der "modernen Stadt" werden dann auch deren Folgen für Stadtleben und Verkehr seit 80 Jahren immer wieder reproduziert. Während Stadt- und Verkehrsplanung den Eindruck erwecken, dass mit jeder Siedlung, jedem Leitbild und jedem neuen Stadtmodell im Grunde "bei Null angefangen wird" (Wolfe, T. 1990: 17), zeigt der Vergleich, dass seit den 1920er Jahren Ideologien und Siedlungsformen unverändert bleiben.

3.0.1 Veränderungen und Anpassungen

3.0.1.1 Entwurfsgraphik und Geschosßenzahl

Die Veränderungen in den betrachteten Jahrzehnten bleiben vor allem auf die Entwurfsgraphik und der Anzahl der Geschosse beschränkt. In den 1920er bis in die 1950er Jahre wird eine niedrig geschossige Bebauung (3 bis 5 Geschosse) favorisiert. Diese wird nach der Sonne ausgerichtet, zumeist grenzen die Rückseiten der Gebäude an die Vorderseiten der gegenüberliegenden Gebäude. Ab den 1950er Jahren führt eine organische Erschließung losgelöst von der Bebauung durch die Siedlungen. In dieser Anordnung stehen die Gebäude nahezu parallel zu einander.

Mit den 1970er Jahren steigen die Geschosßzahlen rapide an. Bis über 20 Geschosse ist keine Ausnahme. Diese Gebäude werden in Schlangen, um Höfe oder in L- bzw. T-Formen angeordnet. Neben der Sonneneinstrahlung spielt hier die "Raumwirkung" eine größere Rolle. In ihren Gestaltungen wirken diese Siedlungen vielfältiger.

In den 1980er Jahren und 1990er Jahren wird die Anzahl der Geschosse wieder gesenkt und pendelt sich bei 4 bis 6 Geschossen ein. Zunehmend werden die Gebäude in Randbebauung angeordnet, so dass die Siedlungen graphisch einem Raster ähnlich sehen. Damit werden geometrische Formen bevorzugt, die an die alte Stadt erinnern sollen.

Seit den 1970er Jahren erfolgt parallel dazu die verstärkte Anlage von Einfamilienhaus-siedlungen. Die Vielgestaltigkeit dieser Siedlungen ist abhängig von den Formen ihrer Erschließung und der beliebigen Anordnung der Häuser in den Grundstücken. Allerdings ist eine Südausrichtung der Gebäude auch in diesen Siedlungen ein bestimmendes Prinzip.

3.8.1.2 Finanzierung

Die größte Veränderung erfolgt in der Art der Finanzierung der Siedlungsprojekte. Hier findet ein Wechsel vom gemeinnützigen Wohnungsbau hin zu Bauträgergesellschaften (Public-Private-Partnership) statt. Von den 1920er Jahren an wurden große Siedlungserweiterungen und Projekte des Wohnungsbaues von Seiten der Städte bzw. der Länder in Angriff genommen und mit öffentlichen Mitteln finanziert. Das gilt sowohl für den Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren als auch für die Demonstrativbauvorhaben der 1960er und 1970er Jahre. Mit den 1980er Jahren wurden Planung und Finanzierung weitgehend auf privatwirtschaftlich organisierte Wohnungsbaugesellschaften, Investoren und Kapitalgesellschaften übertragen oder als PPP - Projekte durchgeführt.

Diese Änderung in der Finanzierung ändert jedoch nichts an den grundsätzlichen Prinzipien des Siedlungs- und Wohnungsbaues. Es wurden nur neue Werbestrategien eingeführt. So erfolgte der "soziale Wohnungsbau" aufgrund statistischer Bedarfsdaten und Prognosen zu Bevölkerungswachstum, Lebensstandard und Einkommenschichten. Entsprechend der ermittelten Daten wurde gebaut. Investoren orientieren sich dagegen an der prognostizierten Marktlage. Jetzt werden "Besonderheiten" in Architektur, Siedlungsstruktur und angebotenen Lagen zu wichtigen Faktoren für Vermietung, aber vor allem für den Verkauf von Eigentumswohnungen und Häusern. Da zunehmend für Käufer gebaut wird, versucht man differenzierte Käuferwünsche mit entsprechenden Etiketten zu erreichen. Vor diesem Hintergrund werden also seit den 80er Jahren vermehrt Begriffe - wie ökologisch, frauengerecht, autofrei, nachhaltig, Wohnen am Wasser, etc. - als "Verkaufschlager" eingesetzt.

Im Wesentlichen bleiben aber die Grundprinzipien, die unsere Siedlungsformen, Leitbilder und Stadtmodelle bestimmen, unverändert. Sie verursachen damit viele Probleme von Stadt und Verkehr, die heute diskutiert werden.

3.8.2 Durchgehende Leitbilder und Siedlungsmodelle

Die Reihe wechselnder Siedlungsformen, Leitbilder und Stadtmodelle kann also nicht darüber hinweg täuschen, dass seit den Proklamationen des "modernen Städtebaues" der 1920er Jahre bestimmte Grundprinzipien der Gliederung einer Stadt beibehalten wurden - unabhängig davon, ob es sich um sozialen, gemeinnützigen oder privatwirtschaftlich-finanzierten Siedlungsbau handelt.

3.8.2.1 Funktionalisierung und Funktionstrennung

Die vier Grundfunktionen einer Stadt, die in den 1920er Jahren festgelegt wurden - Wohnen, Arbeiten, Sich Erholen, Sich Fortbewegen -, bilden auch heute noch das ideologische Grundgerüst der Stadt- und Verkehrsplanung. Die Aufteilung der Stadt in diese Funktionsbereiche wurde in der "organischen" bzw. der "gegliederten und aufgelockerten Stadt" weiter praktiziert und bestimmt sowohl eine "neue Urbanität" als auch eine "nachhaltige Stadt". Die Wahrnehmung von dem, was Stadt ausmacht, ist in Stadt- und

Verkehrsplanung also unverändert auf diese vier "Daseinsfunktionen" und deren komplette oder partielle Trennung eingeschränkt. Dementsprechend wandte man sich bereits in den 20er Jahren offensiv gegen die "alte, gemischte Stadt". Und bis heute gilt die Regel, dass verschiedene Funktionen in unterschiedlichen Stadtteilen untergebracht werden müssen. Die Folge sind nach wie vor reine Wohn-, Gewerbe- und Erholungsgebiete mit entsprechenden Verkehrsverbindungen.

3.2.2.2 Gesundes Wohnen im Grünen

Die Ideologie vom gesunden Wohnen im Grünen tritt als hygienisches Wohnen bzw. später als ökologisches Wohnen auf. Der Ausstattung mit Grünflächen und Grünanlagen wird eine gesundheitsfördernde Wirkung zugesprochen. Sie erscheinen als notwendige Voraussetzung, um gesundes Wohnen zu gewährleisten. Diese Ideologie enthält durchgehend eine Gleichsetzung von Wohnen mit Freizeit und Erholung. Häusliche Tätigkeiten scheinen auf Familie, Konsum und Wahrnehmung von Dienstleistungen reduziert. D. h. Konsumeinrichtungen, Dienstleistungseinrichtungen und technische Hilfsmittel werden von vornherein mitgedacht. "Wohnen" enthält, der Funktionstrennung entsprechend, keine "Arbeit" bzw. alle Tätigkeiten, die in den Haushalten geleistet werden, werden als Freizeitvergnügen verbucht. Daher werden beim "Gesunden Wohnen im Grünen" keine Freiräume für häusliche alltägliche Arbeiten eingeplant. Eine Einheit von Straße, Haus und Hof, die sowohl private Orte für verschiedene Tätigkeiten im Haushalt als auch kommunale Freiräume für Nachbarschaft und soziale Kontakte bereitstellt, wird seit dem Bruch mit den Regeln der parzellierten gründerzeitlichen Stadt ab den 20er Jahren obsolet.

3.2.2.3 Trennung von Wohnen und Verkehr

Eine Folge von Funktionstrennung und "Gesundem Wohnen im Grünen" ist die Trennung von Wohnen und Verkehr, die ebenfalls seit 80 Jahren die Siedlungsentwürfe durchzieht. Anbaufreie Straßen und autofreie bzw. verkehrsberuhigte Wohngebiete sind die Folge. Mit der Zeit kann eine Verlagerung des Schwerpunktes festgestellt werden. So ist bis in die 70er Jahre der "autogerechte Ausbau" der Städte das Ziel und die autofreien Wohngebiete sind primär eine Folge der Absicht, den PKW-Verkehr weitgehend ungestört von Fußgängern fließen zu lassen. Im Rahmen der Kritik von Stadtzerstörung und Stadtbau, gewinnt mit den 80er Jahren die Verkehrsberuhigung größeres Gewicht. Seither liegt die Diskussion bei der Konzeption ruhiger Wohngebiete, die von den schlimmsten Auswirkungen des PKW-Verkehrs geschützt sind. Das ändert jedoch nichts an den Erschließungsformen der Siedlungsentwürfe: Vielspurige Umfahrungs- bzw. Zufahrtsstraßen, Sackgassen und Ringstraßen sowie Wohnwege. Die Abkehr von der Straße als Ort, der auch Aufenthalts- und Kommunikationsmöglichkeiten bietet, ist bis heute durchgängiges Motiv der Stadt- und Verkehrsplanung. Die "zentrale Stadtachse mit Verkehrsbändern", die bereits LeCobusier vorgeschlagen hat, ist nach wie vor aktuelles Erschließungs-

dell aller Neubaugebiete oder innerstädtischer Verkehrsberuhigungen nach dem Bild des "Environments" (vgl. Buchanan, C. 1964).

3.8.2.4 Wohnungsbau in Zeilenbauweise

Auch die bevorzugten Bauweisen folgen den Ideologien der Funktionstrennung und vom "Wohnen im Grünen". Gebaut werden daher Zeilen am Wohnweg, umgeben von Grünflächen, wobei die Wohnzimmer und Balkone nach Süden oder Südwesten ausgerichtet sind. Diese Anordnung ist auch bei einer Bebauung mit freistehenden Einfamilienhäusern oder Reihenhauserzeilen die Regel.

3.3.2.5 Siedlungen als Monolithen

Eine Erschließung mit Ring- und Sackstraßen sowie eine Zeilenbebauung führen, bei aller Vielgestaltigkeit, zu monolithischen, also in sich abgeschlossenen Siedlungen. Sie sind unzugänglich, undurchlässig und unübersichtlich. Da sie in ihrer Organisation keine Anknüpfungsmöglichkeiten enthalten, können diese Siedlungen auch nicht erweitert werden. Jede Siedlung steht für sich.

3.8.2.6 Zerstörung der alten Stadt

Die Leitbilder und Stadtmodelle sind geprägt von einer grundlegenden Abwendung von der alten, dichten und gemischten Stadt. Dementsprechend wird bis in die 1970er Jahre noch intensiv der Abriss alter Stadtquartiere vorgeschlagen und durchgeführt. Mit der Kritik an der Flächensanierung der Städte wird der Diskussionsschwerpunkt verändert. Nun wird die "Moderne" bzw. "Postmoderne" in Form von Baulücken-, Stadtbrachen- und Restflächenbebauungen in die gründerzeitlichen Quartiere eingebracht. Ebenso erfolgt im Rahmen der Verkehrsberuhigung eine Umorganisation der Rastererschließung zu Umfahungs-, Ring- und Stichstraßen, wie Buchanan sie forderte. Parallel dazu wird am Stadtrand nur mehr "modern" bzw. später "postmodern" gebaut. Die alte Stadt wird also an keiner Stelle weiter geführt. Und Leitbilder, Stadtmodelle und Siedlungen zeigen die fortwährende Weigerung von Stadt- und Verkehrsplanung, die Gebrauchsqualitäten der alten Städte wahr- und ernst zu nehmen (vgl. Jacobs, J. 1963).

3.8.3 Folgen für Stadt und Verkehr

Gleiche Stadtgliederung, Erschließungs- und Bauformen haben gleiche Auswirkungen auf Stadt und Verkehr. Hierdurch zeigen Siedlungen, die in den verschiedenen Zeitabschnitten gebaut wurden, durchaus ähnlich hinderliche Folgen im Alltagsgebrauch.

3.8.3.1 Geringe individuelle Spielräume

Die einseitige Ausrichtung auf "Gesundes Wohnen im Grünen" führt zu reinen Wohngebieten, in denen kaum etwas anderes als Erholung möglich ist. Es bestehen nur sehr geringe individuelle Spielräume, weil nicht bedacht wurde, dass Wohnen sehr wohl mit unterschiedlichsten, notwendigen Tätigkeiten verbunden ist, die immer nur gegen den Entwurf und die materielle Ausstattung dieser Siedlungen möglich sind.

"Wohnen heißt etwas tun, Wohnen heißt Bauen. (...) Für unsere Betrachtung hier heißt das: In Wohnumweltsituationen, in denen wir keine individuell verursachten Spuren persönlichen Verhaltens auffinden können, wird nicht gewohnt. Von einer solchen Wohnumwelt wurde nicht Besitz ergriffen, ein Aneignungsprozeß durch die Bewohner fand nicht statt." (Zimmermann, J. 1977: 12)

3.8.3.2 Weite Wege führen zur Abhängigkeit vom Pkw

Der Einkauf zur täglichen Versorgung, Ämter oder Erwerbsarbeitsplätze müssen immer außerhalb der Siedlungen oder in einem eventuell vorgesehenen Zentrum aufgesucht werden. Dadurch entstehen automatisch weite Wege im Alltag. Jede Besorgung erfordert genaue Überlegung. Milch oder Brot zu vergessen, kann in einer der Siedlungen der letzten 80 Jahre zum Problem werden (vgl. Rau, P. 1996: 107).

Hinzu kommt eine Erschließung, die Umwege zur Regel macht. Während diese Umwege mit dem PKW relativ schnell zurückgelegt werden können, verursachen sie bei Fußgängern oft einen größeren Zeitaufwand.

Die Bewohner dieser Siedlungen sind überdurchschnittlich abhängig vom Auto, um die in der Regel weiten Distanzen zurücklegen zu können. Die Siedlungen bewirken also einen grundlegenden Bedarf an PKWs und produzieren Verkehr. Dieser wird schließlich auf zentralen Verkehrsachsen gebündelt. An diesen Stellen der Stadt sind die nachteiligen Auswirkungen des PKW-Verkehrs besonders zu spüren. Betroffen sind insbesondere die Anwohner der Haupt- und Zufahrtsstraßen sowie von Innenstadtquartieren, die aufgrund zusätzlicher Versorgungsfunktionen häufig mit dem Auto aufgesucht werden.

3.8.3.3 Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Introvertierte Erschließung wie funktionale Ausrichtung auf "Wohnen im Grünen" haben den Ausschluss einer Straßenöffentlichkeit und damit das Fehlen eines ganz normalen Sicherheitsgefühls in der Straße zur Folge. Gemeinsame Wohnwege, Sackstraßen, Grünanlagen und Abstandsflächen verhindern ungezwungene, unverbindliche Kontakte und Kommunalität. Es herrscht nur mehr ein erweitertes Privatleben. Nachbarschaftliche Gemeinschaft wird zum Zwang.

"Im gleichen Verhältnis wie sich das Privatleben veröffentlicht, nimmt die Öffentlichkeit selbst Formen der Intimität an – in der "Nachbarschaft" entsteht die vorbürgerliche Großfamilie in neuer Gestalt." (Habermas, J. 1962: 245f)

3.8.3.4 Geringe Anpassungsfähigkeit erschwert Alterung

Die funktionalen Vorgaben verhindern eine Anpassung der Siedlungen an neue, veränderte soziale und ökonomische Anforderungen. Sie bleiben Wohnsiedlungen und verkehrintensiv, weil ihre baulich-materielle Struktur nichts anderes zulässt. Eine Alterung im Sinne einer fortwährenden Ingebrauchnahme und Anpassung an den Gebrauch kann hier nicht geschehen. Sanierung und Modernisierung in regelmäßigen Abständen sind die Folge. Aus den neuen Siedlungen der Moderne sind in der Regel keine alterungsfähigen Quartiere geworden. Auch zahlreiche Sanierungen (Wohnumfeldverbesserungen) haben dies trotz Abhilfe mancher vor allem gestalterischer Mängel nicht bewirkt. Dazu ist die Funktionalisierung, die in diesen Siedlungsentwürfen von Beginn an eingeschrieben ist (wie z. B. eine fehlende Randbebauung oder die Unmöglichkeit nachträglicher Parzellierungen), zu starr.

3.8.4 Leitbilder und Stadtmodelle zeigen eine sehr einfache Vorstellung von Stadtleben

Die Reihe der Leitbilder und Stadtmodelle zeigt, dass Stadt- und Verkehrsplanung eine sehr einfache Vorstellung von Stadtleben haben. Sowohl die Festlegung von vier Grundfunktionen als auch die verschiedenen Versuche, diese anzuordnen, stehen für eine eingeschränkte Sichtweise städtischen Alltags. Anpassungen erfolgen in der Regel nur über neue Verhaltensvorschriften, die immer genauer in die Entwürfe eingeschrieben werden.

"Nach dem gleichen Muster ist das Prinzip des Aussortierens - und des Ordnen durch Unterdrückung aller Pläne außer derjenigen der Planer selbst - ohne Schwierigkeiten auf alle möglichen Funktionen der Großstadt ausgedehnt worden; bis heute heißt vorbildliche Großstadtplanung in der Hauptsache lediglich: Platzierung (häufig unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse) von vielen einzelnen, sorgfältig aus dem Ganzen herausgelösten - aussortierten - städtischen Funktionen. Vom Anfang bis zum Ende (...) ist das ganze Gebräu gänzlich ohne jede Rücksicht auf das Leben der Großstädte selbst gebraut worden. Die Großstädte sind weder untersucht noch respektiert worden, sie durften nur Weihopfer sein." (Jacobs, J. 1963: 26)

Eine Erweiterung der Städte erfolgt nur durch eine Addition von Siedlungen mit den beschriebenen Problemen. Diesem Konzept wird nun seit ca. 80 Jahren relativ stereotyp gefolgt und die genannten Folgen für Stadt und Verkehr werden immer wieder neu reproduziert. Und obwohl sie ihren Ursprung auch in den Leitbildern, Stadtmodellen und Siedlungsentwürfen von Stadt- und Verkehrsplanung haben, werden sie in erster Linie als naturgegebene Eigenschaften der Stadt oder "gesellschaftliche Entwicklung" diskutiert.

3.8.4.1 Der PKW als Ablenkungsstrategie

In der Diskussion von Stadt- und Verkehrsplanung spielt der PKW von Beginn an eine gewichtige Rolle. Leitbilder, Stadtmodelle und schließlich auch die Siedlungen drehen sich im Grunde um das Auto. Lösungen der Probleme der Stadt scheinen nur im Zusammenhang mit der Lösung der Frage des Autoverkehrs möglich. Indem der PKW in jeder

Diskussion - entweder als Motor des Wachstums oder als schlimmstes Übel - im Vordergrund steht, wird in der Stadt- und Verkehrsplanung vom normalen städtischen Alltag mit seinen vielen anderen Anforderungen abgelenkt. Mit dem Argument PKW wurden und werden die meisten Eingriffe und Neuregelungen in Stadt und Stadtorganisation durchgesetzt. Diese eingeschränkte Aufmerksamkeit führt jedoch an einem Verständnis von Stadtleben und lebenswerten Stadtquartieren vorbei. Obwohl es längst an der Zeit wäre, das Auto in seinen Vor- und Nachteilen zu akzeptieren und zu *einem* Faktor unter Vielen der Stadt- und Verkehrsplanung zu entzaubern.

"Häufig gibt man aus Bequemlichkeit den Autos die Schuld an den Übeln der Städte. (...) Die einfachen Bedürfnisse von Autos sind wesentlich leichter zu begreifen und zu befriedigen als die vielschichtigen Bedürfnisse von Großstädten, aber eine wachsende Anzahl von Planern ist zu dem Schluß gekommen, dass man, wenn man nur das Verkehrsproblem lösen könnte, damit allein auch schon das Hauptproblem der Städte gelöst hätte. Städte haben aber viel verwickeltere wirtschaftliche und soziale Probleme als den Autoverkehr. Wie kann man denn wissen, was man mit dem Verkehr versuchen könnte, bevor man weiß, wie die Stadt selbst lebt und was sie sonst noch mit ihren Straßen anfangen will? Man kann es eben nicht." (Jacobs, J. 1963. 12)

Wer also eine isolierte Diskussion um das Auto in der Stadt führt hat bereits den Hauptfehler der Funktionalisierung begangen.

4 Der Zement der Gleichheit

Das Geschlecht als Legitimation für Konformität - Überlegungen zum "frauenspezifischen Entwurf"

Architektinnen und Planerinnen sind im Namen der "Frau" unterwegs. Nach langen Jahren der Kritik an den männlich dominierten Professionen der Architektur, Stadt- und Grünplanung ist es so weit. In verschiedenen Städten werden Architekturwettbewerbe für Frauen ausgeschrieben, werden Wohnsiedlungen von Frauen für Frauen entworfen und gebaut. Der Anspruch dieser Projekte ist es, "der Vielfalt differenzierter Wohnbedürfnisse" (vgl. Wohnen in Hessen 1994:6) gerecht zu werden und damit den sozialen Wohnungsbau "den Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen" (ebd.) anzupassen. Die Werbeformel ist ebenso kurz wie einprägsam:

"Nicht-frauengerechtes Bauen und Wohnen zementiert Ungleichheit. Frauengerechtes Bauen und Wohnen ist dagegen ein emanzipatorischer Vorgang." (ebd.:11)

Nun, das lässt einiges erwarten. Doch langsam von vorne: Was braucht die Frau?

4.1 Zeilenbau? – Hat sie schon!

Egal ob IBA Berlin, IBA Emscher Park, Frauen-Werk-Statt Wien oder Zürich - für Frauen werden Geschosswohnungen in der klassischen Zeile am Wohnweg gebaut:

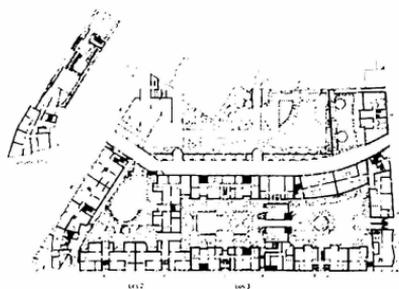


Abb. 51: IBA Berlin – Dessauerstraße, 1991, 105 Wohnungen

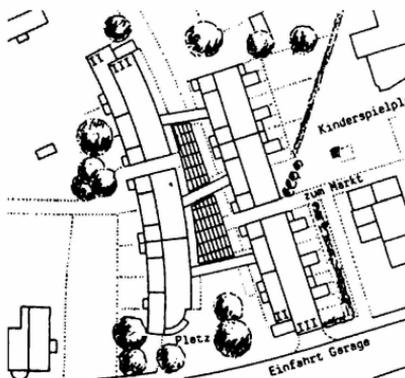


Abb. 52: IBA Emscher Park – Bergkamen, 1993, 27 Wohnungen

Die Zeilen stehen im Blockrand, als "Höfe" angeordnet oder klassisch Ost-West ausgerichtet. Sie sind 2 - 6 geschossig und als Zwei-, Drei- oder Vierspänner organisiert. Die innere Erschließung erfolgt durch Treppenhäuser, lange Flure oder Laubengänge. Zwischen den Zeilen und um sie herum liegen Grünflächen in unterschiedlicher Ausführung. Auch hier herrscht große Beliebigkeit: Blumenbeete, Wohnstraßen, "Gartenhöfe", Anger und Erdgeschoßgärten ohne Grenzen. Der Verkehr landet in der Tiefgarage, große Straßen führen an den Anlagen vorbei ins Zentrum der Stadt. Als ergänzende Einrichtungen werden zumeist Gemeinschaftsräume, ein Café, ein Versorgungszentrum mit Geschäften und Dienstleistungseinrichtungen und ein Kindergarten gleich mit entworfen.

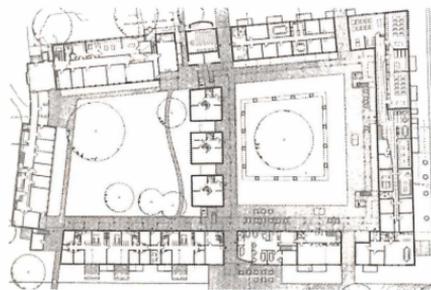


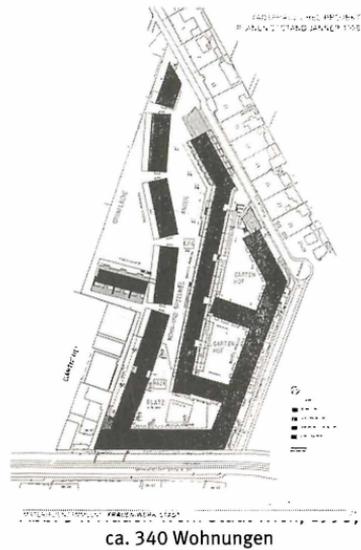
Abb. 53: Zürich Brahmschhof 1991, 78 Wohnungen

Nun, dieses Konzept ist ja nicht fremd. Diesen Rahmen bietet der "normale" soziale Wohnungsbau den Frauen durchaus auch und das schon seit ca. 70 Jahren (vgl. Glaesener, N. 1995a).

4.1.1 Grünflächen zur Erholung

Das Angebot ist also eindeutig. In der frauenspezifischen Siedlung sind störende Einflüsse wie Verkehr, PassantInnen, Privatgärten, Arbeitshöfe, etc. ausgeschaltet. Frau soll sich erholen, und erholen heißt untätig bleiben. Was anderes kann sie hier auch nicht machen, denn die Ausstattung der Flächen lässt Gebrauch nicht zu. Gehen, sitzen, schauen und reden ist hier angesagt – nur den kleinen Kindern werden, genau abgemessen, Auslaufbereiche zugewiesen.

Aber im Grunde kennt Frau diese Verhaltensangebote bereits aus dem Wiener Gemeindebau der 1920er Jahre (vgl. Protze, K. 1995a), dem Zeilenbau der 1950er Jahre (vgl. Hörnlein, L./Rau, P. 1983), aus dem Wohnungsbau der 1970er Jahre (vgl. Helmrich, B./Rühling, S. 1988; Kirsch, P. 1993) und sogar aus dem aktuellen Wohnungsbau der 1990er Jahre (vgl. Mehli, R. 1995, Kulla, J. 1995).



4.1.2 Freizeit in der Wohnung

Doch wie sieht es innen aus? Vielleicht liegen die Erneuerungen ja im Kern der Siedlung, in der Wohnung.

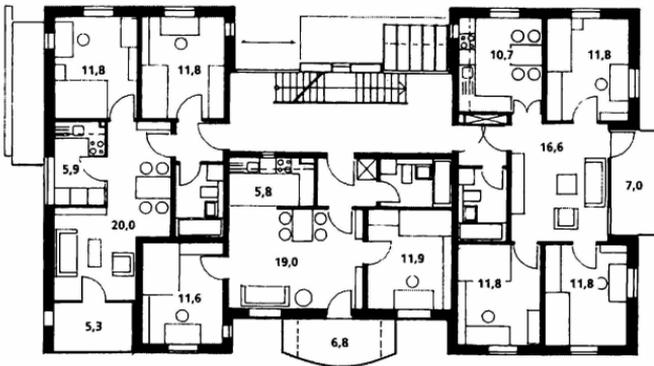


Abb. 55: Wohnungsgrundrisse IBA Berlin, Dessauerstraße

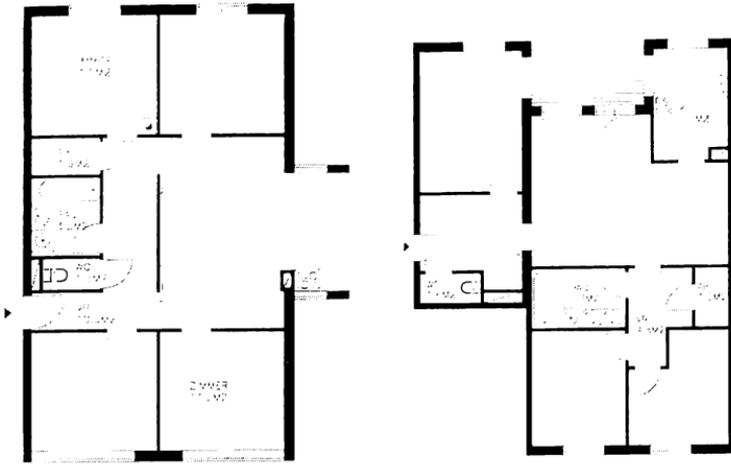


Abb. 56: Wohnungsgrundrisse Frauen-Werk-Stadt Wien

Nun, auch die Wohnungsgrundrisse verraten nichts Neues. Ein 20 - 35 m² großes zentrales Wohnzimmer bietet Platz für geselliges Beisammensein, die 9 - 14 m² kleinen Zimmer bieten kuschelige Schlafräume. Der Arbeitsplatz Küche ist - in zwei Varianten - auf das notwendigste Maß reduziert:

4.1.2.1 - Die spezialisierte Küche

So sind einige Wohnungen mit der üblichen kleinen Küche ausgestattet, die in den 20er Jahren von der Architektin Margarethe Schütte-Lihotzky entworfen und als "Frankfurter Küche" berühmt wurde. Abgeschaut von Küchen aus der Eisenbahn und dem Schiff, ist sie räumlich aufs Minimum beschränkt, ein hoch spezialisierter Arbeitsplatz, in dem auch nur eine Tätigkeit vorgesehen ist - nämlich kochen, genauer: ohne viel Aufwand kochen. Und damit auch keiner zuschauen muss, wird die Köchin mit ihrer Arbeit weggesperrt. So kann sie ohne Ablenkung effizient ihre Arbeit verrichten und sich einen Zeitgewinn erwirtschaften, den sie dann verdienterweise im Kreise ihrer Lieben im Wohnzimmer verbringen kann. Nach dem alten Motto: Das bisschen Haushalt, ist doch kein Problem.

4.1.2.2 - Die "Kommunikationsküche"

Die andere Variante ist die so genannte "Wohnraumküche" - das Wohnzimmer mit Küchenzeile. Neben geselligem Beisammensein, gemütlicher Unterhaltung und Gästeempfang inmitten ihrer Lieben kann Frau hier auch noch ein wenig kochen, wenn es im Zeitalter von Mikrowelle und Pizzataxi denn unbedingt sein muss. Und so erhält Frau die spannende Möglichkeit, in der "Wohnraumküche" im gleichen Moment die Rolle der un-

terhaltensamen Gastgeberin, der geduldigen Erzieherin, der fürsorgenden Mutter, der geschickten Köchin und dem fleißigen Heinzelmännchen zu spielen.

4.1.3 Wohnen bedeutet Nichts-Tun

Der Lebensentwurf ist klar. In diesen Frauenwohnsiedlungen wird endlich das verwirklicht, was mit anderen Wohnanlagen seit Jahren längst versprochen wurde: Wohnen wird nun auch für Frauen zur Freizeit und Erholung – kurz zum Nichtstun. Und dazu erhalten sie viele Möglichkeiten. Geselliges Beisammensein im Wohnzimmer (mit oder ohne Küchenecke), im Gemeinschaftsraum, im Treppenhaus, auf den Grünflächen. Wo Frau zusammenkommt wird fleißig gegessen, geschwätzt, in die Luft geschaut, das Blumenarrangement bewundert, literweise Kaffee getrunken – so richtig schön gemeinschaftlich gefaulenzt. Das bisschen Einkauf, Putzen, Wäsche, Kochen, erledigt sie mit links, Kinder werden mit Spielflächen großgezogen, Jugendliche gibt es nicht.

4.1.4 Der "sanfte" Zwang zur Gemeinschaft

Dieser Geselligkeit ist umgekehrt auch kaum zu entkommen. Bereits in der Wohnung führt das zentrale große Wohnzimmer alle Mitbewohnerinnen immer wieder sanft zusammen. Ob Frau will oder nicht, sie laufen einander über den Weg und Tätigkeiten, die mehr Platz brauchen, werden hier erledigt. Alleinsein, das gibt es nur im Schlafzimmer. Da ist dann dafür kein Platz zum Arbeiten. Und vor der Wohnungstür geht's gleich weiter. Ab hier bis zur nächsten öffentlichen Straße – alles Gemeinschaftsflächen, jede Siedlungsbewohnerin eine potentielle Kommunikationspartnerin. Da hier räumlicher Rückzug nicht möglich ist, hilft nur strenge Abkapselung oder weiträumiges Ausweichen. Und jeder Handgriff, der über das gängige Repertoire von Sitzen, Gehen, Schauen und Reden hinausgeht, muss mit den anderen hundert Frauen der Siedlung abgesprochen werden. Eine Voraussetzung, die in vergleichbaren Siedlungen schon dazu geführt hat, dass Extravaganzen dieser Art von vorne herein unterbleiben. Das "zivile Garnisonsleben" (vgl. Habermas, J. 1962/90:245) als Frauenprojekt – endlich männerfreie Kasernen (vgl. Zimmermann, J. 1977:12).

4.1.5 Der institutionalisierte Konsumzwang

Das gemeinschaftliche Nichtstun der Frauen hat natürlich seinen Preis,

"denn was sie nicht selbst produzieren, muss gekauft werden." (Schneider, G. 1989:53)

Diese schlichte Weisheit trifft nicht nur Frauen im normalen "sozialen Wohnungsbau", nein, auch die Frauen in der Frauenwohnsiedlung. Denn da weder die Wohnung noch die Freiflächen den Platz hergeben, etwas für sich selber zu machen, müssen die Bewohnerinnen kaufen, was sie für den Alltag brauchen. Auch die Dienstleistungsbetriebe, die die notwendige Arbeit machen, während die Frauen gesellig plaudern oder in der Grünfläche

mit der Seele baumeln, wollen Geld sehen. Nicht zu vergessen: Die Miete will bezahlt sein, der Parkplatz in der Tiefgarage ist nicht umsonst, die Gärtnerin, die Blumenbeete und Rasen pflegt, und selbst der Kindergarten kosten extra.

4.1.6 Das ausreichende Geldeinkommen ist nicht garantiert

Der "frauenspezifische Wohnungsbau" ist also auf eine ganz spezielle Lebensführung zu Recht geschnitten: Er geht aus von einer Zeiteinteilung in Arbeitszeit am Arbeitsplatz und Freizeit zu Hause. Er geht davon aus, dass die Freizeit mit "stillen" Tätigkeiten (z.B. Schauen, Lesen, Fernsehen) oder in geselliger Gemeinschaft verbracht wird. Und er geht davon aus, dass Frau ein ordentliches Geldeinkommen hat, mit dem sie die Wohnung und alles Notwendige finanzieren kann. Wie einst schon das "moderne Wohnen" so übersieht auch das "frauenspezifische Wohnen", dass es

"noch keineswegs auf eine klassenlose Gesellschaft ausgerichtet ist oder auch nur potentiell ausgerichtet sein kann, sondern auf jungen, modern fühlenden, geschmackvoll klugen Mittelstand, auf seine sehr spezifischen, keineswegs klassenlosen oder gar ewigen Bedürfnisse." (Bloch, E. 1935/1985:219)

Und so wird aus dem "frauenspezifischen Wohnungsbau" ein Wohnungsbau für Frauen des Mittelstandes.

4.1.7 Schwierigkeiten? - Bekommt sie schnell!

Was nun, wenn Frau zu Hause arbeitet, also wenn sie ihre Hauswirtschaft selber organisiert und erledigt, ihre Kinder selber großzieht, und womöglich zu Hause auch noch einer Tätigkeit nachgeht, mit der sie ihr Geld verdient? Was, wenn die Kinder in der Wohnung spielen, ihre Hausübungen schreiben, Freundinnen einladen, oder alle mal ihre Ruhe haben wollen? Was, wenn es Streit gibt und Frau einander lieber aus dem Weg geht? Und was, wenn es finanzielle Notwendigkeit ist, vieles selber zu machen, herzustellen, aufzubereiten, aufzuheben, zu verkaufen, weil das Geld mal nicht ausreicht? Oder weil Frau keine Lust hat, die Kinder in Betreuung zu geben, Lebensmittel im Discounter zu kaufen, kurz Geld in Dinge zu investieren, die sie nicht will und nicht braucht?

Dann wird es eng, der Fall ist nicht vorgesehen. Dann heißt es zusammenrücken oder den wenigen Platz geschickt ausnützen. Und das alles so, dass es nicht auffällt, dass nicht herauskommt, dass Frau es nicht schafft, dem vorgegebenen Lebensstandard gerecht zu werden.

Nur die Frauen, die alles locker bezahlen können, die können auch wegziehen, wenn sie vom "Frauenwohnen" genug haben. Übrig bleiben die, die keine Wahl haben - und so wird aus dem Wohnungsbau für Frauen des Mittelstandes letztendlich ganz normaler "sozialer Wohnungsbau" mit allen seinen bekannten Erscheinungen der Funktionalisierung und Gettoisierung.

4.1.8 "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf"

Ein Leben neben dem vorgegebenen "Standard einer Konsumgesellschaft" (Turner, J. 1978:95) wird hier also schwierig. Aus dem vorhandenen Rahmen zu fallen, wird zwar für viele Bewohnerinnen Realität werden, ist aber nicht vorgesehen. So lässt das "frauen-spezifische Bauen und Wohnen" kaum Spielräume für von der fiktiven Norm abweichende Ökonomien, Lebensgemeinschaften und Ansprüche. Und so wird der normale Alltag der Frauen, der geprägt ist von der ganz normalen Haus- und Familienarbeit, baulich-organisatorisch einfach unterschlagen. Subsistentielle Produktion, in welchem Ausmaß auch immer, ist nicht vorgesehen, denn davon soll das Frauenleben nun endlich bereinigt werden. Und

"weil (...) nicht sein kann, was nicht sein darf" (Morgenstern, C. 1993:182),

wird die subsistentielle Arbeit baulich-organisatorisch abgeschafft. Nach dem Motto: Augen zu - weg ist sie und Frau ist befreit.

4.2 Die müßige Hausfrau – ein alter Traum

Die Vorstellung, dass Frau zu Hause im Grunde nichts zu tun hat, da sich der Haushalt praktisch von selbst erledigt, ist inzwischen über hundert Jahre alt. Und der Schlüssel zu dem Traum ist schon immer das Geld. Denn Geld, so hieß es schon früher, ermöglicht es den Hausfrauen, die Hände in den Schoß zu legen bzw. umgekehrt ist die "müßige Hausfrau" ein Zeichen, dass genug Geld da ist, und Frau es nicht nötig hat, sich die Hände schmutzig zu machen.

4.2.1 Das Leitbild – Die bürgerliche Hausfrau des 19. Jhdts.

Das Leitbild der "müßigen Hausfrau" greift zurück auf Rollenbilder des frühen 19. Jhdts. Zu diesem Zeitpunkt entstand die städtische bürgerliche Kleinfamilie in den Haushalten, in denen die Männer höhere Verwaltungsstellen einnahmen oder in Angestelltenverhältnissen arbeiteten und darüber auch ihren Lohn erhielten. Damit wurde der Lohnarbeitsplatz vom Lebensort getrennt. Das bedeutet,

"dass im Unterschied zu bäuerlichen und gewerblichen Haushalten Konsum und Erwerb voneinander getrennt erscheinen und beim Gelderwerb das Zusammenwirken der Eheleute prinzipiell nicht mehr vorgesehen ist." (Hausen, K. 1976:384)

Die Hauswirtschaft war zumeist bereits auf eine Wohnung beschränkt, der Wechsel von einer Vorratswirtschaft zur Konsumtionswirtschaft nahezu vollzogen (vgl. Freudenthal, M. 1934/1986:46; Weber-Kellermann, I. 1974:105,106). Die Produktion von Gütern für den alltäglichen Bedarf wurde immer häufiger an externe Stellen ausgelagert. Daher vollzog der Aufgabenbereich der bürgerlichen Hausfrauen einen Bedeutungswandel. Statt der Produktion, Verarbeitung und Konservierung von Gütern wurde die Herstellung der "häuslichen Atmosphäre" wichtig (vgl. Weber-Kellermann, I. 1974:107). Die Hausfrau übernahm die Verwaltung des Konsums, die familiäre Repräsentation und den innerfamiliären Beziehungsbereich. So wurde die geschlechtliche Rollenverteilung gefestigt:

"Der Vater bestimmte die gesellschaftliche Stellung, die Mutter gestaltete die Häuslichkeit, beide verbunden in ehelicher Liebe." (ebd.) – die gut situierte Kleinfamilie.

Das Gehalt des Mannes galt als Grundstock für den Konsum, und ermöglichte zugleich der Hausfrau, vor allem ihren Familien- und Repräsentationspflichten nachzukommen. Die Hausfrau gilt damit als von aller körperlichen und produktiven Arbeit befreit - ihr werden die Diensthilfen zur Seite gestellt, die diese anfallende Arbeit übernehmen. Im Gegensatz zu früher

"sollte sich die junge Hausfrau die Hände möglichst nicht schmutzig machen." (ebd.:127)

Denn ihre Aufgabe wird es, stellvertretend den Wohlstand der Familie zu demonstrieren, dies eben darüber, dass sie zeigt, dass sie es nicht nötig hat zu arbeiten. Dabei bedeutet dieser "stellvertretende Müßiggang" nur,

"dass wenig oder keine produktive Arbeit geleistet, jedoch nicht, dass aller Anschein von Arbeit vermieden wird." (Veblen, T. 1899/1989:70)

Denn die Hausfrau durfte auch nicht untätig herumsitzen. Geschäftigkeit gehörte mit zu ihrer Rolle.

"Der Wert dieser Tätigkeit besteht hauptsächlich darin, dem Herrn des Haushalts finanzielles Prestige zu verschaffen, indem in demonstrativer Weise möglichst viel Zeit und Mühe für nichts vergeudet wird." (ebd.:71)

4.2.2 Die geschlechtliche Arbeitsteilung – Wer macht was

Mit dieser Arbeitsteilung, der Mann geht ins "Amt", die Frau bleibt zu Hause, wurde also der Mann explizit zum Alleinverdiener und Familienernährer.

"Mit seinem sicheren und im Laufe der Karriere steigenden Gehalt weist sich der Mann als "Ernährer der Familie" aus". (Hausen, K. 1976:384)

Und er erhielt einen eigenen Arbeitsplatz außerhalb des Familienverbandes und des Lebensortes. Mit dem Gehalt war er zugleich zu Hause von jeglicher Verantwortung für Hauswirtschaft und Familie befreit. Der Lebensort wurde für ihn zum Erholungsort, hier hatte er Anrecht auf emotionale und physische Versorgung. Diese Versorgung oblag den Frauen des Hauses. Und hier erfolgte eine weitere Arbeitsteilung. So war die emotionale Versorgung des Mannes und die sittliche Erziehung der Kinder die Aufgabe der Haus- und Ehefrau. Die anfallenden hauswirtschaftlichen Arbeiten wie Kochen, Waschen, Putzen, Einkaufen, etc. wurde an Dienst- und Hausmädchen weitergegeben. Der bürgerliche Mann hatte also verschiedene Frauen, die ihm die subsistentiellen Tätigkeiten abnahmen. Die bürgerlichen Ehefrauen hatten ihre Dienstmädchen, die den produktiven Anteil an Arbeit erledigten, der für die Hausfrau selbst inzwischen als unschicklich galt (vgl. Weber-Kellermann, I. 1974:121).

So das Leitbild.

4.2.3 Das Leitbild hakt von Anfang an – Die Verschleierung der Hausarbeit

Diese ökonomische und soziale Lebenssituation konnte schon zu der Zeit, zu der es entstand, nur ein geringer Anteil der Haushalte realisieren.

"Die Schicht der Bürger, die ohne Sorgen leben konnte, wuchs in Deutschland erst nach der Reichsgründung 1871 auf etwa 10%". (Weber-Kellermann, I. 1974:110)

Selbst in den bürgerlichen Familien reichten oft die Gehälter der Männer allein nicht aus, um den "demonstrativen" aber nun mal standesgemäßen Aufwand zu finanzieren. Hinter den Kulissen verbrachten die scheinbar müßigen Hausfrauen einen Gutteil ihrer Zeit damit zu sparen, indem sie nach wie vor einen Teil der notwendigen Güter selbst verfertigten.

"Von der Existenz des damals bereits durchaus differenzierten Warenangebots darauf zu schließen, dass bürgerliche Hausfrauen Gegenstände des täglichen Bedarfs ausschließlich kauften, ist falsch. (...) Eigenproduktion und Weiterverarbeitung im bürgerlichen Haushalt betrafen v. a. die Bereiche der Wohnungsausstattung, der Nahrungsmittelversorgung und der Verarbeitung der Textilien." (Meyer, S. 1982:71f)

Und einige Frauen verdienten durch Heimarbeit Geld dazu, heimlich allerdings, denn Erwerbsarbeit war für bürgerliche Frauen nicht schicklich (vgl. Freudenthal, M. 1934/1986:163). Je geringer das Einkommen des Mannes, um so eher musste letztendlich auf Dienstboten verzichtet werden. Die Sparsamkeit verlangte somit die Vermehrung der Arbeit und die Verlängerung des Arbeitstages. Zugleich durften der Aufwand und die Anstrengung, die die häusliche Arbeit erforderte, nicht sichtbar werden, um das Bild der Wohlanständigkeit und des Wohlstandes nicht zu stören – nach außen hin nicht, aber auch nicht nach innen.

"Eine "gute Hausfrau" musste also mit vielfältigen Kenntnissen und Fertigkeiten dem nötigen hauswirtschaftlichen Sparprogramm gerecht werden und ihren Tagesablauf und die einzelnen Tätigkeiten an den Bedürfnissen des Mannes orientieren." (Meyer, S. 1982:89)

Denn der Ehemann (oder gar Gäste) sollten durch die häuslichen Tätigkeiten nicht gestört werden, und am besten von dem Arbeitsaufwand, der hinter der Repräsentation steckte, nichts zu spüren bekommen. So sollte die Hausfrau immer ausgeruht erscheinen, in der Wohnung sollten keine Arbeitsspuren zu sehen sein. Ein Teil der Kraft ging also in die Arbeit, die häusliche Arbeit zu vertuschen. Und so wird die Verschleierung der Arbeit selbst zur Arbeit (vgl. ebd.:91).

Denn zugleich waren bürgerliche Männer wie ihre Ehefrauen davon abhängig, den Status der Repräsentation zu halten, um ihre gesellschaftliche Position nicht zu gefährden. Von der Tüchtigkeit der Hausfrauen hingen die Aufstiegschancen ihrer Ehemänner ab.

"Geregeltes berufliches Weiterkommen erforderte also den Nachweis berufsbezogener Qualifikation und ein standesgemäßes Leben in Beruf, Öffentlichkeit und Privatsphäre. Doch damit nicht genug: Bildungsbürgerliche Berufe, Beamtenstand und Offizierskarrieren erzwangen außer den so genannte "gesellschaftliche Verpflichtungen" für den Ehemann und damit auch für dessen Frau. Ohne diese Verpflichtungen war ein berufliches Fortkommen nicht möglich." (Meyer, S. 1982:19)

Und zu diesen "gesellschaftlichen Verpflichtungen" gehörten neben Opernbesuchen und Bällen wechselseitige häusliche Besuche und private Einladungen mit üppigem Essen (vgl. ebd.). Die Hausfrau trug die Verantwortung dafür, dass die private Repräsentation klappte.

"Die stellvertretende Muße der Hausfrauen und Diensthöten, die den Namen Hausarbeit besitzt, wird oft zu Plackerei, und zwar v. a. dort, wo der Wettkampf um das Prestige besonders scharfe Formen angenommen hat, wie es heute oft geschieht." (Veblen, T. 1899/1989:71)

4.2.3.1 Die "fortschrittliche Hausfrau" - Rationalisierung statt Diensthöten

Die "fortschrittliche" Diskussion des "modernen Wohnungsbaues" ab den 20er Jahren greift schließlich die Hausarbeit als Thema auf. Ganz in ihrem Stil als eine Frage der Rationalisierung:

"Das "Bauhaus" ist nicht nur ein ästhetisches Phänomen, sondern auch eines der funktional-effizienten Haushaltsführung." (Bock, G./ Duden, B. 1977:162)

Diese Ideologie kurz gefasst: Wenn man(n) den Haushalt richtig organisiert, ist Hausarbeit keine Arbeit mehr und die Frau hat freie Zeit übrig. Dabei ist nun die Freistellung von der produktiven häuslichen Arbeit, die ehemals ein Privileg der bürgerlichen Frauen war, als Standard für Frauen aller Gesellschaftsschichten gedacht.

"Das Problem, die Arbeit der Hausfrau rationeller zu gestalten, ist fast für alle Schichten der Bevölkerung von gleicher Wichtigkeit. Sowohl die Frauen des Mittelstandes, die vielfach ohne irgendwelche Hilfe im Haushalt wirtschaften, als auch die Frauen des Arbeiterstandes, die häufig noch anderer Berufsarbeit nachgehen müssen, sind so überlastet, dass ihre Überarbeitung auf die Dauer nicht ohne Folgen für die gesamte Volksgesundheit bleiben kann." (Lihotzky, M. 1927:202)

Dabei gehen die Vorschläge zur Rationalisierung in verschiedene Richtungen. Eine Richtung umfasst die Veränderungen im Haushalt selber:

" (...) 3.) die Befreiung des Heimes von der Herrschaft des Materiellen (...). 4.) größte Einfachheit in der materiellen, d.h. äußeren Umgebung (...)." (Taut, B. 1924:14)

D.h. gefordert wird die schlichtere Ausstattung der Wohnung. Zusätzlich dazu erfolgt die Rationalisierung in der Arbeitsausführung:

"Wir müssen erkennen, dass es für jede Arbeit einen besten und einfachsten Weg geben muss, der daher auch am wenigsten ermüdende ist." (Lihotzky, M. 1927:202)

Zur Arbeitserleichterung werden der fortschrittlichen Hausfrau nun durchorganisierte Wohnungen und v. a. Küchen sowie technische Haushaltsgeräte zur Seite gestellt. Und nicht zuletzt soll die Hausarbeit zum Teil in zentrale Großeinrichtungen, z.B. Waschküchen und Kindergärten, ausgelagert werden (vgl. Gropius, W. 1931:323). Diese Rationalisierung und Auslagerung der Hausarbeit soll die Frauen für die Familie und für die Erwerbsarbeit freistellen.

"Die Notwendigkeit, der überbürdeten Hausfrau der durchschnittlichen städtischen Volkfamilie durch organisierte Arbeitsentlastung in der Wohnung Zeit für sich und ihre Kinder frei zu

machen, und für die Teilnahme am Erwerb, wird nicht bestritten werden können." (Gropius, W. 1931:323)

Zusätzlich zur Möglichkeit, mehr Zeit in Erwerb oder Familie investieren zu können, wird den Hausfrauen auch versprochen, dass sie sich einen Zeitgewinn erwirtschaften können, der ihnen als "Freizeit" zur Verfügung steht. Der Architekt Walter Gropius schlägt z.B. vor, dass sie diese Zeit in "gemeinsamen Klubräumen" und "Sportanlagen" (vgl. ebd.:327) verbringen können. Und Bruno Taut, ebenfalls Architekt des Bauhauses, macht sich sogar richtiggehend Sorgen:

"... und was fangen alle die Frauen und jungen Mädchen in ihrer Langeweile an, wenn der Haushalt so schön funktioniert und sie keine Häkeleien mehr machen sollen?" (Taut, B. 1924:97)

Doch auch er hat eine Antwort parat:

"Die freigewordene Schöpferkraft der Frau gibt die Antwort, sonst wäre sie ihres Namens nicht wert." (ebd.)

Und er macht den Frauen verschiedene Vorschläge. Denn nun hätten sie endlich Zeit für "kleinere Reparaturarbeiten", "Sport, Körperübung, Gartenpflege" und "langfristig angelegte Handarbeiten" (ebd.).

4.2.3.2 Ob "müßige Hausfrau" oder "erwerbstätige Hausfrau" - Hausfrau bleibt Hausfrau

Die fortschrittliche Hausfrau trifft nun also auf zwei Verhaltenserwartungen. Vergleichbar der bürgerlichen Hausfrau soll sie sich um die Familie kümmern und Zeit für die Kinder und das Heim haben. Dabei werden ihr statt der Dienstboten eben neues Design, Arbeitsorganisation, Technik und Dienstleistung zur Seite gestellt. Die Absicht bleibt die Gleiche. Frau soll von der hauswirtschaftlichen Arbeit freigestellt werden, denn diese gilt nach wie vor als umständlich, armselig und rückständig. Sie soll für die emotionalen Anforderungen der Familie, die Kindererziehung und ihre eigene geistige Bildung offen sein.

"Jede denkende Frau muss die Rückständigkeit bisheriger Haushaltsführung empfinden und darin schwerste Hemmungen eigener Entwicklung und somit auch der Entwicklung ihrer Familie erkennen." (Lihotzky, M. 1927:202)

Im Gegensatz zur bürgerlichen Hausfrau wird jedoch ergänzend zur Funktion innerhalb der Familie auch die Erwerbsarbeit eine Anforderung. Dies folgt einerseits der nüchternen Tatsache, dass viele Frauen erwerbstätig sein mussten, um das notwendige Geld zu verdienen. Andererseits gilt die Erwerbsarbeit auch als der einzige Weg, zur richtigen Bewusstseinerweiterung zu gelangen und an der gesellschaftlichen "Gesamtarbeit" (Gropius, W. 1927:323) teilzunehmen. Hier sind sie also wieder die bekannten Gegenpole: Die treu sorgende Hausfrau, deren Arbeit als emotionale Beschäftigung klassifiziert wird und als sozial wichtig aber unökonomisch gilt, und die männliche Erwerbsarbeit, die als produktive Arbeit gesehen wird, und mit der sich Mann von der häuslichen Arbeit befreit.

Nur dass diese beiden Rollen als reale Arbeitsanforderungen an die "fortschrittliche Hausfrau" herangetragen werden.

"Daraus folgt dass die einzelne Frau nur die Alternative hat, sich zu "vermännlichen" oder in die alte Frauenrolle zu flüchten" (Libreria delle donne di Milano 1991:32),

bzw. beide Rollen im Wechsel abzudecken: Z.B. von 6 - 8 Uhr "müßige Hausfrau", von 8 - 17 Uhr "erwerbstätiger Mann", von 17 - 22 Uhr wieder "müßige Hausfrau". Die "fortschrittliche Hausfrau" muss also (im Gegensatz zum "Mann") täglich mindestens zweimal die Rolle wechseln - und sowohl die Erwerbsarbeit als auch die Haus- und Familienarbeit leisten. D.h. sie verbringt ihre "Freizeit" mit Haus- und Familienarbeit.

4.2.4 Alles wie gehabt

Kurz, der üppige bürgerliche Putz wird abgeschlagen, das neue Angebot von nüchternem Design, Arbeitsorganisation und Technik wird zur Arbeitserleichterung deklariert. Doch wie bei der Jugendstilvilla so ändert auch bei der Hausfrau das "Ornament Ornamentlosigkeit" (Bednar, B. et al. 1995:122) nichts am Inhalt. So bleibt der Mann nach wie vor von der Verantwortung für die Haus- und Familienarbeit befreit, selbst wenn die Frau erwerbstätig ist. Und da weder Technik noch Konsum und Design die häusliche Arbeit abschaffen können, verändert sich nur der Charakter der Arbeit: Effiziente Haushaltsorganisation wird eine Hauptanforderung. Die Arbeit selbst

"kreist um die Aufzucht der Kinder und umfasst immer weniger die Herstellung der Lebensmittel-Rohstoffe selbst, sondern konzentriert sich auf deren Transformation (Einkaufen, Kochen, Waschen, Putzen, usw.) in Konsumierbares." (Bennholdt-Thomsen, V. 1987:32)

Zugleich steigt die Abhängigkeit von Geld und von externen Einrichtungen. Damit wird der Anteil an unsichtbarer Arbeit immer höher (vgl. Bennholdt-Thomsen, V. 1983:204; Protze, K. 1995a:43). Und wie die "bürgerliche Hausfrau" im 19. Jahrhundert hat die "fortschrittliche Hausfrau" die gesellschaftliche Verpflichtung so zu tun, als wäre Hausarbeit keine Arbeit mehr und daher nebenher zu bewältigen, schon um nicht als rückständig und dumm dazustehen. Denn:

"Unter den Hausfrauen wird die geistig geschulte Frau auch immer rationeller arbeiten. Sie wird, unterstützt von richtigen Geräten und Maschinen und bei richtiger Wohnungseinteilung bald die zweckmäßige Art und Weise ihrer Arbeit erkennen." (Lihotzky, M. 1927:203)

Und wenn sie diese nicht erkennt, ist sie selbst schuld und zudem untüchtig. Der Erfolg der Verschleierung des Arbeitsaufwandes wird somit zum Zeichen für Fortschrittlichkeit.

Eine kleine Schwierigkeit am Rande bleibt das Geldeinkommen. Reichte schon in den bürgerlichen Familien des frühen 19. Jhdts. das Gehalt des Mannes nicht aus, um den verlangten Standard zu finanzieren, so langte es in anderen ökonomischen Schichten, wenn überhaupt, dann gerade für das Notwendige. Die technischen Hilfsmittel waren zu teuer, der Konsum nicht bezahlbar. Diese "fortschrittlichen" Vorstellungen – der Lohnarbeiter als Familienernährer, die Hausfrau als Verwalterin von Familie und Konsum – wa-

ren also nicht nur an dem bürgerlichen Leitbild orientiert, sie beruhen zugleich auf einem bürgerlichen Geldeinkommen.

4.2.4.1 Die "emanzipierte Hausfrau" - Der "Mann" ist das Maß aller Dinge

Die "emanzipierte Hausfrau" des "frauenspezifischen Wohnungsbaus" hat es nun endlich geschafft. Sie wird zur eigenen Familienernährerin. Kinder und Haushalt schupft sie nebenher, denn ihr eigenes Geld finanziert die notwendigen Dienstleistungen (Konsum, Technik, Versorgung) und befreit sie von der häuslichen Arbeit. So genießt sie zu Hause v. a. Beschaulichkeit oder geselliges Beisammensein im Kreise ihrer Liebsten. D.h., sie kann ihren eigenen Wohlstand repräsentieren. Hier treten also der Gelderwerb in den Mittelpunkt und der "Mann" mit seinen Merkmalen von Gelderwerb und Freizeit in den Vordergrund. Aus zwei mach eins: Die "Frau" erhält endlich den Status "Mann", die "emanzipierte Hausfrau" hat die "Hausfrau" abgeschafft. Der "Mann" ist das Maß aller Dinge.

4.2.4.2 Hinter dem "erwerbstätigen Mann" lauert die "Hausfrau"

Doch die unterschlagene Kehrseite des "Mannes" lässt nicht lange auf sich warten. Vergleichbar mit der "bürgerlichen Hausfrau" des 19. Jhdts. und nahezu identisch mit der "fortschrittlichen Hausfrau" der 20er Jahre kann sich auch die "emanzipierte Hausfrau" der notwendigen Haus- und Familienarbeit nicht entziehen. Denn auch sie stößt auf das alte Problem, dass sich die Beziehungen in der Familie nicht von selber ergeben und sich "echte Liebe" nicht kaufen lässt (vgl. von Werlhof, C. 1983:127). Und allzu selten reicht das eigene Gehalt, um alle anfallenden Tätigkeiten durch bezahlte Arbeit zu ersetzen. Und so müssen auch im "emanzipierten" Haushalt Dinge selbst gemacht, aufgehoben, aufbereitet und eingeteilt werden, kurz ist sparsames Wirtschaften angesagt. Statt der versprochenen Freizeit und Erholung erwarten sie also ähnliche Arbeitsanforderungen wie schon ihre Ahninnen.

4.2.4.3 Die Verschleierung der Haus- und Familienarbeit wird nun internalisiert

Und nicht zuletzt wird auch hier die Verschleierung der Haus- und Familienarbeit zum Bestandteil der täglich notwendigen Arbeit. Schließlich riskiert gerade die "emanzipierte Hausfrau" den Prestigeverlust: Sie ist nicht nur untüchtig, nein, sie ist auch nicht emanzipiert genug, um genug zu verdienen, und nicht emanzipiert genug, sich die häusliche Arbeit vom Halse zu halten.

Sie muss nun aber die anfallende Arbeit nicht nur vor dem Mann oder Freundinnen und Gästen verheimlichen, sondern ganz besonders vor sich selbst. So wird die "emanzipierte Hausfrau" getrennt in die "emanzipierte Frau", die erfolgreich Geld verdient, und die "Hausfrau", die verstoßen die Haus- und Familienarbeit erledigt, wobei die "Hausfrau" aus der eigenen Wahrnehmung verschwindet. Und Frau wundert sich, dass sie immer gestresst ist, obwohl sie zu Haus doch soviel Freizeit und Erholung genießt.

"So ist die Trennung der Dinge voneinander das Projekt der Neuzeit - wenn nicht des Patriarchats - überhaupt, die Trennung voneinander, auseinander und untereinander. Diese Trennung gehört zur Trennung von Boden und Bauern und Arbeit (Arbeitsteilung), der Trennung von Mann und Frau, von Frau und Frau, von Frauen und Kindern, Männern und Kindern, und von sich selbst, was dann als Schizophrenie auftritt." (von Werlhof, C. 1991:50)

4.3 Der Zement der Gleichheit

Es ist also immer das Gleiche: Der "frauenspezifische Entwurf" bezieht sich baulich-organisatorisch auf den "modernen Wohnungsbau", der seit den 20er Jahren gebaut wird. Die gleiche Zeile in den gleichen Grünflächen, ausgestattet mit vergleichbaren Versorgungseinrichtungen. Er entspricht damit dem funktionalistischen Prinzip, dass "Wohnen" zur Freizeit erklärt und zum einen die Erwerbsarbeit aus den Wohngebieten ausgliedert, zum anderen die häusliche Produktion in zentrale Versorgungseinrichtungen auslagert. Die Wohnung wird darin zum Erholungsort deklariert und darauf zugeschnitten. So übernimmt der "frauenspezifische Entwurf" die Unterordnung der subsistentiellen Arbeit unter den Gelderwerb sowie ihre Entwertung als mühselig, armselig und rückständig. Doch die Gleichheit der Ideologie ist noch prinzipieller. Denn das Geschlechterollenverständnis, das mit dem "frauenspezifischen Wohnen" implizit ausgedrückt wird, orientiert sich an den Geschlechterstereotypen, die im 19. Jahrhundert ausformuliert wurden, in der bürgerlichen Kleinfamilie des 19. Jahrhunderts ihren besonderen Ausdruck fanden und von der "Moderne" der 20er Jahre als Modell für alle Gesellschaftsschichten propagiert wurde. D.h. der "frauenspezifische Entwurf" geht aus von der "emanzipierten Hausfrau", die im Grunde aber dem Leitbild "Mann" entspricht, also dem erwerbstätigen Mann, der mit seinem Lohn von der Verantwortung für die subsistentielle Arbeit befreit ist und daher zu Hause über Freizeit verfügt, kurz dem "angestregten Junggesellen" (vgl. Dams, C. 1990). Die Vorstellung von der Befreiung der "Frau" zielt somit auf die Angleichung aller Frauen an das Leitbild "Mann" (vgl. Protze, K. 1995b). Dazu wird erst einmal die Angleichung aller Frauen an *ein* Leitbild der "emanzipierten Hausfrau" vollzogen, das Bild der gut verdienenden mittelständischen Frau mit intellektuellen Interessen.

"In diesem Prozeß verfiel feministische Theorie in den Fehler, den sie auf einer anderen Ebene der männlich dominierten Wissenschaft vorwarf: Sie verallgemeinerte die soziale Konstruktion des Begriffes Frau und isolierte sie von Kategorien wie Klasse und ethnische Zugehörigkeit. "Frauen" oder "die Frau" stand bei näherer Betrachtung für weiße Frauen und meistens für weiße Frauen der Mittelklasse in westlichen Ländern. Damit vereinnahmten die Feministinnen die Massen von Frauen, für die ihre analytischen Konzepte und ihre Schlussfolgerungen nicht oder nur bedingt brauchbar waren." (Schultz, D. 1990:49)

Mit diesem Drang nach Gleichheit werden alle realen und möglichen Unterschiede zwischen Frauen ideologisch verwischt und unsichtbar gemacht. So dient der "frauenspezifische Entwurf" baulich-organisatorisch und ideologisch der "Verbrämung realer Disparitäten" (Hülbusch, I.M. 1981:3). Zugleich begrenzt der baulich-organisatorische Rahmen die Handlungs- und Entscheidungsspielräume so weit, dass vom Programm abweichen-

des Verhalten nur bedingt möglich ist. Die sozialen und ökonomischen Zwänge werden größer und damit bedrohlicher. Anpassung wird zum feministischen Konzept - eine wahrlich "weibliche" Lösung.

4.3.1 Die "Frau" als Vehikel zum Einstieg ins Geschäft

Architektinnen und Planerinnen des "frauenspezifischen Entwurfs" bleiben also mit ihrer Arbeit im üblichen Rahmen. Die mittelständische weiße Frau als Abbild des weißen mittelständischen Mannes bleibt professionelles wie frauenpolitisches Leitbild. Der "emanzipatorische Vorgang" erweist sich darin, alle Frauen diesem Standard anzupassen. Und er ist zugleich der Versuch, mit der Spezialisierung "Frauenspezifik" am professionellen Geschehen teilhaben zu können.

"In Wirklichkeit findet hier eine Form von Kampf statt, die den Konsensus über die umkämpften Objekte impliziert (...). Dieser Kampf, der die Form des Verfolgungsrennens annimmt (was du hast, bekomme ich auch noch), ist *integrativ*; er ist Veränderung, die auf Fortbestand abzielt." (Bourdieu, P. 1993:192)

Und Anerkennung findet sich im gewohnten Rahmen: die Zeile ist das Ergebnis. Die "Frau" wird zur funktionalistischen Ergänzung, im Übrigen bleibt alles beim Alten (vgl. Protze, K. 1995b; Glaesener, N. 1995b).

"Aber die Bedingung für den Eintritt in das Feld ist die Anerkennung dessen, was umkämpft ist, und damit zugleich die Anerkennung der Grenzen, die - bei Strafe des Platzverweises - nicht überschritten werden dürfen." (Bourdieu, P. 1993:190)

Die Arbeit der Architektinnen und Planerinnen bleibt somit abhängig von professionell tradierten Maßstäben. Und so bleibt auch das Ergebnis im akzeptierten Rahmen, bietet nicht mehr Freiräume als jeder andere Wohnungsbau: Konformität als Bestandteil und Ergebnis der Arbeit der Architektinnen und Planerinnen, Konformität als Verhaltenserwartung an die Bewohnerinnen des "frauenspezifischen Wohnungsbaues".

"Solche Kritik ist, so interessant sie sein kann, selber unwesentlich, weil sie keinen eigentlichen Gegner hat, sondern mit dem Scheingegner die selbe Straße zieht, von ihm in Fesseln gelegt, eingefangen in seine Denkweise, widerwillig und unbewusst in Banden. Dann hat bei den vielleicht heftigsten Verwerfungen, die wesentliche Diskussion doch noch gar nicht begonnen." (Jaspers, K. 1973:XLII)

Und so tragen die Entwürfe implizit tradierte Ideologien der Architektur, Stadt- und Grünplanung weiter und unterstützen Lebensbedingungen, die dazu beitragen, die Arbeit der Haus- und Familienfrauen zu erschweren. Diese Art von Frauen, über die "Frau" nachzudenken und für die "Frau" zu entwerfen, bringt nur immer wieder die "Hausfrau" hervor. "Frausein *allein* ist eben noch kein Programm" (vgl. Strobl, I. 1989; dazu auch Berger, P.L./ Kellner, H. 1984:93).

5 Leben und Arbeiten im Quartier – Prinzipien alter Nutzungsdurchmischter Stadtteile

In den meisten Städten und Gemeinden weisen jene Stadtteile unterschiedliche Lebens- und Arbeitssituationen auf, die bis zum 19. Jahrhundert, also bis zur Gründerzeit angelegt und bebaut wurden. Lebendig, bunt, vielfältig - sind die ihnen zugeschriebenen Qualitäten. Es ist einfach, sich in ihnen zu orientieren, denn sie sind übersichtlich in Straßenführung und Zonierung. Haus- und Ladeneingänge sind leicht zu finden. In den Stadtteilen finden sich Läden, Gastronomie, Arztpraxen, kleine HandwerkerInnen und Dienstleistungsunternehmen ebenso wie öffentliche Einrichtungen, Schulen, Kindergärten und diverse Kulturangebote. Damit werden Anlässe und Gelegenheiten geboten, Besorgungen nachzugehen, Hilfeleistungen zu erfragen, Bildung zu erhalten oder Erholung zu genießen. Sehen und Gesehen werden gehört hier ebenso dazu wie eventuell die Möglichkeit, alte Bekannte zu treffen oder neue Kontakte zu knüpfen. Diese Stadtteile konnten immer wieder an neue Ansprüche angepasst werden und mit verschiedenen Bewohnerinnen und Bewohnern alt werden.

Hinter diesem ersten Eindruck sind zwei grundsätzliche Eigenschaften verborgen, die ein städtisches Leben begünstigen: Platz und Durchlässigkeit. Denn diese Quartiere - bei allen vorhandenen Unterschieden - enthalten in ihren Straßen und in den Gebäuden Platz für verschiedene Nutzungen, Tätigkeiten und Lebenssituationen. Sie bieten viele Wegemöglichkeiten und Wegeverbindungen im Quartier und über das Quartier hinaus.

Ermöglicht wird dies durch die Organisation des Quartiersgrundrisses: Zu den charakteristischen baulich-materiellen Merkmalen gehören eine regelmäßige Erschließung mit Straßen, eine relativ kleinteilige Parzellierung und eine geschlossene Bebauung mit (Geschoß) Häusern, die gereiht an der Straße stehen. Diese relativ einfache Organisation ermöglicht den BewohnerInnen und NutzerInnen dieser Stadtquartiere eine praktische Alltagsorganisation und relativ einfache Verbindung unterschiedlicher Notwendigkeiten. Und sie lässt oftmals auch noch den Platz, diese unterschiedlichen Alltage auch ein Stück weit im öffentlichen Raum zum Ausdruck kommen zu lassen.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine relativ einfache Siedlungsorganisation mit vielen Straßen und vielen Hausparzellen. Und in dieser Qualität sind diese Stadtteile erstaunlich homogen.

5.1 Viele Straßen im Quartier

In diesen Quartieren tragen die Straßen eine wichtige Bedeutung. Sie ermöglichen eine große Durchlässigkeit und eine Wahl der für die jeweilige Situation günstigsten Wege.

Erschlossen werden diese Stadtteile mit vielen Straßen, die immer an weitere Straßen anknüpfen. Sackgassen gibt es zumeist nur sekundär (also durch nachträglich eingeführte Verkehrsberuhigungen).

Diese Straßen sind symmetrisch zониert, in ihnen sind verschiedene Nutzungsbereiche parallel nebeneinander angeordnet. Auf die beidseitige Bebauung (grenzständig oder mit Vorgarten) folgt ein Bürgersteig, der eventuell durch einen Baumstreifen ergänzt wird. Ein Bordstein grenzt den Bürgersteig zur Fahrbahn ab, die allen Fahrzeugen zur Verfügung steht. Hier kann auch geparkt werden.



Abb. 57: Gründerzeitliche Straße mit symmetrischer Zonierung von Bebauung, Vorgarten, Bürgersteig, Baumstreifen und Fahrbahn

Es gibt zwei Straßentypen, die in Dimensionierung und Nutzung unterschieden werden können: Geschäftsstraßen – die Lagen und Wohnstraßen – die Adressen.

- In den Geschäftsstraßen – den Lagen – gibt es eine große Anzahl an Einzelhandel, handelsbezogenen Dienstleistungen und Gastronomie. Diese Nutzungen sind alle abhängig von Laufkundschaft.

Die Geschäftsstraßen sind zumeist aktuell oder zumindest historisch wichtige Haupterschließungsstraßen, die über das Quartier hinausreichen.

Sie sind breit, oftmals mit Baumstreifen ausgestattet. An ihnen liegen viele Kreuzungen und daher auch viele Ecken, also Orte höherer Lagewerte.



Abb. 58: Eine Geschäftsstraße im Stadtteil

In den Erdgeschossen der straßenbegleitenden Gebäude sind Ladenräume untergebracht.

- Die Wohnstraßen – die Adressen – dienen vor allem dem "Wohnen". In ihnen sind deutlich weniger Arbeitsstätten und Betriebe, die eher nicht von Laufkundschaft abhängig sind, zu finden. Oftmals bieten nur die Eckgebäude dazu Räumlichkeiten. Diese Straßen sind zumeist nur Quartiersinterne Erschließungen. Sie sind schmaler und auch die Bebauung ist oftmals niedriger als in der ersten Reihe. Die Wohnstraßen bilden das "ruhige Hinterland" (vgl. Dröge, F. o. J.) für die Geschäftsstraßen.

Geschäftsstraßen und Wohnstraßen bilden eine regelmäßige Erschließung, die im gesamten Quartier immer wieder wiederholt wird. Dadurch gibt es viele Straßen, viele Kreuzungen und damit viele Wegeangebote und Wegeverbindungen.

Damit werden sie nicht nur von den direkten AnwohnerInnen genutzt. Viele BesucherInnen, PassantInnen, TouristInnen – also "Quartiersfremde" – können sich gut in diesem Wegeraster orientieren. Und es gibt viele verschiedene Anlässe (Geschäfte, Kneipen, Kinos, Büros etc.), diesen Quartieren einen Besuch abzustatten.

Zugleich sind in den Straßen alle notwendigen Orte enthalten: Platz für FußgängerInnen auf den Bürgersteigen, Platz für ÖPNV, Fahrräder und PKWs auf den Fahrbahnen, Platz für AnwohnerInnen in den Vorgärten und Platz für Geschäfte und andere Einrichtungen in den Häusern.

"Je mehr Leute und Nutzungen beteiligt sind, je einfacher und selbstverständlicher muss die Organisation und Ausstattung sein. Und daraus folgt notwendig, dass "ich" mit meinen Kenntnissen und Erfahrungen "hausieren" können muss. (...) Die Ökonomie der Straße, die Straße als Freiraum, ist in einfachen Regeln der Organisation, die Ort und Weg ermöglichen, untergebracht." (Hülbusch, K. H. 1996: 783)



Abb. 59: Wohnstraße im Stadtteil

5.2 Parzellierung und Grenzen

An diesen Straßen sind Häuser in unterschiedlichen Breiten und mit den verschiedensten Fassaden auf vielen Grundstücken aufgereiht. Damit werden die Quartiere in viele Einheiten von Haus und Hof parzelliert.

Diese Parzellierung wird durch deutliche Grenzen wie Zäune und Mauern gekennzeichnet, die an den der Straße zugewandten Hausvorderseiten und auch an den rückwärtigen Hofseiten die jeweiligen Besitzer von einander trennen. Die Grenzen zeichnen die öffentliche (Straße) und die private Verfügungsmöglichkeiten (Haus und Hof)



Abb. 60: Parzellierung und Grenzen sichern die private Verfügung der Höfe

nach und klären auf einfache Weise die unterschiedlichen Zuständigkeiten. Mit dieser Art der Bebauung ist eine Trennung in eine öffentliche Eingangsseite an der Straße und eine Rückseite mit Hof organisiert, die den Bewohnern zur privaten oder gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen und einfach in den Alltag einbezogen werden können.

Auch bei wenig Fläche ist somit an jedem Haus ein Freiraum für verschiedene Tätigkeiten vorhanden (vgl. Böse, H. 1989a). Durch viele kleine Grundstücke gibt es in diesen Stadtteilen i. d. R. viele Eigentümer, werden viele individuelle Entscheidungen möglich und finden ihren Ausdruck in einem bunten, lebendigen Bild.

"Die Parzelle ermöglicht, dass sich die Erfahrungen der Leute als persönliche Spuren des Gebrauchs an Haus und Hof abzeichnen, woran für jede/n ablesbar wird, aha, hier wird "gehaust"". (Mehli, R. 1995: 67).

5.3 Drei Haustypen

Im Prinzip können drei Haustypen unterschieden werden: gereichte Häuser, Einspänner und Mehrspänner. Alle drei stehen an der Straße, sind von vorne nach hinten durchlässig und enthalten oft in den Erdgeschossen Räumlichkeiten für Geschäfte etc.. Zumeist wird durch ein Sockelgeschoß oder ein Souterrain eine räumliche Distanz zwischen dem Erdgeschoß als Hochparterre und der Straße organisiert. Ergänzt sein kann dies noch durch einen Vorgarten

5.3.1 Gereichte Häuser

Gereichte Häuser stehen zumeist auf schmalen Parzellen (5 bis 7 m). Sie sind schmal und in die Tiefe organisiert, zumeist zweigeschossig plus Souterrain. Sie können als Einfamilien oder Zweifamilienhäuser genutzt werden. Ein typisches Beispiel für ein gereichtes Haus der Gründerzeit ist das Bremer Haus, das in der Regel durch einen Vorgarten und einen Hof als privat verfügbare Freiräume erweitert ist.



Abb. 61: Gereichte Stadthäuser an der Straße in Bremen

5.3.2 Einspänner

Breitere Parzellen (ca. 10 m) sind eher mit Einspännern bebaut. Diese sind in der Regel 3 bis 4 geschossige Häuser. Bei einer Wohnung je Etage enthalten sie drei bis vier Wohnungen. Hinter dem Haus ist ein gemeinsamer Hof für alle BewohnerInnen vorhanden. Einspänner sind in Städten wie Osnabrück, Kassel, Halle an der Saale oder Köln zu sehen.



Abb. 62: Einspänner im geschlossenen Blockrand in Halle an der Saale

5.3.3 Zwei- und Mehrspänner

Zwei- und Mehrspänner stehen auf bis zu 20 m breiten Parzellen. Sie sind vier bis sechsgeschossig und enthalten mindestens zwei Wohnungen pro Etage. An den Rückseiten stehen häufig Hinterhofgebäude in zweiter Reihe oder Seitenflügel entlang der Parzellengrenzen. Durch den hohen Grad an überbauter Fläche und ihre Geschossigkeit gibt es an den Rückseiten oftmals nur noch kleine Höfe. Sie stellen in dieser Reihe die dichteste Bauform dar. Zweispänner (Geschoßhäuser mit zwei Wohnungen pro Etage) sind eine übliche Bauform in Städten wie z. B. Kassel, Hannover, Stuttgart und Leipzig. Mehrspänner (mehr als zwei Wohnungen pro Etage) mit Seitenflügel oder Hintergebäuden sind typisch für Millionenstädte wie Berlin, Hamburg und Wien.



Abb. 63: Zweispänner im geschlossenen Blockrand in Halle an der Saale

5.3.4 Ecken und Läden

Charakteristisch für Nutzungsgemischte Stadtteile sind die Eckgebäude, die (sofern sie gründerzeitlich gebaut sind) oftmals mit abgeflachtem Winkel einen Eingang direkt an der Ecke aufweisen. Da sie an zwei Straßen liegen, besitzen sie höhere Lagewerte. Meist haben die Eckhäuser eine höhere Geschößzahl und enthalten Geschäfte oder Kneipen.



Abb. 64: Gaststätte an zentraler Ecke im Stadtteil



Abb. 65: Eckladen am Stern



Abb. 66: Kleingewerbe im Stadtteil



Abb. 67: Kleine Ladenlokale für neue Ökonomien

5.4 HuFe und Block – Varianten der Erweiterungen

"Nutzungsgemischte" Stadtteile entstammen zumeist zwei unterschiedlichen Arten der Stadterweiterung. Es gibt "Hufenerweiterungen", die auf traditionelle Formen der Stadtorganisation seit dem Mittelalter zurückgehen (vgl. Blohm, R. 1943; Bekeszus, K. 1995; Beekmann, H. et al. 1996) und "Blockerweiterungen", die den Übergang zu modernen Stadtformen seit dem Barock anzeigen (vgl. Stübgen, J. 1907; Hegemann, W. 1930; Hartog, R. 1962; Panerai, P. et al. 1985). Beide Organisationsformen weisen ein durchlässiges Straßenraster und eine Parzellierung auf.

5.4.1 Hufenerweiterungen

Ein typisches Beispiel für eine Stadt mit gründerzeitlichen Hufenerweiterungen sind die Stadtteile mit gereihten Häusern in Bremen. Diese Quartiere sind durch eine hohe Haus- und Straßendichte ausgezeichnet. Der Zusammenhang von Haus und privaten Freiräumen ist hier idealtypisch (vgl. Theiling, C. 1996). Die Bewohner verfügen über Vorgarten, Haus und Hof. Zugleich bieten die Quartiere zahlreiche Wegeverbindungen. Es gibt viele Straßenecken mit einer hohen Lagegunst für Geschäfte.

"Der städtische Boden ist sparsam aufgeteilt und relativ gleichmäßig an die verschiedenen Familien verteilt. Jede Familie verfügt über "Haus und Hof" und damit über die Möglichkeit, selbständig zu wirtschaften. (...) Jedes Haus besitzt einen ähnlich großen Anteil an Straße." (Volz, H. 1996: 41).

Die Stadterweiterung von Bremen wurde linear, Straße für Straße durchgeführt. Mit der Anlage einer neuen Straße erfolgte gleichzeitig eine beidseitige Parzellierung, so dass jede Straße beidseitig bebaut wurde. Das ermöglicht eine sofortige Umlage der Erschließungskosten beiderseits der Straße. Spekulative Vorleistungen der Stadt oder von Grundstückseigentümern ohne Baurecht wurden so vermieden. Die neuen Straßen schließen in der Regel an Vorhandene an und werden wiederum mit Querstraßen verbunden. Auf diese Art entsteht im Laufe der Erweiterung, also sekundär, ein hierarchisches Raster, in dem Geschäfts- und Wohnstraßen unterschieden sind.

Die Hierarchie bedeutet, dass die Straßen in der Zonierung vergleichbar, in den Dimensionierungen nach ihrer Bedeutung unterschieden sind. Die Erweiterung erfolgt als eine Addition gleicher Parzellen entlang einer Straße, mit einem groben Wegeplan im Hintergrund (vgl. Beekmann, H. et al. 1996). Die Parzelle wird als kleinste Einheit der Erweiterung verstanden. Die Parzellierung ist gleichmäßig schmal und tief.

Der prägende Haustyp ist das gereichte Haus. Daneben haben Einspanner vor allem an den Hauptstraßen und Ecken eine größere Bedeutung.

Entlang einer oder mehrerer Haupteerschließungsstraßen ist ein Großteil der Läden aufgereiht. Jedoch sind auch in den seitlichen Straßen des Stadtteils, vor allem an den vielen Ecken, weitere Arbeitsstätten zu finden.

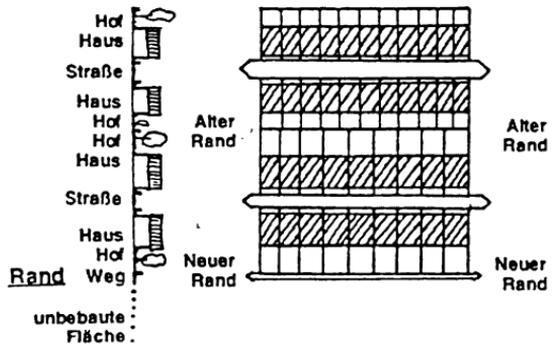


Abb. 68: Prinzip der Hufenerweiterung

5.4.2 Blockerweiterungen

Blockerweiterungen sind typisch in Städten wie Kassel, Berlin oder Wien. Im Unterschied zu den Hufenerweiterungen wird in den Blockerweiterungen zuerst ein Straßenraster über eine größere Fläche gelegt. Dieses ist als Neutralraster mit nahezu gleichwertigen Straßen und Mustern wie Sternen organisiert. Im Anschluss daran werden die im Raster angelegten Blöcke parzelliert.

Diese Baublocks werden ebenfalls unterteilt. Das Straßenraster der Blockerweiterungen ist weitmaschiger und aufgrund ihrer zumeist quadratischen oder gar dreieckigen Form entstehen sehr unterschiedliche Parzellengrößen und -formate (vgl. Panerai, P. et al. 1985).

Die Bebauung besteht vor allem aus Ein- und Zweispännern (z. B. Halle an der Saale, Osnabrück, Kassel). In sehr dicht bebauten Städten (wie Wien und Berlin) dominieren Mehrspänner mit Hinterhofbebauungen.

Wie bei den Hufenerweiterungen ist auch im Block eine Zonierung in Haus und Hof gegeben. Die Nutzbarkeit der Höfe steht aber in direktem Zusammenhang mit der Parzellengröße einerseits und der Hausgröße und Bewohnerzahl andererseits. In den sehr dicht bebauten Gebieten ist daher der Gebrauch der hausbezogenen Freiräume zumeist durch viele Mietparteien stark kontrolliert oder bis hin zu engen Lichthöfen verbaut.

Mit dem Straßenraster und einer oftmals großzügigen Zonierung der Straßen stehen aber wiederum vielfältig nutzbare öffentliche Freiräume im Quartier gleichmäßig verteilt zur Verfügung und zwar auch bei sehr dichter Bebauung.

Auch in der Blockbebauung gibt es eine oder mehrere Geschäftsstraßen, also Straßen erster Lage. Weitere Geschäfte, Büros, Praxen oder andere Unternehmen sind in Erdgeschoss, Hintergebäuden oder auch in ehemaligen Wohnungen angesiedelt.

5.4.3 Nutzungsmischung durch eine einfache Stadtorganisation

Gründerzeitliche und noch ältere Stadtteile bieten also eine Reihe von Gebrauchsqualitäten und sozialen Qualitäten, die auf Art der Erschließung und Parzellierung und Art und Dichte der Bebauung beruhen.

In ihren Möglichkeiten, nebeneinander oder übereinander bzw. überlagernd verschiedenen Tätigkeiten und Nutzungen Freiraum zu gewähren, bieten sie eine bauliche Grundla-

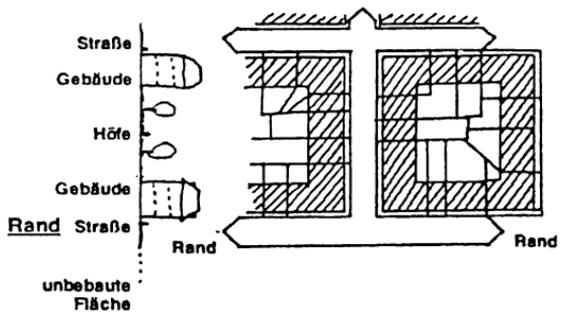


Abb.69: Prinzip der Blockerweiterung

ge für lebendige und bunte Stadtteile. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass solche Stadtteile seit über 100 Jahren alt werden können, indem sie wechselnde BewohnerInnen aufnehmen und veränderte Ansprüche überdauern. Das Quartier lebt von der breit gestreuten Verteilung von relativ gleichen Lagewerten (vgl. Bäuerle, H. 1973; Sieverts, T. 1997). Auf dieser Basis finden unterschiedliche Lebensweisen und Ökonomien Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten.

"Und das bei dem einfachen und simplen Grundriss, der nicht mehr tut als notwendige Bedingungen organisieren: keine Originalität, keine Genialität, keine Extravaganzen. Das alles überlassen wir den Bewohnern und die können das (...) gegen alle bevormundenden Behauptungen gut und praktisch und schön." (Hülbusch, I. M. / Hülbusch, K. H. 1989: 105)

6 Prinzipien für ein "Hausen" im Stadtteil

Die Beispiele des modernen Städtebaues sowie der großflächigen Wohnsiedlungen der Nachkriegsjahre bis heute und ihr Vergleich mit älteren Stadtquartieren zeigen, dass in allen Städten zwei grundsätzlich unterschiedliche Prinzipien der Organisation vorzufinden sind. Während in den modernen Siedlungen seit den 1920er Jahren eine strikte Funktionstrennung verschiedener Lebensbereiche und somit das "Wohnen" durchgesetzt wurde, findet man in den älteren bis zu den gründerzeitlichen Stadtteilen ein Nebeneinander und eine Überlagerung vieler verschiedener Nutzungen – gute Voraussetzungen zu "Hausen". Die Funktionsfestlegungen führen dazu, dass die modernen Siedlungen ständig saniert und umgebaut werden müssen, wenn sich soziale und ökonomische Bedingungen verändern. Dagegen bieten gründerzeitliche und ältere Stadtteile mit größerer Wahrscheinlichkeit eine hohe Gebrauchsfähigkeit der Freiräume und Bebauung und dadurch eine Alterungsfähigkeit im Gebrauch.

Auch die "neuen" Modelle der "frauengerechten", "migrantengerechten", "altengerechten" Stadt weisen zumeist große Ähnlichkeiten mit dem Leitbild der funktionsgetrennten, modernen Siedlungen auf. Deshalb werden die gewünschten Qualitäten der "Nutzungsmischung" und auch der "Lebendigkeit" mit großer Wahrscheinlichkeit auch hier nicht entstehen können.

6.1 Ein Blickwechsel für "nutzungsgemischte" Stadtteile

Die Ambition, "nutzungsgemischte Stadtteile" zu planen und zu bauen, bedarf also eines grundsätzlichen Blickwechsels sowohl bei der Planung von neuen Stadtteilen als auch bei Planungen im Bestand. Dazu wäre es allerdings vor allem erforderlich, die Prinzipien gründerzeitlicher und älterer Stadtteile ernst zu nehmen, genauer anzusehen und diese

schließlich sorgfältig zu übertragen. Zugleich wird es notwendig sein, lieb gewonnene Leitbilder des "modernen Städtebaues" zu hinterfragen und letztendlich zu revidieren. Dementsprechend wäre dem PKW-Verkehr weniger Aufmerksamkeit zu widmen und diese stattdessen Haus, Hof und Straße als alltäglichen Lebensorten zu zuwenden.

Da gründerzeitliche und ältere Stadtteile als Vorbild für Stadtteile dienen können, sollen im Folgenden, die ihnen zugrunde liegenden Prinzipien noch einmal kurz zusammengefasst werden. Ihre Beachtung würde darüber hinaus einen Beitrag zur Vermeidung vieler nachteiliger Folgen von Neubaugebieten für StadtbewohnerInnen und Verkehr leisten, die aus den Leitbildern und dem Siedlungsbau der letzten 80 Jahre Stadt- und Verkehrsplanung entstanden sind.

6.1.1 Erreichbarkeit und Durchlässigkeit: Viele Wege und die Möglichkeit kurzer Wege

Erreichbarkeit und Durchlässigkeit "nutzungsgemischter Stadtteile" beruhen auf einer Erschließung, in der alle Straßen und Wege miteinander verbunden sind. Es gibt die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Wegeverbindungen zu wählen. Alle Orte im Quartier, in benachbarten Quartieren oder an den Quartiersrändern können je nach Zeit und Anlass auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden. Die Stadtteile sind an allen Stellen querbar - und das für alle VerkehrsteilnehmerInnen. Eine regelhafte Zonierung mit beidseitigem Bürgersteig hält dafür in allen Straßen Nutzungsbereiche für Autos, Fahrräder und FußgängerInnen vor. Ein regelmäßiges Straßengeraster mit derart zonierte Straßengestaltung ist also eine Erschließung, die Zu Fuß Gehenden und Radfahrenden weitgehend kurze Wege ermöglicht. Zusätzlich macht sie einen ÖPNV realisierbar, der das Quartier in einem dichten Netz und kurzen Taktfolgen bedient. Ein Indiz dafür ist der erwiesenermaßen geringe PKW-Besitz und PKW-Gebrauch in gründerzeitlichen, innerstädtischen Quartieren großer Städte wie Wien, Hamburg, Berlin oder Stuttgart (vgl. Holz-Rau, C. et al. 1994; Holz-Rau, C. / Kutter, E. 1995; Ruhne, R. 1996; Socialdata GmbH München 1993).

6.1.2 Nebeneinander und Überlagerung verschiedener Nutzungen

Für Stadtteile, in denen verschiedene Nutzungen Platz finden sollen, ist es sinnvoll, ein Nebeneinander und eine Überlagerung verschiedener Nutzungen zu ermöglichen. Dies gilt für alle Bereiche:

- In den Straßen bedeutet "Nebeneinander" eine parallele Anordnung von Fußgängern und Fahrverkehr.
- Mit dem Nebeneinander vieler Häuser oder Gebäude ist zugleich eine Reihung verschiedener Nutzungsmöglichkeiten gewährleistet.
- Der Plan für das Quartier mit vielen Häusern und vielen Wegen bereitet also die materielle Basis für unterschiedliche Nutzungen vor.

Einen hohen Stellenwert haben vor allem die Erdgeschosse der Häuser an den Hauptstraßen, aber auch vieler Eckhäuser, die zumeist für Handel, Gewerbe, Dienstleistungen oder Kneipen genutzt werden. Damit sind in solchen Quartieren die meisten alltäglich notwendigen Geschäfte und Dienstleistungen vorhanden und gut zu Fuß erreichbar. Sie liegen praktisch "um die Ecke" und können schnell aufgesucht werden. Zugleich sind dies auch Arbeitsplätze im Quartier. Durch die relativ hohe Bewohnerdichte der Quartiere erhalten sowohl die verschiedenen Geschäfte und Betriebe als auch der Öffentliche Personennahverkehr eine ökonomische Basis. Das Nebeneinander von Fußwegen, Fahrrad, Straßenbahn, Bus und PKW ermöglicht auch eine Wahl der Transportmittel und schafft damit zugleich Gelegenheiten zum Verzicht auf den PKW (vgl. Holzapfel, H. 1997)

6.1.3 Privat verfügbarer Freiraum

Parzellierung und Grenzen sowie die straßenorientierte Bebauung ordnen jedem Haus einen Vorgarten und Hof zu. Dadurch besteht ein privater bzw. hausbezogener Freiraum, der im Alltag genutzt werden kann. Dieser ermöglicht den Wechsel zwischen drinnen und draußen, die Auslagerung verschiedener Tätigkeiten aus dem Haus. Haus oder Wohnung können entlastet werden, indem z. B. Kinder zum Spielen hinausgeschickt, Wäsche draußen aufgehängt oder andere Arbeiten im Hof erledigt werden.

"Wie sonst sollte man hinaus kommen, Kontakte und Konflikte eingehen und auch Hilfe, Ergänzung, Information einholen können? Die Verfügung über Innenhaus und Außenhaus ist eine der minimalen Voraussetzungen zur verbindlichen Eroberung des Quartiers. (...) Das Außenhaus - Vorgarten, Eingang (Haustür), Hof und Garten sind solch ergänzende Orte und gleichzeitig verknüpfende Orte zwischen privater Verfügung und öffentlichem Kontakt, kontrolliert zwar, eingeschränkt, aber verfügbar." (Hülbusch, I. M. 1981: 7)



Abb. 70: Vorgarten und Treppe - gesicherte private Verfügung

Zugleich sind Vorgarten und Hof Freiräume, die es ermöglichen, draußen tätig zu werden.

Sie geben Gelegenheiten, in der Straße anwesend zu sein und erleichtern dadurch Kontakte zu Nachbarn und anderen Straßenbewohnern. Die Organisation des Quartiers bilden so eine Voraussetzung für die soziale Aneignung eines Stadtteils und für die Ausbildung von Konventionen, also sozialer Orientierung im Sinne von Verhaltenssicherheit über das, was von allen anderen akzeptiert und toleriert ist.

6.1.4 Anlässe und Gelegenheiten

Weil private Freiräume verfügbar wie nutzbar und Versorgungs- wie Ergänzungseinrichtungen im Quartier vorhanden sind, können die täglichen Wege gut zu Fuß bzw. mit dem

ÖPNV erledigt werden. Auf diese Weise wird die Alltagsorganisation in diesen Quartieren für alle Bewohner erleichtert. Die Straßen mit den daran aneinander gereihten Häusern sind zugleich Weg und eine Abfolge von Plätzen. Jedes Haus hält eine Gelegenheit zum Verweilen und einen Anlass zum Aufsuchen oder die Möglichkeit, vorbei zu gehen, bereit. Für jeden gibt es einen Platz vor der eigenen Haustür. Die Straße ist also von Anlässen und Gelegenheiten gesäumt und wird so zum kommunalen Freiraum (vgl. Hülbusch, K. H. 1996; Collage Nord 1996). Dieser bietet Gelegenheiten für Kontakte und Gespräche mit Nachbarn und Passanten. Er gibt Möglichkeiten, das eigene soziale Umfeld über den engeren Familienkreis hinaus auszuweiten.

"Die meisten dieser Kontakte sind betont trivial, aber die Summe aller Kontakte ist nicht im Geringsten trivial. Die Summe solch beiläufiger, öffentlicher Kontakte auf lokaler Basis - größtenteils zufällig, mit Besorgungen verbunden, immer der einzelnen Person überlassen, niemals ihr aufgezwungen - ist ein Gefühl für die öffentliche Identität von Menschen, ist ein Gewebe öffentlicher gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Vertrauens und bedeutet eventuellen Beistand in Zeiten persönlicher oder nachbarschaftlicher Bedrängnis." (Jacobs, J. 1963: 47)

5.1.5 Verhaltenssicherheit und Toleranz

Neben der Erleichterung der Arbeitsorganisation durch Platz und kurze Wege geben die Quartiere auch die Möglichkeit, leichter Fuß zu fassen, weil die Orientierung auch sozial gut möglich ist. So ist relativ schnell kenntlich, welches Gesicht zu welchem Haus gehört. In diesen Quartieren tritt also in Erscheinung,

"dass es offensichtlich materielle Strukturen der Organisation des Wohnens in der Stadt gibt, die leichter mit Gesichtern, mit sozialer Erfahrung besetzt werden können. Oder anders herum: in denen die Chance besteht, ohne katastrophale Niederlagen und Ernüchterungen erprobend Erfahrung mit Gesichtern und über Orte zu sammeln, damit man sich zurechtfinden kann." (Hülbusch, I. M. 1981: 7)

Die soziale Orientierung ist eine Qualität, die es z. B. Kindern erleichtert, ihre Wohnung selbständig kennen zu lernen, Schulwege alleine zurückzulegen, alleine einkaufen zu gehen. Gründerzeitliche Quartiere bieten im Rahmen des Alltags also in mehrfacher Hinsicht Freiräume und Verhaltenssicherheit. Die Parzellierung, Grenzen und Zonierungen unterstützen die Verfügung der vorhandenen privaten und öffentlichen Freiräume als Orte, "an denen man nicht fragen muss" (vgl. Chatwin, B. 1990: 81).



Abb. 71: Ein Sandhaufen als Anlass - Kinderspiel auf der Straße

Die entstehenden und tradierten Konventionen geben sichere Regeln im Alltagsgebrauch und im Miteinander der Bewohnerinnen und Bewohner und dieser und PassantInnen und Passanten. Die Anwesenheit von Menschen "versorgt" die Straße zugleich mit "Augen", die nicht gezielt aber nebenbei Vorgänge beobachten. In diesen Straßen und Stadtteilen

ist der Aufenthalt am angenehmsten und sichersten, ohne dass der geringste Anschein von gegenseitiger Kontrolle entsteht. Weil Bewohnerinnen und Bewohner sowie Passantinnen und Passanten ganz selbstverständlich die Freiräume der Straße benutzen, sind die Orte genauso selbstverständlich beaufsichtigt (vgl. Jacobs, J. 1963: 33).

"Das Vertrauen wird in einer Großstadt aus vielen, vielen Bürgersteigkontakten gebildet. Es wächst aus dem Nebeneinanderstehen der Leute an der Bar beim Biertrinken, aus dem Gespräch mit dem Lebensmittelhändler oder dem Zeitungsverkäufer, aus der beiläufigen Unterhaltung in der Bäckerei und aus dem Grüßen von Kindern, die ihre Limonade auf den Vortreppen trinken." (Jacobs, J. 1963: 47)

Diese Verhaltenssicherheit im Sinne von "Vertrauen in die Straße" ist eine wichtige Voraussetzung für den Alltag. Sie ist aber auch für Fremde und zufällige PassantInnen von Bedeutung als Form gegenseitiger Toleranz und als Möglichkeit in einem Stadtteil sowie in der ganzen Stadt gelassen mit Fremden umzugehen.

6.1.6 Anpassungsfähigkeit, Alterungsfähigkeit, Gebrauchsfähigkeit

Anpassungsfähigkeit und Alterungsfähigkeit von Stadtteilen sind Voraussetzungen dafür, dass Gewohnheiten, Konventionen und verschiedene Gebräuche von Bewohnern etabliert werden können, die "das Leben" im Quartier ausmachen. Sie ermöglichen es, dass viele verschiedene soziale und ökonomische Lebenssituationen im Stadtteil ihren Platz finden. Diese Anpassungsfähigkeit ermöglicht immer wieder unterschiedliche Interpretationen. Der baulich-materielle Rahmen enthält Angebote und Handlungsmöglichkeiten, die verschiedene BewohnerInnen nach ihrem Bedarf auslegen können. Nutzungen können verändert und neue Nutzungen heimisch werden (vgl. protze + theiling 2004).

7 Hausen statt Wohnen – von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher Wertvorstellungen bei wechselnden Leitbildern – und ein Vorschlag für eine Doppelstrategie

7.1 Gewohnte Denktraditionen

Hausen statt Wohnen, das steht für zwei unterschiedliche gesellschaftliche Wertvorstellungen mit weit reichenden Folgen unter anderem in Architektur, Stadt- und Verkehrsplanung sowie Grünplanung. Zwar sind die genannten Professionen schon 100 Jahre alt, die beschriebene Diskussion ist älter. Und weitaus älter ist auch der Wettstreit über den Wert von Arbeit und über die Bedeutung des Besitzes von Produktionsmitteln, also Haus, Hof

und Land. Älter ist auch die Frage, welche Bedeutung den häuslichen Tätigkeiten zukommt.

Hausen und Wohnen können als Begriffe bis ins Mittelalter zurückverfolgt werden. Die Gebrüder Grimm führen beide Begriffe in ihrem Wörterbuch an:

Hausen

"1) die älteren quellen geben das wort in dem sinne mit einem hause sitzen, oder sich häuslich niederlassen: (...) der begriff hausen, wie er namentlich oben unter no. 1, 2 und 6 belegt ist, schlieszt zugleich den begriff Haushalten, wirtschaften in sich ein (...)" (Deutsches Wörterbuch von Jakob und Wilhelm Grimm).

Wohnen

"1) "verweilen, sich aufhalten": (...); eine besondere stube, in der sie weder wohnen noch schlafen dürfen GÖTTE I 25, 1, 134 (...)

2) häufiger im sinne "wohnung, wohnsitz haben" (ohne deutliche grenze gegen "sich aufhalten"): "man wohnt an einem orte, den man auf eine zeitlang dazu gewählt hat, seine haushaltung dasselbst zu haben, man hält sich an einem orte nur auf, wenn diese einrichtung nicht gemacht ist, dort seinen festen sitz zu nehmen" HEYNATZ synon. wb. 1, 272^a; ähnlich SANDERS wb. dtsch. synon. (1871) 173; 735." (Deutsches Wörterbuch von Jakob und Wilhelm Grimm).

Bereits in diesen älteren Ausführungen wird der Unterschied im Verständnis deutlich. Während dem Hausen das "Wirtschaften" zugeordnet ist – bis hin zu seiner Denunziation als "andererseits übel wirtschaften, wüsten, in strengere und freiere sinne" (*ebd.*), beschränkt sich das Wohnen auf "sich aufhalten – ohne festen Sitz zu nehmen" – eigentlich bereits ein moderner Gedanke, der die Idee der mobilen Mittelschicht, wie sie für Siedlungen wie Osterholz-Tenever gedacht war, voraus nimmt.

Gesellschaftlich tradiert werden zweierlei Wertigkeiten. Wohnen wird zum üblicheren, vornehmeren Begriff. Darin spiegelt sich wieder, dass keine Tätigkeiten verrichtet werden, die dauerhafte Veränderungen oder ein Sich Niederlassen bedeuten könnten. Alle wirtschaftlichen Tätigkeiten im und am Haus bzw. der Wohnung werden zunehmend mit Argwohn betrachtet und als Armut oder ungesunde Unordnung gewertet.

Heute sind diese Wertvorstellungen relativ selbstverständlich. Gesellschaftliche Bedeutung hat und bringt ein Gelderwerb. Häusliche oder familiäre Tätigkeiten sind deutlich nach geordnet. Immer noch werden sie kaum wahrgenommen, zuviel davon als armselig oder unordentlich empfunden, nur im engsten Kreis finden sie Anerkennung. Dem "Wohnen" wird nach wie vor vor allem die Bedeutung von Erholung und Freizeit – als des Gegenteils von Arbeit – gegeben.

In den Professionen, die mit Planung zu tun haben, werden diese gesellschaftlichen Wertigkeiten mit getragen. Das ist an den räumlichen Angeboten abzulesen, die bis heute für den Alltag der Bewohnerinnen und Bewohner vorgesehen werden. Erholung und Freizeit

wird gespiegelt im Abstandsgrün von Wohnsiedlungen, in Terrassen und Teppichgrün von Einfamilienhausgebieten, in Grünflächen und Gartenschauen, denen gemein ist, dass sie keinen oder nur minimalen individuellen Gebrauch zulassen. Die Wohngebiete liegen an Hauptverkehrsstraßen, werden eingebettet in Lärmschutzwälle, erschlossen von Wohnwegen mit vor gelagerten Carports oder von Sackgassen mit Wendehammer und Dorflinde. Mit ihnen wird mehr versprochen als nur ein Haus oder eine Wohnung: ruhiges, gesundes und sicheres Wohnen in guter (homogener) Gemeinschaft.

In Folge werden nicht nur die individuellen Benachteiligungen und Erschwernisse von Frauen, die häuslichen Tätigkeiten nachgehen, reproduziert, strukturell getroffen werden alle jene, die nicht der gedachten Norm (erwerbstätig mit ausreichendem Einkommen, physisch gesund, mobil) entsprechen. Die Vision von einer "schöneren Stadt", wie sie LeCorbusier 1941 stellvertretend für seine KollegInnen formulierte, kehrt sich immer wieder gegen deren BewohnerInnen.

7.2 Gender Mainstreaming in der Planung

Seit ca. 2000 ist eine neue Strategie in Diskussion, mit der größere Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen erreicht werden soll: Gender Mainstreaming. Innerhalb kürzester Zeit wurde auch in den Planungsdisziplinen diskutiert, welche Veränderungen durch diese Strategie erreicht werden können (vgl. dazu BBR 2003, BBR 2006). Der etwas sperrige Begriff enthält zwei grundsätzliche Gedanken:

"Gender kommt aus dem Englischen und bezeichnet die gesellschaftlich, soziale und kulturell geprägten Geschlechterrollen von Frauen und Männern" (BBR 2006: 5).

Damit soll deutlich gemacht werden, dass Geschlechterrollen und Geschlechterhierarchien nicht biologisch determiniert, sondern gesellschaftlich gemacht und daher auch veränderbar sind (vgl. Butler, J. 1991; Lorber, J. 2003).

"Mainstream (englisch für Hauptstrom) bedeutet, dass eine bestimmte inhaltliche Vorgabe, die bisher nicht das Handeln bestimmt hat, nun zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht wird" (vgl. BBR 2006: 5).

Mit diesem Schritt soll erreicht werden, dass bei allen Handlungen, gesellschaftliche Geschlechterrollen und die damit verbundenen sozialen Wertungen bedacht werden und gegen Ungleichheiten agiert wird.

Mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages (EG Vertrag) 1999 wird der Gender-Mainstreaming-Ansatz in rechtlich verbindlicher Form festgeschrieben. Das Bundeskabinett erkennt die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung an und bestimmt, diese Aufgabe mittels der Strategie des Gender Mainstreaming zu befördern (vgl. www.gender-mainstreaming.net). Gender Mainstreaming bedeutet,

"bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt." (www.gender-mainstreaming.net).

Der Anspruch ist also weit reichend. In allen politischen Entscheidungsprozessen wird von allen Akteuren gefordert, auf allen Ebenen und in allen Prozessphasen eine geschlechtsspezifische Sichtweise einzubringen. Somit müssen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern auch in Architektur, in Stadt- und Verkehrsplanung sowie Grünplanung Berücksichtigung finden.

In den Checklisten und Kriterienkatalogen, die in den Jahren seit 1999 verfasst wurden, finden sich konsensfähige Kriterien:

"Folgende Kriterien dienen vor dem Hintergrund bisheriger Ergebnisse als roter Faden einer inhaltlichen Umsetzung von Gender Mainstreaming; sie müssen jedoch auf den unterschiedlichen Ebenen städtischer Planungsprozesse weiter konkretisiert werden:

- Versorgungsarbeit
 - Räumliche Angebote für Familien- und Versorgungsarbeit
 - Zugänglichkeit/Erreichbarkeit, kurze Wege
- Verteilungsgerechtigkeit von Ressourcen (Raumaneignung/Wahlfreiheit)
- Sicherheit
- Repräsentanz
 - Repräsentanz beider Geschlechter an Entscheidungsmacht
 - Gleiche Beteiligungsmöglichkeiten an Planungen" (BBR 2006: 15f).

Mit der Baurechtsreform von 2004 wird auch im Baugesetzbuch "gegendert":

"(6) Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen

3. die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen, **alten und behinderten** Menschen, **unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer** sowie die Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung" (BauGB 2004).

7.2.1 Chancen einer neuen Strategie

Auch wenn Gender Mainstreaming vor allem als Verwaltungsrichtlinie und als Top Down Strategie angelegt ist, also an zwei Stellen ansetzt, die bislang nicht durch großes Interesse an Chancengleichheit von Frauen und Männern aufgefallen sind, so enthält die Strategie dennoch neue Möglichkeiten. Der Begriffswechsel von "Geschlecht" zu "Gender", so sperrig er in manchem Ohr auch klingen mag, ist nicht allein dem Zeitgeist geschuldet. Mit dem Begriff "Gender" wird auch eine andere Herangehensweise an die Geschlechterfrage eingeführt. Im Vordergrund steht der Gedanke der sozialen und kulturellen Konstruktion von Geschlecht. Das beinhaltet, dass Geschlechterrollen sozial geprägt und kulturell tradiert werden. Die Rede ist dann auch weniger von Frauen und Männern als viel mehr von Weiblichkeiten und Männlichkeiten. Und das auch gleich in der Mehr-

zahl, weil beide Möglichkeiten in sich eine große Variabilität aufweisen. Je bereiter sie aufgeblättert werden, umso relativer wird der Bezug zu tradierten Vorstellungen von Frau und Mann.

Mit einem derartigen Verständnis von Geschlecht wird es erleichtert, gesellschaftliche Wertvorstellungen bezüglich der Bedeutung und Wertschätzung von bestimmten Weiblichkeiten oder Männlichkeiten aufzuzeigen und sie zu dekonstruieren.

Neben der individuellen Einstufung in die Gesellschaft, als Möglichkeiten der gesellschaftlichen Anerkennung, der Zuordnung oder des Aufstiegs, kann auch gezeigt werden, wie sehr das Geschlecht in die Strukturen der Gesellschaft hinein wirkt (vgl. Lorber, J. 2003; Connell, R.2006). Damit kann der Blick auf privilegierte bzw. marginalisierte Lebens- und Arbeitsweisen, Lebens- und Arbeitssituationen gerichtet werden (vgl. das Modell "hegemonialer Männlichkeit" von Connell, R. 2006)

Auf die eigene Profession bezogen, kann dies dazu beitragen, dass Grundparameter neu ausgerichtet werden. Und nicht nur in der Frage der Verhinderung oder Beseitigung individueller Benachteiligungen, sondern auch in der Veränderung der strukturellen Privilegierungen und Marginalisierungen.

In dieser Betrachtung ist Geschlecht in erster Linie eine "Analysekategorie", die Hilfestellung gibt, gesellschaftliche Wertvorstellungen und damit verbundene Zuordnungen gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitsbereiche sowie Privilegierungen oder Marginalisierungen zu erkennen und zu beschreiben. Es gibt keine damit direkt verbundenen Handlungsanweisungen (vgl. Lorber, J. 2003).

In dieser Denkart kann Gender Mainstreaming auch in den verschiedenen Planungsbereichen einen Paradigmenwechsel unterstützen. Bislang benachteiligte Lebens- und Arbeitsweisen können in den Vordergrund gerückt und ihre Bedarfe als handlungsleitend verstanden werden. Damit stünden jene im Mittelpunkt der Planungsaufgaben, die bislang an die Ränder geschoben wurden, weil sie dem, was als "normal" propagiert wurde, nicht entsprachen – und das sind nicht nur alle jene Frauen, die der Zuschreibung der "müßigen Hausfrau" nicht entsprechen. Dies sind ebenfalls Sinnes- und Mobilitätsbeeinträchtigte, SeniorInnen, MigrantInnen, dies sind auch kleine und kleinste Unternehmen (darunter viele ethnische Ökonomien) – und letztendlich auch alle Männer, die nicht weiß, ökonomisch erfolgreich, heterosexuell, physisch stark und gesund sind und aus der Mittelschicht stammen. Damit würde Gender Mainstreaming auch zu einer Strategie, mit deren Hilfe deutlich gemacht werden kann, dass das gesellschaftliche Leitbild der Kernfamilie (Hausfrau und Familienernährer) in homogener Gemeinschaft, nach dem "Wohnen" in Architektur, Stadt-, Verkehrs- und Grünplanung ausgerichtet wurde (und auch heute noch wird), ein Minderheitenprogramm darstellt.

7.2.2 Verlockende Angebote an gewohnte Denkmuster...

Die Strategie des Gender Mainstreaming enthält aber ebenso verlockende Angebote an gewohnte Verhaltens- und Denkweisen. Die Formulierung

"bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von *Frauen und Männern* von vorneherein und regelmäßig zu berücksichtigen (...)" (www.gender-mainstreaming.net)

verleitet dazu, "Frauen" und "Männer" nach wie vor als gesetzte Kategorien zu verstehen. Und in dem Versuch, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen zu beschreiben, ist die Versuchung nahe – und einfacher ist es zudem – auf bewährte Stereotypen zurück zu greifen. Damit werden gesellschaftliche Zuschreibungen und Verhaltenserwartungen sehr schnell zu charakterisierenden Eigenschaften. Und anstatt die "soziale Institution" (Lorber, J. 2003) Geschlecht zu dekonstruieren, wird an Selbstverständlichkeiten des Alltagshandelns angeknüpft. Gender Mainstreaming wird dann zu einem Instrument, mit dem, wenn auch unbeabsichtigt, Herrschaftszusammenhänge "naturalisiert" (vgl. Gildemeister, R.; Wetterer, A. 1995: 204) und implizit weiter getragen werden.

Ebenso besteht die Gefahr, dass eine Diskussion um Chancengleichheit von Frauen und Männern auf der bekannten Ebene der Gleichstellung von Frauen mit Männern stehen bleibt. Gesellschaftlichen Werthaltungen werden unterstützt, mit denen männlich konnotierte Lebenssituationen als erstrebenswert bzw. weiblich konnotierte Lebenssituationen als minderwertig eingestuft werden.

7.2.3 ...auch im Städtebau

Diese verlockenden Angebote enthalten auch die Kriterienkataloge und Leitfäden, die im Rahmen von Gender Mainstreaming im Städtebau veröffentlicht werden. Dass dies so rasch geschehen konnte, liegt daran, dass die Kriterien, die für frauenspezifische bzw. frauengerechte Architektur, Stadt- oder Bauleitplanung in den letzten 20 Jahren entwickelt wurden, nahtlos in Gender Mainstreaming übergeführt werden. Desgleichen werden die Modellprojekte des Frauenspezifischen Wohnungsbaues als Vorzeigeprojekte eingesetzt.

In den Konkretisierungen am Beispiel sind dann auch bekannte Formulierungen zu finden. Die Kriterienkataloge werden unter anderem nach Wohnen, Mobilität und Freiräumen eingeteilt. Gewohnte und tradierte Trennungen von Lebensbereichen bleiben also erhalten. Dementsprechend sind auch die beschriebenen inhaltlichen Schwerpunkte vertreten. Sie werden ergänzt durch Elemente der Haus- und Familienarbeit.

Freiräume sollen neben Erholung und Freizeit auch Betreuungstätigkeiten ermöglichen. Dabei werden unter Freiräumen vor allem Parks und Grünflächen verstanden.

Denn die Straße – und damit der wichtigste alltägliche Freiraum – wird nach wie vor dem Schwerpunkt Verkehr / Mobilität zugeordnet. Und nach wie vor ist Chancengleichheit nur mit einer Erschließung denkbar, die eine Trennung von Fuß- und Radwegen vom PKW-Verkehr vorsieht. Spezialisierte Wegeführungen für reibungslosen Ablauf, wie sie der moderne Städtebau von Beginn an fordert, werden auch mit Gender Mainstreaming empfohlen. Auch wenn es hier weniger um den PKW als um sichere Fuß- oder Radwege geht.

Und auch im Bereich Wohnen werden die bekannten Stichworte genannt: Gemeinschaftsflächen und Kommunikationsbereiche.

"Die Anforderungen von Haus- und Betreuungsarbeit sind in der Planung von Wohnungen, Wohngebäuden und Wohnumfeld zu berücksichtigen." (BBR 2006:16)

An vielen Stellen wird ablesbar, dass nicht eine grundsätzlich andere Herangehensweise, sondern eine Schwerpunktverlagerung (mehr Verkehrsberuhigung als Verkehrsstraßen) oder eine Ergänzung des vorhandenen Planungsrepertoires (Gemeinschaftsräume, Kommunikationsbereiche zusätzlich zur Grünflächengestaltung) gefragt ist.

Nicht zuletzt liegt der Diskussionsschwerpunkt des "Gender Mainstreaming im Städtebau" beim Geschoßwohnungsbau (vgl. BBR 2003; BBR 2006).

Damit bleibt Gender Mainstreaming professionell tradierten Werthaltungen stark verhaftet. Ebenso liegt die Vermutung nahe, dass tradierte Lösungsmodelle des modernen Städtebaues mit anderen Schwerpunktverlagerungen weiterhin propagiert werden. Die eingangs beschriebenen Modellprojekte zum "migrantengerechten" oder "altengerechten" Wohngebiet unterstützen diese Einschätzung.

7.3 Vorschlag für eine Doppelstrategie – Pragmatik und Perspektive

Vielleicht ist aber auch einfach eine realistische Herangehensweise an die Möglichkeiten einer Strategie wie Gender Mainstreaming nötig. Gesellschaftliche oder professionelle Werthaltungen zu verändern braucht seine Zeit. Kein Wunder also, dass auch die Veränderung einer "sozialen Institution" nicht so schnell geht. Veränderte Leitbilder alleine, das zeigt die Professionsgeschichte, tragen dafür nicht. Es braucht eine grundsätzliche Neuordnung der Ausgangsvoraussetzungen. Für diese Neuordnung könnte Gender Mainstreaming die Möglichkeit einer Doppelstrategie beinhalten, indem versucht wird, beide beschriebenen Denkart produktiv zu nutzen.

Da wäre die eine Seite der pragmatischen Herangehensweise. Mit dem Blick auf Frauen und Männer können statistische Erhebungen oder andere quantitative Angaben genauer ausgeführt und neu interpretiert werden. Es könnte aber auch an die Alltagserfahrungen vieler Menschen angeknüpft werden. Zuschreibungen, Verhaltenserwartungen, stereotype Beschreibungen enthalten neben dem Klischee auch bildhafte Erzählungen von dem, was Frausein oder Mannsein in unserer Gesellschaft ausmacht. Dies ermöglicht es,

ins Gespräch zu kommen und die Varianten, die Abweichungen und Ergänzungen, die jeder jeweils für sich lebt oder kennt, auszuloten. Damit kann eine veränderte Beschreibung der Welt eingeführt werden, in der ein breiteres Spektrum an Verhaltens-, Lebens- und Arbeitsweisen für Männer und Frauen Eingang findet als bislang (vgl. Meuser, M. 2004a; Damjanovic, D. 2007).

Daneben ist jedoch sicherlich eine fortwährende Diskussion über gesellschaftliche Werthaltungen nötig und damit auch eine Diskussion über gesellschaftliche Perspektiven. Und die Frage wird sein, welche Schritte fortgesetzt werden können und welche neuen Wege gefunden werden müssen, um tradierte gesellschaftliche Hierarchisierungen zu überwinden. An der Stelle ist die Dekonstruktion der strukturellen Wirksamkeit von "Gender" auch innerhalb von professionellen Denkmustern und Arbeitskulturen von großer Bedeutung (vgl. dazu auch Döge, P. 2000).

Ebenso wichtig aber ist eine Suche, ein Ernstnehmen, ein Prüfen und Übertragen von Vorbildern und Denkweisen, die bereits egalitäre gesellschaftliche Perspektiven formulieren. Dazu gehört auch eine fortwährende professionelle Diskussion darüber, welche baulich-räumlichen Rahmenbedingungen nötig sind, damit möglichst viele Menschen möglichst große Handlungsspielräume erhalten. Eine Diskussion, die auch bereit ist, lieb gewonnene Entwurfs- und Gestaltungsmuster sowie deren ideologische Voraussetzungen und praktische Auswirkungen zu prüfen. Und an den Stellen neue Wege zu gehen, an denen sie immer wieder vergleichbare Behinderungen entstehen lassen.

"Hinter der aufmerksamen Entzifferung der inneren Bedeutungen von sozialen Phänomenen steht eine besonders existentielle Einstellung. Zu ihr gehört der Respekt vor anderen Menschen, vor ihren Absichten, Hoffnungen und Lebensweisen. Dazu gehört ferner die Entschlossenheit, die soziale Welt so zu sehen, wie sie ist, unbeschadet der eigenen Wünsche und Ängste – das heißt, zu unterscheiden zwischen dem, was ist und dem, was nach der eigenen Auffassung sein sollte." (Berger, P. L.; Kellner, H. 1984:17)

II Theoretischer Anhang

1 War Walter Gropius ein Feminist? Anmerkungen zu einer verleugneten Tradition

Steckbrief:

Walter Gropius (1883 - 1969), bekannt als Protagonist des "Modernen Städtebaus" und Vertreter des industriell angefertigten Hochhausbaus, Zeitgenosse und Kollege von Le Corbusier, Bruno Taut, Martin Wagner, Adolf Behne. Geboren in Berlin, Studium der Architektur an der TH München und TH Berlin-Charlottenburg. Von 1919 - 1937 Direktor des "Staatlichen Bauhauses in Weimar" und später in Dessau. 1934 Emigration nach London, 1937 Emigration in die USA. 1937 - 1952 Professor für Architektur an der Harvard-University. Neben seiner Lehrtätigkeit verschiedene Entwürfe zu Siedlungen, Häusern und Inneneinrichtungen. Nach dem zweiten Weltkrieg Arbeit als Architekt und Berater in den Staaten, England und v. a. im Wiederaufbau in Westdeutschland. Ein ganz knapper Auszug aus seinem Werk: Weißenhofsiedlung Stuttgart, Großsiedlung Siemensstadt (später Gropiusstadt) Berlin, Wohnhochhäuser Wannsee Berlin (vgl. dazu Isaacs, R. 1986).

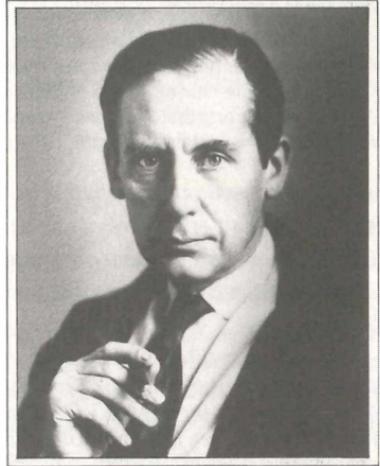


Abb. 72: Walter Gropius

War dieser Mann ein Feminist?

1.1 Herr Architekt und Stadtplaner – ein unterschätztes Geschlecht?

Eine Grundlage der "feministischen Architektur und Stadtplanung" ist die Kritik, dass die Professionen der Architektur, Stadt- und Grünplanung von Männern dominiert werden und daher prinzipiell die Belange der Frauen nicht wahrnehmen und nicht wahrnehmen können (vgl. z.B. Dörhöfer, K./Terlinden, U. 1985; Frauen-Werk-Stadt Wien 1993). Diesem hartnäckigen Vorurteil kann nun endlich widersprochen werden. Denn in dieser Verallgemeinerung wird den Männern benannter Professionen unrecht getan. So gab es durchaus auch Architekten und Stadtplaner, die die Geschlechterunterschiede sahen und daraus eine unterschiedliche Betroffenheit von Männern und Frauen ableiteten. Und einige Männer entwickelten sogar Strategien, um diese Unterschiede aufzuheben.

Ein in dieser Hinsicht bislang völlig unterschätzter Mann war Walter Gropius. Dies klingt erstaunlich, denn, wie auch der Steckbrief zeigt, weist Walter Gropius keineswegs eine einschlägig auffällige Biographie auf. Und die Tatsache, dass er zweimal mit Frauen verheiratet war, und dass er zwei Töchter hatte, ist noch lange kein tragfähiges Indiz für ein besonderes Frauenbewusstsein. Wie kann es dann zu dieser Behauptung kommen? Das verräterische Indiz steckt in einem seiner Texte aus dem Jahr 1931. Oberflächlich betrachtet behandelt der Artikel mit dem Titel "Flach-, Mittel- oder Hochbau?" die Frage, welche Bauweise die ökonomischste sei. Er endet mit einem Plädoyer für das Hochhaus (mindestens 10 Stockwerke). Doch aufmerksames Lesen des Artikels förderte Überraschendes zutage. Unauffällig eingebaut sind folgende Passagen zu finden:

"Die Notwendigkeit, der überbürdeten Hausfrau der durchschnittlichen städtischen Volksfamilie durch organisierte Arbeitsentlastung in der Wohnung Zeit für sich und ihre Kinder frei zu machen, und für die Teilnahme am Erwerb, wird nicht bestritten werden können. Dazu kommt, dass die moderne Frau nicht nur aus Not, sondern aus innerem Drang heraus auf dem Wege zu ihrer Verselbständigung darnach strebt, Mitträgerin der Gesamtarbeit zu sein, und dafür häusliche Entlastung sucht." (Gropius, W. 1931:323)

Hier zeigt Walter Gropius eindeutig Verständnis für die Emanzipation der Frauen. Und als Weg dazu, fordert er die Entlastung der Frauen im häuslichen Bereich. Doch er unterstützt die Verselbständigung der Frauen nicht nur und sieht die Notwendigkeit, ihr zur helfen - er hat auch ganz konkrete Vorstellungen davon, wie diese Hilfe aussehen soll:

"Die Vergesellschaftung der städtischen Familie schreitet eben fort. Ihr entspricht die Kollektivform des Großhauses und des Großhaushaltes mit gemeinsamen Zentralanlagen. (...) Sehr hoch veranschlagt wird die gegenseitige Hilfe der Familien untereinander, die natürlich im Großhaus viel besser möglich ist, als im Einzelhaus. Und *nur* das Großhaus kann dem einzelnen Bewohner einen großen Teil der mühseligsten und zeitraubendsten Hausarbeiten abnehmen durch zentrale Bewirtschaftungsanlagen, die auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus so bedeutungsvoll sind, weil sie auch in der Endabrechnung an Zeit- und Materialaufwand sparen. Oder bedeutet es nichts, wenn die heute so bedenklich überlastete Hausfrau der Industrie-Arbeiterfamilie nicht die Kohlen über die Treppen zu schleppen, zu heizen und Warmwasser zu bereiten braucht! Wenn die Zentrale sich ihrer Wäsche sachgemäßer annimmt, als sie selber es vermag! Wenn die Verwirklichung elektrischer Kühlschränke, Vakuumanlagen, mechanischer Be- und Entlüftungen, zentraler Küchenanlagen, ja schließlich auch gemeinsamer Klubräume, Sportanlagen und Kindergärten näher rückt, da sich ja die Kosten im viel-etagigen Großhaus auf eine *große* Anzahl von Familien wirtschaftlich verteilen lassen! Kosten für Anlagen, deren Sinn es ist, den errungenen Zeitgewinn in das Allerwichtigste umzumünzen, in *Lebensgewinn!*" (ebd.:327)

So viel Aufmerksamkeit hätte Frau sich gar nicht erwartet, nicht wahr? Doch bedeutet diese Aufmerksamkeit zugleich, dass Walter Gropius quasi feministisch infiziert war? Dazu noch einmal ein genauere Blick auf sein Angebot an uns Frauen.

1.1.1 Die Perspektive – Ein Frauenleben wie ein Mann

Sein Konzept zur Befreiung ist eindeutig: Ist erst die häusliche Arbeit erleichtert oder gar abgeschafft, steht der Frau die Welt offen. Sie hat auf einmal einen Überschuss an Zeit, den sie als Freizeit für sich oder mit ihren Kindern nutzen kann - oder eben zur Erwerbs-

arbeit. Dabei zählt nur ihr Weg in die Erwerbsarbeit als der Schritt zur Selbständigkeit. Erst in der Teilnahme am Gelderwerb, der bei Walter Gropius als "Gesamtarbeit" zählt, wird sie zum vollwertigen Menschen. Die häusliche Arbeit, die bei Walter Gropius somit keinen Anteil der Gesamtarbeit ausmacht, keine Arbeit oder zumindest nicht ökonomisch ist, ist dabei ein lästiges Hindernis. Der "Mann" hat sich bereits dieser Arbeit entledigt, nun ist es an der Zeit, den Frauen zu ermöglichen, diesen Entwicklungsschritt nachzuholen (vgl. Mies, M. 1995:80), d.h. ihren Lebensalltag an die Regelung von Erwerbsarbeit und Freizeit anzupassen. Das Erreichen des "männlichen" Lebensentwurfs wird zum Maßstab für die "Verselbständigung" der Frauen. Freizeit ist das Ziel, Gelderwerb der Weg dazu. Für Walter Gropius werden Frauen in dem Moment selbständig und gesellschaftlich "Gleiche", "wenn sie das gleiche wie Männer tun" (Bennholdt-Thomsen, V. 1983:198) bzw.

"Gleichheit" besteht heute darin, wenn Frauen sich an die herrschenden männlichen Normen "angleichen". (ebd)

1.1.2 Die Lösung liegt in der Zentralisierung der Haus- und Familienarbeit

Nun beruht die Freizeit der Männer, d.h. ihre Befreiung von der häuslichen Arbeit, ja darauf, dass ihre Frauen ihnen den Haushalt organisieren und sich um die Kinder kümmern. Dieses Privileg soll auch nicht angetastet werden, die Haus- und Familienarbeit wird nicht einfach neu zwischen Männern und Frauen aufgeteilt, sondern die "Befreiung" der Frauen erfolgt durch einen weiteren Schritt der Auslagerung der Arbeit aus den Haushalten. Denn jetzt sollen zentrale Einrichtungen wie Großwäschereien, Kindergärten sowie die Zentralisation der Wohnungen die Arbeit erleichtern oder gar abnehmen (vgl. Protze, K. 1995a). Als "Lebensgewinn" winkt die Geselligkeit im Klub, Körpererächtigung im Sportverein oder Erholung im trauten Kreise der Familie. Diese Trennung der verschiedenen Lebensbereiche, ihre Zentralisierung und Funktionalisierung deklariert Walter Gropius zur Lösung der Probleme der Frauen.

1.1.3 Die Frau wird zum Heinezmännchen

Da stellt sich nur noch eine Frage: Und wer räumt die Wohnung auf, macht das Frühstück, bringt die Kinder in Kindergarten und Schule und holt sie ab? Wer trifft die Absprachen zur Beaufsichtigung der Kinder, wer organisiert den Babysitter, liest abends was vor, wechselt die Wäsche, plant den nächsten Tag, geht mit zum Zahnarzt, zum Elternverein, in die Sprechstunde? Wer hört die Schulgeschichten an, überwacht die Hausaufgaben, kauft ein, kocht, tröstet bei schlechten Noten und Liebeskummer? Entgegen der Verheißung verschwindet die Haus- und Familienarbeit nicht, sondern sie verändert ihren Charakter. Sie verlagert sich von der Herstellung von Gütern, zur Organisation der notwendigen Arbeitsschritte, der Verwaltung des Konsums, der Aufbereitung der Konsumgüter und (nach wie vor) der Betreuung der Kinder (vgl. Bennholdt-Thomsen, V. 1983:204). Damit

gibt es immer noch genug zu tun, aber die Arbeit wird immer unsichtbarer. Die vielen Wege, Absprachen, die Koordination der Öffnungszeiten, die Kinder, die Küche - das erledigt Frau nun scheinbar nebenbei und zwischendurch. Das bisschen Organisation und Herumgerenne fällt kaum auf, die Kinder sind sowieso ein Vergnügen und fallen unter "Liebe" (vgl. Bock, G./Duden, B. 1977). Nach Walter Gropius wird das Alles in der Freizeit schnell erledigt. So sieht niemand die Arbeit, sie zählt auch nicht als Arbeit, aber – wie bei Heinzelmännchen – alles Notwendige ist getan. Und wenn Frau gestresst ist, weiß keine(r) warum, schließlich hat sie doch gar nichts mehr zu tun ("vor allem im Verhältnis zu früher").

1.1.4 Der Weg zur Emanzipation als Zwang zum Konsum

Nicht ganz geklärt ist zudem, wer all diese Versorgungsanlagen, Freizeiteinrichtungen und den täglichen Konsum bezahlen soll. So spricht Walter Gropius zwar davon, dass Großanlagen ökonomischer arbeiten als Einzelhaushalte. Aber die Frage, ob sich denn der Einzelhaushalt überhaupt alle vorgesehenen Einrichtungen leisten kann und will, ist damit noch nicht beantwortet – und auch nicht vorgesehen. Denn die Einzelhaushalte können gar nicht mehr selbständig entscheiden, welche Fix- und Gebrauchskosten sie in Kauf nehmen und was sie lieber selber machen wollen. Geldsparen ist nicht vorgesehen, Selbermachen wird von vorneherein als rückständig und unökonomisch denunziert und als Verhaltensmöglichkeit ausgeschaltet. Die Abhängigkeit von Konsum und Versorgungseinrichtungen wird zum Standard gemacht und zum Fortschritt erklärt. Der Frau, die das nicht akzeptiert, fehlt dann wohl der Blick für ihre Emanzipation.

1.1.5 Kein Leben neben der Vorgabe

Zugleich wird mit den Geschoßwohnungen im Zeilenbau umgeben von Grünflächen der baulich-organisatorische Rahmen so eng vorgegeben, dass ein Ausweichen oder Abweichen von der Norm schwierig wird. Ein Leben *neben* dem permanenten Zwang zum Geldausgeben ist kaum drinnen. So geraten auch alle Frauen, die dem versprochenen "Standard einer Konsumgesellschaft" (vgl. Turner, J.F.C. 1978:95) nicht entsprechen können oder wollen, in Bedrängnis. Denn ihre gesamte Arbeit - also sparsames Wirtschaften, Vorräte Anlegen, Sammeln, Aufbereiten, Werkeln, Reparieren - muss in der auf Erholung ausgerichteten Wohnung stattfinden, sonst gibt es keinen Platz. Wohnzimmer, Grünflächen und Freizeitklubs sind zur Erbauung da, nicht zum Produzieren. Da heißt es dann zusammenrücken, den Gürtel enger schnallen - am Essen kann Frau immer sparen, wenn das Geld nur für die Miete und den Kindergarten reicht (vgl. Turner, J.F.C. 1978:48f).

"Die Folge für die Frauen und all jene, die am Wohnort produzieren, ist also weniger Platz für die gleiche Arbeit, bzw. manche Arbeiten sind gar nicht mehr möglich oder sie verändern sich. Es ist demnach genau umgekehrt: die Architektur schafft erst die Notwendigkeit der Übernahme von Teilen der häuslichen Produktion in den Dienstleistungssektor. Durch diese Architektur werden Teile der häuslichen Produktivität der Frauen der Geldökonomie zugeschlagen. Es muss mehr gekauft werden, mehr Geld für Dienstleistungen aufgewendet wer-

den, das zwingt die Frauen zu Lohnarbeiten, es zwingt sie entsprechend dem Lebensentwurf von Gropius zu leben." (Mönkemöller, S. 1992:33)

So wird die Erwerbsarbeit der Frauen unabdingbare Voraussetzung. Und wenn ihr Lohn nicht ausreicht, weil die alltäglichen Kosten zu hoch sind, dann bleibt noch die Ehe oder der Weg zum Sozialamt.

1.2 Die Folgen der "guten Absichten" sind Enteignung und Ausbeutung

Der Entwurf von Walter Gropius zeigt also ideologisch und baulich-organisatorisch in dieselbe Richtung. Während die Erwerbsarbeit als gesellschaftliche "Gesamtarbeit" gilt, wird die Lebensarbeit für unökonomisch und überflüssig erklärt. Damit wird der täglichen Haus- und Familienarbeit der Frauen jeglicher Wert abgesprochen. Und diese Geringschätzung ist im Weiteren das Argument für die Enteignung der Frauen, ihnen wird zum einen die Kompetenz für ihre Arbeit abgesprochen, zum anderen werden ihnen die alltäglichen Produktionsmittel entzogen. Damit verlieren sie immer mehr Einfluss darüber, wie sie ihre häusliche Arbeit machen, und den Einfluss auf ihre Arbeitsprodukte. Von den "guten Absichten" (Nadolny, S. 1990) bleibt die unsichtbare Haus- und Familienarbeit - und die Verheißung auf Freizeit, der die Frauen vergeblich hinterher rennen.

"Durch diese Ideologie werden die Frauen auf mehreren Ebenen enteignet. Sie werden materiell enteignet, denn diese Ideologie legitimiert eine Architektur, die keinen Raum für häusliche Produktion lässt. Aber dieselbe Ideologie bewirkt auch eine immaterielle Enteignung, denn die Frauen verinnerlichen die Negierung der Hausarbeit als produktiver Arbeit." (Mönkemöller, S. 1992:32).

Im Endeffekt müssen sie nach wie vor Haus- und Familienarbeit und noch zusätzlich die Erwerbsarbeit leisten – ihre Arbeitskraft ist nun zu Hause *und* auf dem Arbeitsmarkt verfügbar.

So werden sie ökonomischen und sozialen Zwängen ausgesetzt und so wird der Zugriff auf ihre Arbeitsfähigkeit und ihre Arbeitsprodukte organisiert.

"Richtig einsichtig wird jedoch die Logik der Funktionstrennung erst vor dem Hintergrund der Tatsache, dass an der Arbeit, die jemand für die eigene Bedürfnisbefriedigung für sich selbst leistet, kein zweiter etwas verdienen kann. Und wer in dieser Gesellschaft davon lebt, dass sein Geld für ihn arbeite, ist darauf angewiesen, dass jemand nicht nur für sich, sondern auch für ihn arbeitet." (Hülbusch, K.H. et al. 1973/94:236)

Diesen Zugriff auf die Arbeitsfähigkeit der Frauen propagiert Walter Gropius dann als soziale Leistung. So

"tritt die diagnostische Macht von allem Anbeginn ihren Untertanen mit freundlichem Gesicht gegenüber und mit dem Versprechen, sie, wenn nicht zur Höchstform, so doch zu einer höheren Form menschlicher Existenz zu führen, sie ihrem Wesen näher zu bringen." (Gronemeyer, M. 1988:37)

Und hinter diesem freundlichen Gesicht verbergen sich Enteignung und neue Abhängigkeiten.

"Freiheit ist die Freiheit derjenigen, die über eigenes Geld verfügen, Gleichheit ist die Gleichheit des Geldes, Selbstbestimmung ist die Wahlfreiheit der einzelnen Warenkäuferin im Supermarkt. Diese Freiheit/Gleichheit/Selbstbestimmung ist abhängig von denjenigen, die das Geld kontrollieren: den Ehemännern, dem Staat und vor allem den Kapitalisten." (Mies, M. 1995:96)

1.2.1 War Walter Gropius also ein Feminist?

Das kommt drauf an. Wenn "Feminismus" nach Maria Mies beschrieben wird als eine

"grundlegend anarchistische Bewegung, die nicht eine (männliche) Machtelite durch eine andere (weibliche) Machtelite ersetzen, sondern eine nicht-hierarchische, nicht-zentralistische Gesellschaft errichten will, in der keine Elite von der Ausbeutung und Herrschaft über andere lebt" (Mies, M. 1988:55),

dann kann diese Frage entschieden verneint werden. Denn soviel steht fest: Sowohl der Anspruch "Gleichheit der Privilegien" (ebd.) als auch der zentralistische Entwurf, als auch das Ergebnis des Entwurfs, die fortwährende umfassende Ausbeutung des "weiblichen Arbeitsvermögens" (von Werlhof, C. 1983:128) sind elitär und herrschaftsstabilisierend.

Wenn jedoch die Theorie und Praxis der "feministischen Architektur und Stadtplanung" als Referenz herangezogen wird, so sieht die Sache schon anders aus. 60 Jahre nach Walter Gropius werden hier

"Konzepte, wie Frauen von der Hausarbeit (...) befreit werden könnten, Anregungen zur gemeinschaftlichen und professionalisierten Organisation der Hauswirtschaft" (Dörhöfer, K. 1990:24)

gesucht. Und die Entwürfe des "frauenspezifischen" oder "frauengerechten" Wohnungsbaues bieten allesamt nur Geschoßwohnungen in Zeilenbauten mit verschiedenen Grünflächen und zentralen Gemeinschaftseinrichtungen (vgl. Hess. Ministerium für Wohnen 1994, Boljahn, U. 1994, Perspektiven 1994). In diesem Zusammenhang gesehen steht Walter Gropius am Anfang der Tradition, auf die die Architektinnen, Stadt- und Grünplanerinnen der "feministischen" Architektur und Stadtplanung nun zurückgreifen. Statt also ungerechterweise und pauschal das männliche Desinteresse am Alltag der Frauen zu beklagen, müssten diese Frauen Männer wie Walter Gropius als Vordenker würdigen: Denn er war im Grunde ein Vater des "frauenspezifischen Wohnungsbaues".

2 "Wer kann das bezahlen – wer hat so viel Geld? Zum Zusammenhang von Wohnen und Wirtschaften

2.1 Die spektakuläre Verheißung

Neue Ideen für neue Stadtteile - an allen Ecken wird neu gebaut. Ob Wien, Paris, Ruhrgebiet, Kopenhagen oder Berlin, in Stadterweiterung oder Stadtverdichtung wird investiert, der Wohnungsbau floriert. Und etwas Neues soll es sein, unverwechselbar, einmalig. Der Wohnungsbau, und da besonders der "Soziale", gelten nach wie vor als Spielwiese für Architektur und Grünplanung. Egal ob modern, postmodern, ökologisch oder frauengerecht, jeder Modetrend findet hier sein Experimentierfeld. Was durch die Jahrzehnte gleich bleibt: für den Massenwohnungsbau gilt nur der Geschoßwohnungsbau als rentabel. So beschränken sich im Grunde die Spannweite und der Einfallsreichtum der ArchitektInnen und GrünplanerInnen auf immer neue Variationen der guten alten Zeile in der Grünfläche. Schlangen, Blöcke, klassische Zeilen oder Reihenhauseilen, die Grundprinzipien werden beibehalten. Zu diesen variierenden Zeilen gehört ein ebenso stark variiertes Grünflächenprogramm: Plätzchen, Sitzecken, Hügellandschaften, Blumenrabatten, Wasser-, Sand-, Abenteuerspielplätze, Feuchtbiopten und Kommunikationsorte. Die KollegInnen der Grünplanung arbeiten ebenso einfalls- und abwechslungsreich. Und auch hier im Freien scheint nichts anderes möglich und denkbar als die unterschiedlich raffinierte Ausführung von Gemeinschaftsgrün, das Wohnen im Grünen, ein Arkadien im (Sozialen) Wohnungsbau. Wenn sonst nichts bleibt, das den Leuten zu Eigen ist, so wenigstens der idyllische Blick aus dem Fenster. Wenigstens der Hauch einer Illusion, dass ihr Zuhause alleine der Beschaulichkeit dient, weg mit dem schnöden Gedanken, womit denn die steigende Miete bezahlt werden soll. Der Blick vom Balkon über die Hügellandschaft, auf der gerade der Traktor des Gartenamtes Rasen mäht, beruhigt die Sinne und gibt wenigstens für einen kurzen Moment das Gefühl eines Großgrundbesitzers, der seine Ländereien überwacht. So oder so ähnlich muss das wohl ursprünglich gedacht gewesen sein.

2.1.1 Und der gar nicht spektakuläre Alltag

Dieser idyllischen Vorstellung der EntwerferInnen steht der reale Alltag der BewohnerInnen gegenüber. Und dieser hat in den seltensten Fällen viel mit Beschaulichkeit und endloser Freizeit zu tun. Da muss Wäsche gewaschen, Hausaufgaben geschrieben, das Auto repariert, der Einkauf erledigt, Opa gepflegt, die Kinder ins Bett gebracht, Wäsche geflickt werden; die Kinder wollen draußen spielen, Jugendliche ihr Moped flicken, Holz und Kartoffel müssen gelagert werden und was sonst so im täglichen Leben anfällt. Und hierfür erweist sich der Rahmen von Zeile und Grünfläche auf einmal als denkbar eng. Weder die kleinen Wohnungen noch die großen Grünflächen bieten den Platz, der zur alltäglichen Lebensführung notwendig ist. Die Wohnungsgrundrisse sind vom Wohnzimmer domi-

niert. Ebenso lassen die Grünflächen um die Gebäude Betätigung nicht zu. Sie sind mit Rasen, Feuchtbiotopen etc. besetzt, ein "grünes Wohnzimmer". Und die Wohnungsbau-gesellschaft, die die Flächen pflegt, achtet darauf, dass hier nichts passiert, das die vor-gegebene Ordnung stört. Ebenso wie im Wohnzimmer wird hier regelmäßig aufgeräumt. Wer hier heute Kohl pflanzt, kann sich sicher sein, dass er morgen ausgerissen ist. Der Schrank, der zum Abbeizen vor der Tür steht, kann morgen weg sein, oder für Unruhe unter den MitbewohnerInnen sorgen – nach dem Motto: "wenn das alle machen, wo kommen wir denn da hin?" Sparsames Wirtschaften, das z.B. durch Vorratshaltung und indem vieles selber gemacht oder getauscht wird, möglich ist, ist nicht vorgesehen. Was an Platz drinnen wie draußen fehlt, muss durch Aushalten ertragen oder über Freizeit-veranstaltungen und Dienstleistungen kompensiert werden. Die Haus- und Familienar-beit erfolgt einerseits unter beengten Bedingungen andererseits über Kompensationsan-gebote, die extra aufgesucht und bezahlt werden müssen. Da verkehrt sich die luxusver-heißende Grünausstattung in den handfesten Zwang zur Investition von Wegen, Zeit und – nicht zuletzt – von Geld. Die entworfene Vorstellung von "Nichts-Tun-Müssen" führt zu mehr Organisations- und Betreuungsarbeit im Alltag und zu mehr Lohnarbeit, um das notwendige Geld zu verdienen, damit der verordnete Luxus überhaupt bezahlt werden kann. Jede Lohnkürzung, Arbeitsausfall, Scheidung, etc. all diese "Wechselfälle des Le-bens" (Sichtermann 1987; Steinhäuser 1990) werden zur latenten Bedrohung. Die Geld-ökonomie muss stimmen, sonst folgt die Abhängigkeit von Sozialhilfe und Sozialarbeit. Der "reiche" Entwurf bringt die Bedrohung der Not mit sich.

2.2 Die Bedeutung von Haus, Hof und Garten für die häuslichen Ökonomien

Dass die Verfügung über Haus, Hof und Garten nicht nur für Großgrundbesitzer ökonomisch interessant und wichtig ist, beschreibt schon 1933 Margarete Freudenthal in ihrer Dissertation zum "Gestaltwandel der städtischen, bürgerlichen und proletarischen Hauswirtschaft". Sie zeichnet für beide Ökonomien die Entwicklung zur Abhängigkeit von Lohnarbeit nach. Eine Reihe, die sich bei bürgerlichen Haushalten aus der Reduktion vom Haus mit Hof und Garten zur Wohnung ergibt, bei proletarischen Haushalten aus dem Vergleich von Arbeiterfamilien, die in einer Wohnung leben und wirtschaften, und Arbeiterfamilien, die über ein Haus mit Garten verfügen. So wird in den Hauswirtschaften, die über Haus und Garten verfügen, viel selbst gemacht und angebaut, werden tägliche Dinge hergestellt, und die Naturalien oft auch getauscht. In beiden Hauswirtschaften ist Vorratshaltung selbstverständlich (Freudenthal 1986:14,61). Damit ist die Hauswirtschaft mit ihrer Produktion und ihren Tauschbeziehungen ein relativ eigenständiges und wichtiges Standbein der gesamten Familienökonomie. Gleichzeitig bedeutet das, dass nicht soviel Geld ausgegeben werden muss, das Geldeinkommen nicht die einzige ökonomische Stütze ist. Haus, Hof und Garten geben den Platz und damit die Möglichkeit, den Einsatz der Mittel – Arbeitskraft, Fähigkeiten, Wissen und Geld – zu wählen und auf die verschiedenen Standbeine zu verteilen.

Anders bei den Haushalten, denen nur eine Wohnung zur Verfügung steht. Hier ist die Hauswirtschaft auf Konsum ausgerichtet, denn zum Selbermachen ist kein Platz. Der Unterschied zwischen bürgerlichem und proletarischem Haushalt liegt darin, dass der bürgerliche Haushalt mit einem höheren Geldeinkommen rechnen und zugleich auf vorhandenen Besitz zurückgreifen kann. Beides ermöglicht noch sparsameres Wirtschaften. Der Besitz an qualitätsvollen Haushaltsgegenständen, Kleidung und Möbeln spart Ausgaben. Das höhere Einkommen macht die Miete einer größeren Wohnung und den Kauf von größeren Mengen und qualitätsvolleren Produkten erschwinglich, was Vorratshaltung und damit langfristig günstigeres wirtschaften ermöglicht – nach dem Motto: wir sind nicht reich genug, um uns Billiges leisten zu können. Trotz der Abhängigkeit von Geld besteht, aufbauend auf dem Reichtum der Vorfahren, ein Spielraum, der Vorausdenken, Planen und den gezielten Einsatz von Geld noch möglich macht.

Im Gegensatz dazu bleibt den proletarischen Haushalten in der Wohnung bereits kein Spielraum mehr. Sie haben nur ein Standbein, das Geld, und die Löhne sind letztendlich niedrig. Zudem können sie auf keine ererbten Mittel zurückgreifen. So sind sie gezwungen ihr Einkommen sofort umzusetzen. Sie müssen daher immer teurer kaufen, als sie sich eigentlich leisten können, also z.B. billige Produkte niederer Qualität in kleinen Mengen. Und in zu kleinen Wohnungen leben, da sonst das Geld nicht für die Miete reicht. Zugleich können sie mit ihren Geldmitteln keine sicheren Rücklagen und Eigentum aufbauen, weder in Naturalien noch in Geld. Vorratshaltung ist ihnen also auf keine Weise möglich. Was sie einnehmen fließt sofort in den täglichen Bedarf (ebd.:143). Diese Notwendigkeit, Geld heranzuschaffen, zwingt alle Familienmitglieder gegen Geld zu arbeiten, was das Zeug hält. Zugleich wird auch die Haushaltsplanung immer schwieriger, weil immer genauer überlegt werden muss, an welcher Ecke noch gespart werden kann. Im Übrigen ein Anteil der unsichtbaren Arbeit, die vor allem die Haus- und Familienfrauen zu leisten hatten (und haben).

Hier zeigt sich, dass mit der Reduktion des Wirtschaftens auf die Wohnung die Reduktion der ökonomischen Standbeine einhergeht, die alleinige Abhängigkeit von Geld manifestiert wird. Mit diesem Wechsel von einer Produktions- und Vorratswirtschaft zur Konsumtionswirtschaft steigt die Abhängigkeit von der Lohnarbeit sowie die Unsicherheit in der Lebenshaltung (ebd.:171).

Diese Beschreibung der Abhängigkeiten von Haushalten findet sich 45 Jahre später bei J.F.C. Turner in seinen Studien zur Architektur in Mexiko wieder. Er zeigt darin – analog zu Margarete Freudenthal – die ökonomischen Möglichkeiten von Familien, die über eine Hütte mit Hof verfügen, im Vergleich zu Familien, die in eine Wohnung im Sozialen Wohnungsbau gezogen sind. Auch in seiner Beschreibung wird deutlich, dass bei aller ökonomischen Bedrängnis, den BewohnerInnen von Hütte und Hof mehr Spielräume bleiben. Da sie für das Dach über dem Kopf nichts zahlen, sparen sie schon einen erheblichen Anteil an Fixkosten. Zugleich erhalten sie einen Platz, den sie nach ihrem häuslichen Bedarf und für Nebentätigkeiten nutzen können. Falls der Lohnarbeitsplatz verloren geht, können sie von ihrem Haus aus z.B. einen Laden eröffnen, handwerklich tätig wer-

den, Reparaturen erledigen. Haus und Hof bieten den Platz dazu, der Anteil an der Straße gibt die Möglichkeit, mit der Arbeit an die Öffentlichkeit zu treten und von potentiellen KundInnen gesehen zu werden (vgl. Turner 1978:45). Dem gegenüber erhalten die BewohnerInnen der Wohnung im Sozialen Wohnungsbau wenig Platz, keine Arbeitsmöglichkeiten am Haus, keinen Anteil an der Straße und eine Menge Fixkosten alleine schon über die Miete und die Nebenkosten. Turner spricht in diesem Zusammenhang von 55% des Gesamteinkommens (vgl. ebd.:48). Während die Haushalte in der Hütte mit Hof relativ gut leben und auch über relativ viel Geld verfügen, muss hier gespart werden, wo es nur geht. Und da das Dach über dem Kopf notwendigerweise bezahlt werden muss, wird der Geldeinsatz an anderer Stelle verringert. D.h. die Ausgaben für Nahrung und Kleidung werden gesenkt.

"Falls die Schätzungen über die Mindestlebenserhaltungskosten annähernd richtig sind, ist diese Familie jetzt gezwungen, den Mindestetat für Nahrung um 60% zu kürzen. Die Situation wäre nicht ganz so schlecht, wenn sie nicht zusätzlich zum dramatischen Anstieg ihrer Ausgaben auch noch eine wesentliche Verminderung ihres Einkommens durch den Verlust ihres Ladens hätte hinnehmen müssen, der an der neuen Wohnstätte verboten ist." (ebd.).

Während also die Familie in Hütte und Hof in einem Rahmen wirtschaften kann, in dem Krankheit, Familienzuwachs oder Erwerbslosigkeit einige Zeit lang überdauert werden kann, kann sich die Familie im Sozialen Wohnungsbau solche Ausfälle im Grunde nicht leisten. Die "Wechselfälle des Lebens" müssen hier eigentlich vermieden werden, denn jede Veränderung wird zur existentiellen Bedrohung.

Diese ökonomische Stütze, die die Verfügung über Haus, Hof und Garten darstellt, wird auch bei uns hier und heute als solche wahrgenommen. Die Nachfrage nach Mietergärten, Kleingärten und Grabeland ist nach wie vor groß, eine Nachfrage, die sich bereits aus dem Mangel an Haus und Garten herleitet. Die Bedeutung für die häusliche Ökonomie, die z.B. ein Garten mit sich bringt, lässt sich dabei durchaus in Geldbeträge überschlagen.

"Also wir leben von diesem Garten mit acht Mann. Wir sparen monatlich rund 100 DM (1972) also über 1000 DM im Jahr. Was meinst du, was das kostet, das Gemüse, wenn du das alles bezahlen musst. Hier hast du das umsonst." (Johann Lawrin). "Etwas zur Rente dazuverdienen durch den Anbau von Gemüse im Garten, diesen Punkt sollte man nicht unterschätzen. Bei einer Rente von 780 Mark für zwei Personen kommt dem schon Bedeutung zu." (Ernst Honak)" (Günter, R. /Günter, J. 1981:89f)

Noch immer ist der Garten ein weiteres Standbein, eine zusätzliche Stütze innerhalb der Haushalte, die sich rechnet.

2.3 Vom Garten als Produktionsort zu den Wahlmöglichkeiten – ein Weg professionellen Nachdenkens

Das Verständnis der ökonomischen Bedeutung der Verfügung über Haus, Hof und Garten, veranlasste Leberecht Migge 1913 dazu für "Jedermann einen Garten" zu fordern

(vgl. Migge 1913:153) – und auch zu planen! "Er richtete seine Arbeit daher auf den Arbeiterwohnungsbau mit dem Ziel, die in permanenter und existentieller Not lebenden Arbeiterfamilien von unerträglichem Druck zu entlasten. Die familiäre Produktion als Beitrag zur Entlastung des Familieneinkommens wird nach Migges Meinung ergänzt durch die Erweiterung der minimalen Wohnraumverfügbarkeit und Aspekte sozialer Reproduktion." (Hülbusch, I.M.1989:9) So konzentriert sich Migge in seiner Arbeit als Gartenarchitekt auf die Bedeutung des Gartens für die Produktion. Diesen Gedanken greift Inge Meta Hülbusch auf und strickt ihn weiter. Der Garten respektive der Hof werden dabei gemeinsam mit dem Haus zur Basis von Wahlmöglichkeiten innerhalb einer Hausökonomie. Sie verweist darauf, dass PlanerInnen in ihrem Nachdenken von "Innenhaus und Außenhaus" (Hülbusch, I. M. 1981) ausgehen müssen, also vom privat verfügbaren Haus und dem privat verfügbaren Vorgarten, Hof und Garten, vom direkten Bezug zwischen drinnen und draußen. Zu der Forderung nach der Verfügbarkeit über Platz, auf dem nach den jeweiligen Notwendigkeiten gewirtschaftet werden kann, tritt die Forderung nach der Möglichkeit, in Verbindung zur Öffentlichkeit zu treten und Verbindungen aller Art eingehen zu können.

"Wie sonst sollte man hinauskommen, Kontakte und Konflikte eingehen und auch Hilfe, Ergänzung und Information einholen können? Die Verfügung über Innenhaus und Außenhaus ist eine der minimalen Voraussetzungen zur verbindlichen Eroberung des Quartiers." (ebd.:7)

So wird "Innenhaus und Außenhaus" als Grundlage der häuslichen Ökonomie verstanden, einer Ökonomie, die sowohl von materiellen Dingen abhängt wie von sozialen Beziehungen. Gleichzeitig bieten "Innenhaus und Außenhaus" den BewohnerInnen die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, welche materiellen und sozialen Abhängigkeiten sie eingehen, welche sie vermeiden wollen – und dann auch können. In diesem Rahmen bleibt ihnen die Wahl der Mittel.

2.2.1 Reichtum und Armut

Haus, Hof und Garten mit dem gesicherten Zugang zur und Anteil an der Straße stellen also einen Rahmen dar, der den BewohnerInnen, die über ausreichend Geld verfügen, einfach viel Platz bietet, aber auch die Möglichkeit, Geld durch Selbsttätigkeit und Vorratshaltung zu sparen. Auf diese Weise kann Eigentum für die folgenden Generationen geschaffen und weiter getragen werden. Ebenso ist bei niedrigen Löhnen, bei Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, Sozialabbau, etc., also in Zeiten, in denen das Geld real knapp ist, der Platz vorhanden, auf Selbsttätigkeit im weitesten Sinne auszuweichen und Geldausgaben zu reduzieren – also sparsam zu wirtschaften, ohne gleich in Not zu geraten. Der Reichtum dieses Rahmens besteht somit darin, dass die BewohnerInnen ihre ökonomischen Schwerpunkte und Standbeine nach ihren Notwendigkeiten verteilen und verlagern können. Sie verfügen damit über die Möglichkeit, der Not auszuweichen.

Im Gegensatz dazu erfordert die Wohnung im Zeilenbau in der Grünfläche immer und fortwährend Geldausgaben. Der Konsumzwang macht die BewohnerInnen von einem einzigen Standbein – der Lohnarbeit – abhängig. Und wenn dieses Bein nicht mehr trägt,

bricht der gesamte Haushalt zusammen. Denn sparsam wirtschaften ist hier nur bei entsprechendem Einkommen oder unter Verzicht, also Gürtel enger schnallen und zusammenrücken, möglich. Hinter dem reichhaltigen Konsum lauert die Armut, kein verfügbarer Platz, kein Zugang zur Straße, kein Geld – da ist "nichts mehr zu machen".

2.3.2 Und die Armut wird durchgesetzt

Die simple Gleichung "denn was sie nicht selbst produzieren, muss gekauft werden" (Schneider 1989:53) zieht, wie sich zeigt, innerhalb des Planungsbereiches zwei völlig unterschiedliche Richtungen des Nachdenkens nach sich. So gibt es die eine Tradition, die sich – wie z.B. Leberecht Migge – in ihrer Arbeit über die häusliche Ökonomie der Leute Gedanken macht und den materiellen Rahmen auf seine Gebrauchsmöglichkeiten für die BewohnerInnen prüft, also "Innenhaus und Außenhaus" (Hülbusch, I.M. 1981), ihre "Aneignungsmöglichkeiten" (vgl. Böse 1981) und "Variabilität" (vgl. Hülbusch, K.H. 1990) in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen.

Durchgesetzt wurde jedoch eine Architektur und Grünplanung, die bei Wohnungen in erster Linie an "Licht, Luft und Sonne" (vgl. Hilpert 1988) denkt. In dieser Arbeitstradition wird Selbermachen als unnötig und Geldausgeben als selbstverständlich begriffen. Und so wird der Reichtum an Wahlmöglichkeiten als rückständig denunziert und zugleich zum Privileg für Wenige ernannt, wird die Armut an Möglichkeiten zum allgemeinen Lebensstandard erhoben und für die Meisten gebaut. Damit werden gerade denen, die mehrere Standbeine nötig haben, die ökonomischen und sozialen Spielräume verwehrt. Während die EntwerferInnen an ihren Entwürfen verdienen, werden die BewohnerInnen der Entwürfe gezwungen, mit Einsatz all ihrer Kräfte den vorgeschriebenen "Wohlstand" zu finanzieren.

3 Häuser für Wien – Über "Das bürgerliche Wohnhaus und das Wiener Zinshaus" von Heinrich Ferstel und Rudolf von Eitelberger (1860)

"Häuser für Wien", das ist eine ungewöhnliche Überlegung, gilt doch gerade Wien als eine Hochburg der Mietskaserne und das "schon seit immer". Heute wie vor 150 Jahren scheint es für eine Großstadt wie Wien keine andere Möglichkeit des Bauens zu geben. Häuser - das ist etwas fürs Land oder, besser noch, für das (womöglich andersgläubige) Ausland, für Städte wie London, Amsterdam, Köln oder Bremen. In Metropolen wie Wien ist erstens der Boden zu teuer und außerdem gibt es "keine geistige Tradition für Häuser". So einfach ist das.

So einfach wäre es, gäbe es nicht zwei Männer, einen Wiener Professor und einen Wiener Architekten, die im Jahre 1860 gemeinsam eine Streitschrift für das bürgerliche Wohnhaus und gegen das Wiener Zinshaus verfassten. Gedacht war diese Schrift als ihr Beitrag zur Debatte um die Stadterweiterung von Wien. Worin besteht nun die Diskussion der zwei Herren.

3.1 Die Wohnungspekulation als Ursache allen Übels

H. Ferstel und R. v. Eitelberger stellen eines klar:

"Die allgemeine Stimme vereinigt sich darin, dass das Wohnen in den Zinshäusern, insbesondere aber in den neuen, ebenso theuer als unbequem ist." (Ferstel, H. / Eitelberger, R. v. 1860:17)

Als Ursache für diese Tatsache benennen sie die Wohnungspekulation:

"Man baut nicht, um darin zu wohnen, sondern um die Wohnungen zu vermieten. Man hat bei der ganzen Anlage eines Gebäudes vor allem den hohen Zins in den Augen, die Procente, welche das Capital abwerfen soll." (ebd.)

3.1.1 Die Folgen der Wohnungspekulation

Diese Ausrichtung des Wohnungsbaues auf die größtmöglichen Mieteinnahmen hat natürlich weit reichende Folgen für die Art und Weise des Wohnungsbaues. So wird einerseits unnötiger Aufwand in die Fassade und die Innenausstattung gesteckt, um mit dem schönen Schein die Mieterinnen und Mieter zu locken.

"Der falsche Schmuck, die zerbrechlichen Terracotten, die häßlichen und leicht zerstörbaren Gypsornamente, die fortwährend nöthige Restauration der Facade durch die Tünche, das Alles macht ein solches Haus schon in der Facade theurer, als es nothwendig ist, und ohne dass der Bewohner einen Vortheil davon hat." (ebd.:18)

Andererseits wird aller vorhandene Raum im Zinshaus zur Vermietung hergestellt. Notwendige und praktische Nebenräume wie Speise- und Vorratskammern oder Abstellräume werden weggelassen, um den Platz für weitere vermietbare Zimmer bereitzuhalten.

".., denn dabei ist es vorzugsweise darauf abgesehen, so viel Piecen als möglich herzustellen, weil nach der Zahl der Piecen die Wohnung vermietet wird. Es werden daher so viel Zimmer als möglich gemacht und Alles vermieden, was in der Raumeintheilung der Anbringung vieler Zimmer hemmend in dem Wege stehen könnte, als Speise- und Vorratskammern, Kleiderschränke und wie die Räume alle heißen, die eine Wohnung für Familien in der Regel sehr bequem machen; die Zimmer sind klein, haben geringe Tiefe und bieten daher bei den vielen Fenstern und Thüren wenig Wandfläche, um irgend Möbel bequem stellen zu können. (...) Es fallen daher, wie gesagt, eine Reihe von Appartements, die ehemals das Wohnen besonders für die Familien annehmlich machten, gegenwärtig ganz weg, denn der Raum kann ja viel nutzbringender für eine Piece verwendet werden, welche der Hausherr zum Schrecken seines Miethers ein "Wohnzimmer" nennt. Wie nun die ganze Eintheilung eines solchen Hauses berechnet auf ein hohes Zinserträgnis, für die große Masse der Bewohner möglichst unbequem ist, so ist auch die ganze Art und Weise, wie die Wohnung ausgeschmückt wird, von denselben falschen und verderblichen Gesichtspunkten geleitet, welche wir bei der Facade

des Hauses hervortreten gesehen haben. Es verbindet sich da eine schlecht angebrachte falsche Eleganz der Details mit der unbequemen Eintheilung im Ganzen." (ebd.: 18f)

Außen die schmucke Fassade als Anreiz und Lockmittel für die MieterInnen, innen die maximale Verwertung des Wohnraumes als vermietbare Zimmer. Die Wohnungsspekulation führt zu propagandistischem Aufwand nach außen, der zugleich kurzfristig angelegt und billig gemacht wird. Andererseits werden im Zinshaus die Gebrauchsqualitäten der Wohnungen zugunsten der Abschöpfung des Geldes aufgehoben. Notwendige Nebenräume werden auf diesem Wege "zu teuer", da sie keinen Profit einbringen. Bezahlen müssen das natürlich die MieterInnen, und zwar sowohl die Fassaden, die ja über die Miete finanziert werden, als auch im täglichen Gebrauch die Kosten, die durch das Fehlen der hauswirtschaftlichen Nebenräume, wie z.B. der Vorratskammern, entstehen.

3.1.2 Unsicherheit in den Lebensbedingungen

Neben diesen Folgen der Wohnungsspekulation, den teuren und unpraktischen Wohnungen, führen H. Ferstel und R. v. Eitelberger jedoch eine weitere heran: die Abhängigkeit vom Willen des Vermieters bzw. der Baugesellschaft und damit die Unsicherheit in den Lebensbedingungen.

"Denn er ist ihnen gegenüber schwach und ohnmächtig, den übermächtigen Capitalien speculirender Bauunternehmer gegenüber ist er auf Gnade und Ungnade preisgegeben. Eine solche Baugesellschaft ist herzlos, sie hat kein Ohr für seine Klagen und keinen Sinn für seine Bedürfnisse; was sie will und was sie kann, ist ausschließlich ihre Sache: möglichst hohe Interessen in einer möglichst schnellen Zeit zu gewinnen." (ebd.:23)

Aus dieser üblen Spekulation, so folgern sie, entsteht die Aufspaltung der Bevölkerung in drei verschiedene Klassen:

"Diese civilisierten Wohnhaus-Nomaden, die schlechter daran sind, als die ärmsten Bauern und Landleute, sind nur ein Bruchtheil jener Bewohner, die nicht wandern, aber jeden Augenblick zum Wandern verurtheilt werden können - der Classe der Zinshausbewohner, die zweimal des Jahres fürchten, dass entweder ihr Miethvertrag gekündigt oder ihr Miethzins erhöht wird. Diese Classe von Menschen bildet die immense Majorität besitzloser und heimatloser Menschen, in Wien den Grundstock der Bevölkerung. Dieser Classe gegenüber steht eine andere besitzende, welche in der Regel willens ist, um von dem Hause, in dem sie auch wohnt, die Lebensrente zu beziehen: die Classe der sogenannten Hausherren in Wien. Und aus dieser Classe scheidet sich wieder eine sehr kleine Anzahl von Menschen aus, die wohnen, um zu wohnen, und das Wohnhaus nicht bloß als Zinshaus, sondern als Wohnhaus betrachten." (ebd.:5)

So führt die Wohnungsspekulation für die meisten StadtbewohnerInnen zu bedrohten Lebenssituationen. Ein kleiner Teil, die Klasse der so genannten Hausherren, kann sich daran und zugleich auf Kosten der Mehrheit der MieterInnen bereichern. Nur ein ganz kleiner Teil lebt unter dem eigenen Dach in gesicherten Lebensverhältnissen und ohne andere Leute auszubeuten. Genau diesen Anteil der StadtbewohnerInnen wollen H. Ferstel und R. v. Eitelberger stützen und ihre Anzahl erhöhen.

2.1.3 Das bürgerliche Wohnhaus als Vorbild und Ziel

Aufbauend auf den vorher skizzierten Überlegungen fordern der Professor und der Architekt nun - übrigens mit Verweis auf London, Amsterdam, Bremen, Hamburg und Köln - das bürgerliche Wohnhaus für einen Großteil der Bevölkerung, zumindest aber für den Mittelstand. So stellen sie eine einfache Rechnung auf:

"denn wo es viele große und relativ wenige Häuser gibt, da gibt es natürlicherweise wenig Hauseigenthümer und viele Miether." (ebd.:24)

um kurz danach diese Rechnung umzukehren und gegen die Wohnungsspekulation zu wenden:

"Denn das ist wohl ohne Zweifel richtig, dass je weniger Menschen in einem Haus wohnen, je mehr Häuser also im Verhältnisse der Bevölkerung vorhanden sind, dass auch desto mehr Hauseigenthümer, d.h. Menschen in einer Stadt wohnen, welche nicht Miether sind, die in ihrer Wohnung nicht von fremdem Willen und all" den Zufälligkeiten abhängig sind, welche das Wohnen im fremden Hause mit sich bringt." (ebd.:26)

1.4 Die Gebrauchsqualitäten des bürgerlichen Wohnhauses

Das bürgerliche Wohnhaus, so H. Ferstel und R. v. Eitelberger, muss allerdings bestimmte Gebrauchsqualitäten mit sich bringen. So schreiben sie:

"Eine bequeme Wohnung fordert ferner Räume von ungleicher Größe und von mäßiger Höhe, welche hinlänglich beleuchtet, die Heizung nicht vertheuern und sich den verschiedenen Entwicklungen des Familienlebens leicht anpassen lassen. Eben so nothwendig ist es, dass, soweit es überhaupt möglich ist, in angemessener Weise die Arbeitszimmer mit den Wohnzimmern in Verbindung stehen. (...) Die Natur eines bürgerlichen Wohnhauses verlangt, dass die Arbeitszimmer, ohne die Wohnung der eigentlichen Familie zu geniren, doch in möglichst practischer Weise in Verbindung mit der Familienwohnung zu kommen, (...). Es wird also verlangt werden, dass die Arbeitsräume, Werkstätte, Verkauflocalitäten, Schaufenster, Magazine und Depots und wie die verschiedenen Theile einer bürgerlichen Wohnung heißen mögen, mit dieser in eine zweckmäßige Verbindung gebracht werden." (ebd.:14)

Diese Organisation soll es ermöglichen, dass Arbeit und Wohnen in einem Haus Platz hat. Damit wäre das Wohnhaus an verschiedene ökonomische Situationen anpassungsfähig. Zudem bietet das eigene Haus die Möglichkeit, den vorhandenen Mitteln entsprechend zu wirtschaften. Herstellung und Instandhaltung können dem jeweiligen Einkommensstand angemessen überlegt und langfristig geplant werden.

"Für eine Wohnung, welche man lange besitzt, kann man nach und nach anschaffen und sich so ein bewegliches Eigenthum erwerben, welches einen wirthschaftlichen Werth hat." (ebd.:20).

Das Haus kann der Ökonomie, dem Status und dem Bedarf der EigentümerIn entsprechend größer oder kleiner ausfallen.

"Es läßt alle Variationen einer architektonischen Aufgabe zu; es kann ein Noth- und Bedürfnisbau im wahren Sinne des Wortes sein und es kann in manchen Fällen ein Prachtbau werden." (ebd.:15f)

Mit dem Bau von Häusern, so versprechen H. Ferstel und R. v. Eitelberger, kann die Wohnungsspekulation eingedämmt werden. Denn wenn es viele bezahlbare Häuser gibt,

können auch viele Leute Eigentum erwerben und sich damit vom Mietwohnungsmarkt unabhängig machen. Damit wäre den Wohnungsspekulanten die Basis ihrer Geschäfte entzogen. Die StadtbewohnerInnen erhielten die Möglichkeit, unter gesicherten Bedingungen praktisch und sparsam zugleich leben und wirtschaften zu können.

"Unserer Meinung nach muß, um den Grundstock der bürgerlichen Bevölkerung Wiens zu erhalten und zu kräftigen, die hier ganz vernachlässigte Gattung der Familienhäuser wieder in das Leben eingeführt werden. Geschieht dieses, d.h. duldet man nur, dass solche Häuser gebaut werden, und überläßt man nicht die Bauplätze des inneren Wiens ganz und gar der Zinshaus-Speculations-Architektur, so wird das Wohnen von selbst für viele Lebenskreise billiger werden" (ebd.:15)

3.1.5 Die mittelalterliche Hausökonomie als Leitbild

Nun zeigt sich, dass die Streitschrift von Heinrich Ferstel und Rudolf von Eitelberger zwei Seiten hat. So diskutieren sie das Prinzip und die Folgen der Wohnungsspekulation, die teuren und unbrauchbaren Wohnungen und ungesicherte Mietverhältnisse. Zudem schlagen sie vor, den Blick anders zu wenden und über Eigentum und das städtische Wohnhaus nachzudenken. Damit bieten sie sowohl eine treffende Kritik als auch ein begründetes und plausibles Angebot. Der Haken liegt in ihrer Vorstellung von Hausökonomie. So versprechen sie einerseits, dass durch den Bau von Wohnhäusern das "Wohnen für Viele" automatisch billiger würde. Gleichzeitig sprechen sie nur von einer ganz bestimmten Hausökonomie, die v. a. Handel, Handwerk oder Verlagswesen umfasst. Beide Männer gehen von einer Hausökonomie aus, in der im Haus selber für den Markt produziert wird. Vorbild hierfür sind im Grunde die mittelalterlichen Hausökonomien der Handels- und Handwerkerhäuser. Für diese werden Räumlichkeiten wie Werkstätten, Lager und Läden vorgesehen. Das allerdings zu einer Zeit, zu der diese Hausökonomien längst ausgewirtschaftet hatten. Die Hauswirtschaft selber, als bleibender Bestandteil, taucht in der Diskussion von H. Ferstel und R. v. Eitelberger nicht auf. Das heißt, sie ignorieren den Wechsel von einer Hausökonomie, bestehend aus Hauswirtschaft und Produktion für den Markt, zur reinen Hauswirtschaft. Daher geben sie der Produktion für den Markt die größte Aufmerksamkeit. Die Folgen dieser Blickrichtung zeigt der Hausentwurf, den sie dann auch vorstellen.

3.1.6 Im "bürgerlichen Wohnhaus" steckt die Geschoßwohnung

Im Erdgeschoß des Hauses liegen ein Geschäftslokal mit eigenem Eingang, der Hauseingang mit Flur und die Dienstbotenwohnung. Der Flur führt zum rückwärtigen Stiegenhaus und dem anschließenden Hof. Über das Stiegenhaus gelangt man in die Obergeschosse. Im ersten Obergeschoß ist natürlich die Wohnung untergebracht. Im zweiten und dritten Obergeschoß sind Werkstätten und Arbeitsstätten vorgesehen. Unter dem Dach liegt der Dachboden. Diese viergeschossigen Häuser stehen gereiht an der Straße, so dass die Vorderseiten mit den Hauseingängen und den Läden einander gegenüberliegen. An den Rückseiten treffen die Höfe aufeinander.

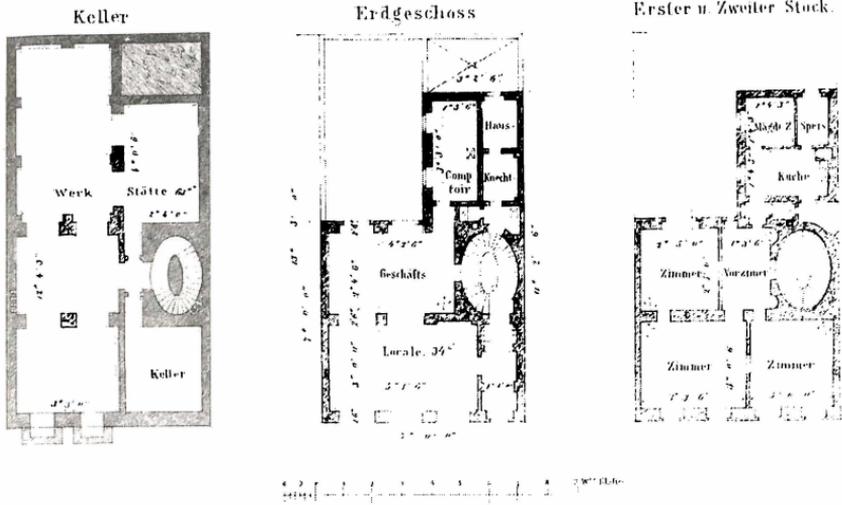


Abb. 73: Grundrisse des "bürgerlichen Wohnhauses"

Jedes Haus enthält also einen Laden, Werkstätten und Lagerraum, eine Wohnung und Keller. Die BewohnerInnen erhalten zudem einen Straßenanteil und einen privaten Hof. Arbeiten und Wohnen kann unter einem Dach stattfinden. Der Entwurf zeigt aber auch, dass mit "Arbeit" die marktorientierte (Männer-) Arbeit gemeint ist, die gleich auf drei Geschosse des Hauses verteilt ist. Das "Wohnen" ist bereits auf ein Wohngeschoß reduziert. Die Hauswirtschaft wird auf die kleine Küche beschränkt.

Zudem sind die Häuser sehr groß dimensioniert. 7 mal 7 Klafter, das macht ca. 13 mal 13 m, also ca. 170m² im Grundriss, also ca. 680 m² Wohn- und Nutzfläche, auf einer Parzelle von ca. 320m². Diese Größe und die Ausstattung mit soviel Nutzfläche setzt also eine entsprechende Ökonomie voraus, um diese Häuser bewirtschaften zu können. Wer das Haus nicht ausnutzen und erhalten kann, muss einen Teil vermieten. So steht zu erwarten, dass die überschüssigen Geschosse in Mietwohnungen umgewidmet werden, da nur wenige Familien



Abb. 74: Straßen- und Hofseite des "bürgerlichen Wohnhauses"

das Geld haben, soviel Raum ungenutzt zu lassen. Das separat geführte Stiegenhaus macht dies auch möglich. Und so ruht in dem Entwurf bereits das Prinzip des Geschößwohnungsbaues und der Mietwohnung. Nicht zufällig schieben H. Ferstel und R. v. Eitelberger auch den Einspänner als mögliche Variante hinterher. So klug ihre vorhergehende Kritik und Überlegung ist, so unbedacht ist die Übertragung des ökonomischen Vorbildes, auf das sie sich beziehen.

An dieser Stelle hätten sie zusätzlich zu den Arbeitsstätten für den Markt auch an die notwendigen Arbeitsorte einer Hauswirtschaft denken und die Häuser damit entsprechend ausstatten müssen. Das hätte bedeutet, Häuser zu planen, die von einer Hauswirtschaft gefüllt und erhalten werden können. Damit wären die Häuser kleiner und schmaler ausgefallen, sparsamer und erschwinglicher geworden, eben Häuser für möglichst Viele.

3.1.7 Das "bürgerliche Wohnhaus" ist eine klassizistische Stadtvilla

Und mit dem quadratischen Grundriss und der breiten Straßenfront der Häuser landen H. Ferstel und R. v. Eitelberger dann bei der klassizistischen Stadtvilla, gereiht immerhin, aber eben einer Villa mit den entsprechenden Kosten und Einschränkungen in den Gebrauchsqualitäten. So bringt die breite Straßenfront relativ viel Straßenanteil und somit Kosten mit sich. Der quadratische Grundriss mit Seitenflügel und mittiger Erschließung hat Durchgangszimmer und damit Schwierigkeiten in der Nutzung der Zimmer zur Folge. Die Hauswirtschaft kommt, wie es sich für eine Villa gehört, nur mehr am Rande vor (vgl. Bednar, B. et al. 1995:48f). Der Professor und der Architekt haben ihre viel zitierten Vorbilder aus London, Amsterdam, Bremen oder Köln, allesamt Häuser auf schmalen und tiefen Haushufen, wohl nicht sehr genau angesehen.

3.2 Ohne Hauswirtschaft klappt die Übertragung des Vorbildes nicht

Die Kritik von H. Ferstel und R. v. Eitelberger bricht also an zwei Stellen: Sie nehmen nur die marktorientierte Arbeit, nicht aber die Hauswirtschaft wahr. Daher schaffen sie es nicht ihr Vorbild, das mittelalterliche Handels- oder Handwerkshaus, auf die aktuelle ökonomische Situation der Leute, die aus der Hauswirtschaft zu Hause und der Lohnarbeit außer Haus besteht, zu übertragen. Ihr Vorbild wird zu einem romantischen Bild aus vergangenen Zeiten und zur Ideologie. So ist dann auch ihr Hausentwurf nicht sparsam überlegt, sondern entspricht der Architektur der Zeit, ist nur vielleicht ein bisschen altmodisch. An diesen Brüchen zeigt sich, dass sie in ihren Überlegungen und ihrem Entwurf trotz ihrer außergewöhnlichen Forderung nach Häusern ihren Kollegen ideologisch und professionell gar nicht so fern standen. Diese vertraten allerdings, weitaus fortschrittlicher orientiert, das industrielle Zeitalter und bewegten sich in ihren Diskussionen zur Stadterweiterung nur zwischen Mietskaserne und Cottage, also Geschößwohnungsbau und Reihenhauszeile (vgl. z.B. Sax, E. 1869a + b; Avigdor, E. H. 1874; Wagner, O.

1911), arbeiteten also prinzipiell nur dem Mietwohnungsbau und damit auch der Wohnungsspekulation zu.

3.2.1 Erst das Nachdenken über die Hauswirtschaft führt zum städtischen Haus für möglichst Viele

Wenn wir uns Wien heute ansehen, dann ist deutlich, welche Fraktion die Debatte zur Stadterweiterung gewonnen hat. Die Mietskaserne ist und bleibt das Prinzip: egal ob gründerzeitlich, modern oder postmodern. Neuerdings erhält sie sogar anregende Etiketten wie "ökologisch", "frauengerecht" oder "autofrei", die es den MieterInnen leichter machen sollen, sich mit den Abhängigkeiten und Kosten zu arrangieren. Im Vergleich dazu wäre Wien als Stadt der gründerzeitlichen Einspänner natürlich weitaus weniger beengt, enthielte größere private und kommunale Spielräume. Und wenn auch nicht im eigenen Haus, so wäre es doch möglich im Einspänner, in einer Wohnung mit Hof, Keller und Dachboden zu leben und zu wirtschaften. Mit maximal vier Parteien im Haus wären dann auch ohne soziale Überforderung persönliche Vereinbarungen möglich. Vor diesem Hintergrund betrachtet sind die Überlegungen von H. Ferstel und R. v. Eitelberger zum "bürgerlichen Wohnhaus", auch wenn sie letztendlich zum Einspänner führen, weitaus brauchbarer als die ihrer KollegInnen und NachfolgerInnen. Zudem ist ihre Streitschrift historisch wie aktuell eine der wenigen innerhalb der Architektur und des Städtebaus, in denen die Wohnungsspekulation ernsthaft kritisiert und Eigentum und Bau von städtischen Häusern ausführlich diskutiert wird. Sie zeigt aber auch, dass nur die sorgfältige Übertragung des Vorbildes auf die aktuelle ökonomische Situation und das Ernstnehmen der Hauswirtschaft verhindern, dass hinterher wieder Geschoßwohnungsbau herauskommt.

Mit herzlichem Dank an die TeilnehmerInnen des Lehr-Lern-Seminars in Nieder-Werbe, Februar 1997.

4 Private und öffentliche Freiräume im Alltag von Frauen – Zum Zusammenhang von Frauen, Wohnen und Freiräumen

4.1 "Wohnen" bedeutet nicht "Nichtstun"

Wenn von "wohnen" die Rede ist, so besteht oft die Vorstellung von Beine hochlegen, Ruhe genießen, sich vom Alltag erholen. Realistisch betrachtet ist zumeist genau das Gegenteil der Fall, hat gerade "wohnen" wenig mit Erholung und Nichtstun zu tun. Denn

wenn die Erwerbsarbeit vorbei ist, am Feierabend oder am Wochenende, muss zu Hause all das erledigt werden, was tagsüber liegen bleibt. Für den Teil der Bevölkerung, der nicht in der Erwerbsarbeit beschäftigt ist, also für Kinder, Jugendliche, Haus- und Familienfrauen, RentnerInnen und Erwerbsarbeitslose, ist der Wohnort überhaupt hauptsächlichlicher Tätigkeitsbereich.

"Das sind die Bewohner einer Stadt, die die "Stadt" machen - ja machen müssen, weil ihre "Produktion" nicht wie die der ökonomisch Produzierenden vom Alltag isoliert ist." (Hülbusch, I.M. 1981:4)

Diese Bewohnerinnen und Bewohner arbeiten also direkt am Wohnort. Im Grunde ist damit für einen Großteil der Bevölkerung der Wohnort das Lebenszentrum des Alltags und damit das Zentrum ihrer Tätigkeiten.

Die Arbeit und die Tätigkeiten, die am Lebensort erledigt und ausgeführt werden, variieren dann nach den jeweiligen Notwendigkeiten, Fähigkeiten, nach Alter, Interessen, räumlichen und finanziellen Möglichkeiten der verschiedenen Personen. Das beginnt damit, dass Babys im Kinderwagen auf die Terrasse gestellt werden, oder durchs Quartier geschoben werden, damit sie an die frische Luft kommen. Kleine Kinder spielen bereits in der Nähe der Betreuungspersonen, erst in der Wohnung, später im nahen Bereich im Hof oder an der Türschwelle. Je größer sie werden, umso größer wird ihr Bewegungsradius. Die Spiele werden, wenn möglich, vor die Tür verlegt. Doch immer noch ist Sicht- und Rufkontakt zur Betreuungsperson wichtig. Im Laufe der Jahre entfernen sich die Kinder immer mehr von den Betreuungspersonen. Sie suchen Orte an der Straße auf, wo Nachbarkinder zu treffen sind, aber auch mal Quartiersfremde vorbeikommen und wo was zu sehen ist. Oder sie ziehen sich an unbeobachtete Stellen zurück, z.B. dichte Hecken, Baulücken, an denen sie in Ruhe werkeln und spielen können. Für Jugendliche wird die Straße oder ein Quartierspark wichtig. Hier beginnen sie ihre Streifzüge durchs Quartier, treffen einander abends zum Rumstehen und Reden oder toben sich bei Basketball, Streetball, etc. aus. Zu Hause brauchen sie einen Platz, an dem sie in Ruhe lernen, Musik hören, FreundInnen einladen, Moped basteln und auch einmal eine Fete feiern können. Jetzt wird z.B. der Keller als abgesonderter Aufenthaltsort interessant.

Verschiedene Lebensgemeinschaften haben wiederum unterschiedliche Ansprüche an den Lebensort. Hier reicht das Spektrum von dem gut verdienenden Paar ohne Kinder, das sich zu Hause wirklich nur erholt, womöglich eine Putzhilfe bezahlt und auswärts isst, bis zur Mehrgenerationenfamilie oder Wohngemeinschaft, die über wenig Geld verfügt, viel selber macht, Vorräte anlegt, einen Gemüsegarten bewirtschaftet, Sachen aufhebt, um sie auf dem Flohmarkt zu verkaufen, eine Werkstatt einrichtet – und die viel Platz braucht, um einander auch aus dem Weg gehen zu können.

Und nicht zuletzt sind auch RentnerInnen den ganzen Tag damit beschäftigt, ihren Haushalt zu organisieren, Garten zu machen, Enkelkinder zu beaufsichtigen, ihre täglichen Wege zu erledigen.

4.1.1 Inhalt der Alltagsarbeit

Der Sinn all dieser unterschiedlichen Tätigkeiten ist es, den Alltag und das tägliche Leben herzustellen und aufrecht zu erhalten. Denn der Alltag passiert nicht einfach so. Er besteht aus der Vorsorge, Überlegungen, Planung und den vielen Tätigkeiten der Leute. Diese tägliche Arbeit ist – im Gegensatz zur Erwerbsarbeit – in erster Linie Arbeit zur Herstellung und Erhaltung des Lebens (vgl. Mies, M. 1983, Neusüß, C. 1983). Damit bildet sie die Grundlage für alles Weitere. Kann dieser Alltag nicht aufrechterhalten werden, sind auch alle anderen Lebensbereiche gefährdet.

4.1.2 Prinzip der Alltagsarbeit

Diese Tätigkeiten zeichnen sich dadurch aus, dass sie erledigt werden müssen, wenn sie anfallen. Sie lassen sich nicht auf Vorrat vorarbeiten, kaum aufschieben und selten überhaupt weglassen.

Jede Arbeit hat ihren Rhythmus, in dem sie anfällt. So muss z.B. täglich gekocht werden, aufgeräumt werden, Wäsche fällt alle paar Tage an, Einkauf, Besuche, Gartenarbeit, Schule... Die Arbeit muss zusätzlich dazu auf die Erwerbsarbeit sowie Schulzeiten, Öffnungszeiten der Läden, etc. abgestimmt sein. Sie wird also vorausgeplant, eingeteilt und organisiert.

Die Arbeit lässt sich nicht in einzelne Arbeitsschritte aufgliedern, die einfach nacheinander gemacht werden, also quasi rationalisieren. Es gibt Arbeiten, die länger dauern, andere Arbeiten, die eingeschoben, Arbeiten, die nebeneinander gemacht werden können. Und immer kann etwas dazwischen kommen, wie z.B. dass die Kinder erkranken.

Es gibt keine Trennung zwischen Arbeitszeit und Freizeit. Im Prinzip ist vom Aufstehen bis zum Schlafengehen etwas zu tun. Dabei gibt es Zeiten, wo viel zu tun ist, wie z.B. vor dem Mittagessen, wenn das Essen fertig sein soll, bevor die Kinder aus der Schule kommen. Und Zeiten, zu denen mehr Luft ist, z.B. wenn sie Mittagsschlaf halten. Während Kochen eindeutig Arbeit ist, ist das Essen selber, bei dem die Kinder Schulerlebnisse schildern und die Eltern zuhören, nicht so klar als Arbeit definiert. Auch wenn das Zuhören wichtig ist. Dasselbe gilt für den Schwatz mit der Nachbarin über den Zaun während der Gartenarbeit. Er dient nicht nur dazu, sich ein wenig auszuruhen und Neuigkeiten zu erfahren, er hilft, einen Rat einzuholen und auch die nachbarschaftlichen Beziehungen zu vertiefen. Wenn Kinder spielen, lernen sie gleichzeitig, sich in dieser Welt und dieser Gesellschaft zu Recht zu finden. Sie lernen Selbstvertrauen und Vertrauen zu anderen Leuten.

Dies macht deutlich, dass sich in der täglichen Arbeit die mühsamen und anstrengenden von den angenehmen und erfreulichen Seiten schwer trennen lassen. Kochen, Reparaturen, Gartenarbeit und v. a. Kindererziehung hat immer beide Seiten, ist mal langweilig, nervenaufreibend und manchmal vergnüglich und spannend.

Neben der Tatsache, dass notwendige Sachen verrichtet oder erledigt werden, haben viele dieser Tätigkeiten auch eine soziale Bedeutung. Sie tragen dazu bei, dass Beziehungen hergestellt und aufrechterhalten werden, stellen Vertrauen her, drücken Zugehörigkeit aus und helfen Selbstvertrauen aufzubauen. Am Deutlichsten wird dies beim Großziehen von Kindern.

Viele dieser Tätigkeiten lassen sich weder abschaffen noch durch technische Geräte oder Konsum ersetzen. Das hat mehrere Gründe. Zuerst einmal gibt es Tätigkeiten, die real nicht zu kaufen sind - z.B. echte Liebe, Vertrauen.

Manche Arbeitsschritte können nur bis zu einem gewissen Grad technisch gelöst werden. So wird auch Fertiges zumindest gekauft, aufgewärmt und serviert. Irgendjemand muss die Wäsche aus der Waschmaschine nehmen und auf die Leine hängen.

Es gibt Tätigkeiten, die einfach Spaß machen, ein angenehmer Zeitvertreib sind, oder Selbstvertrauen schaffen, weil man das kann.

Und nicht zuletzt hat es schlicht ökonomische Gründe, wenn nicht der gesamte Alltag mit Konsumartikeln, technischen Hilfsmitteln und Dienstleistungseinrichtungen bewältigt wird. Diese sind allesamt zu bezahlen. Jeder Haushalt hat hier einen anderen finanziellen Rahmen, der Ersatzmaßnahmen ermöglicht - oder eben nicht. Je mehr selbst gemacht wird, je mehr Platz ist, etwas aufzuheben, umso sparsamer wird gewirtschaftet.

4.1.3 Die Gemeinsamkeit von Frauen

Die Gemeinsamkeit von Frauen zu beschreiben ist nicht so leicht. Frauen sehen unterschiedlich aus, haben unterschiedliche Interessen, politische Einstellungen, Wünsche, Lebenspläne - ebenso wie Männer. Und selten ist ihr Geschlecht die einzige Ursache für ihre Vorstellungen.

"So spielen Religion, Volksgruppe, Schichtzugehörigkeit, Beruf, etc. eine wichtige Rolle für die Lebensplanung, Selbstwahrnehmung und -definition von Frauen." (Protze, K. 1995b:5)

Was allen Frauen gleich ist, ist die gesellschaftliche Rollenzuschreibung. In dieser Rolle wird ihnen die Verantwortung für den privaten Bereich, die Familie und die Alltagsorganisation zugeschrieben. Frauen werden dafür zuständig gemacht, dass der Alltag funktioniert und alle Beteiligten zufrieden sind. Diese Zuschreibung findet sich in den meisten Lebensgemeinschaften als reale Arbeitsteilung wieder. Und so ist es kein Zufall, dass uns die meisten notwendigen Alltagsarbeiten als typische Frauenarbeiten im Kopf sind. Die Zuschreibung sagt aber nichts darüber aus, wie Frauen zu dieser Rolle stehen - also ob sie darüber glücklich oder unzufrieden sind. Denn schon in dieser individuellen Reaktion auf die gesellschaftliche Rollenzuweisung zeigen sich wiederum die Unterschiede zwischen Frauen (vgl. Thürmer-Rohr, C. 1989:82).

Aufgrund ihrer Verantwortung für den Alltag sind Frauen - als Haus- und Familienfrauen - besonders auf die Gebrauchsqualitäten des Lebensortes angewiesen. So sind sie abhängig von den Handlungsmöglichkeiten, um die verschiedenen, im Alltag notwendigen

Tätigkeiten, unter einen Hut zu bekommen. Zugleich brauchen sie die Möglichkeit, selbstbestimmt und unverbindlich Kontakte zu knüpfen, um darüber auch Informationen, Hilfestellung oder einfach Gesellschaft zu erhalten. Dies ist beides wichtig, da Frauen in ihrem Alltag zumeist mit ebenso "feldabhängigen" (Hülbusch, I.M./Läscher-Bauer, U. 1978) Personen konfrontiert sind, also Personen, die besonders vom Lebensort abhängig sind, wie eben Kinder, Jugendliche, Alte und nicht zu vergessen Erwerbsarbeitslose. Diese feldabhängigen Personen sind zur Hälfte wieder weiblichen Geschlechts. Zugleich wird damit deutlich, dass auch ein Großteil der männlichen Bevölkerung auf Handlungsmöglichkeiten zu Hause angewiesen ist. Nicht zuletzt auch die erwerbstätigen Männer, denn wo sollen sie denn hin, wenn zu Hause kein Platz ist, etwas zu tun, und sie nur "im Weg sind".

Dies zeigt, dass die Abhängigkeit von der Gebrauchsqualität des Lebensortes v. a. eine Frage der Lebenssituation ist - und nicht eine Frage des Geschlechts. Als Haus- und Familienmänner sind Männer ebenso auf die Handlungsmöglichkeiten am Lebensort angewiesen wie eine Haus- und Familienfrau. Umgekehrt sind Frauen ohne Kinder und mit ausreichendem Geldeinkommen vergleichbar unabhängig wie Männer.

"Spielräume entstehen für Frauen in dieser Situation erst, wenn diese Alltagsorganisation gewährleistet ist. Dann bestehen für sie Freiräume darin, dass sie ihre Arbeit selbst einteilen, den Einsatz ihrer vorhandenen Mittel, also Geld aber auch ihre Können, ihre Fähigkeiten, ihre Kontakte, selbst bestimmen und nach Bedarf variieren kann. Und Freiräume, die daraus entstehen, dass der Alltag, der Boden, auf dem alles andere ruht, gesichert ist, und ohne permanente Bedrohung gelebt werden kann. Dazu gehört, dass selbst Notfälle wie Krankheit oder Erwerbslosigkeit ohne allzu große existentielle Bedrohung überstanden werden können und nicht automatisch zur Katastrophe werden (vgl. Ullrich, O. 1977:156f)." (Protze, K. 1995b:6)

In diesem Rahmen können Frauen – wie auch Männer – selbst bestimmen, wie sie sich ihren Alltag vorstellen, welche Rollen sie sich geben wollen, d.h. auch, wie sie für sich die Arbeitsteilung aushandeln wollen.

"Über "Freiräume" kann erst dann diskutiert werden, wenn die Alltagstätigkeit gewährleistet und darin ein "Überher" eingebracht und selbsttätig entwickelt werden kann." (Hülbusch, I.M. 1981:13)

4.2 Anspruch an Arbeitsorte – "Innenhaus und Außenhaus"

Im Gegensatz zur Erwerbsarbeit lassen sich die Arbeitsplätze der Alltagsarbeit nicht auf einen konkreten Ort festlegen:

"Unterschiedliche Arbeiten verlangen unterschiedliche Orte, unterschiedliche Leute nutzen die vorhandenen Flächen anders, Notwendigkeiten und Gewohnheiten wechseln. Die Ansprüche innerhalb einer Lebensgemeinschaft können sich ändern, z.B. wenn die Kinder groß werden, der Generationswechsel ansteht, wenn die ökonomischen Verhältnisse sich ändern. Alle diese "Wechselfälle des Lebens" (Steinhäuser 1990) brauchen ihren Platz." (Protze, K. 1995b:4)

Im Prinzip ist erstmal die ganze Wohnung/das ganze Haus Arbeitsplatz. Am Offensichtlichsten ist dies in der Küche, denn Kochen ist als Arbeit allen im Kopf. Die Küche muss

aber für mehr als Kochen Platz haben. So ist die Küche gerade in Familien zumeist auch Treffpunkt und Aufenthaltsort. Wie soll man sonst Neuigkeiten austauschen, wenn eine kochen muss. Hier werden neben dem Kochen alltägliche Geschichten, Erlebnisse erzählt, Tratsch ausgetauscht, Hausaufgaben geschrieben, wird gegessen. Sie muss also groß genug sein, um all diese Tätigkeiten zuzulassen. Zusätzlich zur Küche sind Abstell- und Lager Räume notwendig. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass Sachen und Lebensmittel aufgehoben, Vorräte angelegt werden können. Die Zimmer müssen einzeln betretbar sein, damit sie unabhängig von einander und damit auch von verschiedenen Personen in Ruhe genutzt werden können. Zugleich sollen sie auch von ihrer Größe und ihrem Zuschnitt her variabel nutzbar sein. Eine Erschließung ist notwendig, die die Räume verbindet und getrennt zugänglich macht. Der Flur ist daher als Verbindungs- und Zwischenraum wichtig. Er bietet zugleich Platz zum Ankommen und Weggehen, zum Abstellen, und nicht zuletzt zum Spielen.

Räume wie der Keller und der Dachboden erweitern den Platz um Lager- aber auch um Aufenthaltsorte.

Doch der Platz im Haus/in der Wohnung reicht alleine nicht aus.

"Und die kleinste Einheit in der Hierarchie der Weiterungen des sozial verstandenen Lebensraumes, dem die materielle Ausstattung und Verfügung nur Grundlage ist, beschränkt sich nicht auf das Innenhaus. Wie sonst sollte man hinaus kommen, Kontakte und Konflikte eingehen und auch Hilfe, Ergänzung, Information einholen können? Die Verfügung über Innenhaus und Außenhaus ist eine der minimalen Voraussetzungen zur verbindlichen Eroberung des Quartiers." (Hülbusch, I.M. 1981:7)

So gibt es Tätigkeiten wie z.B. Wäsche aufhängen, Spielen, Garten machen, die eben nur draußen gemacht werden können. Dazu ist ein naher und sicher verfügbarer Platz notwendig. Hierhin kann die tägliche Arbeit verlagert werden. Zugleich gibt er die Möglichkeit und die Legitimation, sich draußen aufzuhalten, und draußen tätig zu sein. Dies beinhaltet zugleich die Gelegenheit, z.B. mit der Nachbarin zu tratschen - also Informationen auszutauschen, einen Rat zu erhalten oder einfach die Gesellschaft zu genießen.

Zusätzlich zu diesem privat verfügbaren Platz braucht es einen gesicherten privaten Zugang zur Straße und Anteil an der Straße. Er beinhaltet die Möglichkeit, unkompliziert auf die Straße zu gelangen. Damit besteht auch die Option, von einem gesicherten Bereich aus an der Straßenöffentlichkeit teilzunehmen, bzw. die Straße vom Haus aus zu beobachten und damit zu beaufsichtigen (vgl. Jacobs 1963:32).

Damit die verschiedenen Arbeitsorte in der Alltagsarbeit praktisch verknüpft werden können, dürfen die Wegestrecken nicht zu groß sein.

"Je entfernter eine Gelegenheit, desto geringer deren Benutzungsintensität." (Hülbusch, I.M./Läsker-Bauer, U. 1978:13)

Die Arbeitsorte müssen also am Haus/am Gebäude liegen und die Häuser/Gebäude dürfen nicht zu hoch sein.

"Mit zunehmender Geschoszahl ab 3. Obergeschoß noch vom "Außenhaus" sprechen zu wollen, wird zur Farce." (Böse, H. 1989a:58)

Zugleich muss das Haus in zwei Richtungen erschlossen sein - zur Straße und in den privaten Bereich. Damit stehen den BewohnerInnen zwei verschiedenen Orte und unterschiedliche Öffentlichkeitsgrade zur Verfügung (vgl. Zimmermann, J. 1978).

4.2.1 Die Straße mit beidseitigem Bürgersteig - ein öffentlicher Arbeitsort

Doch auch "Innenhaus und Außenhaus" als privat verfügbare Freiräume reichen noch nicht aus. Schließlich sind im Alltag auch viele verschiedene Wege zu erledigen, Wege zur Schule, zum Bus, zu den Läden, zu Verwandten und Bekannten. Im Grunde ist der gesamte Ort, die ganze Stadt "Arbeitsort" von vielen verschiedenen Leuten. Sie müssen sich sicher und zielstrebig darin bewegen und aufhalten können, um ihren Alltag organisieren zu können. Neben dem gesicherten privaten Zugang zur Straße, brauchen sie also einen sicher verfügbaren öffentlichen Anteil an den Straßen, auf dem sie ihrer Wege gehen können. Die Straße und der Bürgersteig sind somit der wichtigste öffentliche Freiraum.

4.2.2 Der Lebensort für mehr als eine Generation

Der Lebensort muss also allen BewohnerInnen als Arbeitsort zur Verfügung stehen. Zugleich muss er wechselnde Ansprüche aufnehmen können, an unterschiedliche Situationen anpassbar sein. D.h. er muss mit den BewohnerInnen alt werden können, aber auch den Generationswechsel zulassen, also im Prinzip zugleich Alt- und Jungsein möglich machen. Er muss von verschiedenen Leuten ebenso unterschiedlich interpretierbar sein. Es müssen unterschiedliche ökonomische Situationen - also wenig Geldeinkommen, Lohnarbeit, handwerkliches Einkommen, freiberufliche Erwerbsarbeit, Laden - möglich sein. Ebenso müssen verschiedene soziale Situationen Platz haben, d.h. z.B. alt sein, jung sein, Kleinfamilie, Großfamilie, WG, etc. Und das Alles, ohne dass die Leute mit dem Wechsel ihrer Lebenssituation gezwungen sind umzuziehen. Schließlich ändern sich innerhalb eines Lebens die ökonomischen und sozialen Situationen immer wieder. Theoretisch müsste es möglich sein, am selben Lebensort sein ganzes Leben zu verbringen.

4.3 Vorbilder im Bestand

Um Beispiele für brauchbare Lebensorte, also Siedlungs- und Bebauungsformen, die den BewohnerInnen Spielräume und Wahlmöglichkeiten zur Verfügung stellen, zu finden, müssen wir nichts Neues erfinden oder gar die Phantasie spielen lassen. Im Gegenteil. Wir können auf einige Jahrhunderte Baugeschichte schauen und diesen Bestand auf seine Qualitäten hinsichtlich der Anpassungsfähigkeit, Interpretierbarkeit, Gebrauchsmög-

lichkeiten, Alterungsfähigkeit und Sparsamkeit prüfen. So können wir Beispiele finden, die "von den Erfahrungen und der Geschichte des Hausens und Bauens der Leute" (Böse, H. 1989b:106) geprägt sind.

"Diese Geschichte ist so alt wie die Spezies. Es geht also nicht um Leitbilder sondern um Vorbilder." (ebd.)

Diese Vorbilder existieren sowohl im ländlichen wie im städtischen Bereich. Sie sind nicht perfekt, bereiten nicht die Idylle, aber wir können daran lernen, "was Freiraum meint und wie er verfügbar wird." (ebd.)

Da wir uns hier in der unmittelbaren Nachbarschaft von Bremen befinden, empfiehlt es sich, einmal nach Bremen zu schauen. Denn gerade hier gibt es gute Vorbilder dafür, wie eine Stadt gebaut werden kann, in der vielen BewohnerInnen ökonomische und soziale Spielräume und Wahlmöglichkeiten eröffnet werden. Die Rede ist von den gründerzeitlichen Stadtquartieren wie dem "Ostertor", "Steintor", "Peterswerder", "Findorff", "Walle", oder der "Neustadt" – und damit vom "Bremer Haus".

4.3.1 Das "Bremer Haus" - Ein Vorbild für alltagsgerechten Hausbau

Das Bremer Haus ist ein Ein- oder Mehrfamilienhaus. Die Häuser liegen auf langen, schmalen Parzellen aneinandergereiht an der Straße. Die Gärten grenzen an die Gärten, die Eingänge liegen sich an den Straßen gegenüber.

Die Häuser bestehen aus einem Souterrain als Wirtschaftsgeschoß, zwei Wohngeschossen und einem ausbaufähigen Dach, sie sind also zur Straße zweigeschossig, zum Garten hin viergeschossig.

Zwischen Haus und Straße liegt ein ungefähr drei Meter tiefer Vorgarten als Distanz- und Übergangsbereich. Er bezeichnet den privaten Anteil der BewohnerInnen an der Straße.

Hinter dem Haus liegen der Hof und der Garten, deren Größe von der Parzellentiefe abhängt. Hof und Garten sind direkt vom Souterrain aus zu erreichen und damit direkt an das Wirtschaftsgeschoß angegliedert.

4.3.2 Die verschiedenen Arbeitsorte im "Bremer Reihnhaus"

Das Bremer Reihnhaus stellt also viele verschiedene Arbeitsorte zur Verfügung: Mit dem Souterrain ist ein ganzes Geschoß vorhanden, das einerseits als Wirtschaftsgeschoß, also Lagerraum, Waschküche, Sommerküche und Keller, aber auch als Wohnraum genutzt werden kann. Mit dem eigenen Eingang von der Straße und dem direkten Ausgang erhält das Souterrain eine eigene Erschließung. Damit wird das Haus durchlässig, der Durchgang von der Straße zum Hof ist möglich, ohne die Wohnräume betreten zu müssen.

Die zwei Wohngeschosse beinhalten eine Reihe von Kammern und Zimmern, die je nach Bedarf als Arbeits-, Wohn-, Schlaf- oder Gästezimmer genutzt werden können. Das Dachgeschoß verschafft zusätzlich Lagerraum. Es kann aber wie das Souterrain zu weiterem Wohnraum ausgebaut werden, was ja auch die Regel ist.

Die Erschließung des Hauses mit einem seitlichen Treppenhaus macht es möglich, jedes Zimmer für sich zu betreten. Damit ist auch die Voraussetzung dafür gegeben, einander im Haus aus dem Weg gehen zu können. Zudem ist eine Teilung des Hauses in zwei Wohnungen möglich.

Das Bremer Reihenhaus sieht zwei Ausgänge vor. Den Ein-/Ausgang zur Straße und den Ausgang zu Hof und Garten. Damit sind zwei "Außenhäuser" mit unterschiedlichen Öffentlichkeitsgraden zugänglich - das produktionsöffentliche Hinten und das straßenöffentliche Vorne. Mit dem Hof und Garten steht ein zusätzlicher Arbeits- und Aufenthaltsort zur Verfügung, der Platz hat für einen Schuppen, eine Werkstatt und für verschiedene Tätigkeiten.

"Eine private "Welt", in der die BewohnerInnen tun können, was sie wollen (oder müssen). Reparieren, Basteln, Spielen, Wäschetrocknen, Gärtnern, die Fassade beranken, Flieder pflanzen oder nur Kaffee trinken, ein Buch lesen, einen Text oder einen Brief schreiben. So ein Platz draußen und hinten gehört zum "Hausen"- Können so selbstverständlich und notwendig dazu wie der Vorgarten vor'm Haus." (Theiling, C. 1996:144)

Der Vorgarten bietet einen sicheren Distanzraum zur Straße. Hier ist Platz für Blumen, das Fahrrad, den Kinderwagen. Hier kann man auf der Treppe sitzen und mal sehen, was auf der Straße los ist. Kleine Kinder können am Zaun stehen und ihre ersten Erfahrungen mit der Straßenöffentlichkeit sammeln. Die Betreuenden können sie ruhig gehen lassen, weil der Zaun der Abenteuerlust eine deutliche Grenze bietet. Ältere Kinder sitzen bereits auf dem Zaun und schwätzen. Der Weg durch den Vorgarten gibt die Möglichkeit, sich zu orientieren bevor die Straße betreten wird.

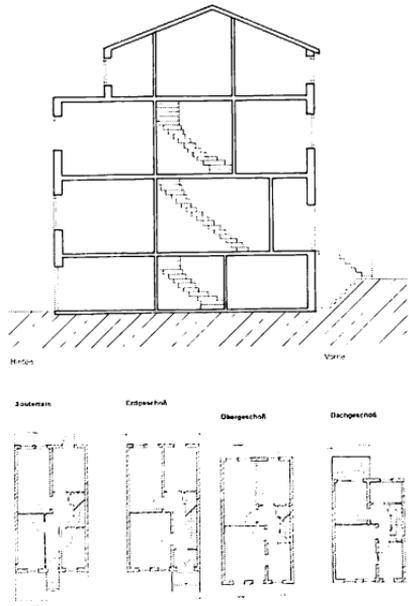


Abb. 75: Schnitt durch ein Bremer Haus und Grundrisse der Etagen

4.3.3 Das Haus an der Straße

Alle Häuser stehen an der Straße. Und alle Straßen haben einen beidseitigen Bürgersteig. D.h. alle BewohnerInnen haben einen direkten Zugang in die Straßenöffentlichkeit. Und sie verfügen auf dem Bürgersteig über einen sicheren Handlungsraum in der Öffentlichkeit, auf dem sie ihre täglichen Wege zurücklegen können.

Die Erschließung der Quartiere erfolgt durch ein hierarchisches Straßenraster. Dieses Raster eröffnet viele Wegemöglichkeiten.

"- Die Ost-West verlaufenden Haupteerschließungsstraßen (z.B. Ostertorsteinweg, Buntentorsteinweg) nehmen den Durchgangsverkehr auf und waren bzw. sind oft heute noch die Hauptgeschäftsstraßen.

- Die Quartierserschließungsstraße ist die meist rechtwinkelig von der Hauptstraße abzweigende Verbindung zweier parallel verlaufender Haupteerschließungsstraßen (...) und sind Nord-Süd orientiert, d.h. die Häuser werden von Osten und Westen belichtet (!). Diese Straße hat die Funktion, durch das Quartier zu den Haupteerschließungsstraßen zu führen. (...) Auch diese Straßen sind im Zentrumsbereich, besonders aber an den Kopfseiten, verstärkt mit Infrastruktur (Geschäften, Kneipen) ausgestattet. (...)

- Die Wohn-/Anliegerstraßen gehen von den Quartierserschließungs- oder auch Haupteerschließungsstraßen ab. Um die Fahrgeschwindigkeit niedrig zu halten, haben diese Straßen ein enges Profil und sind meist mit Großpflaster gepflastert. Um den internen Charakter dieser Straßen hervorzuheben, beträgt die Länge der Anliegerstraße in der Regel zwischen 100 und 150 m. Auch diese Straßen sind an ihrem Kopfseiten oft für gewerbliche und soziale Zwecke (Kinderladen, Jugendzentren, Kneipen etc.) genutzt." (Lucks, T. 1993:122)

Dieses Raster ermöglicht allen BenutzerInnen eine leichte Orientierung. Und die Versorgung liegt für alle BewohnerInnen "um die Ecke".

Die Häuser an der Straße organisieren einen deutlichen Rand, der zugleich die Anwohnerschaft kennzeichnet. Hier wird gelebt: Es werkeln Leute in den Vorgärten, gehen und stehen auf den Straßen. Und damit sind die Straßen auch für Quartiersfremde mit sicherem Gefühl zu benutzen.

Für heutige Verhältnisse sind die Wohnstraßen häufig gerade um 1-2m zu schmal. So ist es üblich, dass die Autos halbseitig auf den mit 1,5m sowieso zu schmalen Bürgersteigen parken. Bei Neuplanungen müssten die Straßen mit ungefähr 17m von Vorgartenzaun zu Vorgartenzaun und beidseitigem Baumstreifen sowie Parkstreifen überlegt werden.

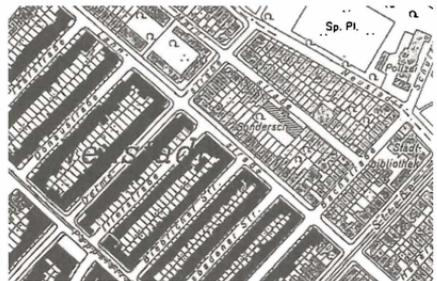


Abb. 76: Hierarchisches Straßenraster mit Haupt- und Nebenstraßen und kleinteiliger Parzellierung

Bei dieser Straßenbreite ist ein breiter beidseitiger Bürgersteig vorhanden, der einen Aufenthaltsort und Weg ermöglicht. Zugleich ist Platz, um auf beiden Straßenseiten zu parken. Das Auto kann direkt vor der Tür stehen, Einkäufe, etc. können bis vors Haus gefahren werden. Jedoch sind die Fahrbahnen so schmal, das die AutofahrerInnen entsprechend langsam fahren müssen. Und damit erhalten FußgängerInnen auch mehr Sicherheit beim Überqueren der Straßen. FahrradfahrerInnen können beruhigt auf der Fahrbahn fahren.

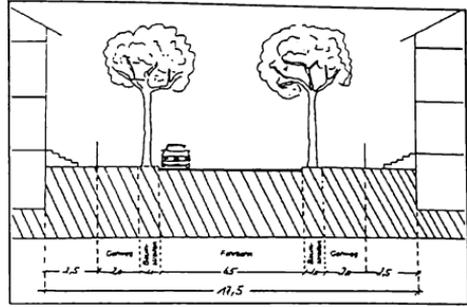


Abb. 77: Straßenzonierung idealtypisch

4.3.4 Das Bremer Haus - Sparsames "Hausen"

Das Bremer Haus ermöglicht allen Beteiligten, den BewohnerInnen wie der Stadt, sparsames Haushalten. Es ist von vorneherein ein günstiges Haus, da es nicht zu groß und daher verhältnismäßig billig ist. Zudem ist es auch in den Erhaltungskosten nicht teuer. Es gibt zwar große und kleine Häuser, aber alle Häuser beinhalten vergleichbare Qualitäten.

Das Bremer Haus ermöglicht viele verschiedene soziale und ökonomische Situationen. Es kann mit der Lebensgemeinschaft wachsen, indem z.B. das Dach oder das Souterrain zum Wohnraum ausgebaut werden. Es kann schrumpfen, indem es in zwei Wohnungen geteilt wird. Und mit der Teilung kann eine Wohnung vermietet werden. Die Miete kann also einen Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten.

"Das Bremer Haus hatte sich nicht nur in Zeiten der Wohnungsnot bewährt, es war für Bremen das Mietshaus schlechthin." (ebd.)

Das Souterrain kann als Laden oder Werkstatt genutzt werden. Mit der direkten Verbindung zur Straße besteht auch der Kontakt zu potentieller Kundschaft. Mit dem Dachgeschoß und dem Souterrain bietet es eine Menge Vorratsräume in zweierlei Hinsicht. Räume, um Vorräte anzulegen und einen Vorrat an Räumen, als mögliche Zimmer, Kammern oder Arbeitsräume.

Und nicht zuletzt ist das Haus an sich als Eigentum natürlich ein ökonomischer Rückhalt.

"Dabei meint "Eigentum" nicht das Akkumulieren von Kapital, Reichtum oder Besitz, sondern etwas Selbstverständliches: Einen eigenen "Ort"/"Platz" zu haben." (Theiling, C. 1996: 171)

So musste zwar die erste Generation - oft unter Mühe - das Haus abbezahlen, die zweite und jede folgende Generation profitiert jedoch bereits von der Vorleistung, indem sie nur mehr die Pflegeinvestitionen tätigen muss. Statt steigender Miete sind also nur die Ne-

benkosten zu bezahlen. Und die können z. T. durch eigene handwerkliche Leistungen ersetzt werden. Der Einsatz an Geldmitteln kann also über die Jahre reduziert werden. Und alle Investitionen dienen immer der Wertsteigerung des Eigentums, werden also letztendes in die eigene Tasche gewirtschaftet.

Der Stadt ermöglicht das Reihenhaus den sparsamen Umgang mit der Fläche (vgl. Collage Nord 1994) und einen günstigen Wohnungsbau.

"Der private Wohnungsbau hatte mit einem Drittel der Mittel aus dem ersten Wohnungsbauprogramm 1949/1950 so viele Wohnungen gebaut, wie der gemeinnützige und staatliche zusammen." (Kirschenmann, J. 1989:138)

4.3.5 Das gründerzeitliche Geschoßhaus

Von der Organisation vergleichbar ist das Geschoßhaus aus der Gründerzeit. In Bremen ist es zumeist als Einspänner organisiert, d.h. in jedem Geschoß liegt eine Wohnung (vgl. Theiling, C. 1996: 148). In anderen Städten herrschen Zweispänner, mit zwei Wohnungen je Stockwerk, vor. Auch das Geschoßhaus liegt in einer Hausparzelle an der Straße.

Der seitliche (bei Einspännern), bzw. mittige (bei Zweispännern) Eingang führt zum Einen in den Hof und Garten, zum anderen in die Geschoße. Alle BewohnerInnen verfügen also über einen Zugang zur Straße und zum Garten. Jedes Haus hat einen Keller und einen Dachboden. Auch hier erhält jede BewohnerIn einen Anteil.

Die Wohnungen sind mit einem Flur erschlossen, von dem die Zimmer abgehen. Die Zimmer sind ungefähr gleich groß. Sie können variabel genutzt werden. Die Küchen sind zumeist so groß, dass sie als Wohnküchen gebraucht werden können.

Im Gegensatz zum Haus besteht in der Wohnung natürlich immer das Problem, dass sie nicht vergrößert werden kann. Bei Zweispännern können eventuell die zwei Wohnungen in einem Stockwerk zusammengelegt werden. Aber dazu muss auch die Nachbarin ausziehen.

Der Hof und der Garten stehen allen BewohnerInnen eines Hauses als Aufenthaltsmöglichkeit und Arbeitsort zur Verfügung. Hier müssen sie sich allerdings auch gemeinsam über seine Nutzung und den täglichen Gebrauch einigen. Bei vier bis zehn Mietparteien sind die Vereinbarungen auch noch möglich. Die BewohnerInnen kennen einander, die Menge an Leuten ist überschaubar (vgl. Protze, K. 1994a:100).

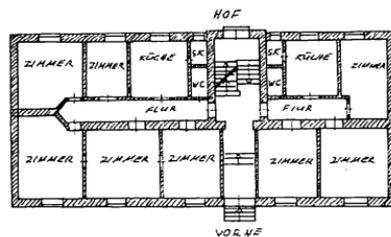


Abb.78: Grundriss einer Etage eines gründerzeitlichen Zweispanners

Die Voraussetzung zur Verfügung über den Hof sind eindeutige Grenzen. Der Zaun oder die Mauer ordnen erst den Hof dem Haus zu und zeigen damit an, wer für die Fläche zuständig ist - und wer nicht. So ist die Verfügung gesichert und der Gebrauch gewährleistet. Hier kann eben nicht jede(r) machen, was sie/er will. Werden diese Grenzen aufgehoben, so wird der Anteil der Beteiligten schlagartig vervielfacht. Damit wird auch die Ebene der persönlichen und konventionalen Vereinbarungen aufgehoben. Dies führt dazu, dass die Flächen für niemanden mehr im Alltag nutzbar sind, sondern zu reinen Schauflächen werden, die nicht mehr als Ergänzung zur Wohnung zur Verfügung stehen. Der Handlungsraum der BewohnerInnen wird damit auf die Wohnung beschränkt.

Auch das Geschosshaus steht direkt an der Straße mit Bürgersteig. Von den Fenstern aus können somit die Geschehnisse auf der Straße beobachtet werden. Der Bürgersteig bietet einen sicheren Handlungsrahmen für die täglichen Wege. Und auch hier gibt es zumeist ein hierarchisches Straßennaster vergleichbar mit den Reihenhaushausquartieren. Läden, Kneipen, Werkstätten, etc. finden in den Erdgeschoßen und an den Ecken ihren Platz und sind daher schnell zu erreichen.

Trotz seinen Qualitäten sind im Vergleich zum Bremer Haus die BewohnerInnen des Geschosshauses bereits mit Reduktionen ihres Handlungsspielraumes konfrontiert. Sie verfügen nur über eine Wohnung, nicht über ein eigenes Haus. Sie müssen alle Ergänzungen zur Wohnung mit den anderen BewohnerInnen des Hauses teilen. Die Wege zu den Erweiterungen wie Dachboden und Keller, Hof und Garten sind länger. Und sie leben zumeist im Mietverhältnis. Sie können sich mit den Geldern, die sie in die Wohnung und in das Wohnen stecken, kein Eigentum erwirtschaften.

4.4 Der Zeilenbau – "Nichtstun" wird zum Wohnprogramm

Im Gegensatz zu den vorherigen Beispielen, die als Vorbilder für einen alltagsgerechten Haus- bzw. Wohnungsbau eingeführt wurden, wird nun das Beispiel des Zeilenbaus gegenübergestellt, das zeigt, wie diese Handlungsspielräume verhindert werden.

Zeilenbausiedlungen sind zumeist so organisiert, dass die Gebäude abgewandt von der Straße stehen. Sie werden über Wohnwege erschlossen. Kennzeichnend ist, dass die Gebäude zumeist nur an einer Seite einen Eingang aufweisen und die Flächen um die Gebäude nicht parzelliert sind.

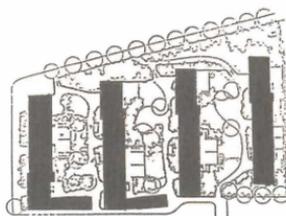


Abb. 79: Zeilen und Grünflächen einer Wohnsiedlung

Zugleich sind diese Freiflächen als Grünanlagen gestaltet. Als Beschäftigung ist hier nur sitzen, reden, schauen und ein Kinderspielplatz vorgesehen. Freizeit und Erholung sind praktisch in die Gestaltung der Flächen eingepflanzt. Eine andere Nutzung ist auch nicht zugelassen. Wer sich hier betätigt, bekommt Schwierigkeiten mit der Siedlungsverwaltung. D.h., die Außenanlagen sind nicht als ergänzende Arbeitsorte gedacht.

Steht in den älteren Siedlungen (1920er bis 1960er Jahre) noch ein Keller oder Dachboden zur Verfügung, so werden diese heute oft durch die Tiefgarage, gemeinschaftliche Hobbyräume und Mansardwohnungen im ausgebauten Dach ersetzt. In diesen Siedlungen ist das häusliche Wirtschaften in allen seinen Dimensionen auf die Wohnung beschränkt.

Die Wohnungen wiederum bestehen aus Grundrissen, die die Nutzung der einzelnen Zimmer weitgehend vorgibt. Je nach Nutzungsart sind Zimmergrößen, Fenster und Zugänglichkeit fertig entworfen. So ist die Küche gerade so groß, dass Kochen möglich ist.

Das Wohnzimmer ist als Hauptaufenthaltort gedacht und daher das größte Zimmer. Zumeist ist es zugleich Durchgangszimmer und Zugang zum Balkon. Es kann daher auch nicht aufgeteilt oder anders genutzt werden. Die Schlafzimmer sind auf die BewohnerInnen zugeschnitten, die Elternschlafzimmer so groß, dass das Ehebett und ein Schrank Platz hat, das Kinderzimmer, dass ein Kinderbett und ein Schrank Platz hat. Damit sind auch diese Zimmer im Prinzip festgelegt. Zudem macht es die Erschließung mit Durchgangszimmern unmöglich, die Zuteilung zu variieren. Im Grunde hat hier niemand Platz, sich zu betätigen. Außer Kochen und Putzen sind hier keine Handlungsmöglichkeiten.



Abb. 80: Funktionale Wohnungsgrundrisse, Neue Vahr Süd

4.4.1.1 Die zentrale Wohnküche – Eine neue Variante

Als neue Variante taucht die zentrale Wohnküche in den Wohnungsgrundrissen der letzten Jahre auf. Diese Wohnküche liegt direkt hinter der Wohnungstür, sie fasst im Prinzip Flur, Küche und Wohnzimmer in einem Raum zusammen.

"Durch ihre exponierte Lage muss die Wohnküche, neben ihrer Funktion als Arbeitsplatz, auch repräsentative Funktionen übernehmen, die sonst das Wohnzimmer oder die "gute Stube" tragen. D.h. ihr Zustand soll, was Stil, Sauberkeit und Ordnung betrifft, den üblichen Konventionen entsprechen. Diese Aufgabe konkurriert natürlich mit der Aufgabe als Arbeitsplatz, da Kochen, Essen oder Kinderspiel bekanntlich Spuren des Gebrauchs hinterlassen. Damit wird die Wohnküche, die an sich ja praktisch ist, weil mehrere Tätigkeiten nebeneinander getan werden können, überlastet. Den Widerspruch muss wiederum die Hausfrau austragen. Sie

muss permanent die Rolle wechseln, mal Köchin, mal Gastgeberin, mal Putzfrau, mal Repräsentantin des Hauses. Damit wird auch ihr Arbeitsaufwand erhöht bzw. es wird ihr unmöglich gemacht, vernünftig ihre Arbeit zu machen." (Protze, K. 1994b:27)

Und so wird die brauchbare Idee einer Wohnküche zur weiteren Belastung. Statt einem praktischeren Arbeitsraum entsteht ein erweitertes Wohnzimmer.

4.4.2 Der Zeilenbau verhindert Sparsamkeit

Insgesamt bleiben als Arbeitsorte nur die kleinen Küchen bzw. mit Einschränkung die zentralen Wohnküchen. Damit besteht praktisch keine Möglichkeit, Sachen aufzuheben, Vorräte anzulegen, viel selber zu machen. Was nicht selber gemacht werden kann, muss gekauft werden. Die Siedlungs- und Wohnungsgrundrisse zwingen also die BewohnerInnen zu andauernden Geldausgaben. Nicht nur, dass die Miete laufend gezahlt werden muss, und dass sie andauernd steigt. Schon die alltägliche Lebensführung hängt vor allem am Geldeinkommen. Sparsames Wirtschaften in dem Sinne, dass Geldausgaben vermieden werden können und der Einsatz der vorhandenen Mittel weitgehend selbst bestimmt werden kann, ist hier unmöglich. Und mit den fortwährenden Geldausgaben kann kein Ertrag für die Zukunft und für die nächste Generation erwirtschaftet werden. Das Geld fließt an die Wohnungsbaugesellschaft und in den Freizeit-, Konsum- und Dienstleistungsbereich.

4.4.3 Die Aufhebung der Straße als öffentlicher "Ort"

Parallel zur Aufhebung der privaten Freiräume verläuft in den Zeilensiedlungen die Aufhebung der Straße als öffentlicher Ort. Diese Aufhebung verläuft an verschiedenen Stellen. So wird der Straßenrand aufgelöst, indem die Zeilen von der Straße abgerückt oder abgewendet werden. Die Eingänge liegen nicht mehr an den Straßen. Der Bezug zwischen Gebäude und Straße geht verloren. Zugleich fehlen die Vorgärten, die Läden, Werkstätten, Kneipen, etc. in den Erdgeschossen. Es gibt keine Anlässe und Möglichkeiten, sich auf den Straßen aufzuhalten.

Damit einher geht der Verlust der Anteilnahme an der Straßenöffentlichkeit, der private Anteil an der Straße sowie die soziale Kontrolle in der Straße.

Denselben Effekt hat die Geschossigkeit. Ab dem dritten Geschoß besteht praktisch kein Bezug mehr zwischen der Wohnung und der Straße. Ruf- und Sichtkontakt bzw. gar Eingriffsmöglichkeiten sind aufgehoben.

Durch die Auflösung des Randes wird die Straße zum reinen Transportband reduziert. Sie ist nur mehr lineare Verbindung.

Mit der Abkehr der Gebäude von der Straße erfolgt oft die Reduktion des Bürgersteiges. In neuen Wohngebieten gilt er oft als nicht notwendig oder als zu teuer und wird darum weggelassen.

Dies alles bringt mit sich, dass den BewohnerInnen in ihrem Alltag – aktuell wie zukünftig – kein sicherer öffentlicher Freiraum zur Verfügung steht – also kein Bürgersteig als autofreier Straßenanteil, keine soziale Kontrolle, die die Verfügung über den Bürgersteig sichert.

Und nicht zuletzt sind die Läden und Kneipen auf wenige Versorgungszentren beschränkt. Um diese Zentren zu erreichen, müssen weite Wege zurückgelegt werden, zu meist auf Straßen, die eben nur aufs Auto ausgerichtet sind.

4.4.4 Die Propaganda in Architektur und Stadtplanung

Der Zeilenbau und die Funktionalisierung wurden seit den 1920er Jahren als Erleichterung der Hausarbeit (vgl. Taut, B. 1924) und des Alltags (vgl. Le Corbusier 1941) propagiert. Damit sollte den Frauen – als bürgerliche Forderung – mehr Zeit für ihre Familie zur Verfügung stehen bzw. – als fortschrittliche Forderung – Zeit für die Lohnarbeit. Erreicht wurde nur, dass der Hauswirtschaft der Spielraum und die Wirtschaftsmöglichkeiten räumlich genommen wurden. "Innenhaus und Außenhaus" sowie der Zugang zur Straße und die Straße als Aufenthaltsort wurden abgeschafft. Nicht die häusliche Produktion wurde abgeschafft, da dies ja nicht möglich ist, sondern ihre Arbeitsorte. Damit wird "Wohnen" zur Freizeit erklärt. Das häusliche Wirtschaften soll nur mit Geldmitteln erfolgen. Die "Junggesellenkultur" (vgl. Dams, C. 1990), also ausreichendes Geldeinkommen, Freizeit, Konsum und Dienstleistungen zur Bewältigung des Alltags, werden zum allgemeinen Standard erhoben. Damit werden auch Geldausgaben und die Abhängigkeit von Lohnarbeit zum allgemeinen Standard. D.h. umgekehrt:

"Richtig einsichtig wird jedoch die Logik der Funktionstrennung erst vor dem Hintergrund der Tatsache, dass an der Arbeit, die jemand für die eigene Bedürfnisbefriedigung für sich selbst leistet, kein zweiter etwas verdienen kann. Und wer in dieser Gesellschaft davon lebt, dass sein Geld für ihn arbeitet, ist darauf angewiesen, dass jemand nicht nur für sich, sondern auch für ihn arbeitet." (Hülbusch, K.H. et al. 1994:236)

4.5 Frauen und Wohnen – Eine Debatte um die Verfügung über private und öffentliche Freiräume

Wenn PlanerInnen über Frauen und ihre Lebensbedingungen nachdenken, so sollte dies immer ein Nachdenken darüber bedeuten, wie möglichst vielen Frauen im Alltag brauchbare private und öffentliche Freiräume zur Verfügung gestellt werden können. Diese Freiräume sind eine wichtige Voraussetzung für die Organisation des alltäglichen Lebens. Sie stellen praktisch die Produktionsmittel zur Herstellung und Erhaltung des Lebens dar.

"Eine Alternative ist nur in Sicht, wenn wir es schaffen, auf die Dauer nicht einfach nur den Lohn, sondern viel mehr, nämlich die Produktionsmittel, wieder zu bekommen: unsere Körper und unsere Kinder, unsere Häuser und unser Land, unser Wissen, unsere Kreativität und die Resultate unserer Arbeit. Wir wollen das, Männer und Frauen, ohne dafür "am Draht" zu hängen."

gen, damit wir für unsere eigene, autonome Existenz tätig sein können." (von Werlhof, C. 1993:131)

Das bedeutet konkret, sich Gedanken dazu zu machen und Beispiele dafür zu sammeln, wie möglichst vielen Menschen "Innenhaus und Außenhaus" und ein Anteil an der Straße zur Verfügung gestellt werden können. Als Vorbilder können Beispiele wie die Bremer Hausquartiere herangezogen werden: ihre Parzellierung, ihre Organisation der privaten und öffentlichen Freiräume, ihre Häuser.

So kann dem Alltag und damit auch der täglichen Arbeit der Frauen die Anerkennung gezeigt werden, in dem der notwendige Platz gegeben wird. Und in diesem Rahmen haben Frauen wie auch Männer die reale Chance, ihren Alltag nach ihren jeweiligen ökonomischen und sozialen Bedingungen und Notwendigkeiten zu organisieren und zu leben. Sie können ihre Abhängigkeiten weitestgehend selbst bestimmen. Damit besteht auch die Möglichkeit, ihre Rollen selbst zu definieren und untereinander neu auszuhandeln.

4.5.1 Grenzen der Planung

Das ewige Glück, unendliche Zufriedenheit, kurz das Paradies kann auch durch eine brauchbare Siedlungsorganisation nicht gewährleistet werden. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, Rollenzuschreibungen, Ausbeutung und Gewalt sind letztendlich Vereinbarungen, die von Menschen getroffen werden, und Handlungen, die von Menschen ausgehen. Diese Verhaltensweisen können nur in gesellschaftlichen und persönlichen Debatten in Frage gestellt und aufgehoben werden. Die Bebauung und Freiräume handeln nicht und verändern nicht von sich aus gesellschaftliche Macht- und Gewaltverhältnisse.

"Es lassen sich nicht mit der Übertragung von bestimmten materialen Strukturen aus »sozial funktionierenden« Siedlungsformen ebensolche sozialen Verhaltensweisen mitliefern. Anders ausgedrückt heißt das, dass kein "direktes Verhältnis zwischen gutem Wohnen und gutem Benehmen existiert." (Jacobs, J. 1976:79) (...) Es gibt aber bestimmte räumlich organisatorische Strukturen, in denen Menschen es leichter haben, sich "Menschlich zu benehmen", aber diese erzeugen nicht automatisch Menschlichkeit." (Böse, H. 1981:161)

Und so gibt es auch keine "Frauenbefreiung" – in welche Richtung auch immer – aus der Hand der PlanerIn. Aber es gibt einen räumlich-organisatorischen Rahmen, der es Frauen ermöglicht, sich ihre Freiheiten zu organisieren.

5 Gender und Diversity in der Siedlungsplanung

5.1 Einleitung

Mit der Diskussion um Gender Mainstreaming in der Planung wird der Begriff Gender auch in die Fragestellungen von Regional-, Landschafts-, Stadt- und Freiraumplanung eingeführt. Neu ist es nicht, in diesen Fachrichtungen Geschlechterfragen anzusprechen. Mit der feministischen Architektur und Planung, die zunehmend als frauenspezifische Planung geführt wurde, ist zumindest die Frauenfrage seit den 80er Jahren auch in der Planung angekommen (vgl. Dörhöfer, K.; Terlinden, U. 1985; Spitthöver, M. 1989). Die Frauenfrage bleibt jedoch im Gesamtzusammenhang gesehen ein Randgebiet, Frauen sind eine spezifische Zielgruppe unter anderen (z.B. Kinder, Jugendliche, Ältere Menschen). Und nicht zuletzt wird die Frauenfrage letztendlich auf die Lebensbedingungen von Frauen mit Kindern reduziert. Sie enthält damit traditionelle Rollenzuschreibungen und führt diese implizit weiter (vgl. Protze, K. 1996).

Gender Mainstreaming eröffnet nun die Möglichkeit, Geschlecht umfassender zu betrachten. Ein Verständnis von Geschlecht als sozialer Konstruktion ermöglicht es, zum einen von den individuellen Zuschreibungen und Verhaltenserwartungen zu abstrahieren und zum anderen die Grundstrukturen, die planerischen Denkvoraussetzungen zugrunde liegen, besser zu verstehen. Der Anspruch, das soziale Geschlecht als Querschnittsaufgabe in alle Arbeitsschritte einzuführen, gibt der Kategorie Gender eine wesentliche Bedeutung zur Analyse von professionellen Denk- und Wertungsprozessen, die letzten Endes zu bestimmten Planungen oder Gestaltungen führen. Ein Nachdenken über Diversity ergänzt diese Betrachtung, indem weitere gesellschaftlich unterscheidende Kategorien offen gelegt und damit sichtbar und verstehbar gemacht werden können.

Umgekehrt sind Planungen auch materiell übersetzter Ausdruck von professionellen Vorstellungen von Lebensbedingungen, Verhaltensregeln und Verhaltensangeboten (vgl. Böse, H. 1981). In ihren Angeboten werden Wertschätzungen von Arbeitsbereichen und Hierarchien der Bedeutung von Orten sichtbar. Planung enthält also klare gesellschaftliche Wertemuster – und die korrespondieren in der Regel mit gängigen gesellschaftlichen Trends.

An dieser Stelle soll ein Einblick in die Bedeutung von Gender und Diversity gegeben werden als eine Möglichkeit, gesellschaftliche Wertemuster zu analysieren und zu erkennen, wie sie ihren Ausdruck in der Planungsarbeit hinterlassen. Dazu wird zuerst eine kurze Einführung in Gender und Diversity in ihrer inhaltlichen Bedeutung gegeben. Hierbei spielen sowohl die Theorie von Judith Lorber (2003), die Gender als "soziale Institution" versteht, eine wesentliche Rolle als auch das Modell "hegemonialer Männlichkeit" von R. Connell (2006). Beide Denkwege werden dazu genutzt neben den individuellen geschlechtlichen Zuschreibungen und Wertungen auch die strukturellen Wertungen und Normierungen zu verdeutlichen.

An dem konkreten Beispiel einer Siedlungserweiterung in Bremen wird im Weiteren exemplarisch ausgeführt, wie Gender und Diversity für die Planung kennntnisweiternd wirken können. Damit werden zum einen professionelle Wertemuster und ihre Folgen ausgeführt, zum anderen ein Ausblick zu einem veränderten Planungsverständnis skizziert.

5.2 Gender als Analysekategorie

Die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht ist in unserer Gesellschaft eine zentrale soziale Zuordnung. Die Zweiteilung in Männer und Frauen gehört zu den zentralen gesellschaftlichen Einteilungen. Schon vom ersten Atemzug an ist es für alle Beteiligten wichtig zu wissen, zu welchem Geschlecht ein Kind zugehört. Eine rasche und gesicherte Klärung gibt insgesamt Sicherheit im Umgang miteinander. Denn mit der Zugehörigkeit zu einem Geschlecht sind konkrete Verhaltenszuschreibungen und Verhaltenserwartungen verbunden. Diese sind zumeist über Generationen tradiert und werden laufend gesellschaftlich bestätigt.

Mit der Diskussion um Gender wird in den Vordergrund gestellt, dass diese Eigenschaften, Verhaltenserwartungen und Zuschreibungen gesellschaftlicher Art sind und nicht naturbütig – sie sind eine der "gesellschaftlichen Konstruktionen von Wirklichkeit" (Berger, P. L.; Luckmann, T. 1969). Was Mannsein oder Frausein ausmacht ist daher nicht allein von den biologischen Voraussetzungen abhängig, sondern ebenso, wenn nicht vor allem von gesellschaftlichen Zuschreibungen. In der frühen Diskussion um Gender ist daher auch von "Doing gender" die Rede: Wir sind nicht ein Geschlecht – wir tun ein Geschlecht.

"*Gender* ist so allgegenwärtig, dass wir es in unserer Gesellschaft für genetisch bedingt halten. Dass *gender* ständig in der menschlichen Interaktion, aus dem sozialen Leben heraus geschaffen und wieder geschaffen wird und der Stoff und die Ordnung diese sozialen Lebens ist, erscheint den meisten Menschen kaum glaublich. Und doch ist *gender* genauso etwas vom Menschen Produziertes wie die Kultur und genau wie diese darauf angewiesen, dass jede und jeder ständig "*gender* macht" – "*doing gender*" (West und Zimmermann 1987). Und jede und jeder "*macht gender*" ohne viel darüber nachzudenken." (Lorber, J. 2003: 55)

Viele verschiedene Symbole wie Haltung, Kleidung, Frisur, Schmuck, Berufswahl etc. tragen dazu bei, das jeweilige Geschlecht zu bestätigen. Diese oftmals kleinen Symbole werden von uns von Beginn an gelernt und unbewusst oder auch bewusst eingesetzt, um uns einander in unserer gesellschaftlichen Rolle als Mann oder Frau zu bestätigen.

Die gesellschaftliche Einstufung als Mann oder Frau hat sozial ihre Folgen, da der soziale Status nicht egalitär ist. Mit ihm sind zugleich deutliche Wertungen im Sinne von Überordnung und Unterordnung verbunden. Eine zentrale Wertung ist die grundsätzlich angelegte Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen durch Männer, ein ungleicher sozialer Status von Männern und Frauen, der sich historisch entwickelt hat (vgl. Merchant, C. 1987; Mies, M. 1988).

Diese Hierarchie und Ausbeutungsstruktur wurde mit dem Begriff Patriarchat belegt und diskutiert (s. u. a. ebd.). Schon frühzeitig wurde die Patriarchatsdiskussion vor allem von Feministinnen, die mit einem feministisch-ethnischen (z.B. hooks, b. 1984) oder einem feministisch-kulturellen (z.B. Butler, J. 1990) Ansatz arbeiten, als unzureichend kritisiert, da sie ihrer Meinung nach vor allem die Situation von weißen Mittelschichtfrauen widerspiegelt bzw. in gesellschaftlichen Stereotypen von Weiblichkeit und Männlichkeit verhaftet bleibt. Im Unterschied zum Patriarchat ist *gender* ein allgemeinerer Begriff, der alle sozialen Beziehungen umfasst, durch die Menschen sortiert und einem bestimmten Gender-Status zugewiesen werden. Innerhalb jedes Gender-Status gibt es weitere ethnische und klassenbedingte Statusunterschiede, die das universelle Muster von Männerherrschaft und Frauenunterdrückung, das mit dem Konzept des Patriarchats vermittelt wird, durchkreuzt und weitere gesellschaftliche Hierarchien verdeutlicht. In dem Sinne ist *gender* eine menschliche Erfindung wie Sprache, Verwandtschaftsbeziehungen, Religion und Technologie; wie diese regelt *gender* das menschliche Sozialleben nach kulturell bedingten Mustern. Doch regelt *gender* nicht nur die Sozialbeziehungen im Alltag, sondern auch die umfassenderen sozialen Strukturen wie soziale Klassen und die Hierarchien bürokratischer Organisationen. Des Weiteren reproduzieren und verstärken sich die vergeschlechtlichten Strukturen auf Beziehungsebene und die vergeschlechtlichten Strukturen auf Organisationsebene wechselseitig (vgl. Lorber, J. 2003:44, 47).

Doch auch wenn diese Wertemuster gesellschaftlich hergestellt und verfertigt werden, ist es nicht so einfach möglich, sie "qua Willensakt" zu verändern (vgl. Meuser, M. 2005), *Gender* verweist also auf Wertemuster, die tief in unserer Gesellschaft verankert sind und diese umfassend beeinflussen.

"Der Modus der Herstellung der Zweigeschlechtlichkeit verschwindet im Ergebnis, nicht zuletzt darin manifestiert sich die geglückte Selbst-Naturalisierung dieser sozialen Konstruktion. Auf der Phänomen-Ebene tritt uns die soziale Umwelt als immer schon binär codifiziert entgegen und wir neigen dazu, sie auch dort noch als zweigeschlechtlich strukturierte wahrzunehmen, wo sie Anlass zu diesbezüglichen Irritationen bieten könnte. Das legt fortwährend den Kurz-Schluss nahe, darin manifestiere sich eine vorsoziale Unterscheidungsmöglichkeit von Frauen und Männern. Die Schwierigkeiten, diesem Kurz-Schluss zu entgehen, zeigen sich auch in bestimmten Konzepten geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Auch sie argumentieren z. T. auf der Grundlage impliziter Annahmen über die "natürliche" Zweigeschlechtlichkeit und damit auf der Grundlage der *sex/gender* Unterscheidung, obwohl sie dem Anspruch und Selbstverständnis nach die Geschlechterdifferenz in ihrer jeweils vorfindlichen historischen Gestalt als Ergebnis sozialer Prozesse und spezifischer Interessen begreifen." (Gildemeister, R.; Wetterer, A. 1995: 215)

In dieser tiefen Verankerung von *gender* in unserer Gesellschaft, aus der sich auch kritische Gedanken nur schwer lösen können, kann *gender* auch als soziale Institution verstanden werden. Dazu formuliert Judith Lorber:

"Mein *gender* Konzept unterscheidet sich von früheren Konzeptionalisierungen insofern, als ich, obwohl sich Konstruktion und Aufrechterhaltung von *gender* in den persönlichen Identitäten und in der sozialen Interaktion manifestieren, nicht beim Individuum und auch nicht bei den interpersonellen Beziehungen ansetze. Vielmehr verstehe ich unter *gender* eine Institution, die die Erwartungsmuster für Individuen bestimmt, die sozialen Prozesse des Alltagslebens regeln, in die wichtigsten Formen der sozialen Organisation einer Gesellschaft, also

Wirtschaft, Ideologie, Familie und Politik eingebunden und außerdem eine Größe an sich und für sich ist." (Lorber, J. 2003: 41)

Um diese Hierarchien verändern zu können ist es notwendig, die gesellschaftlichen Konstruktionen sehen zu lernen, zu verstehen, wie sie entstehen und wodurch sie tradiert werden. Erst mit Hilfe sorgfältiger Schritte der Dekonstruktion wird es möglich zu verstehen, wie eine fortlaufende Reproduktion ansatzweise vermieden werden kann. Dazu ist es aber notwendig, gender als soziale Institution offen zu legen.

"Kein Wandel dürfte sonderlich tief greifend sein, solange die allgegenwärtige Institution *gender* und ihre soziale Konstruktion nicht explizit gemacht werden. Das erste und oberste Paradox von *gender* ist, dass die Institution, ehe sie abgebaut werden kann, erst einmal sichtbar gemacht werden muss." (ebenda: 52)

5.3 Das Modell "hegemonialer Männlichkeit"

Ein Denkmodell, das dazu beiträgt, gesellschaftliche vergeschlechtlichte Wertungen offen zu legen und damit die soziale Institution gender besser zu verstehen, ist das Modell "hegemonialer Männlichkeit", das von R. Connell in den 1990er Jahren ausformuliert wurde. In ihm werden zentrale gesellschaftliche Wertemuster um den Begriff der Männlichkeit, die als zentrale, herrschende Kategorie verstanden wird, angeordnet. Die zentrale Aussage des Modells ist, dass die Genus-Gruppe Mann in sich sehr unterschiedlich ist. Es muss daher von verschiedenen Männlichkeitsmustern ausgegangen werden, die ebenso in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen wie Männer und Frauen. Dabei gibt es ein spezifisches Modell von Männlichkeit, das beschreibt was "ein richtiger Mann" ist.

Dieses Modell "hegemonialer Männlichkeit" bildet zugleich den Referenzrahmen der gesamten Geschlechterordnung. Gesellschaftliche Hierarchien erschöpfen sich demnach nicht in einer allgemeinen Dominanz von Männern gegenüber Frauen, sondern beinhalten insgesamt die Dominanz eines bestimmten Männertypus gegenüber Frauen aber auch Männern, die diesem Konzept nicht entsprechen können oder wollen.

Die Skizze macht deutlich, dass "hegemoniale Männlichkeit" in unserer Gesellschaft nicht wählbar ist, sondern immer weiß und heterosexuell, während farbige und homosexuelle Männer nachgeordnet oder gar marginalisiert sind. In diesem Rahmen ist hegemoniale Männlichkeit aber durchaus gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen. So wechselt der Status ökonomischen Erfolgs mit historischen Veränderungen: Auf einen gehobenen Status aufgrund des Eigentums an Land (gentry masculinity), folgt ein gehobener Status aufgrund des Eigentums an Produktionsmitteln (marketplace manhood). Gegenwärtig wird von der Herausbildung eines neuen Typs gesprochen, der als Unternehmer-Spekulierer beschrieben und auf das engste mit der Globalisierung in Verbindung gesehen wird (vgl. Döge, P. 2004: 63).



(nach Döge, P. 2004: 64).

Mit dem Modell der "hegemonialen Männlichkeit" werden bestimmte Eigenschaften beschrieben, die zu gesellschaftlicher Anerkennung und Privilegierung führen können. Im Umkehrschluss wird deutlich, welche Eigenschaften vermutlich gesellschaftliche Marginalisierung mit sich bringen. Zugleich wird aber auch sichtbar, dass das Geschlecht nicht der alleinige Faktor ist, der gesellschaftliche Anerkennung bringt. Erst in der Kombination mit weißer Hautfarbe, Heterosexualität, ökonomischem Erfolg und physischer Stärke und Gesundheit wird das Erfolgsmodell vollständig. Geschlecht ist also verschränkt mit Statuszeichen von Hautfarbe, Gesundheit, sexuellen Vorlieben, bestimmten Ökonomien. Neben dem Geschlecht spielen Ethnie, Klasse und Partnerwahl eine wesentliche Rolle in der Frage um gesellschaftliche Anerkennung oder Ablehnung.

Diese Verschränkung hat zur Folge, dass auch Personen, die durch eine bestimmte Eigenschaft gesellschaftlich marginalisiert sind, diese Marginalisierung zum Teil durch andere höher bewertete Eigenschaften aufwiegen können. So können Frauen, insofern sie Eigenschaften hegemonialer Männlichkeit aufweisen – wie z.B. weiße Hautfarbe, Dominanzorientierung, Durchsetzungskraft, ökonomischen Erfolg, Heterosexualität – sie also weitgehend systemkonform sind, einen Anteil an Anerkennung und gesellschaftlicher Privilegierung für sich beanspruchen. Umgekehrt sind Manager zwar überwiegend männlich, aber nicht alle Männer sind Manager oder in vergleichbar privilegierten Positionen (vgl. Döge, P. 2004: 68).

5.3.1 Diversity-Management

Indem das Modell hegemonialer Männlichkeit auf weitere entscheidende gesellschaftliche Wertungen wie Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Ökonomie und Körperzustand verweist, verweist es auch auf das Prinzip Diversity. Analog zum Modell hegemonialer Männlichkeit ermöglicht es das Modell der "4 layers of diversity" (nach Loden, M. und Rosener, J. 1991 angewandt in Koall, I. 2006), unterschiedliche Dimensionen gesellschaftlicher Differenzierungen zu verdeutlichen. Während in verschiedenen Gender-Konzepten gender als zentrale gesellschaftliche Kategorie verstanden wird, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Dimensionen wirksam ist, liegt der Schwerpunkt der Diskussion um Diversity in der Diversität gesellschaftlich wirksamer Dimensionen.

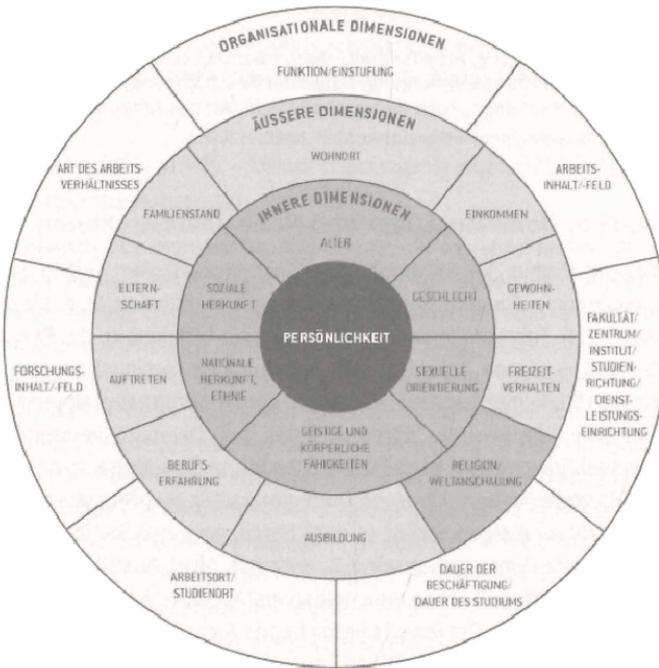


Abb. 81: das Diversity-Rad nach Loden und Rosener

Im innersten Kreis ist die Persönlichkeit angeordnet. Damit werden alle Aspekte zusammengefasst, die als "persönlicher Stil" bezeichnet werden können.

Der zweite Kreis umfasst die "inneren Dimensionen" oder "Kerndimensionen". Sie gelten als relativ unveränderbar. Dies sind auch die Eigenschaften, die in entsprechenden Gleichbehandlungsgesetzen angesprochen werden:

- Alter, Geschlecht, Sexuelle Orientierung, Geistige und Körperliche Fähigkeiten, Nationale Herkunft/ Ethnie, Soziale Herkunft

Der dritte Kreis beinhaltet "äußere Dimensionen", die sich im Unterschied zu den vorangegangenen durch Veränderbarkeit auszeichnen. Ein wenig aus der Reihe fallen Religion und Weltanschauung, da sie nicht immer frei wählbar sind und im Hinblick darauf ein rechtliches Verbot der Benachteiligung besteht.

- Wohnort, Einkommen, Gewohnheiten, Freizeitverhalten, Religion/Weltanschauung, Ausbildung, Berufserfahrung, Auftreten, Elternschaft, Familienstand

Der vierte und äußerste Kreis beinhaltet organisationale Dimensionen. Sie sind wie der Name schon besagt durch die Art der Zugehörigkeit innerhalb einer Institution oder Organisation bestimmt.

- Funktion/ Einstufung, Arbeitsinhalt/ -feld, Fakultät/ Zentrum/ Institut/ Studienrichtung/ Dienstleistungseinrichtung, Dauer der Beschäftigung/ Dauer des Studiums, Arbeitsort/ Studienort, Forschungsinhalt/ -feld, Art des Arbeitsverhältnisses

(vgl. www.univie.ac.at/diversity/php/dimensionen.html; Koall, I. 2006)

5.3.2 Monokultur, Dominanzkultur und Normalitätsstrukturen

Die meisten Organisationen, Verwaltungen aber auch Professionen neigen dazu, in bestimmten Dimensionen – oder Gender-Kriterien zu vereinheitlichen. D. h. sie unterstützen homogenisierende Faktoren in der Einschätzung der Tätigkeiten, der Personalplanung etc. Dabei gibt es eigene Organisations- oder auch Professionskulturen, nach denen Personen und Tätigkeiten beurteilt werden. In der Förderung und Unterstützung bestimmter einheitlicher Wertemuster führen sie dazu, dass Diversität verloren geht oder erst gar nicht ausgebildet werden kann (Koall, I. 2006). In dem Maße, in dem diese Monokulturen jeweils vorherrschen, kann von Dominanzkultur gesprochen werden (Döge, P. 2004). Diese herrscht an einigen Stellen offensichtlich, an vielen Stellen aber auch unterschwellig, bestimmte Dimensionen wie z.B. Herkunft, Alter, Ausbildung / Arbeitsbereiche, Verhaltensweisen erfahren dann eine selbstverständliche Anerkennung, andere sind unbenannt indiskutabel. Die jeweils herrschende Mono- oder Dominanzkultur macht dann die herrschende Normalität im Unternehmen oder auch der Profession aus. Wer nicht der Norm entspricht, gilt als abweichend und damit oftmals als Problem. Und ein Erkennen von Abweichungen führt nicht dazu, die Norm in Frage zu stellen.

"In den Begriff der Norm ist zugleich der Begriff der Abweichung eingeschlossen, so dass alle Menschen, welche nicht der Norm entsprechen, als vermeintlich deviant zusammengefasst werden. Gegen vermeintliche Abweichung wird interveniert, die scheinbar "Nicht-Normalen" sollen sich an das vermeintlich Normale anpassen. Das vorherrschende Normalitätskonstrukt ist jedoch kein Gegenstand der Diskussion." (Döge, P. 2004: 69)

In unserer Gesellschaft entspricht die Dominanzkultur zumeist dem Modell "hegemoniale Männlichkeit" – hohe Anerkennung finden weiße Männer mittleren Alters, die ihrem

Arbeitgeber uneingeschränkt zur Verfügung stehen – Haus- und Familienarbeit, sofern Haushalt und Familie überhaupt vorhanden sind, erledigen die dazugehörigen Frauen.

Da allgemein von einer strukturellen Blindheit gegenüber der Normalitätsstruktur ausgegangen werden kann, und die Norm auch von vielen Seiten gewollt oder ungewollt mitgetragen wird, können Veränderungen nicht so leicht umgesetzt werden. Sind Veränderungen gewünscht, so müssen diese offensiv eingeleitet und begleitet werden. Diversity ist daher im Ansatz gekoppelt an die Idee des Managements – mit Begleitung und Beratung von externen Personen. Ziel eines Diversity Managements ist es, die Dimensionen offen zu legen, die die Dominanzkultur begründen, weitere vorhandene Dimensionen zu offenbaren und der in ihnen enthaltenen Diversität einen besonderen Wert zu geben. Erreicht werden soll ein starker Pluralismus in Organisationen – Offenheit für Diversität in Professionen. In letzter Konsequenz sollen alle Gruppen strukturell vollständig integriert und in informelle Netzwerke eingebunden sein. Es gibt keine Vorurteile oder Diskriminierung und nur wenige oder schwach ausgeprägte Konflikte. In einem derartigen System herrscht weitgehend Chancengleichheit (vgl. Krell, G. 2002: 108)

5.3.3 Gender und Diversity – Verschiedenheit mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen

Gender und Diversity-Management sind Konzepte, die von einer breiten Verschiedenartigkeit der Menschen ausgehen, diese sichtbar machen wollen und sie als Qualität und Bereicherung verstehen. Zugleich sind sie Denkmuster, mit deren Hilfe es möglich wird, Dominanzkulturen und Normalitätsstrukturen, Hierarchien, Machtebenen, Einschluss- und Ausschlusskriterien zu verstehen, um sie abzubauen oder vermeiden zu können. Die beiden Denkmodelle unterscheiden sich vor allem in der Schwerpunktsetzung. Im Diversity-Management stehen die beschriebenen Dimensionen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung relativ gleichberechtigt nebeneinander. Eine besondere Bedeutung einzelner Dimensionen kann jeweils im Kontext des Unternehmens, der Organisation oder Profession sichtbar werden. Die Gender-Diskussion, unabhängig von der inhaltlichen Ausrichtung, setzt immer zuerst beim sozialen Geschlecht an und betrachtet dieses als die entscheidend differenzierende Dimension. Weitere Dimensionen können dann zum privilegierten oder benachteiligten Status beitragen oder ein Gegengewicht bilden.

5.4 Gender und Diversity in der Siedlungsplanung

Sowohl Gender als auch Managing Diversity sind Konzepte, die vielfach mit Personalentwicklung, Organisationsentwicklung oder Change Management angewandt werden. Es geht also in der Regel um konkrete Personen oder Personengruppen. In der Planung ist der Arbeitsgegenstand zuerst einmal materieller Art. Für die Siedlungsplanung stehen Fragen der Erschließung, Parzellierung, Bebauung und Nutzung im Vordergrund, d.h.

Straßenlängen und –breiten, Zonierungen innerhalb der Straßen, Grundstücksformen und –größen, Zäune, Mauern oder Hecken, Ein- oder Mehrfamilienhäuser, Wohn-, Misch- oder Gewerbenutzung. Diese vordergründig physische Seite der Siedlungsplanung hat aber auch eine sozial-ökonomische. Denn in den Siedlungen leben und/oder arbeiten viele verschiedene Menschen. Und die müssen mit den geplanten Voraussetzungen tagtäglich und über Generationen zu Recht kommen. Mit Siedlungsplanung werden also grundlegende Lebensbedingungen geschaffen, die im Alltag der Bewohnerinnen und Bewohner aber auch unterschiedlicher Besucherinnen und Besucher wirksam werden. In der Siedlungsplanung ist daher eine wesentliche Frage, wie diese verschiedenen Menschen ihre unterschiedlichen Alltage in den gebauten Voraussetzungen unterbringen können (vgl. u. a. Böse, H. 1981). Innerprofessionell bedeutet dies, dass geklärt werden muss, welche Vorstellung von "Leben" mit der Planung unterstützt wird oder werden soll.

In diesem Zusammenhang bieten Gender und Diversity zwei Konzepte, die dazu beitragen, Qualitäten von Planungen zu prüfen und individuelle sowie strukturelle Auswirkungen zu erkennen.

Hierbei lenkt Diversity, z.B. mit Hilfe des Modells der "4 layers of diversity", den Blick auf die möglichen Unterschiedlichkeiten in Lebenssituationen und Herkünften. Einige für die Planung wesentliche Dimensionen sind hierbei Alter, Familienstand, Herkunft, physischer Zustand, Arbeitssituation und Stellung. Sie öffnen den Blick und erinnern daran, aus welcher unterschiedlichen Lebenssituation die Menschen kommen könnten, die in den geplanten Siedlungen leben wollen. Und sie verweisen auf verschiedene Personengruppen, an die bei Siedlungsplanungen, aber auch Stadtentwicklungsplanungen, Stadtbau, Dorferneuerung oder Freiraumplanungen gedacht werden sollte.

Als Analyseinstrument gibt Diversity einen Hinweis auf innerprofessionell bevorzugte und vernachlässigte Dimensionen und somit Hinweise auf innerprofessionelle Dominanzkulturen und Normalitätsstrukturen.

Mit den unterschiedlichen Gender-Konzepten wird das soziale Geschlecht in den Vordergrund gerückt. Auch hiermit erfolgt ein Verweis auf die breite Unterschiedlichkeit innerhalb der Geschlechterrollen, ein Verweis auf Stereotypen und mitgebrachte Verhaltenserwartungen und –zuschreibungen. Dieser Verweis ermahnt zur Vorsicht gegenüber einer zielgruppenspezifischen Planung, da jede Benennung einer Zielgruppe leicht dazu führt, dass Stereotypen bestätigt werden.

Indem das soziale Geschlecht als eine wesentliche Unterscheidungskategorie dieser Gesellschaft benannt wird, ermöglicht der "Gender-Blick" einen genaueren Blick auf innerprofessionell verankerte Hierarchien – nicht nur im Arbeitsalltag und –prozess, sondern auch in der Herangehensweise und im konkreten Produkt. Neben den individuellen Privilegierungen oder Benachteiligungen von Frauen oder Männern, bzw. bestimmter Frauen und bestimmter Männer, ermöglicht der Genderdiskurs einen genaueren Blick auf strukturelle Privilegierungen und Benachteiligungen.

Das Modell der "hegemonialen Männlichkeit" von R. Connell, das bereits beschrieben wurde, ermöglicht es, neben den individuellen Merkmalen auch strukturelle Merkmale zu ergänzen. Nachdem das Geschlecht in alle Ebenen dieser Gesellschaft eingeschrieben ist, tragen auch Arbeitsbereiche (wie z. B. Hausarbeit, Familienarbeit, Erwerbsarbeit, Arbeit im Management oder als Hausmeister, als Ärztin oder als Handwerker) (vgl. auch Gildemeister, R.; Wetterer, A. 1995; Meuser, M. 2004b) oder Orte geschlechtliche Konnotationen (vgl. Wilson, E. 1993). Demnach erfahren bestimmte Arbeitsbereiche hohe gesellschaftliche Anerkennung (wie z.B. Erwerbsarbeit) und erhalten entsprechend Orte und Platz, andere Arbeitsbereiche (wie z.B. Haus- und Familienarbeit) werden nicht einmal als Arbeit wahrgenommen, dementsprechend werden ihnen weder Orte noch Platz eingeräumt.

Stadt- oder Freiraumplanung sind Professionen, zu deren Tätigkeit es gehört, Orte oder Platz einzuräumen oder zu verwehren. Problematisch werden die beschriebenen Bewertungen zumeist dann, wenn Planungen sehr spezialisiert auf einen bestimmten Lebensentwurf ausgerichtet werden. Die Folge ist oftmals, dass damit geringe Verhaltensspielräume gegeben sind. Umgekehrt ist es eine der grundlegenden Aufgaben von Planung, Orte zu schaffen, die von den Menschen an viele unterschiedliche Lebens- und Arbeitssituationen angepasst werden können (vgl. protze + theiling et al. 2004).

Chancengleichheit im Sinne von Gender Mainstreaming wäre es dann, allen Menschen, egal welcher Herkunft, welchen Alters, Geschlechts, physischen Möglichkeiten etc. einen Zugang und die Verfügung über private und öffentliche Freiräume zu ermöglichen, ohne zugleich damit vorzuschreiben, wie sie sich darin zu verhalten haben.

5.5 Einfamilienhaussiedlungen als Ausdruck von Dominanzkultur

Mit den Einfamilienhaussiedlungen wie sie seit den 1920er Jahren in Variationen geplant und gebaut werden, werden ganz spezifische Lebensbedingungen protegiert. Wie der Name schon sagt, ist die Zielgruppe eine Familie – im Sinne der Kernfamilie. Doch die Spezialisierung geht noch weiter. Am Beispiel der Siedlungserweiterung Bremen-Borgfeld-West soll gezeigt werden, dass mit einem Siedlungsentwurf nicht nur einfach Häuser und Wohnstrassen geplant werden, sondern ein ganz spezifischer Lebensentwurf verbunden ist.

Die Siedlung Borgfeld-West im Norden von Bremen ist ein typisches Stadterweiterungsgebiet der 90er Jahre. Sie liegt benachbart zum alten Dorfkern des Ortsteiles, an einer wichtigen Ausfallstraße, die zugleich die Hauptverbindung in die Innenstadt darstellt. Eine Straßenbahnlinie endet direkt an der neuen Siedlung. Eine Schule und ein Kindergarten bilden die mit geplanten Infrastrukturmaßnahmen.

Die Erschließung erfolgt über eine zentrale Achse, die an die Hauptstraße anschließt. Mit Ringstraßen und Sackgassen ist die Anbindung der Häuser organisiert.

Gebaut wurden und werden gereihete und freistehende Einfamilienhäuser, die in der Fassadengestaltung differenzieren, in der Innenorganisation aber gleich sind.



Abb. 82: Stadterweiterungsgebiet Bremen - Borgfeld-West

5.5.1 Grundstruktur von Haus und Erschließung

Die Reihenhäuser der Siedlung zeigen grundsätzlich eine gemeinsame Organisation von Haus und Erschließung. Die Häuser sind zweigeschossig mit Sattel- oder Pultdach. Im Erdgeschoss liegen Küche, WC und ein großes Wohnzimmer. Im Anschluss an das Wohnzimmer gibt es eine Terrasse. Wohnzimmer und Terrasse sind die Kernstücke in den Häusern. Das Wohnzimmer besetzt in der Regel den größten Anteil der Erdgeschossfläche. Ihm werden zumeist zwei unterschiedliche Nutzungsbereiche, ein kleinerer Essbereich und ein größerer "Erholungsbereich", zugeordnet.

Die Küche liegt neben dem Eingang ebenso wie ein WC. Ein Abstellraum liegt unter der Treppe. Es gibt keinen Keller.

Mit einer offenen Treppe, die seitlich und mittig im Haus liegt, werden die oberen Geschosse erschlossen. Im Obergeschoss sind das Bad und zwei bis drei weitere Zimmer untergebracht.

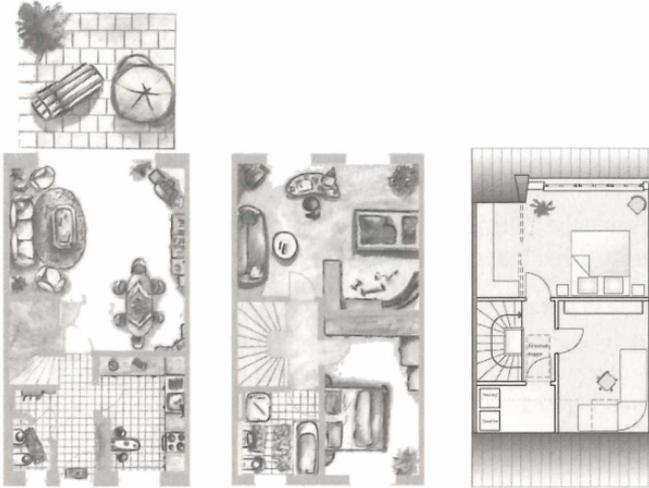
5.5.1.1 Abstellräume und Unterbringungsmöglichkeiten

Keines der Häuser hat einen Keller, die Häuser bieten dafür unterschiedlich große Abstellräume.

Die meisten Häuser enthalten weniger als 5 qm Abstellraum. Dieser liegt zumeist in einem kleinen Hauswirtschaftsraum im Anschluss an die Küche und einem Abstellraum unter der Treppe.

Wenige Häuser verfügen über Abstellräume zwischen 5 – 10 qm. In diesen Fällen befindet sich ein weiterer Abstellraum im Obergeschoss.

Wird der Dachboden noch dazu gerechnet, enthalten diese Häuser eine Menge an Fläche, um Dinge abzustellen oder aufzuheben. Diese großen Abstellmöglichkeiten gehen allerdings verloren, wenn das Dachgeschoss zum Wohnraum ausgebaut wird.



Erdgeschoss

Obergeschoss

Dachgeschoss

Abb. 83: Ein typischer Hausgrundriss der Siedlung

5.5.1.2 Außenbereich

Der Außenbereich besteht aus einem Vorgarten und einem Garten im Anschluss an Terrasse und Wohnzimmer. Bei den Endhäusern liegt auch seitlich noch ein Stück Garten. Zwischen den Terrassen werden Sichtschutzwände angebracht. Andere Grenzziehungen, Vorgartenmüerchen oder Hecken zu den Nachbarn, gibt es nur in Einzelfällen mit insgesamt gehobener Ausstattung. Zu den Häusern werden ein Stellplatz, ein Carport oder eine Garage zugeordnet, die gesammelt am Rand der Siedlung gelegen sind.

5.5.1.3 Lage

Die Siedlung lebt von der Infrastruktur des alten Dorfkernes, in dem verschiedene Läden, ein Markt und Gaststätten vorhanden sind. Kindergarten und Grundschule wurden mit der Siedlung angelegt. Die Innenstadt von Bremen kann mit Straßenbahn und Bus in ca. 30 Minuten erreicht werden.

5.5.2 Gebrauchsqualitäten im Lebenszyklus - Zielgruppe: Paare und Familien

Grundsätzlich sind die Häuser in ihren Grundrissen auf zwei bis vier Personenhaushalte abgestimmt, also auf Paare oder Kleinfamilien mit ein bis zwei Kindern. Durch Dachausbau oder bei bestehendem ausgebautem Dach sind noch ein bis zwei weitere Kinder möglich. Die Zimmer können natürlich auch als weitere Aufenthaltsräume (Galerie unterm Dach, Spielzimmer, Arbeitszimmer) genutzt werden. Damit bieten die Häuser auch die Möglichkeit, in kleinem Rahmen ein Nebeneinander von Familie, Wohnen und Arbeiten einzurichten. Dabei muss allerdings die Familie klein bleiben und die Arbeit darf Büroarbeit nicht übersteigen.

5.5.2.1 Für Familien wenig zusätzlicher Platz

Obwohl eine wesentliche Zielgruppe junge Familien sind, wird dem Bedarf dieser Zielgruppe wenig zusätzlicher Platz zugestanden.

Die mit unter 10qm in der Regel eher kleinen Küchen bieten kaum Sitzmöglichkeiten für zwei geschweige denn vier Personen. Ein Nebeneinander von z.B. Kochen und Kinderbetreuung ist hier nicht bedacht. Es findet noch nicht einmal eine Familie mit ein bis zwei Kindern ausreichend Platz zum Essen. Der Essplatz im Wohnzimmer ist also unbedingt notwendig. In Folge sind allerdings die Wege zwischen Küche und Essplatz relativ weit.

Nur wenige Häuser, in der Regel die Häuser mit ausgebautem Dachgeschoss, bieten mit Küchen über 10qm die Möglichkeit, in der Küche auch die Mahlzeiten einzunehmen und damit Wege und Aufwand zu sparen.

Es gibt im Großteil der Häuser für eine Familie mit zwei Kindern sehr wenige Abstellmöglichkeiten. Eine Vorratshaltung bezüglich Lebensmittel (z.B. Kartoffeln, Wasserkästen, Großeinkäufe) ist in den Häusern problematisch, in denen auf einen Hauswirtschaftsraum nahe der Küche vollständig verzichtet wird. Die kleinen Abstellräume hinter der Treppe oder im Obergeschoss reichen eben so für Putzmaterialien, aber nicht für Kisten mit Kinderkleidung und Kinderspielzeug oder einen oder zwei Wäscheständer.

Solange die Dachböden noch nicht ausgebaut sind, können sie dafür genutzt werden. Sind diese jedoch ausgebaut, kommt dem darin enthaltenen Hauswirtschaftsraum eine wichtige Rolle zu. Ist dieser aber vor allem von Haustechnik gefüllt, bleiben nur die wenigen Abstellmöglichkeiten in Erd- und Obergeschoss.

An der Stelle wird deutlich, dass die Einsparung eines Kellers zwar Baukosten spart, die damit verbundenen Abstell- und Lagermöglichkeiten aber innerhalb der Hausgrundrisse qualitativ und quantitativ nicht ersetzt werden können. In Folge werden Möglichkeiten der Vorratshaltung, der Betätigung (Werkstatt) und der Lagerung stark eingeschränkt, die im Alltag langfristig zu Einsparungen führen können.

5.5.2.2 Erholung als Kernfunktion

Kern der Nutzung ist das große Wohnzimmer im Erdgeschoss mit Terrasse und dem anschließenden Garten. Somit ist der Großteil des Erdgeschosses und des Grundstücks mit dem Nimbus von Erholung verbunden. Damit wird einer spezifischen Nutzung (Erholung) im Rahmen des Grundrisses eine hohe Bedeutung zugewiesen, die im Normalalltag einer Familie oder zweier berufstätiger Erwachsener relativ wenig Zeitraum einnimmt.

In einer Phase, in der die Kinder sehr klein sind, ist die Nähe von Küche und Wohnzimmer, das dann zum Spielzimmer wird, praktisch. Werden die kleinen Kinder zu Jugendlichen und halten sich lieber in den eigenen Zimmern auf, ist mit dem Wohnzimmer viel Platz mit wenig Nutzung belegt. Eine Verkleinerung des Raumes, um (eventuell auch später) ein weiteres Zimmer (z.B. Arbeitszimmer) unterzubringen, ist in der Regel nicht möglich.

Da die Treppe ins Obergeschoss zumeist vom Wohnzimmer ausgehend geführt wird und auch Terrasse und Garten nur von hier aus erreichbar sind, übernimmt dieses Zimmer zusätzlich eine zentrale Erschließungsfunktion. In Folge führen alle internen Wege dadurch. Dies führt, vor allem wenn Kinder oder Jugendliche im Haushalt leben, zumeist zu einem Widerspruch mit der implizit versprochenen Erholung und Ordnung (vgl. Protze, K. 1995a). Konkurrierende Nutzungen können dauerhaft zu Konfliktsituationen führen (vgl. Weresch, K. 2005).

5.5.2.3 Sehr groß nach der Familienphase

Die Häuser sind mit 2-3 Zimmern geräumig für ein Paar und angemessen groß für eine Familie. Wird das Dachgeschoss ausgebaut oder wurde ein bereits ausgebautes Haus gekauft, so sind die dann vorhandenen 4-5 Zimmer ausreichend groß für den Zeitraum der Familienphase. Sind die Kinder ausgezogen, steht den verbleibenden Eltern allerdings ein Überschuss an Platz zur Verfügung. Inklusive des ausgebauten Dachgeschosses sind 2-3 Räume langfristig untergenutzt, wenn sie nicht beruflich genutzt werden können. Eine Nutzung als Abstellräume wird dem Wert der Zimmer nicht gerecht. Und die Räume müssen unterhalten werden, was für ältere Bewohner sehr aufwändig sein kann.

Eine Verkleinerung des Wohnraumes durch Teilung in zwei unabhängige Wohnungen ist aber in keinem der Häuser möglich, da die Treppe durchwegs mittig liegt. Damit ist auch die Möglichkeit verwehrt, nach Auszug der Kinder oder später im Alter einen Teil des Hauses zu vermieten oder gar zu verkaufen und dadurch einen Beitrag zur Altersversorgung zu erhalten.

5.5.2.4 Außenbereich als Erweiterung des Wohnraumes

Terrasse und Garten sind in ihrer Erschließung über das Wohnzimmer Erweiterungen des Wohnraumes. Gesicherter privater Bereich ist allerdings vor allem die Terrasse mit ihren

Sichtschutzwänden. Die weiteren Gartenflächen sind zumeist von allen Seiten einsehbar. Oftmals liegen sie direkt an öffentlicher Zufahrt oder am Wohnweg.

Aufgrund der Erschließung durch das Wohnzimmer und der Einsehbarkeit von mehreren Seiten, gibt es auch im Außenbereich insgesamt wenig Platz für notwendige Arbeiten wie Reparaturen, Werken, Wäschetrocknen o. ä., die nicht im Haus gemacht werden können (vgl. Hülbusch, I.M. 1981).

Die schmalen Wohnwege reichen als Zugang zu den Häusern, können aber kaum für zusätzliche Tätigkeiten (z.B. Fahrradreparieren) genutzt werden. In der Regel werden bereits spielende Kinder oder stehen gelassene Spielsachen zu einem Hindernis.

5.5.2.5 Auch im Außenbereich wenig Abstellmöglichkeiten

Eine Unterbringung für den PKW ist in allen Angeboten enthalten. Hier variiert vor allem der Standard zwischen einem einfachen Stellplatz, einem Carport oder einer Garage. Nicht bedacht ist, dass Familien mit Kindern Unterbringungsmöglichkeiten für Fahrräder (und Anhänger), Kinderfahrzeuge (Fahrräder, Bobby-Car, Dreirad) oder einen Kinderwagen brauchen. Nur in wenigen Beispielen wird angemerkt, dass neben dem Carport auch Fahrradabstellplätze bereit stehen.

Grundsätzlich bieten Garagen an der Stelle mehr Möglichkeiten, zusätzlich zum PKW Fahrzeuge abzustellen.

5.5.2.6 Verkehrsfrei wohnen – weite Wege

Die Wohnwegerschließungen sichern, dass innerhalb der Siedlungen kein PKW-Verkehr vorhanden ist. Dieser bleibt an den Siedlungsrändern und den Parkieranlagen. Somit sind die Wohnlagen relativ ruhig, sofern nicht die Rückseiten an eine der umliegenden Wohnstraßen grenzen.

Der Vorteil, dass hier kleine Kinder gefahrlos spielen können, geht einher mit dem Nachteil, dass auf den Wohnwegen wenig Platz und Kinderspiel kaum möglich ist, ohne im Weg zu sein oder die Vorgärten zu gefährden.

Zugleich können die Häuser aber nicht einmal "im Notfall" mit dem PKW erreicht werden. In Folge müssen Möbel (Einzug, Auszug), Einkäufe, schlafende Kinder oder Urlaubsgepäck diese Strecke in die Häuser oder aus den Häusern getragen werden. Dies ist für Familien, in denen Großeinkäufe und kleine oder müde Kinder Alltag sind, ebenso aufwändig wie für ältere Personen, die nicht mehr gut gehen oder tragen können.

5.5.3 Resümee: Siedlung und Haus als Ausdruck von Spezialisierung

5.5.3.1 Ein spezieller Lebensabschnitt

Das marktübliche schlüsselfertige Reihenhaus im Neubau bietet in der Anzahl der Zimmer Platz für ein Paar oder eine Kleinfamilie. Allerdings darf der Anspruch an Abstellmöglichkeiten nicht sehr groß sein. Darin gleicht das schlüsselfertige Einfamilienreihenhaus einer Etagenwohnung. Für die im Familienalltag üblichen Kisten, Großeinkäufe, usw. ist wenig Platz. Ebenso wenig für den mit Familien verbundenen Fahrzeugpark. Für junge Familien stellt sich schon die Frage wohin mit dem Kinderwagen? Und wer trägt jede Woche die Wasserkästen vom Auto ins Haus?

Somit ist die Zielgruppe zwar in der Regel die junge Familie, der Familienalltag mit seinen Anforderungen bleibt darin allerdings abstrakt (vgl. dazu schon: Dörhöfer, K.; Terlinden, U. 1985). Und so finden die normalerweise anfallenden Tätigkeiten und Ausstattungen sowie die notwendigen Wege zum und im Haus erstaunlich wenig Aufmerksamkeit.

Die Größe der Häuser ist auf Paare und Zuwachs ausgerichtet. Ist die Lebensphase der Kleinfamilie abgeschlossen, sind die Häuser dann jedoch sehr groß. Es ist zum einen ein Privileg, über soviel Platz zu verfügen. Es bedeutet aber zum anderen, dass dieser Platz auch erhalten, gepflegt und unterhalten werden muss, auch wenn er nicht genutzt wird. Und je älter die Bewohner der Häuser werden, umso problematischer werden Aufwand und Kosten. Da eine Verkleinerung, also eine Teilung oder Teilvermietung nicht möglich ist, bleibt letztendlich nur ein Verkauf des Hauses (Winkel, R. 2005).

Durch eine Erschließung mit Wohnwegen und eine Anordnung der Häuser, bei der die Eingangsseiten den benachbarten Rückseiten zugewandt sind, ist eine starke räumliche Nähe innerhalb der Siedlungen gegeben. Es gibt wenige Möglichkeiten sozialer Distanz zu den Nachbarn. Dies ist bei einer relativ homogenen Bewohnerschaft und kurz nach Einzug weniger problematisch, da zumeist eine ähnliche Lebensphase (junge Familie) und vergleichbare Fragen (Umzug, neuer Wohnort, Innenausbau) bestehen. Sie kann aber problematisch werden, wenn die Siedlung älter und die Bewohnerschaft differenzierter wird, da die Interessenunterschiede zunehmend zum Tragen kommen und in großer Nähe ausgehalten oder ausgetragen werden müssen (König, R. 1958).

In Entwurf und Bewerbung ist der Schwerpunkt auf die frühe Phase des jungen Paares oder der Familie mit kleinen Kindern gelegt. Damit steht eine relativ kurze Phase innerhalb des gesamten Lebenszyklus im Mittelpunkt, ohne dass diese in ihren alltäglichen Anforderungen tatsächlich ernst genommen wird (vgl. ILS 2004). Zugleich erweisen sie sich langfristig als wenig anpassungsfähig an sich verändernde Lebensumstände (vgl. protze + theiling 2004).

5.3.2 Eine spezielle Ökonomie

Oben der Spezialisierung auf einen bestimmten Lebensabschnitt ist die Siedlung auch Ausdruck einer Spezialisierung auf eine bestimmte Ökonomie – des außerhalb Erwerbstätigen. Das geringe Platzangebot im Haus, wenig zugängliche Erdgeschosse und eine eher introvertierte Erschließung machen deutlich, dass Wohnen in erster Linie als Erholung und Freizeit verstanden wird. Nicht nur die häuslichen Arbeitsorte sind stark reduziert, an Arbeitsorte und Arbeitsmöglichkeiten einer Erwerbsökonomie ist kaum gedacht. Um einen reicht das Raumangebot nicht, sobald wirklich Kinder ins Haus kommen. Zum einen liegt der Raum, der eventuell auch als Arbeitszimmer genutzt werden kann, unter dem Dach. Es kann daher nur für einen Computerarbeitsplatz gedacht sein. Eine Möglichkeit, das Erdgeschoß als gewerblichen Raum zu nutzen, gibt es nicht, da hier Küche und Wohnzimmer untergebracht sind. Die innere Raumaufteilung und Erschließung lässt keine Spielräume.

Problematisch ist die Zugänglichkeit der Häuser soweit eingeschränkt, dass ein wie immer gesteigerter Publikumsverkehr nicht möglich ist. Damit sind Einkommensmöglichkeiten für Einzelhandel, haushaltsbezogene Dienstleistungen oder Dienstleistungen mit Kundenverkehr nicht lukrativ realisierbar.

Wohnen ist also weitgehend als Erholung und Freizeit organisiert – Haus- und Familienarbeit sind im Raumangebot nur beschränkt bedacht.

5.4 Im Einfamilienhaus wohnt der Familienernährer mit Hausfrau – Bauliche Strukturen als Ausdruck gesellschaftlicher Dominanzkultur

Die Siedlung ist Ausdruck davon, dass in der Siedlungsplanung ein Lebensentwurf, und damit ein soziales und ökonomisches Modell nach wie vor vorherrschend ist – die Kleinfamilie mit Familienernährer. Den gesellschaftlich tradierten Geschlechterrollen gemäß spielt der Mann die Rolle des Familienernährers, die Frau die Rolle der Haus- und Familienfrau sowie der Zuverdienerin. Ökonomisch getragen wird die Kleinfamilie von einem oder eineinhalb Einkommen, die außerhalb des Wohnortes erwirtschaftet werden. Der Wohnort selber bietet dazu keine Möglichkeiten.

5.4.1 Strukturelle Privilegierungen

Das Modell der hegemonialen Männlichkeit bietet an dieser Stelle ein relativ übersichtliches Modell, um die strukturellen und individuellen Privilegierungen und Marginalisierungen zu verstehen, die im beschriebenen Siedlungsentwurf enthalten sind.

Wegesehen davon, dass Geld notwendig ist, um die Häuser zu erwerben, ist auch der Lebensalltag in den Häusern aufs engste an einen externen Gelderwerb gebunden. Es gibt so gut wie keine Möglichkeiten, durch Vorratshaltung oder subsistentielle Tätigkeiten Geldmittel einzusparen. Gering sind auch die Möglichkeiten, Gelderwerb im Haus zu

organisieren. Sie entsprechen der Vorstellung von einer Erwerbstätigkeit, die zu Hause keinen Platz oder nur einen Schreibtisch braucht (akademisch, angestellt, Computertätigkeit) und ökonomischem Erfolg (im Sinne von ausreichendem Einkommen), der auf sparsames Wirtschaften nicht angewiesen ist. Dem entsprechen auch das Fehlen von Wirtschaftsräumen, Kellern, Schuppen und Abstellräumen. An dieser Stelle wird technischer Fortschritt (Haushaltsgeräte) vorausgesetzt, der Hausarbeit quasi unnötig macht.

Die entstehenden weiten Wege zur Versorgung, zum Spielplatz, zum Erwerbsarbeitsplatz u. a. gelten als kein Problem, da PKW (technisches Hilfsmittel) oder physische Stärke ganz selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Diesen strukturellen Privilegierungen entsprechen gesellschaftliche Geschlechterrollen, die zum Teil in der Vermarktung des Siedlungsgebietes direkt angesprochen werden. Zur Wohnsiedlung (unabhängig ob Einfamilienhaus oder Geschößwohnungsbau) gehört ideologisch der Familienernährer, der voll-erwerbstätig ist und einen Arbeitsplatz außerhalb der Siedlung hat. Im Haus (oder der Wohnung) waltet die Hausfrau, die sich um Haushalt und Kinder kümmert – was allerdings beides nicht als Arbeit gesehen wird, sondern als Beitrag zur Harmonie der Familie (vgl. Bock, G.; Duden, B. 1977). Vorausgesetzt wird, dass Hausarbeit schon allein daher keine Arbeit mehr ist, da Haushaltsgeräte, Dienstleistungseinrichtungen etc. die Arbeit "machen" und durch Konsum viele Tätigkeiten eingekauft werden können. Kinderbetreuung soll in diversen Einrichtungen, auf dem Spielplatz, in den Kinderzimmern stattfinden.

5.5.4.2 Strukturelle Marginalisierungen

Die im Entwurf enthaltenen strukturellen Privilegierungen verweisen auf die Kehrseite der Medaille – auf die strukturellen Marginalisierungen. Ausgeblendet werden Haus- und Familienarbeit, die ja trotz allem in unterschiedlichen Formen stattfinden muss und gemacht wird. Damit werden gebrauchorientierte und soziale Tätigkeiten, die im Rahmen des individuellen Alltags notwendig sind und auch zum ökonomischen Leben und Überlegen beitragen, unterschlagen, verhindert oder erhalten einen schlechten Nimbus (z.B. den der Armut) (vgl. Bennholdt-Thomsen, V.; Mies, M.; von Werlhof, C. 1983).

Diese strukturelle Marginalisierung trifft alle jene Menschen, die nicht der "Dominanzkultur" entsprechen können oder wollen: Menschen mit Betreuungspflichten, Menschen mit geringem Einkommen, ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Sinnes- oder Mobilitätsbeeinträchtigungen. Verdrängt bzw. von vorneherein an andere Stadtteile verwiesen werden aber auch jene Familienökonomien, die nicht irgendwo anders angestellt arbeiten oder einer "sauberen" Schreibtischtätigkeit nachgehen.

Hierbei sind mit großer Wahrscheinlichkeit eher Frauen betroffen, da sie statistisch gesehen eher Betreuungstätigkeiten verrichten, über weniger Einkommen verfügen, und den größeren Anteil an älteren Menschen ausmachen. Männer in den jeweiligen Situationen müssen sich aber ebenso mit den Einschränkungen arrangieren. Und – ganz ste-

reotyp betrachtet, sie erhalten wenige Möglichkeiten, typisch männlichen Tätigkeiten wie körperlicher Arbeit nachzugehen.

In Folge erweisen sich die Siedlungen auch perspektivisch als wenig anpassungsfähig an veränderte soziale und ökonomische Bedingungen. Mit dem Entwurf wird außer Acht gelassen, dass es sein kann, dass in der Alterung der Siedlung oder durch ökonomische Umstrukturierungen die Bewohnerinnen und Bewohner eine bessere Unterstützung durch die räumlichen Rahmenbedingungen bräuchten.

5.5.5 Wohnen und Arbeiten räumlich getrennt – Monokulturen als Basisparadigma

Die Siedlung ist weitgehend Ausdruck der innerprofessionell tief verankerten Ideologie der Trennung von Funktionen, die bereits in den 1920er Jahren diskutiert und schließlich in der "Charta von Athen" ausformuliert wurde. Eine der Kernaussagen der Charta ist:

"§ 77 Die Schlüssel zum Städtebau liegen in folgenden vier Funktionen:
Wohnen, Arbeiten, Sich fortbewegen, Sich erholen (in den freien Stunden)

Der Städtebau hat vier Aufgaben:

Erstens den Menschen gesunde Unterkünfte zu sichern, d.h. Orte, wo Raum, frische Luft und Sonne weitestgehend sichergestellt sind;

Zweitens, solche Arbeitsstätten zu schaffen, dass die Arbeit wieder den Charakter einer natürlichen Tätigkeit annimmt;

Drittens, die notwendigen Einrichtungen zu einer guten Nutzung der Freizeit vorsehen, so dass diese wohltuend und fruchtbar wird;

Viertens, die Verbindung zwischen diesen verschiedenen Einrichtungen herzustellen durch ein Verkehrsnetz, das den Austausch sichert und die Vorrechte einer jeden Verrichtung respektiert.

Diese vier Aufgaben sind die vier Schlüssel des Städtebaus." (Le Corbusier, Charta von Athen 1941)

Mit dem Gedanken der Trennung der Funktionen geht eine Spezialisierung von Orten einher, die entsprechend der ihnen zugeschriebenen Funktion gestaltet werden. Dabei enthält die jeweilige Zuschreibung zugleich ganz spezifische Qualitäten – und blendet andere aus. "Wohnen" wird in diesem Zusammenhang in erster Linie unter dem Aspekt der Gesundheit und an anderer Stelle dem Aspekt der Gemeinschaft betrachtet. Dass "Wohnen" auch Arbeit macht und am Wohnort auch gearbeitet wird, gibt es nach der Charta nicht. Das liegt daran, dass Haus- und Familienarbeit nicht wahrgenommen, Arbeit nur als Erwerbsarbeit verstanden wird. Und die Erwerbsarbeit soll an einem anderen Ort stattfinden, um ein gesundes Wohnen nicht zu gefährden.

Zwei Kriterien spielen eine nicht herausgestellte aber wesentliche Rolle: Distanz und Geld.

Entfernungen gelten als unproblematisch, da durch entsprechende Verkehrsanlagen und eine technische Ausstattung (an Pkws oder öffentlichem Personennahverkehr) eine reibungslose Überwindung von Distanzen gewährleistet scheint.

Als ebenso irrelevant werden die Kosten für Transport, Konsum, Einrichtungen, Dienstleistungen betrachtet – also die Kosten für all die Leistungen, die dazu beitragen, dass "Wohnen" überhaupt in die Nähe von "Erholung und Freizeit" gerückt werden kann.

Spezialisierungen dieser Art führen dazu, dass baulich-räumliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die im Prinzip Monokulturen herstellen, die mit starken Verhaltensvorgaben verbunden sind. Alle Menschen, die nicht der planerischen "Norm" entsprechen können oder wollen, finden nur geringe Spielräume gegen die vorhandenen Strukturen.

5.6 Schwerpunktsetzungen gegen die Dominanzkultur

Der Blick auf die Dominanzkultur in so kleinen Planungsaufgaben wie einer Siedlungserweiterung macht deutlich, durch welche ideellen Mechanismen räumliche Bedingungen hergestellt werden, die einzelne Personen dauerhaft oder periodisch einschränken - und dazu führen, dass eine Siedlung im Ganzen wenig anpassungsfähig ist für Veränderungen. Sowohl das Konzept von Gender als auch von Diversity geben hilfreiche Hinweise auf strukturelle Privilegierungen und Marginalisierungen. Dadurch können Qualitäten in den Vordergrund gerückt werden, mit denen baulich-räumliche Lebensbedingungen geplant werden, die für mehr Menschen größere Entscheidungs- und Handlungsspielräume ergeben.

Hierbei erweist sich eine Betrachtung der professionellen Wertestrukturen als hilfreicher als der direkte Blick auf Zielgruppen (wie z.B. Frauen, Senioren und Seniorinnen, Kinder, Jugendliche, Mobilitäts- und Sinnesbeeinträchtigte Menschen). Eine zielgruppenorientierte Planung kommt zwangsläufig in die Situation, ihre Zielgruppe mit bestimmten Eigenschaften eingrenzen zu müssen, um ihre besondere Betroffenheit zu demonstrieren. Sie neigt dann dazu, sich quasi auf eine "Dimension" zu beschränken. Durch diese Eingrenzung kommt es zu einer Stereotypenbildung, der in der Planung dann der Schritt der räumlichen Spezialisierung folgt. Mit der Zielgruppe wird also zugleich eine neue Monokultur hergestellt. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die frauenspezifische Architektur (vgl. Protze, K. 1996).

Werden die strukturellen Privilegierungen und Marginalisierungen jedoch ernst genommen, so geben sie Hinweise darauf, welche Qualitäten Ausgangspunkt von Siedlungsplanung sein müssten.

- Statt Spezialisierung auf einen Lebensentwurf oder eine Funktion (was zwangsläufig zur Stereotypisierung führt) – Anpassungsfähigkeit für unterschiedliche Lebensmuster

- Statt eine bestimmte Ökonomie zu favorisieren – Verhaltensspielräume schaffen für unterschiedliche Ökonomien und soziale Situationen

Damit steht statt der Spezialisierung von Räumen die Anpassungsfähigkeit im Alltag zur Diskussion. Dies führt zu einem anderen Verständnis wesentlicher Alltagsorte.

Haus/Wohnung dient nicht allein der Erholung und Freizeit oder geselligem Beisammensein der Familie. Sie sind materiell grundlegende Arbeitsorte im Alltag – und zu der Arbeit gehört neben der Haus- und Familienarbeit eventuell auch eine Erwerbsarbeit. Vorgarten, Hof und Garten sind demnach notwendige Erweiterungen nach draußen – nicht nur gesundes Grün und Repräsentationsflächen (vgl. z.B. Hülbusch, I. M. 1981).

Die Straße ist nicht allein Verkehrsverbindung, sondern der wichtigste öffentliche Freiraum, dient im Alltag als Weg und Ort, Arbeitsort und Lernort (vgl. Hülbusch, K. H. 1996, Jacobs, J. 1963; Muchow, M.; Muchow H. H. 1935/1980).

Um diese Bedeutung besser einnehmen zu können, sind aber bestimmte räumliche Voraussetzungen nötig, die hier kurz skizziert werden (vgl. protze + theiling et al. 2004):

- Variabel nutzbare Haus- und Wohnungsgrundrisse (Raumgrößen und Anzahl, Erweiterung und Verkleinerung, Abstell- und Vorratsräume, Wirtschaftsräume, gewerbliche Nutzungsmöglichkeiten)
- Straßenorientierung, Eckbebauungen
- Reihung – viele Türen nebeneinander

Um mit Hilfe der Erschließung Zugänglichkeit und Durchlässigkeit, günstige Lagen für Kundenverkehr, gute Erreichbarkeit für Anlieferungen – also für Anwohnerinnen und Anwohner sowie für Andere relativ einfache Orientierung und die Möglichkeit kurzer Wege zu eröffnen, braucht es:

- Viele Straßen, viele Kreuzungen, Anknüpfen an benachbarte Stadtteile
- Straßen mit Bürgersteigen und Baumstreifen
- Barrierefreie öffentliche Freiräume

5.6.1 Vorbilder statt Innovationen

Und dazu ist es nicht einmal notwendig, Neues zu erfinden. Mit einem anderen Verständnis von Siedlungsplanung, das durch Denkmodelle wie Gender und Diversity unterstützt wird, wird es möglich, andere Siedlungsformen als die "Modernen" wahrzunehmen und in ihren Qualitäten für den Alltag unterschiedlicher Ökonomien und Lebenssituationen zu prüfen. Ein Blickwechsel erfolgt dann nicht nur in der Wahrnehmung weiterer gesellschaftlicher "Dimensionen". Managing Diversity wäre an der Stelle eine offensive Suche nach anderen baulich-räumlichen Vorbildern. Auch an der Stelle kann ein Paradigmenwechsel erfolgen – statt dem Männlichkeitsideal zu folgen und "bei Null anzufangen" (Wolfe, T. 1990) und auf Innovationen zu setzen (die oftmals auch nur das Rad neu erfinden vgl. Gronemeyer, M. 2000), können Vorbilder in alltäglich bekannten und geschätzten Stadtteilen gesucht werden. Das folgt nicht der professionellen Idee von Geni-

alität, ermöglicht aber sicherlich einen besseren Zugang zu der Frage, wie vielen unterschiedlichen Menschen ein Zugang zu gebrauchsfähigen Gebäuden und Freiräumen ermöglicht werden kann.

III Nachweise

Literatur

- ag arch ruhrgebiet (1990): Bauen im semantischen Raum: ein Beitrag zur Differenzierung von Moderne und Postmoderne in der Architektur. Aachen.
- AG für Landschafts- und Freiraumplanung Protze & Theiling (1997): Gebrauchswerte und Spekulation in einer alterungsfähigen Stadt am Beispiel Halle / Saale. Studie im Auftrag des IVU, Berlin für das Ministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr des Landes Sachsen - Anhalt. Verf. Mnskr. Kassel.
- Albers, Gerd (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa. Begegnungen, Einflüsse, Verflechtungen. Bauwelt Fundamente Band 117. Braunschweig / Wiesbaden.
- Apel, Dieter et al. (1997): Kompakt, mobil, urban: Stadtentwicklungskonzepte zur Verkehrsvermeidung im internationalen Vergleich. Difu - Berichte zur Stadtforschung 24. Berlin.
- Bahrdt, Hans P. (1961): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Reinbek.
- Bärenweiler, Rainer; Cordts, Hans-Jürgen (1992): Vom Einfamilienhaus zum Einfamiliengebäude. Diplomarbeit am FB 13 der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Bäuerle, Heidbert (1973): Grundeigentum - Grundrente - Bodenpreis. Diplomarbeit am FB 13 der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- BauGB (2004): Das Baugesetzbuch – Gesetze und Verordnungen zum Bau- und Planungsrecht. vhw-Verlag, Bonn, Berlin.
- BBR (2003): Städtebau und Gender Mainstreaming. Werkstatt:Praxis Nr. 4/2003. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn.
- BBR (2006): Städtebau für Frauen und Männer. Werkstatt:Praxis Heft 44. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn.
- Beck, Johannes (1994): Der Bildungswahn. Reinbek.
- Becker, Heidede; Jessen, Johann; Sander, Robert (Hrsg. 1998): Ohne Leitbild? - Städtebau in Deutschland und Europa. Stuttgart, Zürich.
- Becker, Heidede; Ritter, J. (1967): Wohnungsbau und Stadtentwicklung. Demonstrativbauvorhaben des Bundesministeriums für Wohnungswesen und Städtebau. Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau (Hrsg.). München.
- Bednar, Beatrice et al. (1995): Der Stil der Ökonomie. 10. PlanerInnen-Praxis-Seminar in Miltenberg/Main. Studienarbeit am FB 13 der GhK. Kassel.
- Beekmann, Helena et al. (1996): Von gemeinen Hufen, extravaganten Blöcken und anderen Typen. Gründerzeitliche Siedlungserweiterungen in Dorf und Stadt. Projektarbeit am FB 13, Stadt- und Landschaftsplanung, der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Beekmann, Helena (1997): Wie viele Pläne stecken in einem Plan? Freiraumplanerische Untersuchung am Beispiel Hagen im Bremischen. Diplomarbeit am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule-Universität Kassel. Kassel.

- Bekeszus, Katrin (1995): Ein Plan für Kirchditmold. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.): Notizbuch 37 der Kasseler Schule – Blockrand und Stadtrand, Kassel.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983): Geschlechtliche Arbeitsteilung im Kapitalismus. In: Bennholdt-Thomsen, Veronika/ Mies, Maria/ von Werlhof, Claudia (1983): Frauen, die letzte Kolonie - Zur Hausfrausierung der Arbeit; Technologie und Politik Heft 20. Reinbek.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (1987): Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage - Zum Zusammenhang von Umweltzerstörung, Kapitalakkumulation und Frauenverachtung. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Heft 19/1987. Köln.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika; Mies, Maria; von Werlhof, Claudia (1987): Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrausierung der Arbeit. Zürich.
- Berger, John (1993): Begegnungen und Abschiede. München, Wien.
- Berger, Peter L./ Kellner, Hansfried (1984): Für eine neue Soziologie - Ein Essay über Methode und Profession". Frankfurt am Main.
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. München.
- Bloch, Ernst (1935/1985): Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt am Main.
- Blohm, R. (1943): Die Hagenhufendörfer in Schaumburg-Lippe. Provinzial-Institut für Landesplanung und niedersächsische Landes- und Volksforschung Hannover - Göttingen - Veröffentlichungen - Reihe A II, Band 10. Oldenburg i. O.
- Bock, Gisela; Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.): "Frauen und Wissenschaft - Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen Juli 1976". Berlin.
- Boeddinghaus, Gerhard (1995): Gesellschaft durch Dichte. Kritische Initiativen zu einem neuen Leitbild für Planung und Städtebau 1963/1964. Braunschweig.
- Bohde, Ralf, Theiling, Christoph (1991): Das Paradies wird völlig mies. Landesgartenschau Fulda: "Der Garten Hessens 1994".- Eine freiraumplanerische Kritik. Diplomarbeit am Fachbereich 13 Stadt- und Landschaftsplanung der GhKassel. Kassel.
- Boljahn, Urte (1994): Bauen und Wohnen aus Frauensicht. Niedersächsisches Frauenministerium (Hrsg.), Hannover.
- Bölken, F. et al. (1999): Wohnen - Wunsch und Wirklichkeit. In: BBR / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Wohnungsmarktbeobachtung. Systeme - Indikatoren - Ergebnisse. Informationen zur Raumentwicklung Heft 2.1999. Bonn.
- Bollerey, Franziska et al. (1986): Im Grünen wohnen - im Blauen planen. Ein Lesebuch zur Gartenstadt. Stadt Planung Geschichte 12.Hamburg.
- Böse, Helmut (1981): Die Aneignung von städtischen Freiräumen - Beiträge zur Theorie und sozialen Praxis des Freiraumes. Arbeitsberichte des FB Stadt- und Landschaftsplanung Heft 22. Kassel.
- Böse-Vetter, Helmut (1989): Migge im Nachfüllpack - Einige Anmerkungen aus aktuellem Anlaß". In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1989): Notizbuch 10 der Kasseler Schule - Nachlese: Freiraumplanung. Kassel.
- Böse, Helmut (1989a): Das "Außenhaus" verfügbar machen. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1989): Notizbuch 10 der Kasseler Schule - "Nachlese: Freiraumplanung". Kassel.

- Böse, Helmut (1989b): Vorbilder statt Leitbilder. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1989): Notizbuch 10 der Kasseler Schule - "Nachlese: Freiraumplanung". Kassel.
- Böse-Vetter, Helmut (1991): Haus und Hof - Zum Beispiel Worpsswede. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1991): Notizbuch 25 der Kasseler Schule - "Worpsswede und umzu". Kassel.
- Böse-Vetter, Helmut (1996): Von der Reihe zum Rand. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1996): Notizbuch 40 der Kasseler Schule - Freiraum und Vegetation. Kassel.
- Böse, Helmut; Hörnlein, Lolita; Rau, Petra (1983): Grün allein genügt nicht. Grünflächen und Freiräume im Zeilenbau nah dem 2. Weltkrieg. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1989): Notizbuch 10 der Kasseler Schule - "Nachlese: Freiraumplanung". Kassel.
- Böse, Helmut; Schürmeyer, Bernd (1984/1989): Die Freiräume der Straße oder die Straße als Landschaft? Anmerkungen zur Verkehrsberuhigung. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1989): Notizbuch 10 der Kasseler Schule - Nachlese: Freiraumplanung. Kassel.
- Bourdieu, Pierre (1976): Zur Soziologie symbolischer Formen. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1993): Haute Couture und Haute Culture. In: Bourdieu, Pierre (1993): Soziologische Fragen. Frankfurt am Main.
- Braun, Ulrike et al. (1994): Baustruktur, Freiraum und Baustile oder: Wie kommt die Zeit ins Bauen? Projektarbeit am FB 13 Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Brebau (2004): Wohnen am Fleet. Borgfeld-West – Bremens bevorzugte Wohnlage. Bremen.
- Brookhuis, Norin et al. (1992): Die Grünplanung im Gefolge der Stadtplanung und ihre Beitrag zur Verhinderung von Freiräumen. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.): Notizbuch 24 der Kasseler Schule. Kassel.
- Brunsing, Jürgen; Frehn, Michael (Hrsg. 1999): Stadt der kurzen Wege. Zukunftsfähiges Leitbild oder planerische Utopie? Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Heft 95. Dortmund.
- Brunst, Kristina et al. (1996): Das Dorf in der Stadt. PlanerInnenseminar in Kassel. Studienarbeit am FB 13, Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Buchanan, Sir Colin (1964): Verkehr in Städten. Essen.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hg.) (1996): Informationen zur Raumentwicklung - Nachhaltige Stadtentwicklung. Heft 2/3 1996. Bonn.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg. 1994): Frauen und räumliche Planung. Arbeitspapiere. Bonn.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg. 1995): Raumforschung und Raumordnung Heft 2. 95. Bonn.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg. 1985): Hamburg - Steilshoop. 15 Jahre Erfahrung mit einer Großsiedlung. Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Heft Nr. 01.074. Bonn.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg. 1993): Frauen planen die Stadt. Schriftenreihe Forschung Heft 493. Bonn.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg. 1996): Frauengerechte Stadtplanung. Schriftenreihe Forschung Heft 498. Bonn.

- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg. 1996): Nationaler Aktionsplan zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung. 03/96. Bonn.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg. 1997): Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über menschliche Siedlungen in Juni 1996 in Istanbul - Habitat II. Abschlussdokumente. 02/97. Bonn.
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main.
- Chatwin, Bruce (1990): Traumpfade. Frankfurt a. M.
- Collage Nord (1994): Möglichkeiten der Verwendung des Niederschlagswassers in der Stadt. Gutachten im Auftrag der Freien Hansestadt Bremen und des Senators für Umweltschutz und Stadtentwicklung. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1994): Notizbuch 33 der Kasseler Schule - "Vom Regen in die Traufe". Kassel.
- Collage Nord: Bäuerle, Heidbert / Theiling, Christoph (1996): Plätze in Bremen - Platz haben und Platz lassen. Gutachten im Auftrag des Planungsamtes der Freien Hansestadt Bremen. Sonderdruck (Hrsg.) AG Freiraum und Vegetation. Bremen / Kassel.
- Connell, Robert (2006): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Wiesbaden.
- D' Avigdor, E. H. (1874): Das Wohlsein der Menschen in Grosstädten. Mit besonderer Rücksicht auf Wien. Wien
- Dams, Carmen (1990): Die "produktive Bedürftigkeit" der angestregten Junggesellenkultur. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.): Notizbuch 16 der Kasseler Schule, Kassel.
- Damyanic, Doris (2007): Landschaftsplanung als Qualitätssicherung zur Umsetzung der Strategie des Gender Mainstreaming. Wien / Mülheim a. d. Ruhr.
- Demey, Jan et al. (1999): Siedlungstypen und Straßenfreiräume. Projektarbeit am FB Landschaftsplanung der GhK. Kassel.
- Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm 16 Bde. Leipzig. Hirzel 1854 – 1960. Quellenverzeichnis 1971.
- Dittrich, Gerhard (Hrsg. 1975): Städtebauliche Experimente. Querschnittsbericht. Experimente für städtebauliche Entwicklungen - Stand, Ergebnisse, Vergleiche und künftige Möglichkeiten. Nürnberg.
- Döge, Peter (2000): Technikgenese im patriarchalen System der Politik. In: Janshen, Doris (Hrsg. 2000): Blickwechsel. Der neue Dialog zwischen Frauen- und Männerforschung. Frankfurt / New York.
- Döge, Peter (2004): Vom Geschlecht zur Differenz – Politikwissenschaft im Zeichen von Diversity. In: Döge, P.; Kassner, K.; Schambach, G. (Hrsg. 2004): Schaustelle Gender. Aktuelle Beiträge sozialwissenschaftlicher Geschlechterforschung. Bielefeld.
- Dörhöfer, Kerstin (1990): Feministische Ansätze gegen patriarchalische Strukturen in Architektur und Planung. In: Platz nehmen oder Raum greifen - Standorte und Perspektiven feministischer Planung. Arbeitsbericht des Fachbereichs Stadt- und Landschaftsplanung der GhK Heft 86. Kassel.
- Dörhöfer, Kerstin/Terlinden, Ulla (Hrsg 1985): Verbaute Räume- Auswirkungen von Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen. Hochschulschriften 200. Köln.
- Dörhöfer, Kerstin; Terlinden, Ulla (1998): Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen. Basel, Berlin.

- Dröge, Franz (o. J.): Die Straße, eine Abstraktion. Oder: die Ordnung der Unordnung. In: Müller, Michael; Dröge, Franz (Hrsg. o. J.): Die Straße. Urbanes Leben im "Viertel". Bremen.
- Einsele, Michael et al. (1992): Vierzig Jahre Städtebau in Baden- Württemberg. Stuttgart / Zürich.
- Falkenberg, Hendrik (1998): 16 ha Siedlungserweiterung. Eine (ab)geschlossene Gesellschaft. Diplomarbeit am FB 13 Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Feldtkeller, Andreas (1994): Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raumes. Frankfurt / Main, New York.
- Ferstel, Heinrich; Eitelberger, Rudolf von (1860): Das bürgerliche Wohnhaus und das Wiener Zinshaus. Ein Vorschlag aus Anlaß der Erweiterung der inneren Stadt Wien"s. Wien.
- Frank, Susanne (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts. Opladen.
- Frauen-Werk-Stadt-Wien (1993): Ausschreibungstext zum gleichnamigen Wettbewerb. Wien.
- Freie Hansestadt Bremen - Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung - Planungsamt (1998): Stadtplanung in Bremen. Beispiele aus 25 Jahren. Bremen.
- Freudenthal, Margarete (1934/1986): Gestaltwandel der städtischen , bürgerlichen und proletarischen Hauswirtschaft (Diss. von 1933). Frankfurt am Main.
- Gälzer, Ralph (2001): Grünplanung für Städte. Planung, Entwurf, Bau und Erhaltung. Stuttgart.
- Gehlken, Bernd (1995) Von der Bauerei zur Landwirtschaft. Diplomarbeit. in: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.). Notizbuch 36 der Kasseler Schule: Alles Quecke. S. 200 - 292. Kassel.
- Gibbins, Olaf (1988): Großsiedlungen. Bestandspflege und Weiterentwicklung. München.
- Gildemeister, Regina; Wetterer, Angelika (1995): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Axeli-Knapp, Gudrun; Wetterer, Angelika (Hrsg. 1995): Traditionen – Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg i. Breisgau.
- Ginzburg, Carlo (1988): Spurensicherungen. München.
- Glaesener, Nadine (1995a): Frauenspezifik im Wettbewerb, Studienarbeit am FB 13, Stadt- und Landschaftsplanung, der GhK, Kassel.
- Glaesener, Nadine (1995b): Mit Mühe und Not - Der frauenspezifische Entwurf. Mnskr. zur Diplomarbeit am FB 13, Stadt- und Landschaftsplanung der GhK, Kassel.
- Gleichmann, Peter (1998): Wohnen. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen.
- Göderitz, Johannes et al. (1957): Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen.
- Gronemeyer, Marianne (1977): Denn sie wissen nicht, was sie wollen... . in: Bahr / Gronemeyer (Hrsg. 1977): Nachbarschaft im Neubaublock. Weinheim, Basel.
- Gronemeyer, Marianne (1988): Die Macht der Bedürfnisse. Reinbek bei Hamburg.
- Gronemeyer, Marianne (2000): Immer wieder neu oder ewig das Gleiche? Innovationsfieber und Wiederholungswahn. Darmstadt.
- Gropius, Walter (1931): Flach-, Mittel- oder Hochbau?, In: Moderne Bauformen Heft 7, Juli 1931, Stuttgart.

- Günther, Janne; Günther, Roland (1979): Elemente sozialer Architektur und ihre Gebrauchswerte. In: Andritzky, Michael; Selle, Gerd (Hrsg.): Lernbereich Wohnen 2. Reinbek.
- Günter, Janne; Günther, Roland (1981): Gärten von Arbeitern. In: Andritzky, Michael; Spitzer, Klaus (Hrsg. 1981): Grün in der Stadt - von oben, von selbst, für alle, von allen. Hamburg.
- Habermas, Jürgen (1962/1990): "Strukturwandel der Öffentlichkeit". Neuwied. Berlin
- Harenburg, Bernd; Wannags, Ingeborg (1991): Von Haus zu Haus. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.): Von Haus zu Haus - Notizbuch 23 der Kasseler Schule. Kassel.
- Hartog, R. (1962): Stadterweiterungen im 19. Jahrhundert. Schriftenreihe des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben e. V. Berlin. Band 6. Stuttgart.
- Harvey, David (1987): Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Reflektion über "Postmodernismus" in amerikanischen Städten; in: PROKLA 69, Jahrgang 17 Dez. 1987. Berlin.
- Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der "Geschlechtscharaktere - Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hrsg., 1976): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen. Stuttgart.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt a. M..
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. München.
- Hegemann, Werner (1930): Das steinerne Berlin. Bauwelt-Fundamente Heft 3. Braunschweig, Wiesbaden
- Heil, Tatjana (1999): Eine Siedlungserweiterung in Fulda - Johannesberg. Diplomarbeit am FB 13 Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Heitmeyer, Wilhelm et al. (1998): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main.
- Helmrich, Bettina/Rühling, Sonja (1988): Freiräume im Sozialen Wohnungsbau? Arbeitsbericht des Fachbereichs 13, Stadt- und Landschaftsplanung, der GhK Heft 84, Kassel.
- Herlyn, Ulfert et al. (1987): Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich. Frankfurt / New York.
- Hessisches Ministerium für Wohnen (1994): Realisierungswettbewerb Frauengerechtes Wohnen und Bauen. Wiesbaden.
- Hillebrecht, Rudolf (1961): Hannover als ein Beispiel des Aufbaus. In: Bockelmann, W. et al. (1961): Die Stadt zwischen Gestern und Morgen. Sonderreihen der List Gesellschaft - Stimmen der Praxis Band 2. Tübingen.
- Hilpert, Theo (Hg. 1988): LeCorbusiers "Charta von Athen". Texte und Dokumente. Bauwelt-Fundamente Heft 56. Braunschweig.
- Hoffman-Axthelm, Dieter (1984): Straßenschlachtung. Geschichte, Abriß und gebrochenes Weiterleben der Admiralstraße. Berlin-Kreuzberg.
- Holzapfel, Helmut (1997): Autonomie statt Auto. Zum Verhältnis von Lebensstil, Umwelt und Ökonomie am Beispiel des Verkehrs. Bonn.
- Holzapfel, Helmut (1999): Die Wiederentdeckung der Nähe. In: Frankfurter Rundschau vom 23.06. Frankfurt / M..
- Holzapfel, Helmut; Traube, Klaus; Ullrich, Otto (1985): Autoverkehr 2000. Karlsruhe.
- Holz-Rau, Christian (1997): Siedlungsstrukturen und Verkehr. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Materialien zur Raumentwicklung Heft 84. Bonn.

- Holz-Rau, Christian et al. (1994): Sozial-räumliche Strukturen und Verkehrsverhalten am Beispiel Berlin. In: Forschungsverbund Lebensraum Stadt (Hrsg.): Mobilität und Kommunikation in den Agglomerationen von heute und morgen. Band III/1. Berlin.
- Holz-Rau, Christian; Kutter, Eckhard (1995): Verkehrsvermeidung - Siedlungsstrukturelle und organisatorische Konzepte. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Materialien zur Raumentwicklung Heft 73. Bonn.
- Hooks, Bell (1984): Feminist theory. From margin to centre. Boston.
- Hörnlein, Lolita; Rau, Petra (1983): Grün allein genügt nicht. Arbeitsbericht des FB 13, Stadt- und Landschaftsplanung, der GhK Heft 51, Kassel.
- Horx, Matthias (1987): Die wilden Achtziger. Frankfurt/M..
- Howard, Edward (1907): Gartenstädte in Sicht. Jena.
- Hubenthal, Heidrun; Haas - Kirchner, Ulrike (1976): Die Wohnsiedlung der "Sophie-Henschel-Stiftung". Studienarbeit in der OE 06 Architektur / Landschaftsarchitektur der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Hülbusch, Inge Meta (1981): Innenhaus und Außenhaus - Umbauter und sozialer Raum. Schriftenreihe der OE Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung der GhKassel. Heft 033. Kassel.
- Hülbusch, Inge Meta (1989): Jedermann Selbstversorger - Das koloniale Grün Leberecht Migges. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1989): Notizbuch 10 der Kasseler Schule. Kassel.
- Hülbusch, Inge Meta; Hülbusch, Karl Heinrich (1989): Reihenhaushaus und Freiraum - Das Bremer Reihenhaushaus-Quartier; in: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1989): Notizbuch 10 der Kasseler Schule - "Nachlese: Freiraumplanung". Kassel
- Hülbusch, Inge Meta; Läscher-Bauer, Ulrike (1978): Verfügbarkeit der Freiflächen im Kasseler Westen; Arbeitsbericht des FB Stadt- und Landschaftsplanung Heft 10, GhK. Kassel.
- Hülbusch, Karl Heinrich (1987): Der Park - Vandalenfest und pflegeleicht?. In: Garten und Landschaft 97 (2). München.
- Hülbusch, Karl Heinrich (1990): Variabilität versus Flexibilität. in: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1990): Notizbuch 16 der Kasseler Schule. Kassel
- Hülbusch, Karl Heinrich (1991): Entwerfen oder Planen. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1991): Notizbuch 22 der Kasseler Schule - Der ideale Wurf. Kassel.
- Hülbusch, Karl Heinrich (1996): Die Straße als Freiraum. In: Stadt und Grün Heft 4/1996. Berlin/Hannover.
- Hülbusch, Karl Heinrich (2003): Grünplanung ist keine Freiraumplanung. Der große Unterschied. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.): Von "gemeinen Hufen" - Notizbuch 64 der Kasseler Schule. Kassel.
- Hülbusch, Karl Heinrich. et al. (1973/1994): Gutachten zur Freiraumplanung der Universität Bremen. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1994): Notizbuch 33 der Kasseler Schule - Vom Regen in die Traufe. Kassel.
- ILS (Hrsg. 1992): Autofreies Leben. ILS Schriften Heft 68. Dortmund.
- ILS (Hrsg. 1997): Planung und Realisierung autoarmer Stadtquartiere. ILS Schriften Heft 108. Dortmund.

- ILS (2004): Kids im Quartier. Altersbedingte Ansprüche von Kindern und Jugendliche an ihre Stadt- und Wohnquartiere. ILS NRW Schriften 197. Dortmund.
- ILS NRW (2005): Wohnbedürfnisse von Migrantinnen und Migranten. Erfahrungen, Ansätze, Strategien. Im Auftrag des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund 2005.
- Isaacs, Reginald R. (1985): Walter Gropius - Der Mensch und sein Werk Band 1. Frankfurt am Main, Berlin, Wien.
- Isaacs, Reginald R. (1986): Walter Gropius - Der Mensch und sein Werk Band 2/I und 2/II. Frankfurt am Main, Berlin, Wien.
- IVU (Hrsg. 1997): Neue Ansätze zur Gestaltung des Einkaufs- und Freizeitverkehrs. Strategien und Maßnahmen für umweltschonende Mobilität in der kompakten Stadt am Beispiel der Stadt Halle und der Region Halle - Leipzig. Tagungsbericht. Berlin.
- Jacobs, Jane (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte; Bauwelt-Fundamente Heft 4. Berlin.
- Jaspers, Karl (1932/1973): Philosophie I - Philosophische Weltorientierung. Berlin, Heidelberg.
- Jencks, Carl (1981): Spätmoderne Architektur. Beiträge über die Transformation des Internationalen Stils. Stuttgart.
- Jobst-Siedler, Wolf (1985): Oasen. In: Garten und Landschaft Heft 10/1985 S. 8. München.
- Kampffmeier, Hans (1908): Die Gartenstadtbewegung. Jena.
- Kirsch, Peter (1993): Über den sparsamen Gebrauch der Bau-Gründe. Diplomarbeit am FB 13, Stadt- und Landschaftsplanung, der GhK, Kassel.
- Kirschenmann, Jörg C. (1989): Architektur und Städtebau. In: Sommer, Karl-Ludwig (Hrsg. 1989): Bremen in den fünfziger Jahren - Politik, Wirtschaft, Kultur. Reihe: Bremen im 20. Jahrhundert. Bremen.
- Koall, Iris (2006): Managing gender and diversity. Grundlagen und Phasen des Managing Diversity. Unterlagen zum Lehrgang "Managing Gender and Diversity" am Fachbereich Soziologie der Universität Dortmund. Dortmund.
- Kohlbrener, Urs (1990): Umbruch in den siebziger Jahren - Grundlagen und Modelle zur bewahrenden Stadterneuerung. In: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hrsg. 1990): Stadterneuerung Berlin. Erfahrungen, Beispiele, Perspektiven. Berlin.
- König, René (1958): Grundformen der Gemeinschaft: Die Gemeinde. Hamburg.
- Krätke, Stefan (1995): Stadt, Raum, Ökonomie. Basel, Boston, Berlin.
- Krell, Gertraude (2002): Diversity Management. Optionen für (mehr) Frauen in Führungspositionen? In: Peters, S.; Bense, N. 2002: Frauen und Männer im Management. Diversity in Diskurs und Praxis. Wiesbaden.
- Kreuzer, Volker (2006): Altengerechte Wohnquartiere. Stadtplanerische Empfehlungen für den Umgang mit der demografischen Alterung auf kommunaler Ebene. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 125. Dortmund.
- Krier, Rob; Kohl, Christoph (1997): Potsdam - Kirchsteigfeld. Eine Stadt entsteht. Bensheim.
- Kübler, Cornelia (1999): Eine ökonomische Siedlungserweiterung. Diplomarbeit am FB 13 Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel. Kassel.

- Kulla, Jörg (1995): Verwendung statt Verschwendung. Diplomarbeit am FB 13, Stadt- und Landschaftsplanung, der GhK, Kassel.
- Le Corbusier (1941): Charta von Athen. In: Hilpert, Theo (1988): "Charta von Athen - Texte und Dokumente"; Bauwelt-Fundamente Heft 56. Braunschweig.
- Le Corbusier (1945): Grundfragen des Städtebaues. Stuttgart.
- Liberia delle donne di Milano (1991): Wie weibliche Freiheit entsteht - Eine neue politische Praxis. Berlin.
- Lihotzky, Margarethe (1927): Rationalisierung im Haushalt. In: Mohr, Christoph; Müller, Michael (1984): Funktionalität und Moderne. Frankfurt am Main.
- Lorber, Judith (1999): Gender Paradoxien. Opladen.
- Lucks, Theresia (1993): Die "kreative Zerstörung" der Straße - zum Beispiel Bremen. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1993): Notizbuch 27 der Kasseler Schule - Vom Rand zur Bordüre. Kassel.
- Lührs, Helmut (1994): Die Vegetation als Indiz der Wirtschaftsgeschichte. -Dissertation- . Notizbuch 32 der Kasseler Schule. Kassel.
- Magistratsabteilung 57 (1995): Materialiensammlung Frauen-Werk-Stadt Wien. Wien.
- Mehli, Reto (1995): Der Baublock - wieder entdeckt und doch verwirrend neu; In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1995): Notizbuch 37 der Kasseler Schule – Blockrand und Stadtrand. Kassel.
- Merchant, Carolyn (1987): Der Tod der Natur. München.
- Meuser, M. (2004a): Gender Mainstreaming: Festschreibung oder Auflösung der Geschlechterdifferenz? Zum Verhältnis von Geschlechterforschung und Geschlechterpolitik. In: Meuser, Michael; Neusüß, Claudia (Hrsg. 2004): Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente. Bonn.
- Meuser, Michael (2004b): Geschlecht und Arbeitswelt – Doing Gender in Organisationen. Vortrag in Halle/S. Workshop: Gender Mainstreaming in der Organisationskultur.
- Meuser, Michael (2005): Die widersprüchliche Modernisierung der Männlichkeit. Kontinuitäten und Veränderungen im Geschlechterverhältnis. Vortrag am GenderKompetenzZentrum Berlin.
- Meyer, Sibylle (1982): Das Theater mit der Hausarbeit. Bürgerliche Repräsentation in der Familie der wilhelminischen Zeit. Frankfurt am Main.
- Mies, Maria (1983): Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Heft 9/10. Köln.
- Mies, Maria (1988): Patriarchat und Kapital. Zürich.
- Mies, Maria (1995): Der Mythos der "nachholenden Entwicklung". In: Mies, Maria und Shiva, Vandana (1995): Ökofeminismus - Beiträge zur Praxis und Theorie. Zürich.
- Migge, Leberecht (1913): Die Gartenkultur des 20. Jahrhunderts. Jena.
- Monheim, Heiner (1979): Grundzüge einer alternativen Stadtverkehrsplanung. In: Duve, Freimut. (Hrsg. 1979): Technologie und Politik 14. Reinbek.
- Monheim, Heiner, Monheim-Dandorfer, Rita (1990): Straßen für alle. Hamburg.

- Mönkemöller, Susanne (1992): Der Gesellschaftsentwurf von Walter Gropius: Leben wie die Tiere im Zoo. In: AutorInnenkollektiv (1992): Das Ablasswesen. Projektarbeit am FB Stadt- und Landschaftsplanung der GhK. Kassel.
- Morgenstern, Christian (1993): Alle Galgenlieder, Kehl.
- Muchow, Martha; Muchow, Hans H. (1935/1980): Der Lebensraum des Großstadtkindes. Bensheim.
- Müller, Michael (1987): Schöner Schein. Eine Architekturkritik. Frankfurt /M..
- Nadolny, Sten (1990): Das Erzählen und die guten Absichten. München.
- Nagl, Angelika (1993): Planen statt erneuern oder Die Zerstörung der Wahlmöglichkeiten durch den Entwurf der Not. Diplomarbeit am FB Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Narr, Wolf D. (1981): Gewalt in der Stadt - für eine Ökologie der städtischen Gewaltlosigkeit. In: Seminar der Fachgruppe Stadt (Hrsg. 1981): Freiheit macht Stadt. Darmstadt.
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (1993): Geschichte und Eigensinn. Frankfurt a.M..
- Neusüß, Christel (1983): Und die Frauen? Tun die denn nichts? oder: Was meine Mutter zu Marx sagt; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Heft 9/10. Köln.
- Niedersächsisches Innenministerium (2003): Sicheres Wohnquartier. Gute Nachbarschaft. Hannover.
- Nierhaus, Irene (2002): Positionen. In: Nierhaus, Irene; Konecny, Felicitas (Hrsg. 2002): räumen. Baupläne zwischen Raum, Visualität, Geschlecht und Architektur. Wien.
- Oikodrom - Stadtpläne (1994) Heft 1, Forum nachhaltige Stadt. Wien.
- Österreichisches Ökologie - Institut (1992): draußen einfach sicher. Mehr Bewegungsraum für Frauen in der Stadt. Vorstudie - Endbericht. Wien.
- Panerai, Phillippe et al. (1985): Vom Block zur Zeile. Wandlungen der Stadtstruktur. Bauwelt-Fundamente 66. Braunschweig.
- Panofsky, Erwin (1979): Ikonographie und Ikonologie. in: Kaemmerling, Ekkehard (Hrsg. 1979): "Bildende Kunst als Zeichensystem - Ikonographie und Ikonologie - Theorien - Entwicklung - Probleme. Köln.
- Perspektiven (1994): "'Frauen-Werk-Stadt. Perspektiven Heft 1/2, 1994. Wien.
- Pirsig, Robert M. (1978): Zen und die Kunst ein Motorrad zu warten. Frankfurt/Main.
- Pörksen, Uwe (1989): Plastikwörter - Die Sprache einer internationalen Diktatur. Stuttgart.
- Preusler, Burghard (1985): Walter Schwagenscheidt 1886 - 1968. Stuttgart.
- Protze, Käthe (1994): "Lebensbedingungen von Frauen im Siedlungsbau. unveröffentlichte Studie. Kassel/Wien.
- Protze, Käthe (1995a): Ohne Göd - Ka Musi. Die Zentralisierung der Hauswirtschaft und ihre Folgen für die Wahlmöglichkeiten der Leute am Beispiel des Gemeindebaues des "Roten Wien". In: Coop Landschaft (Hrsg. 1995): Wiener "Geschichten" - Beiträge zur Freiraumplanung und Vegetationskunde. Wien.
- Protze, Käthe (1995b): Frauenspezifische Planung ist Entwurf. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.): Notizbuch 34 der Kasseler Schule, Kassel.
- Protze, Käthe (1995c): Parzelle und Straße. Hinweise und Aufmerksamkeiten für die Bebauungsplanung. Reader zum gleichnamigen Seminar. Kassel.

- Protze, Käthe (1996): Der Zement der Gleichheit - Überlegungen zum "frauenspezifischen Entwurf". In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1996): Notizbuch 40 der Kasseler Schule - Freiraum und Vegetation. Kassel.
- Protze, Käthe (1998) Handbuch zur Bauleitplanung aus Frauensicht. im Auftrag der Frauenbeauftragten des Landkreises Kassel. Vervielfältigtes Manuskript Kassel.
- protze + theiling et al. (2004): Möglichkeiten für Lebens- und Arbeitsorte. Endbericht. Teilprojekt im Verbundprojekt EVALO – Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte, Verbundprojekt im Forschungsprogramm "Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bremen.
- Rau, Petra (1983): Grünflächen und Freiräume im Zeilenbau der 50er Jahre - Grünflächen = Gewalt über Freiräume. In: Hörnlein, Lolita/Rau, Petra (1983): Grün allein genügt nicht". Arbeitsbericht des FB Stadt- und Landschaftsplanung der GhKassel Heft 51. Kassel.
- Rau, Petra (1989): Die alltägliche Gewalt der Stadt. Frauen im Außenraum Kreuzbergs. Arbeitsberichte des Verkehrsweseneminars Band 2. TU - Berlin. Berlin.
- Rau, Petra (1996): Zum planerischen Diskurs zwischen Stadt- und Stadtrand. Frauenbüro, Magistrat 57 der Stadt Wien. Wien.
- Reichow, Hans B. (1948): Organische Stadtbaukunst- Von der Großstadt zur Stadtlandschaft. Hamburg.
- Reichow, Hans B. (1959): Die autogerechte Stadt. Hamburg.
- Reinborn, Dietmar (1996): Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart.
- Robert, Jean (o. J.): Raum und Geschichte. Lehrtexte der Fernuniversität Hagen. Hagen.
- Robertson, Jacqueline; Tigerman, Stanley (Hrsg. 1991): Der postmoderne Salon. Basel, Berlin, Boston.
- Ruhe, Renate (2003): Raum Macht Geschlecht. Zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum. Opladen.
- Ruhne, Renate (1996): Mobilität und Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum. Im Auftrag des Senatsamtes für Gleichstellung der Freien Hansestadt Hamburg. Hamburg.
- Sax, Emil (1869a): Die Wohnungszustände der arbeitenden Classen und ihre Reform. Wien.
- Sax, Emil (1869b): Der Neubau Wiens im Zusammenhang mit der Donau-Regulierung. Ein Vorschlag zur gründlichen Behebung der Wohnungsnoth. Wien.
- Schneider, Gerda (1989): Die Liebe zur Macht - Über die Reproduktion der Enteignung in der Landespflege. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1989): Notizbuch 15 der Kasseler Schule. Kassel.
- Schreckenberg, W. (1999): Siedlungsstrukturen der kurzen Wege. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) Heft 1/1999. Bonn.
- Schröder, Anke (2002): Auf den zweiten Blick. Städtebauliche Frauenprojekte im Vergleich. Universität Hannover, Institut für Architektur und Planungstheorie. Hannover.
- Schultz, Dagmar (1990): Unterschiede zwischen Frauen - ein kritischer Blick auf den Umgang mit "den Anderen" in der feministischen Forschung weißer Frauen. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Heft 27. Köln.
- Schütte-Lihotzky, Margarethe (1927/1984): Rationalisierung im Haushalt; in: Mohr; C. / Müller, M. (Hrsg. 1984): Funktionalität und Moderne: Frankfurt am Main

- Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung (Hrsg. 1998): Stadtentwicklungskonzept Bremen. Entwurf. Bremen.
- Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hrsg. 1990): Stadterneuerung Berlin. Erfahrungen, Beispiele, Perspektiven. Berlin.
- Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hrsg. 1993): Neue Wohn- und Siedlungsformen - Impulse aus Frauensicht. Berlin.
- Sichtermann, Barbara (1987): Wechselfälle, Perspektiven im Zusammenhang der Arbeitszeitverkürzung - nicht nur für Frauen. In: Dies.(1987): Frauenarbeit. S35-48. Berlin.
- Sieling, Karsten (1982): Ein neues Einkaufszentrum - Aspekte der städtebaulichen Entwicklung dargestellt am Beispiel Fulda. Diplomarbeit am FB 13 Stadt- und Landschaftsplanung, Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Sieverts, Tom (1997): Zwischenstadt. Bauwelt Fundamente 118. Braunschweig / Wiesbaden.
- Sitte, Camillo (1889): Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. Reprint 1983. Wien.
- Socialdata GmbH München (1993): Einschätzungen zur Mobilität in Wien. Magistrat 18 der Stadt Wien (Hrsg.): Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung Band 46. Heft 6 der Sonderreihe zum neuen Wiener Verkehrskonzept August 1993. Wien.
- Spitthöver, Maria (1989): Frauen in städtischen Freiräumen. Köln.
- Stadtsanierungsamt Tübingen (Hrsg. 1998): Stadt mit Eigenschaften. Tübingen.
- Steinhäuser, Urta (1990): Planen für die Wechselfälle des Lebens. In AG Freiraum und Vegetation (1990): Notizbuch 16 der Kasseler Schule. Kassel.
- Strobl, Ingrid (1989): Frausein *allein* ist kein Programm. Freiburg im Breisgau.
- Stübßen, Joseph (1907): Handbuch der Architektur Teil IV - Der Städtebau. Stuttgart
- Taut, Bruno (1924): Die neue Wohnung - Die Frau als Schöpferin. Leipzig.
- Terlinden, Ulla (1990): Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur. Einfeministischer Ansatz in der soziologischen Stadtforschung. Stuttgart.
- Tessin, Wulf (2004): Freiraum und Verhalten. Soziologische Aspekte der Nutzung und Planung städtischer Freiräume. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Theiling, Christoph (1996): Reihenhäuserstadt - Von Handwerkerhäusern, Architektenhaus und Zeile. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.): Notizbuch 44 der Kasseler Schule – Bremer Reihen. Kassel.
- Thürmer-Rohr, Christina (1989): Der Chor der Opfer ist verstummt - Eine Kritik an Ansprüchen der Frauenforschung; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Heft 11. Köln.
- Touraine, A. (1996): Die Stadt - Ein überholter Entwurf? In: Die Stadt, Ort der Gegensätze. Sondernummer von Demokratische Gemeinde - Die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik. Bonn.
- Troll, Hartmut (2005): Die Kommunalität des Freiraums. Neubrandenburger landeskundige skizzen 7. Neubrandenburg.
- Tucholsky, Kurt (1927 / 1990): Panther, Tiger & Co., Reinbek.
- Turk, Wilfried (1999): Tendenzen des Wohnungsmarktes. In: Deutsches Architektenblatt 2/99: 189. Berlin.

- Turner, John F.C. (1978): Verelendung durch Architektur - Plädoyer für eine politische Gegenarchitektur in der dritten Welt. Hamburg.
- Ullrich, Otto (1977): Technik und Herrschaft. Frankfurt/Main.
- Unger, Gerd (1998): Funktionsmischung zwischen Wunsch und Markt. In: Becker, Heidede; Jessen, Johann; Sander, Robert (Hrsg. 1998): Ohne Leitbild? - Städtebau in Deutschland und Europa. Stuttgart, Zürich.
- Unwin, Sir Raymond (1910): Grundlagen des Städtebaues. Berlin.
- Veblen, Thorstein (1899/1989): Theorie der feinen Leute - Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen. Frankfurt am Main.
- Volz, Hannes (1996): Gründerzeitliche Blockrandbebauung und städtische Dichte. Diplomarbeit am FB 13, Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel. Kassel.
- Von Werlhof, Claudia (1983): Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau. In: Bennholdt-Thomsen, Veronika et al. (1983): Frauen, die letzte Kolonie - Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Technologie und Politik Heft 20. Reinbek.
- Von Werlhof, Claudia (1987): Was verstehen wir unter Subsistenzperspektive. In: Reader zur Tagung Subsistenzperspektive – ein Weg ins Freie? Akademie Bad Boll. 1/1987.
- Von Werlhof, Claudia (1991): Geistig gebären? Frauen und Computerarbeit. In: von Werlhof, Claudia (1991): "Männliche Natur und künstliches Geschlecht." Wien.
- von Winning, Hans-Henning (1982): Verkehrsberuhigung. Stuttgart.
- Wagner, Martin (1915): Das sanitäre Grün der Städte. Berlin.
- Wagner, Otto (1911): Die Großstadt. Eine Studie über diese. Wien.
- Wallenhorst, Hans-Joachim (1993): Die Chronik der GEWOBA 1924 - 1992. Bremen.
- Walzer, Michael (1990): Kritik und Gemeinsinn. Frankfurt am Main.
- Weber-Kellermann, Ingeborg (1974): Die deutsche Familie - Versuch einer Sozialgeschichte. Frankfurt am Main.
- Weresch, Katharina (2005): Wohnungsbau im Wandel der Wohnzivilisierung und Genderverhältnisse. München.
- Westermann, Arnim (1997): Zukunft unserer Kinder. Wohnen in der Sackgasse. In: Ortsgespräch. Münster - Wohlbeck.
- Wilson, Elisabeth (1993): Begegnung mit der Sphinx. Stadtleben, Chaos und Frauen. Basel, Berlin, Boston.
- Winkel, Rainer (2005): Schrumpfende Städte. Wo bleibt die Wertbeständigkeit von Wohneigentum. In: PlanerIn 1 / 05. Berlin.
- Witzel, Norbert (1999): Promenieren. Über Wege und deren gesellige Pausen im Alltag. Diplomarbeit am FB Stadt- und Landschaftsplanung der GhK. Kassel.
- Wohnen in Hessen (1994): Realisierungswettbewerb Frauengerechtes Bauen und Wohnen. Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Wiesbaden.
- Wolfe, Tom (1990): Mit dem Bauhaus leben. Frankfurt am Main.
- Zimmermann, Janos (1977): Wohnverhalten und Wohnbedürfnisbefriedigung als Abhängige der Wohnumwelt. Institut für Regionalwissenschaften der Universität Karlsruhe, Karlsruhe.

2 Abbildungen

- Architektur aus Bremen u. Bremerhaven (1988): 80 (S. 93, 94)
- Becker, Heidede; Ritter, Johann (1967): 8 und 9 (S. 80)
- Beekmann, Helena (1997): 62 (S. 55)
- Boeddinghaus, Gerhard (1995): 28 (S. 81), 29 (S. 205)
- Boljahn, Urte (1994): 51 (S. 15), 52 (S. 20), 53 (S. 24), 55 (S.31)
- Bollerey, Franziska et al. (1986): 5 (S. 77), 7 (S. 185)
- Böse-Vetter, Helmut (1996): 22 (S. 129)
- Böse, Helmut; Hörnleisch, Lolita; Rau, Petra (1983): 79 (S.89)
- Brebau (2004): 82
- Brunst, Kristina et al. (1996): 68, 69 (S. 18)
- Buchanan, Sir Colins (1964): 36 (S. 106), 37 (S. 78)
- Ferstel, Heinrich; von Eitelberger, Rudolf (1860): 73, 74
- Gibbins, Olaf (1988): 26 (S. 97), 27 (S. 13), 32 (S. 17), 33 (S. 99), 34 u. 35 (S. 82)
- Göderitz, Johannes et al. (1957): 16 (S. 26), 17 (S.37)
- Isaacs, Reginald (1985): 72
- Krier, Rob; Kohl, Christoph (1997): 43 (S. 71), 44 (S. 264)
- Kübler, Cornelia (1999): 75 (S.78f)
- LeCorbusier (1945): 6 (S. 85)
- Magistratsabteilung 57 (1995): 54, 56
- Mehli, Reto (1995): 78 (S.50)
- Preusler, Burghard (1985): 3 (S. 82)
- protze + theiling (1997): 76 (S. 41).
- protze + theiling: 1,2, 18,20, 21, 30, 31, 41, 42, 45, 46, 48, 49, 50, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 70, 71:
- Reichow, Hans Bernhard (1948): 12 (S. 105), 13 (S. 122), 14 (S. 43), 15 (S. 69)
- Reinborn, Dietmar (1996): 10 (S. 201), 11 (S. 203)
- Robertson, Jaquelin; Tigerman, Stanley (1991): 40 (S. 143)
- Senatsverwaltung für Bau und Wohnungswesen Berlin (1993): 38 (S. 120)
- Stadsanierungsamt Tübingen 1997: 47
- Taut, Bruno (1924): 4 (S. 73),
- Von Winning, Hans-Henning (1982): 39 (S. 94/95)
- Wallenhorst, Hans-Joachim (1993): 19 (S. 244), 23 (S. 332), 24 (S. 333), 25 (S. 332), www.brebau.de: 83
- www.univie.ac.at/diversity/php/dimensiione.n.html: 81

3 Veröffentlichte Kapitel

- Kapitel I 2: Vortrag zur Tagung "Wohnen und Hausen" veranstaltet vom Frauenmuseum Meran und der KVW Bezirk Meran am 10.10.1998.
- Kapitel I 3: In: Holzapfel, Helmut; Protze, Käthe; Theiling, Christoph (2000): Lebenswerte Stadtquartiere - Lehren aus der Stadt- und Verkehrsplanung für Städte von morgen. Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.). Bonn. (Kapitel 3 und 5 in überarbeiteter Form).
- Kapitel I 4: In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1996): Notizbuch 40 der Kasseler Schule – Freiraum und Vegetation. Kassel.
- Kapitel I 5: Auszüge aus dem Vortrag "Leben und Arbeiten im Quartier – Prinzipien nutzungsdurchmischter Stadtteile". Vortrag an der Universität für Bodenkultur, Institut für Landschaftsplanung, Departement für Raum, Landschaft und Infrastruktur, Wien. 19.01.2006.
- Kapitel II 1: In: ZOLL-Texte, Zeitung Österreichischer LandschaftsplanerInnen und LandschaftsökologInnen, Heft Nr. 19, 1996. Wien. Und:
AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 2000): Notizbuch 56 der Kasseler Schule – Gute Baugründe Teil II. Kassel.
- Kapitel II 2: In: OIKODROM – stadtplaene, Forum nachhaltige Stadt, Heft 3/1997. Wien. Und:
AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1999): Notizbuch 54 der Kasseler Schule – Gute Baugründe, Beiträge zur Siedlungs-, Freiraum- und Baustruktur. Kassel.
- Kapitel II 3: In: ZOLL-Texte, Zeitung Österreichischer LandschaftsplanerInnen und LandschaftsökologInnen, Heft Nr. 3, 1997. Wien. Und: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg. 1999): Notizbuch 54 der Kasseler Schule – Gute Baugründe, Beiträge zur Siedlungs-, Freiraum- und Baustruktur. Kassel.
- Kapitel II 4: Vortrag im Rahmen der Ausstellung "Frauen treten auf den Plan" für die Frauenbeauftragten des Landkreises Diepholz. 10.06.1995, Stuhr.
- Kapitel II 5: Abschlussarbeit für den Lehrgang "managing gender und diversity" am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Soziologie der Universität Dortmund. Januar 2007.

Notizbücher der Kasseler Schule

- 1 Scholz, N.: Über den Umgang mit Bäumen. 1985 / 91
- 2 Krautern mit Unkraut. Arbeiten von: Auerswald, B.; Fahrmeier, P. 1987 / 91
- 3 Sammeln und Säen. Mit Arbeiten von: Auerswald, B.; Fahrmeier, P. 1987
- 4 Krah, G.: 'Mini-Kienast' Synthetische Übersicht der Stadtvegetation Kassels. 1987
- 5 Bartung, L.: Ein alter Hut - Die bio-ökologische Stadtgrünpflege. 1987/93**
- 6 Disziplingeschichte der Freiraumplanung / Landschaftsbildanalyse. 1987 / 96
- 7 Krah, G.: Träume von Säumen. Gimbel, G., Hennen, R.: Kasseler Kalkschotterdecken. 1988 / 92
- 8 Harenburg, B.: Mietergärten - Sind Zufälle planbar? 1988 / 92
- 9 Der Paxisschock - Von fertigen Umwegen und unfertigen Wegen. 1988
- 10 Nachlese Freiraumplanung. 1989 / 91**
- 11 Sauerwein, B.: Die Vegetation der Stadt. Ein Literaturführer. 1989/90
- 12 Heinemann, G.; Pommerening, K.: Struktur und Nutzung dysfunktionaler Freiräume. 1989 / 94
- 13 Stolzenburg, J.: Grünlandwirtschaft und Naturschutz in der hessischen Rhön. 1989
- 14 Sauerwein, B.: Stadtvegetation. Kritische Bibliographie. 1989
- 15 Schneider, G.: Die Liebe zur Macht. Über die Reproduktion der Enteignung in der Landespflege. 1989**
- 16 Planen für die Wechselfälle des Lebens. "Junggesellenkultur". 1990 / 1993
- 17 Pflege ohne Hacke und Herbizid. 1990
- 18 Hard-Ware. Texte von Gerhard Hard. 1990 / 96
- 19 Was hat Martha Muchow mit Astrid Lindgren zu tun? und: Freiraum an Schulen. 1990
- 20 Ein Stück Landschaft - Kompaktseminar Miltenberg/ M. 1991**
- 21 Sommer '89' - 'Prüfungsreden'. 1991
- 22 Der ideale Wurf. Mit Beiträgen von: Schwarze, B., Trust, H., Helmrich, B., Rühling, S. 1991.
- 23 Von Haustür zu Haustür - Morphologie u. Organisation. Beiträge von: B. Harenburg, I. Wannags, u.a. 1991
- 24 Der Landschaftsplan für die Stadt. und: Grünplanung im Gefolge der Stadtplanung. 1992
- 25 Worpswede und umzu. 1991**
- 26 Reise oder Tour? Mit Arbeiten von: Appel, A., Mehli, R., Scheidel, W. 1992
- 27 Vom Straßenrand zur Bordüre. Mit Arbeiten von: Lucks, T., Grundler, H., Lührs, H., Meermeier, D. 1993
- 28 Die 'Freie Landschaft'. Mit Beiträgen von: Schürmeyer, B., Vetter, C.A., Boss, H., Granda Alonso, E., u.a. 1993
- 29 Gut gesät. Beiträge von: Auerswald, B., Hülbusch, K. H., Lechenmayer, B., Zollinger, R. u.a. 1993
- 30 Prüfungsreden '91/92. 1993**
- 31 Pater Rourke's semiotisches Viereck - Acht vegetationskundliche Beiträge. 1993
- 32 Lührs, H.: Die Vegetation als Indiz der Wirtschaftsgeschichte. 1994
- 33 Vom Regen in die Traufe: Verwendung d. Niederschlagswassers. Biomüllkompostierung? ...1994
- 34 Pflege-Fälle. Mit Beiträgen von: Hülbusch, Lührs, Schwarze, Protze, Knittel, u.a. 1994
- 35 SchauDerGärten - Nachlese zu Gartenschaukritik. 1995**
- 36 Alles Quecke. Mit Beiträgen von: Bauer, I., Gehlken, B., Ledermann, B. 1995

- 37 Blockrand und Stadtrand. Beiträge von: Moes, Theiling, Mehli, Möller, Schneider, Bekeszus, u.a. 1995
- 38 StadtBaumschule - 'Vertrauliche Mitteilungen über Bäume'. 1996
- 39 Himmel und Hölle. Mit Beiträgen von: A. Hohagen, K. Hülbusch, u. a. 1996
- 40 Freiraum und Vegetation. Festschrift zum 60. Geburtstag von K. H. Hülbusch. 1996**
- 41 Ney, S.: Die Gartenstadt Neu-Siebethsburg in Wilhelmshaven. 1996
- 42 Land und Lüge - Geschichten zur Landschaft. 1996
- 43 Groeneveld, S.: Agrarberatung und Agrarkultur und andere Texte. 1996
- 44 Bremer-Reihen: Plätze in Bremen; Reihenhauptstadt 1997
- 45 Zwei Spaziergänge zu '7000 Eichen' von Joseph Beuys. 1997**
- 46 Das Maß der Dinge; Prüfungsreden drei. 1997
- 47 "Ich gehe raus ... und bin doch zu Haus" und andere Texte von Inge Meta Hülbusch. 1997
- 48 Muttheorie gegen Zumutungen. Beiträge von Ameise, Appel, Dessine, u.a. 1997
- 49 Hard, G.: Ruderalvegetation. 1998
- 50 Notizbuch. 1998**
- 51 Buchstützen; Bibliographien zu den Notizbüchern, zu studentischen Arbeiten, zum Grünland. 1999
- 52 Gagel, Speik und Wegerich; Beiträge zur Landschafts- und Vegetationskunde. 1999
- 53 Alle reden vom Land und andere Texte von und mit Karl Heinrich Hülbusch. 1999
- 54 Gute Bau-Gründe. Beiträge zur Stadt-, Bau-, Freiraumstruktur. 1999
- 55 In guter Gesellschaft. Beiträge zur Pflanzensoziologie, Landschafts- und Vegetationskunde. 2000**
- 56 Die Boden-Rente ist sicher. Beiträge zur Organisation des Bau-, Freiraum-, Siedlungsgrundrisses. 2000
- 57 Der Gartenbau in 4 Abtheilungen – oder: Die Haus – Gemüse - Wirtschaft. 2001
- 58 "Licht und Schatten" - Herstellungsplanung. Red. : F.Bellin, K.H.Hülbusch 2004
- 59 Über kurz oder lang (Promenaden, Friedhöfe, Gesicht und Landschaft) 2002
- 60 Die Paletten der Pflanzenfarben. –Alle Pflanzen färben irgendwie gelb- . 2002**
- 61 Wer lehrt lernt. Wer nichts lernt, kann nicht lehren. Red. K.H.Hülbusch, H.Troll. 2003
- 62 Anthropogene Vegetation, Red.: E.-J. Klauck. 2003
- 63 Von der Klassenfahrt..... Lythro-Filipenduletea-Gesellschaften an Hamme, Wümme und Oste. 2003
- 64 Von ‚Gemeinen Hufen‘ . Red.: B. Gehlken , K.H. Hülbusch. 2003
- 65 E.-J. Klauck: Gartenflora. -Bestimmungsschlüssel für einkeimblättrige Gartenpflanzen- . 2003**
- 66 "Unter Verschluss" – Der "modische" Bepflanzungsplan. Red.: Bellin/Hülbusch. 2006
- 67 Symposien der AG Freiraum und Vegetation 2001 – 2004. Red.: B.Sauerwein, G.Moes. 2005
- 68 Vor der Tür. Beiträge zur Vegetations-und Landschaftskunde. Red.: F.Bellin-Harder u. H.Böse-Vetter. 2006.
- 69 E.-J. Klauck: Die Forstpflanzengesellschaften des Hunsrück. 2005
- 70 Von Zeit zu Zeit. Band 1 und 2. Jubiläumsschrift. 2006**
- 71 Frank Lorberg: Metaphern und Metamorphosen der Landschaft. 2007
- 72 Bernd Gehlken: Der schöne "Eichen-Hainbuchen-Wald" – auch ein Forst. 2008
- 73 Reisen um Fragen zu stellen. Vegetationskundl. Reisen. Red.: B. Sauerwein. 2008
- 75 Über den Tellerrand. Red. Inge Meta Hülbusch und Käthe Protze. 2007**



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften
www.fsc.org Zert.-Nr. IMO-COC-028075
© 1996 Forest Stewardship Council